

Do

es österreichischen Widerstandes

DÖW — Bibliothek

Handbibliothek



JAHRBUCH

1991

Schwerpunkt: Katholischer Widerstand

**Beiträge über Franz Jägerstätter, Sr. Restituta,
Anna Bertha Königsegg, Roman Karl Scholz u. a.**

ISBN 3-901142-02-9

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

JAHRBUCH 1991

Redaktion: Siegwald Ganglmair



**VIZEKANZLER A. D. DR. FRITZ BOCK
VIZEPRÄSIDENT DES DÖW**

ZUM 80. GEBURTSTAG (26. 2. 1991)

© 1991 by Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien
Printed in Austria
Umschlaggestaltung: Atelier Fuhrherr, Wien
Satz: Michael Kosz
Hersteller: Plöchl-Druckgesellschaft m. b. H. & Co. KG., 4240 Freistadt
ISBN 3-901142-02-9

DÖW-VIZEPRÄSIDENT DR. FRITZ BOCK - 80 JAHRE

Unter den 151 Namen der Transportliste des sogenannten Prominententransports vom 1. April 1938 ins KZ Dachau findet sich neben vielen bekannten Persönlichkeiten der Ersten Republik und des Ständestaates auch der junge Funktionär der Vaterländischen Front Dr. Fritz Bock. Die Zusammenstellung des Transports hatte, wie aus dem Begleitschreiben hervorgeht, mangels "diesbezüglicher Erfahrungen" der Gefangenenverwaltung "einiges Kopfzerbrechen und Arbeit" bereitet.

Als Stellvertretender Bundeswerbeleiter der Vaterländischen Front hatte sich Bock im Kampf gegen die Anschlußbestrebungen der Nationalsozialisten, und hier vor allem bei der Vorbereitung der geplanten Volksbefragung, in - wie sich zeigen sollte - gefährlichem Maße exponiert. Die zweifelhafte Ehre der Einreihung unter die "Prominenten" kam also trotz Bocks Jugend nicht ganz unerwartet.

Fritz Bock wurde am 26. Februar 1911 als Sohn einer, wie er selbst sagt, "typisch österreichischen" Familie geboren. Die Familie des Vaters, eines höheren Postbeamten, stammte aus dem Tiroler Unterinntal, die Mutter wiederum kam aus einer alteingesessenen Wiener Familie. Bock besuchte die Volksschule in Hietzing und Penzing und kam dann in das Gymnasium in der Fichtnergasse, wo er sich im Alter von fünfzehn Jahren der Katholischen Mittelschülerbewegung anschloß. Dieser weltanschaulichen Ausrichtung blieb der Student der Rechts- und Staatswissenschaften als aktives CV-Mitglied treu. Ab 1929 arbeitete Bock auch als Funktionär der Aktionen "Jugend in Not" und "Jugend in Arbeit" in der Betreuung und Schulung arbeitsloser Jugendlicher - eine Tätigkeit, die ihm tiefe Einblicke in die sozialen Probleme dieser Krisenzeit gewährte. Der 1933 erfolgte Eintritt in die Vaterländische Front war nur eine logische Konsequenz aus Fritz Bocks politischen und weltanschaulichen Überzeugungen. Nach seiner Promotion zum Dr. jur. arbeitete Bock als Stellvertretender Bundeswerbeleiter hauptberuflich im Dienste dieser Organisation. Die Abwehr der nationalsozialistischen Propagandaoffensive stellte die österreichischen Behörden vor größte Probleme, die durch den Abschluß des Juliabkommens von 1936 nur noch verstärkt wurden. Bock selbst spricht davon, daß man sich bemüht habe, mit einer "schwachen Propaganda dieses Land vor der Überflutung aus dem Norden zu retten", ein Unterfangen, das letztlich an den "ungleichen Waffen" der Kontrahenten scheitern mußte. Der Versuch, der NS-Propaganda Gleichwertiges entgegenzusetzen, mißlang, denn, so Fritz Bock, die Nationalsozialisten "haben in der Vorwegnahme von Terror als politischem Propagandamittel damals schon Bomben geschmissen, Attentate verübt und wirtschaftliche Boykottmaßnahmen ergriffen. Das alles sind nicht nur Ein-

schüchterungsmaßnahmen, sondern, so paradox es klingen mag, Mittel, die propagandistisch wirken. Dem war seitens der Vaterländischen Front nichts anderes entgegenzusetzen als die Abhaltung von Versammlungen, der Druck von mehr oder minder guten oder schlechten Plakaten und Flug-schriften."

Ein letzter verzweifelter Versuch, die Unabhängigkeit Österreichs zu retten, war der Gedanke einer Volksbefragung über die österreichische Unabhängigkeit. Am 9. März 1938 verkündete Bundeskanzler Schuschnigg bei einer Rede in Innsbruck, daß diese Volksbefragung am 13. März stattfinden solle. Die führenden Propagandafunktionäre der Vaterländischen Front, unter ihnen Fritz Bock, hatten bereits einige Zeit vorher den Auftrag erhalten, ein Konzept für diesen auf wenige Tage beschränkten Werbefeldzug zu entwerfen. Bock beschreibt diese Tage als eine Zeit des Enthusiasmus und der fieberhaften Arbeit. Aufrufe, Kundmachungen und Plakate mußten produziert werden, viele davon zeichnet Fritz Bock als presserechtlich Verantwortlicher.

Diese Vorbereitungsarbeiten liefen auch noch am 11. März auf höchsten Touren. Fritz Bock: "Das letzte, was wir in der Werbeabteilung produzierten, war der Text für einen Flugzettel, der am Sonntag von Flugzeugen in ganz Österreich abgeworfen werden sollte. Als das entsprechende Manuskript von mir abgezeichnet und für den Druck freigegeben wurde - es war halb sieben Uhr abends -, meldete der Rundfunk eine Ansprache des Bundeskanzlers. So erfuhr ich erst zu diesem Zeitpunkt, dem letzten Augenblick der Ersten Republik, daß alles zusammenbrach. Man hatte uns vorher weder eine Information noch - was wichtiger gewesen wäre - eine Warnung zukommen lassen."

Fritz Bock veranlaßte die Einstellung der Arbeit und die sofortige Räumung des Gebäudes der Propagandaleitung der Vaterländischen Front. Er selbst - "es war mir schon klar, daß das eine höchst gefährliche Zeit für mich sein würde und daß man sich doch möglichst nicht im ersten Augenblick erwischen lassen sollte" - versuchte unterzutauchen. Als die Gestapo allerdings als Druckmittel die Verhaftung des Vaters androht, stellt sich Fritz Bock. Nach einer zehntägigen Dunkelhaft im Polizeikommissariat Hietzing, die nur durch Verhöre unterbrochen war, erfolgt die Überstellung in das Polizeigefangenhause an der Elisabethpromenade. Hier befand sich bereits eine große Zahl von politischen Häftlingen, unter ihnen viele von Bocks Freunden und Mitarbeitern. Der Aufenthalt im Polizeigefangenhause war nur von kurzer Dauer. Fritz Bock: "In den Abendstunden des 31. März 1938 erfolgte plötzlich die Verladung in den 'Grünen Heinrich', den Polizei-Überstellungswagen, und die Fahrt ging mit zunächst unbekanntem Ziel los. Während wir über die Ringstraße fahren, rätselten wir herum, wohin die Reise wohl führe. Als wir dann in die Mariahilfer Straße einbogen, meinten

einige der etwa 20 Leidensgefährten im Wagen, daß es sich wahrscheinlich um eine Überstellung in die Stiftskaserne handeln würde, die damals als Zentralgefängnis für die politischen Gefangenen eingerichtet war. Aber die Fahrt ging an der Stiftgasse vorbei, und plötzlich sagte jemand das Wort 'Dachau'. Uns befahl, obwohl wir keine Ahnung hatten, wie es in Dachau sein würde, lähmendes Entsetzen. Und mit Recht! Denn kaum waren wir beim Westbahnhof angelangt, da wurde die Tür aufgerissen, und eine Stimme brüllte: 'Heraus, ihr Hunde!' Dann gab es einen Spießbrutenlauf, bei dem wir mit dem Gewehrkolben geprügelt wurden, bis wir bei den Sonderwaggons angelangt waren. Ich befand mich in dem sogenannten 'Prominententransport' der ersten 151 Österreicher für das KZ Dachau. Es war die entsetzlichste Nacht meines Lebens. Als wir in den Morgenstunden des 1. April, eines strahlenden Frühlingstages, vor dem Konzentrationslager zum Appell antreten mußten, kannten wir einander kaum wieder, so zerschlagen waren unsere Gesichter."

Die Haft in Dachau, so schwer sie auch zu ertragen war, zerstörte in Fritz Bock nicht den Glauben an die Zukunft eines unabhängigen Österreich, im Gegenteil, dieser Glaube hielt ihn, wie manch anderen politischen Häftling, aufrecht. Anfang 1939 wurde Fritz Bock wegen Haftunfähigkeit aus dem Konzentrationslager entlassen. Die Rückkehr in den Alltag gestaltete sich schwierig, da Fritz Bock weiterhin strengen Kontrollen durch die Polizei unterworfen war. Das über ihn verhängte Berufsverbot zwang ihn gleichsam zur Schwarzarbeit, bis er endlich eine provisorische Berufsbewilligung als Wirtschaftstreuhänder erhielt. Dies bedeutete allerdings keineswegs einen Rückzug ins Privatleben. Gemeinsam mit seinen Gesinnungsfreunden widmete sich Bock bald den Vorbereitungsarbeiten zu einem wiederzuerichtenden, unabhängigen und freien Österreich. Kontakte wurden geknüpft und ein möglichst konspirativer Organisationsrahmen aufgebaut. So gab es Verbindungen sowohl innerhalb Österreichs als auch zum deutschen Widerstand, der immer wieder versuchte, die österreichische Opposition in seine Planungen miteinzubeziehen. Das Scheitern des Attentats vom 20. Juli 1944 und die darauf folgenden Verhaftungswellen bedeuteten selbst für Nichtbeteiligte wie Fritz Bock eine große Gefährdung. Als schließlich auch seine Verhaftung anstand, wurde er gewarnt, und er konnte - ausgestattet mit falschen Papieren - untertauchen. Das Ende des Krieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erlebte Fritz Bock im oberösterreichischen Innviertel.

Nun galt es, an die Wiedererrichtung Österreichs als ein freies, unabhängiges und demokratisches Staatswesen zu gehen. Bock fand seine politische Heimat in der am 17. April 1945 gegründeten Österreichischen Volkspartei, in deren Bundesparteileitung er schon 1945 tätig wurde. Es ist ihm hier zur Verfügung stehenden Rahmen nicht möglich, all die Positionen, die Fritz

Bock im Laufe seiner langen politischen Laufbahn bekleidete, vollständig aufzuzählen. 1949 erfolgte sein Einzug in den Nationalrat, dem er bis zum Jahre 1962 angehören sollte, 1952 wurde er als Staatssekretär im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau in die Bundesregierung berufen, 1956 Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, später Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie. In der Regierung Klaus fungierte Fritz Bock schließlich von 1966 bis 1968 als Handelsminister und Vizekanzler. Die langjährige Tätigkeit Fritz Bocks in der österreichischen Bundesregierung ist auf mannigfaltige Weise mit dem Wiederaufbau Österreichs verknüpft, auch sind seine Bemühungen um die Integration Österreichs in Europa besonders hervorzuheben. Als langjähriger Präsident des Donaueuropäischen Instituts gelang es Fritz Bock, Wien im Zuge der west-östlichen Wirtschaftsbeziehungen stärker in den internationalen Dialog einzubinden. Sein Ausscheiden aus der aktiven Politik bedeutete allerdings noch lange nicht das Ende seiner öffentlichen Tätigkeit; so hatte er beispielsweise seit 1969 als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Creditanstalt-Bankverein eine bedeutende Position im österreichischen Wirtschaftsleben inne. Weiters wirkte Fritz Bock als Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich.

Neben seinen bedeutenden politischen Ämtern fand Fritz Bock immer auch Zeit für die Anliegen der Opfer des NS-Regimes. Als Funktionär der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, deren Bundesobmann er bis 1955 war, setzte er sich für die Belange der Opferfürsorge ein; als Vizepräsident und eines der aktivsten Vorstandsmitglieder des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes war und ist ihm die Arbeit des Archivs immer ein besonderes Anliegen.

Der Wissenschaftliche Leiter, die Vorstands- und Kuratoriumsmitglieder sowie die Mitarbeiter des Archivs danken Fritz Bock für seinen Einsatz für das DÖW und wünschen ihm weiteres erfolgreiches Wirken.

BISCHOF DR. ALFRED KOSTELECKY

FESTVORTRAG ANLÄSSLICH DER JAHRESVERSAMMLUNG DES
DOKUMENTATIONSARCHIVS DES ÖSTERREICHISCHEN WIDER-
STANDES IM ALTEN RATHAUS, WIEN, 13. MÄRZ 1990

Historia docet

Die Geschichte ist eine Lehrmeisterin, insofern sie uns hilft, der Vergangenheit eingedenk zu sein, die Zukunft vorausschauend die Gegenwart zu meistern. Die Zukunft ist zwar immer ungewiß, jedoch können die Erfahrungswerte der Vergangenheit uns behilflich sein, Fehler und Versagen zu vermeiden.

Die wertvollste Methode der Geschichtswissenschaft ist dabei die Dokumentation, weil sie jene Bausteine liefert, die sowohl zum Erkennen der Vergangenheit wie zur Bewältigung der Gegenwart und Zukunft hilfreich sind. Ein Historiker, der nicht auf einer Dokumentation aufbaut oder sie nur lückenhaft zur Verfügung hat, wie mancher Zeitgeschichtler, leistet keinen Beitrag zur Geschichtsschreibung, sondern wird zum journalistischen Erzähler.

Wir, die in der Vergangenheit Leid tragen mußten, wissen daher um den wertvollen Beitrag des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zur Bewältigung der Gegenwart und Zukunft. 1988 hat man, leider unrichtig, so viel von der Bewältigung der Vergangenheit gesprochen. Vergangenheit kann man nicht bewältigen, denn sie ist im wahrsten Sinne des Wortes passiert. In aller Deutlichkeit hat dann der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien das klärende Wort gesprochen: Die Bewältigung der Gegenwart und Zukunft erfordere das unverzichtbare Wissen um die Vergangenheit.

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes ist dafür ein bedeutender und mehr als wertvoller Beitrag, und darum ist es mir ein besonderes Anliegen, gerade am 13. März - 51 Jahre nach der Okkupation Österreichs - allen Damen und Herren, die sich im und für das Dokumentationsarchiv bemüht haben, aufrichtig zu danken.

Gestatten Sie mir nun, in aller Kürze über die völkerrechtliche Beurteilung des Geschehens am 13. März 1938, die für unseren Weg zu Freiheit, Selbständigkeit und Unabhängigkeit von großer Bedeutung war, Fakten in Erinnerung zu bringen. Am 12. August 1946 erklärte der damalige Bundeskanzler vor dem Nationalrat:

"Wenn im Alltag von Österreich gesprochen wird, müssen wir uns die Frage vorlegen: Ist das

Staatsgebilde, das vor aller Welt den Namen 'Österreich' wieder trägt, derselbe Staat, der unter dem gleichen Namen am 13. März 1938 von der Wehrmacht des nationalsozialistischen Deutschen Reiches gewaltsam besetzt und in das Deutsche Reich eingegliedert worden ist, oder ist es ein neues Staatsgebilde, das mit dem am 13. März 1938 bestandenen Staatswesen nichts gemeinsam hat? ... Österreich wurde damals ohne Legitimation durch einen Rechtstitel, also völkerrechtswidrig, besetzt und seiner Handlungsfreiheit beraubt. Österreich war also an der Ausübung der Staatsgewalt behindert, ohne daß dadurch seine Staatsgewalt untergegangen wäre und das Staatsgebilde als solches zu bestehen aufgehört hätte. Mit der Beseitigung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gewann das österreichische Volk seine Handlungsfähigkeit, das österreichische Staatswesen seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit wieder." (Stenographisches Protokoll über die Sitzungen des Nationalrates 1945/46, I. Band, S. 166 f.)

Österreich ist also nach Ansicht der Bundesregierung als Völkerrechtssubjekt nicht untergegangen, das österreichische Volk war nur seiner Handlungsfähigkeit beraubt. Österreich war demnach völkerrechtswidrig besetzt (Okkupation), die sogenannte Annexion war eine gewaltsame, d.h. rechtlich niemals wirksame Annexion. Der "Anschluß" war daher von Anfang an ungültig und nichtig, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Entlassung der Regierung Schuschnigg und die Ernennung der Regierung Seyß-Inquart erfolgten unter Drohung und Zwang durch ein von Hitler dem Bundespräsidenten gestelltes befristetes Ultimatum. Es fehlte sonach eine freie österreichische Willenserklärung bei Abschluß des vom Deutschen Reich angestrebten Anschlußvertrages. Dieser Anschlußvertrag kam deshalb nicht rechtskräftig zustande.

2. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Ziel der Vernichtung einer Staatspersönlichkeit durch eine andere - durch gewaltsamen Eingriff in die innere Struktur des zu vernichtenden Staates - gegen die guten Sitten verstößt und als unsittlich bezeichnet werden muß. Dieser Vertrag wäre also auch wegen Unsittlichkeit nichtig gewesen.

3. Er wäre auch nichtig gewesen, weil andere Vertragsverpflichtungen der Partner entgegenstanden (z.B. Friedensverträge).

Daß der "Anschluß" eine gewaltsame und daher nicht rechtswirksame Annexion war, wurde durch den Staatsvertrag endgültig entschieden.

Das einzige Gegenargument war in der Moskauer Deklaration die "gewisse Verantwortlichkeit" Österreichs wegen der Teilnahme am Krieg gewesen. Eine solche "gewisse Verantwortlichkeit" wäre die logische Konsequenz einer rechtlich wirksamen Annexion durch das Deutsche Reich gewesen. Die Streichung der Wörter "gewisse Verantwortlichkeit" aus der Präambel des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955 aber ist die endgültige Bestätigung, daß der "Anschluß" von Anfang an null und nichtig war und keinerlei Rechtsfolgen daraus erwachsen sind. Österreich ist daher derselbe Staat wie vor dem "Anschluß", es ist ihm seine Handlungsfähigkeit wieder gegeben, er ist in seinen Rechten wiederhergestellt und daher auch an eingegangene Verträge gebunden.

Die Tatsache, daß Österreich derselbe Staat wie vor 1938 ist (die sog. Rechtskontinuität), ist auch die Rechtsgrundlage für die Regelung der Frage des Deutschen Eigentums. Diese rechtliche Klarstellung war nicht nur für unsere Selbständigkeit wesentlich, sie war auch eine Klarstellung für alle, die im Widerstand tätig waren. Eine Genugtuung auch für das Leid, das sie alle getragen haben, wenn auch Leid und Unrecht in seinem Ausmaß verschiedenen groß waren. Das Unmenschlichste und Verabscheuungswürdigste traf diejenigen, die in die Konzentrationslager eingeliefert wurden und dort ihre Gesundheit und oft auch ihr Leben opfern mußten.

Bei seinem Besuch des Konzentrationslagers Mauthausen am 24. Juni 1988 stellte Papst Johannes Paul II. daher mit Recht die Frage: "Europa, kannst du an ihm vorbeigehen?" Wörtlich führte er unter anderem aus:

"Ihr Menschen, die ihr furchtbare Qualen erfahren habt, welche der Klagelieder des Jeremia würdig sind, welches ist euer letztes Wort? Euer Wort nach so vielen Jahren, die unsere Generation vom Leiden im Lager Mauthausen und in vielen anderen trennen?

Mensch von gestern - und von heute, wenn das System der Vernichtungslager auch heute noch irgendwo in der Welt fort dauert, sage uns, was kann unser Jahrhundert an die nachfolgenden übermitteln?

Sage uns, haben wir nicht mit allzu großer Eile deine Hölle vergessen? Löschen wir nicht in unserem Gedächtnis und Bewußtsein die Spuren der alten Verbrechen aus?

Sage uns, in welche Richtung sollten sich Europa und die Menschheit 'nach Auschwitz', 'nach Mauthausen' entwickeln? Stimmt die Richtung, in die wir uns von den furchtbaren Erfahrungen von damals entfernen?

Sage uns, wie sollte der Mensch sein und wie die Generation der Menschen, die hier auf den Spuren der großen Niederlage der Menschheit leben? Wie müßte der Mensch sein? Wieviel müßte er von sich selber fordern?

Rede, denn du hast das Recht dazu - du, der Mensch, der gelitten und das Leben verloren hat. ... Und wir müssen dein Zeugnis anhören."

Dieses Zeugnis verpflichtet aber auch gerade heute unter den veränderten gegenwärtigen Zeitumständen. Damit sich nie wieder so Furchtbares wiederholen kann, bedarf es der rechtzeitigen Wachsamkeit aller und einer vermehrten Bewußtseinsbildung zu dieser Verpflichtung seitens aller öffentlichen Einrichtungen Österreichs.

Die Katholische Kirche fühlt sich in besonderer Weise aufgerufen - wie Papst Johannes Paul II. bereits 1981 dem österreichischen Botschafter beim Heiligen Stuhl versicherte -, "auch in der heutigen pluralistischen Gesellschaft in solidarischer und partnerschaftlicher Mitverantwortung zusammen mit den zuständigen staatlichen Autoritäten für das Gemeinwohl der Bürger in den einzelnen Nationen und für die internationale Völkergemeinschaft ihren spezifischen Beitrag zu leisten".

ALOIS DIEM

SELIG- UND HEILIGSPRECHUNGSPROZESSE DER KATHOLISCHEN KIRCHE

Das absolute Endziel des menschlichen Lebens ist nach dem katholischen Glauben die letztendliche Vereinigung des Menschen mit seinem Schöpfer in dessen Heiligkeit: "Das ist der Wille Gottes, eure Heiligung!" (Thess. 4,3). Dieser Weg zu diesem Ziel ist im Laufe der Geschichte von unzähligen Menschen durch ihr Lebens- und Glaubenszeugnis interpretiert worden. Jene besonderen Vor- und Leitbilder, Wegweiser und Leuchttürme in der Verwirklichung der Christusbachfolge sind die Seligen und Heiligen, wie sie in der katholischen Kirche als solche verehrt werden.

Um Mißständen und Mißverständnissen, unregelmäßig und ungezügelt Kulten, Einzel- und Lokalverehrungen sowie Fehlentwicklungen in unhaltbaren Personenverehrungen vorzubeugen, hat die katholische Kirche ein besonderes Verfahren vorgesehen, in welchem zu prüfen ist, ob die im gläubigen Volk vorhandene und gepflegte Verehrung für einen bestimmten verehrungswürdigen Diener Gottes zu Recht besteht, oder ob sie verklärt, verzerrt, unrichtig, als Mittel zum Zweck usw. weiterlebt. Es geht in einem solchen Verfahren um das offizielle Hinstellen echter Vorbilder echten christlichen Lebens, nicht aber um einen posthumen dekretalen Einlaßschein für den Himmel, in dem Sinne, daß etwa nur ein Selig- oder Heiliggesprochener in den Himmel käme!

Nach dem katholischen Glauben gibt es verschiedene Formen der Hingabe in der Christusbachfolge; es wird aber in besonderer Weise das Martyrium bewertet und beachtet: In der Annahme des Todes im Bekenntnis des Glaubens wird der Märtyrer Christus ähnlich, der sich selbst im Kreuzesopfer hingegeben hat. Bei der Durchführung von Märtyrerprozessen geht es um die Prüfung der Tatsächlichkeit, Echtheit und rechten Motivation des Martyriums.

Gerade im Gedenkjahr 1988 (zu 1938) war es auch der katholischen Kirche in Österreich ein besonderes Anliegen, auf jene Persönlichkeiten hinzuweisen, die vieles auf sich genommen haben, weil sie von ihrem Gewissen her nicht schweigen wollten und konnten; die die Gefahr des Nationalsozialismus erkannt und sich gewehrt haben. Es ging um das Herausstellen der anderen Seite innerhalb der katholischen Kirche, die sich unter Lebensgefahr nicht arrangiert hat und die bereit war, für die Überzeugung und den Glauben zu sterben. Es ging auch um einen deutlichen Hinweis auf jene Opfer, die seitens der katholischen Kirche gebracht wurden, um die Rehabilitierung dieser Opfer und die Respektierung dieser Helden, ihrer Überzeugung, ihres Gewissens und unseres katholischen Glaubens.

Bei der Anerkennung des Martyriums sind folgende Kriterien entscheidend:

1. die freiwillige und bewußte Hingabe des Lebens
2. das Martyrium muß sich im Bereich des öffentlichen Lebens und Rechtes abspielen
3. der Märtyrer muß ein Opfer der Ablehnung, des Hasses gegen den Glauben oder gegen eine christliche Tugend sein
4. die Verzeihungsbereitschaft des Märtyrers
5. das Motiv des Martyriums: die treue, liebende Hingabe wie bei Christus am Kreuz.

Sehr sorgfältig prüft die Kirche die konkrete Motivation des Dieners Gottes. Dies ist auch sehr wichtig, weil es doch im Laufe der Geschichte Mißbräuche in diesem Zusammenhang gab; weil Gruppen unter Umständen Persönlichkeiten zu Helden hochstilisieren wollten, die ihre persönlichen Motive und Begründungen hatten, aber nicht den Kriterien des Martyriums im Glauben entsprachen.

Wenn in der katholischen Kirche ein bestimmter Diener Gottes vom gläubigen Volk als Märtyrer angesehen wird, prüft eine kirchliche Kommission im Rahmen von Vorerhebungen das Leben und Sterben dieses Dieners Gottes. Der Seligsprechungsprozeß wird mit Zeugeneinvernahmen, Beweisaufnahmen, Dokumentationsverfahren, historischen Gutachten usw. durchgeführt. Danach erfolgt eine zweite Phase der Prüfung des Prozeßmaterials an der Congregatio pro causis Sanctorum in Rom, und schließlich in einer dritten Etappe, auf theologischer Ebene, urteilt ein Gremium von Kardinalkonsultoren.

Die Erzdiözese Wien hat in den vergangenen vier Jahren drei Märtyrerprozesse durchgeführt: über P. Jakob Gapp, Sr. Maria Restituta Helene Kafka und Sr. Angela Maria Cäcilia Autsch. Diese drei Märtyrerprozesse sind ein Teil weiterer, teilweise seit mehreren Jahren anhängiger Seligsprechungsprozesse der katholischen Kirche in Österreich.

Der Kardinal-Erzbischof von Wien hat unmittelbar nach seiner Amtsübernahme die innere Erneuerung der katholischen Kirche im Glauben als besonderen Schwerpunkt seiner bischöflichen Tätigkeit gesetzt und ließ erkennen, daß sich diese innere Erneuerung orientieren kann und soll an jenen Vorbildern, Leitbildern und Idealen, an den verwirklichten und gelebten Werten des Evangeliums, wie sie uns in den Heiligen begegnen. So wird auch verstärkt im Rahmen der verschiedensten Tätigkeitsbereiche der diözesanen Stelle dieser Verantwortungsbereich wahrgenommen, ganz im Sinne des besonderen Anliegens Papst Johannes Paul II. und im Sinne der geschichtlichen Erkenntnis, daß zu allen Zeiten innerkirchlicher Erneuerung große und bedeutende Heilige standen.

MAXIMILIAN LIEBMANN

SCHLUSSVORTRAG IM SELIGSPRECHUNGSPROZESS MARIA RESTITUTA (HELENE KAFKA), WIEN, ERZBISCHÖFLICHES PALAIS, 29. MÄRZ 1990

Die Dienerin Gottes, die am 1. Mai 1894 in Hussowitz, Diözese Brünn, geborene Helene Kafka, erhielt bei ihrem Eintritt in den Orden des hl. Franziskus am 25. April 1914 den Ordensnamen Restituta. Sie war eine selbstbewußte Ordensfrau, die sich durch ihren gewissenhaften Dienst im Operationsaal manche medizinischen Fachkenntnisse, nicht zuletzt chirurgischer Art, erwarb. Ihre weltanschauliche Position fußte unerschütterlich auf ihrem katholischen Glauben, ihrer Treue zur Kirche und insbesondere ihrer Berufung zur Ordensschwester. Aufgrund dieser drei Gegebenheiten war der Konflikt mit den nationalsozialistisch gesinnten Ärzten ihres Dienstortes im Mödlinger Krankenhaus gewissermaßen vorprogrammiert.

Mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus in Österreich im März 1938 ließen die nationalsozialistisch gesinnten Ärzte ihre Maske fallen und zeigten offen ihr wahres Gesicht. Damit brach die weltanschauliche Kluft, die zwischen dem Christentum, näherhin der katholischen Kirche, und der NS-Ideologie gegeben war, personalisiert in der ehrwürdigen Schwester und den Ärzten, offen auf.

Manifest wurde dieser weltanschauliche Gegensatz anlässlich der Eröffnung der chirurgischen Station 1940, als Schwester Restituta zusammen mit anderen in Krankenzimmern Kreuze aufhängte und diese, trotz entsprechender Anordnung, nicht wieder entfernte. Dadurch scheint sich die Aversion mancher Ärzte gegenüber der ehrwürdigen Schwester zur Aggression gesteigert zu haben.

Die ständigen Querelen im medizinischen Fachbereich und die auf tiefem Glauben fußende, bisweilen als herrisch empfundene antinationalsozialistische Einstellung der ehrwürdigen Schwester trieben unweigerlich zur Eskalation, bei der lediglich der Zeitpunkt ungewiß war. Er kam Ende 1941, als Schwester Restituta das sogenannte "Soldatenlied" und den "Bericht über die Bekenntnisfeier der katholischen Jugend im Freiburger Dom 1941" einerseits abschreiben ließ bzw. einer Kanzleikraft in die Maschine diktieren und andererseits besagtes "Soldatenlied" zwei bis drei Mitarbeiterinnen bzw. Mitschwestern vorlas.

Am 18. Februar 1942 wurde die ehrwürdige Schwester polizeilich festgenommen bzw. am 19. Februar aus dem Krankenhaus Mödling von der Gestapo abgeholt, auf die gefürchtete Gestapo-Leitstelle am Morzinplatz in Wien gebracht und knapp fünf Wochen später, am 21. März 1942, in die Untersuchungshaftanstalt Wien eingeliefert. Als Verhaftungsgrund wurde



Sr. Restituta

Verdacht auf Hochverrat angegeben.

Die mehr als zweimonatige Zeitspanne zwischen der inkriminierten Tat der ehrwürdigen Schwester, die am 8. Dezember 1941 angegeben wird, und dem 18./19. Februar 1942, dem Tag ihrer Verhaftung, erscheint auffallend.

Hat es zwischen der ehrwürdigen Schwester und den Ärzten, insbesondere dem Arzt Stumfohl, neuerlich Auftritte und Querelen gegeben, die die involvierten Personen nun zu entsprechenden Meldungen motivierten?

Jedenfalls gibt der heute in Graz lebende Arzt Dr. Lambert Stumfohl als Hauptmotiv für seine Anzeige seine tiefe und unerschütterliche nationalsozialistische Überzeugung an.

Die Verhöre nach der Verhaftung ließen zwar in Detailfragen manche Frage offen; als gesichert kristallisierte sich aber heraus:

Schwester Restituta erhält Anfang Dezember 1941 von einem Soldaten, der zusammen mit einem zweiten das Mödlinger Krankenhaus dienstlich besuchte, Kenntnis vom "Soldatenlied".

Dieser Soldat leiht der Schwester besagtes Lied zur Abschrift.

Die ehrwürdige Schwester bittet die Kanzleikraft, Frau Margarethe Smola, das Lied abzuschreiben, wobei sie der Schreiberin auch in die Maschine diktiert.

Außer der Abschrift wird noch mittels Kohlepapier (Blaupapier) ein Durchschlag hergestellt.

Gleiches geschieht mit dem "Bericht über die Bekenntnisfeier der katholischen Jugend im Freiburger Dom 1941", wobei sowohl der Zeitpunkt der Übergabe dieser Schrift an die Schwester wie auch ihre Herkunft selber ungeklärt bleiben.

Beim Verhör schenkt die Gestapo dem "Soldatenlied" weit mehr Aufmerksamkeit als dem "Bericht über die Bekenntnisfeier", der zur Rand- bzw. Zusatzfrage wurde.

Die ehrwürdige Schwester gibt beim Verhör zu Protokoll, sie könne über den bzw. die beiden Soldaten, die ihr das "Soldatenlied" zur Kenntnis brachten und leihweise überließen, "keinerlei Angaben machen", und beim neuerlichen Verhör bekräftigte sie dies mit den Worten: "Wie bereits angegeben, kann ich keinerlei Angaben über die Soldaten machen." Damit wird deutlich, daß Schwester Restituta einerseits nach den betreffenden Soldaten gefragt wurde und andererseits sie diese entweder nicht gekannt oder sehr wohl gekannt, aber durch ihre Aussageverweigerung diese gedeckt bzw. geschützt hat.

Die ehrwürdige Schwester las einem sehr kleinen Kreis von zwei bis drei Mitschwestern das "Soldatenlied" vor.

Eine Rückgabe des "Soldatenliedes" an den (bzw. die) Soldaten erfolgte nicht.

Die Aussage der ehrwürdigen Schwester, sie habe "nichts Politisches" im "Soldatenlied" gefunden, wird als Schutzbehauptung gewertet werden müssen.

Die zuständigen Instanzen werteten die sogenannte Straftat der ehrwürdigen Schwester unterschiedlich, was ein bezeichnendes Licht auf deren Unsicherheit zu werfen und die Fragwürdigkeit des ganzen Verfahrens zu unterstreichen vermag.

Sowohl der Bericht des Generalstaatsanwaltes in Wien an den Reichsminister für Justiz in Berlin als auch der Entwurf der Anklageschrift, jeweils vom Mai 1942, gehen davon aus, daß die Voraussetzung für einen Hochverrat fehlt und daher dieser Anklagegrund nicht gegeben ist.

Die mit 4. Juni 1942 datierte endgültige Anklageschrift hingegen, die sich beinahe ausschließlich auf die Causa "Soldatenlied" stützt und der ehrwürdigen Schwester dessen Vervielfältigung und Verbreitung vorwirft, findet, sie habe der feindlichen Macht Vorschub geleistet und sich eines hochverräterischen Unternehmens schuldig gemacht. Als staatsfeindlich wird aber auch das zweite Flugblatt, d.h. der "Bericht über die Bekenntnisfeier" qualifiziert.

Schwester Restituta erhebt gegen die Anklagepunkte "insofern Einspruch, als die beiden Flugblätter 'Soldatenlied und deutsche katholische Jugend' nicht öffentlich verbreitet wurden, mithin", argumentiert sie, den Kern der Sache treffend, "entfällt das Merkmal der Öffentlichkeit, und somit

wurden keine Massen beeinflusst, die Wehrmacht des deutschen Volkes zur Erfüllung ihrer Pflicht nicht untauglich zu machen gesucht, somit auch nicht dem Feind Vorschub geleistet und kein hochverräterisches Unternehmen getätigt", so wörtlich die Dienerin Gottes.

Offensichtlich hat der Einspruch Restitutas den Präsidenten des 5. Senats des Volksgerichtshofes bewogen, weitere Nachforschungen anstellen zu lassen, ob nicht doch die Möglichkeit der öffentlichen Verbreitung des "Soldatenliedes" gegeben war. Die befragte Wiener Stapoleitstelle antwortete per Fernschreiben am 30. September 1942 so, daß der Einspruch der ehrwürdigen Schwester praktisch untermauert wurde; jedenfalls ergaben die Recherchen der Wiener Stapoleitstelle keine Anhaltspunkte auf Öffentlichkeit.

Die Hauptverhandlung am 29. Oktober 1942, die als öffentliche Sitzung des 5. Senats des Volksgerichtshofs unter dem Vorsitz von Dr. Albrecht stattfand, endete trotzdem mit dem Todesurteil "wegen landesverräterischer Feindbegünstigung und Vorbereitung zum Hochverrat".

Bemerkenswert offen tritt in der Urteilsbegründung der ideologische Gegensatz zutage; als wahrer Grund für das Todesurteil ist die antinationalsozialistische Grundhaltung der ehrwürdigen Schwester unschwer erkennbar, wenn es wörtlich heißt, Schwester Restituta "hat [...] durch ihre zersetzende Arbeit es unternommen, die Geschlossenheit der inneren Front auszuhöhlen". Sie habe des weiteren deshalb auf die militärische Niederlage des Dritten Reiches hingearbeitet, weil "sie aus staatsfeindlicher Einstellung heraus die deutsche Niederlage wollte".

Zwei der zahlreichen Gnadengesuche erlangten besondere Bedeutung:

A) Das Gnadengesuch des Arztes Dr. Walter Hamann

B) Das kirchliche Gnadengesuch von Theodor Kardinal Innitzer, unterstützt durch den Apostolischen Nuntius.

Nachdem die leibliche Schwester der zum Tode verurteilten ehrwürdigen Schwester Restituta, Frau Anna Wolfram, in ihrem Gesuch vom 7. November 1942 darauf hingewiesen hatte, daß Restituta "in der sogenannten Verbotszeit, als einem jungen Arzte des Mödlinger Krankenhauses Gefahr drohte, wegen nationalsozialistischer Verbreitung bestraft zu werden, [...] die belastenden Schriftstücke, welche er besaß, verbrannte", meldete sich der so apostrophierte Arzt selber mit einem Gnadengesuch. Es war dies Dr. Walter Hamann, und dieser richtete sein mit 15. November 1942 datiertes Gnadengesuch direkt an die Kanzlei des Führers. Er, Hamann, sei zwar überzeugt, daß Schwester Restituta den Tod verdiene, schreibt er einleitend, wohl als *captatio benevolentiae* vor dem Gerichtsverfahren gemeint. Seine Argumentation zielt darauf, Schwester Restitutas Handlungsweise mit Kirchentreue zu erklären, der sie offensichtlich erlegen und somit "das Opfer oder Werkzeug von Hintermännern geworden sei". Von sich aus sei sie für

den Nationalsozialismus aufgeschlossen gewesen und habe förmlich mit diesem konspiriert. Zur Untermauerung dessen schilderte der Arzt Hamann die vorhin apostrophierte Begebenheit, die die Behauptung von der Konspiration mit dem Nationalsozialismus zu beweisen schien.

Dieses Gnadengesuch des Arztes Hamann, vor allem seine Argumentation, verfehlte seine Wirkung nicht und bewog sogar denjenigen, der das Todesurteil über die ehrwürdige Schwester verkündet hatte, Dr. Albrecht, sich "nicht gegen einen Gnadenereis auszusprechen".

In weiterer Folge wendet sich der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof direkt an den Reichsminister für Justiz und schlägt diesem vor, "bei dem Führer und Reichskanzler die gnadenweise Umwandlung der gegen die Verurteilte Helene Kafka erkannte Todesstrafe in eine zeitliche Zuchthausstrafe anzuregen".

Damit hatte sowohl die Gerichtsstanz, die beim Prozeß am 29. Oktober 1942 das Todesurteil beantragt, als auch die, die dieses ausgesprochen hatte, sich für eine Begnadigung ausgesprochen.

Der Reichsminister für Justiz Dr. Otto Georg Thierack griff die Anregung des Oberreichsanwaltes tatsächlich auf und intervenierte am 5. Februar 1943 mit einer entsprechenden Eingabe bei der zuständigen Instanz (vielleicht beim Reichskanzler Adolf Hitler selber) für die Umwandlung der Todesstrafe in eine zehnjährige Zuchthausstrafe.

Daß der Wiener Erzbischof, Kardinal Innitzer, mit 25. November 1942 ein Gnadengesuch an das Reichskirchenministerium gesendet hat, ist aus einem Brief Bischof Heinrich Wienkens, des Mittelsmannes zwischen der Fuldaer Bischofskonferenz und den Staats- und Parteistellen, bekannt. Mit 3. Dezember 1942 ließ Bischof Wienken Kardinal Innitzer schriftlich wissen, daß sein Gnadengesuch einerseits beim Reichskirchenministerium eingegangen sei und daß andererseits das Ministerium "es bereits mit Empfehlung an die zuständige Stelle weitergegeben" habe. Er, Bischof Wienken, habe das Gnadengesuch "warm unterstützt", und auf seine Anregung hin habe "sich dann auch noch eine weitere Stelle zu Gunsten der Schwester Restituta verwandt". Wer diese andere Stelle war, wird mit Sicherheit in keinem geringeren als dem Vertreter des Hl. Stuhles, im Apostolischen Nuntius Cesare Orsenigo, zu identifizieren sein. Denn dieser war es, der noch am selben Tag, dem 3. Dezember 1942, im Auswärtigen Amt beim Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker vorstellig geworden und für die zum Tode verurteilte Schwester Restituta eingetreten war. Weizsäcker hielt dieses wichtige Faktum in einem Aktenvermerk fest und fügte dieser seiner Gesprächsnotiz noch an, daß sich für die ehrwürdige Schwester auch der Wiener Reichsstatthalter Baldur von Schirach in Berlin eingesetzt habe. Dann trägt Staatssekretär Weizsäcker in diesem wichtigen Dokument seine gravierende Entscheidung ein, nämlich, er habe die Intervention des Nuntius

nicht angenommen, da es sich um eine Angelegenheit handle, die sich nicht auf das Altreich beziehe.

Damit erhält die Causa Restituta bzw. das Todesurteil über sie eine Dimension von kirchenkämpferischer Tragweite. Das Auswärtige Amt des Dritten Reiches nimmt die Intervention des Vertreters des Hl. Stuhles auf Begnadigung der Schwester Restituta deshalb nicht an, weil es sich territorial gesehen um Österreich, sprich Ostmark, und nicht um das Altreich handelt. Österreich aber ist konkordatsfreier Raum und damit dem Kirchenkampf ungeschützt ausgesetzt.

Während die Intervention des Apostolischen Nuntius weder angenommen noch weitergeleitet wurde, fand Kardinal Innitzers Gnadengesuch seine instanzmäßige Behandlung.

Höchst bemerkenswert und signifikant ist, daß beim Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten Kardinal Innitzers Gnadengesuch für die zum Tode verurteilte Schwester noch unter dem "Betrifft: Todesurteil gegen eine katholische Schwester in Wien" firmierte; in der Reichskanzlei Adolf Hitlers aber wird aus Schwester Restitutas Todesurteil und Innitzers Gnadengesuch das "Betrifft" zur ideologischen Grundsatzfrage, die lapidar und direkt: "Kirchenpolitik in den neuen Gebieten" heißt. Diese Kirchenpolitik wiederum war klar und eindeutig Kirchenkampf, der in den sogenannten "neuen Gebieten" härter, willkürlicher und rücksichtsloser geführt wurde, weil er im konkordatsfreien Raum stattfinden konnte. Dieser Kirchenkampf, diese Kirchenverfolgung war ungehemmter Ausfluß des "odium fidei de parte persecutoris", dem die ehrwürdige Schwester mit der und durch die Ablehnung des Gnadengesuches endgültig zum Opfer fallen sollte.

Im innersten Führungsbereich von Reichs- und Parteikanzlei ließ somit das NS-Regime die Maske fallen und nannte unverhohlen die Dinge beim Namen. Es ging eben nicht um Recht und Gerechtigkeit für eine Ordensfrau in Österreich, nicht um Hochverrat oder Landesverrat, nicht um Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung, sondern um Kirchenkampf, um "odium fidei". An dieser Stelle steht unwillkürlich die Frage im Raum, die sich zwar nicht beantworten läßt, dafür umso bohrender auftritt: Was wäre gewesen, hätte der Hl. Stuhl 1933 das Reichskonkordat nicht geschlossen? Wäre da Schwester Restituta die einzige zum Tode verurteilte und hingerichtete Ordensfrau im Dritten Reich geblieben?

Mit 27. Februar 1943 spricht der Nationalsozialismus über die ehrwürdige Schwester Restituta unter dem Prätext "Kirchenpolitik in den neuen Gebieten (Gnadensache Helene Kafka)" durch den Leiter der Parteikanzlei Martin Bormann das endgültige Todesurteil. Seine tragisch tödlichen Worte, geschrieben an den Chef der Reichskanzlei Dr. Hans Heinrich Lammers, lauten: "Ich habe mich gegen die Erteilung eines Gnadenerweises ausgesprochen [...]."

Seine Ablehnung begründet der Chef der Parteikanzlei damit, daß nach Sicht des Nationalsozialismus sich Schwester Restituta "in der Gesinnung und in der Tat dem äußersten Feind" verbündet hat und daß der Ordensschwester nicht zuzutrauen ist, den Arzt Hamann "aus politischer Überzeugung geschützt" zu haben. "Er halte es durchaus für möglich, daß sie nur persönlich helfen wollte", also bloß aus christlicher Nächstenliebe so gehandelt hat.

Die Willkür des Nationalsozialismus erreichte mit der weiteren eiskalten Begründung des Leiters der Parteikanzlei ihren Höhepunkt: "Ich halte vielmehr aus Abschreckungsgründen den Vollzug der Todesstrafe für erforderlich."

Das nationalsozialistische Regime hatte somit den Stab über die ehrwürdige Schwester endgültig gebrochen, und so endete ihr Leben am 30. März um 18.20 Uhr hier in Wien im Landesgericht auf dem Schafott. Das Verhalten der ehrwürdigen Schwester Restituta im Gefängnis ihren Mithäftlingen gegenüber stellt der Dienerin Gottes ein Zeugnis aus, wie es besser nicht sein könnte. Wenn Schwester Restituta je herrisch war, im Gefängnis reifte sie zu einer selbstlosen Dienerin Gottes, wie es dem Geiste des hl. Franz von Assisi nicht besser hätte entsprechen können.

ANDREAS MAISLINGER

DER FALL FRANZ JÄGERSTÄTTER*

Die Geschichte des österreichischen Bauern Franz Jägerstätter scheint kurz und unkompliziert zu sein. Der amerikanische Soziologe Gordon C. Zahn, der erste Biograph Jägerstätters, faßt das Leben des österreichischen Landwirtes wie folgt zusammen:

"Franz Jägerstätter wurde am 20. Mai 1907 in St. Radegund, einem kleinen oberösterreichischen Dorf, geboren. Er war noch ein Kind, als sein natürlicher Vater im Ersten Weltkrieg fiel; seine Mutter heiratete später, und ihr Mann adoptierte den Knaben.

In seiner Jugend stand Franz im Ruf eines Raufbolds; im allgemeinen aber verlief sein Leben damals genauso wie das der meisten österreichischen Bauern.

Im Jahr 1936 heiratete er ein Mädchen aus einem Nachbardorf, und ihre Hochzeitsreise machten sie nach Rom. Katholisch von Geburt an, erfuhr er - offensichtlich um die Zeit seiner Heirat - ein religiöses Erwachen; er übernahm später die Mesnerstelle an seiner Pfarrkirche. Nach dem Einmarsch der Truppen Hitlers in Österreich 1938 war er der einzige Mann im Dorf, der gegen den Anschluß stimmte. Obwohl er keiner politischen Organisation angehörte und sogar eine kurze militärische Ausbildung mitgemacht hatte, blieb er ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus und erklärte öffentlich, er würde in Hitlers Krieg nicht kämpfen.

Nach mehrmaligem Aufschub erfolgte im Februar 1943 Jägerstätters Einberufung zum aktiven Wehrdienst. Damals hatte er drei Töchter, die älteste kaum sechs Jahre alt. Er beharrte auf seiner Weigerung, für das Dritte Reich zu kämpfen, und wurde daraufhin zuerst in Linz, dann in Berlin in Haft gesetzt. Nach einem Kriegsgerichtsprozeß wurde er am 9. August 1943 enthauptet."¹

Der Leser könnte fragen, warum sich der Herausgeber eines Buches über Nationalsozialismus in Österreich entschied, Franz Jägerstätter einen ganzen Beitrag zu widmen. Jägerstätter war schließlich nur eines von Millionen Opfern des NS-Regimes. Als Teil einer Antwort auf diese Frage kann gelten, daß Franz Jägerstätter in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien der weithin bekannteste österreichische Gegner und das bekannteste Opfer der Hitler-Ära ist. In der Öffentlichkeit tauchte Jägerstätters Name im anglo-amerikanischen Raum erstmals nach der Veröffentlichung

* Dieser Artikel ist F. Parkinson (Hrsg.), *Conquering the Past. Austrian Nazism, Yesterday & Today*, Wayne State University Press, Detroit 1989, S. 177-189, entnommen und wegen des nachfolgenden, die aktuelle Entwicklung berücksichtigenden Beitrags von Erna Putz nicht evident gehalten. Übersetzung aus dem Amerikanischen: Hans-Peter Lechner. Ich möchte meinem Forschungsassistenten an der University of New Orleans, Mike Howells, für seine Hilfe danken.

1 Gordon C. Zahn, *In Solitary Witness. The Life and Death of Franz Jägerstätter*, Springfield 1986, 1. Aufl. 1964; zit. nach der deutschen Übersetzung: *Er folgte seinem Gewissen. Das einsame Zeugnis des Franz Jägerstätter*, Graz 1967, S. 9 f.

von Gordon C. Zahns *Jägerstätter-Biographie* auf. In der Folge sollte Jägerstätter als der einzige österreichische Dissident der NS-Ära Gegenstand von englischsprachigen Büchern und Broschüren werden. Die eben erwähnten Entwicklungen allein rechtfertigen jedoch nicht völlig die Entscheidung des Herausgebers, einen eigenen Beitrag über Franz Jägerstätter miteinzubeziehen. Jägerstätter ist in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien für viele auch eine wichtige religiöse Figur. Dwight Macdonald hat Jägerstätter einen der "wenigen moralischen Helden" des zwanzigsten Jahrhunderts genannt.²

Das Interesse an Franz Jägerstätter geht über den rein katholisch-intellektuellen Bereich hinaus. Experten haben den Taten dieses einfachen österreichischen Bauern Dutzende von Artikeln und Buchrezensionen gewidmet. Israelische und jüdisch-amerikanische Autoren bezogen die Analyse von Jägerstätters Widerstandshandlung in ihre Arbeiten mit ein. Prominente westdeutsche und österreichische Zeitungen, wie etwa die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", schrieben über ihn. Kein anderes österreichisches Opfer der Nazi-Tyrannie hat international eine Beachtung dieses Ausmaßes gefunden.

Obwohl nicht so bekannt wie Pater Maximilian Kolbe, Claus von Stauffenberg und Anne Frank, nimmt Jägerstätter einen speziellen Rang unter den Opfern des nationalsozialistischen Terrors ein. Im Gegensatz zu den Vorgenannten hatte Jägerstätter eine relativ geringe Schulbildung und handelte als Gegner des Hitler-Regimes für sich allein. Kolbe hatte die Unterstützung der katholischen Kirche Polens und Stauffenberg den Rückhalt einer im deutschen Militärstab verankerten Widerstandsgruppe. Von den bekanntesten NS-Opfern unterschied sich Jägerstätter durch seinen einfachen bäuerlichen Hintergrund und durch seinen Willen, auf sich allein gestellt Hitler Widerstand zu leisten.

Vor der Veröffentlichung von Zahns Buch war Jägerstätter in Österreich vollkommen unbekannt. In den frühen Arbeiten über den österreichischen Widerstand wird er nicht erwähnt. Der Historiker Karl Stadler verfaßte zwei Dokumentationen über die österreichischen Opfer des Nationalsozialismus:³ Seine erste beinhaltet nicht einen einzigen Hinweis auf Jägerstätter, erst die zweite erwähnt ihn in Form eines aus Zahns "German Catholics and Hitler's Wars" entnommenen Zitats.⁴ Vor der Veröffentlichung Zahns

2 Zahn, *In Solitary Witness*, a. a. O., 2. Aufl., Springfield 1986, Schutzumschlag.

3 Karl Stadler, *Die NS-Justiz in Österreich und ihre Opfer*, Wien 1962; ders., *Österreich 1938-1945 im Spiegel der NS-Akten*, Wien 1966.

4 Gordon C. Zahn, *German Catholics and Hitler's Wars. A Study in Social Control*, New York 1962.

konnten Hinweise auf Jägerstätter nur in einigen katholischen Publikationen gefunden werden.

Kurz nach dem Krieg autorisierte die katholische Kirche den Wiener Prälaten Jakob Fried⁵ zur Erstellung einer Dokumentation über "Nationalsozialismus und katholische Kirche in Österreich". Frieds Studie wurde in der Absicht geschrieben, das Verhalten der österreichischen katholischen Kirche während des Zweiten Weltkrieges zu rechtfertigen. Fried untersucht detailliert Leben und Tod Jägerstätters und zieht die Schlußfolgerung, daß der Mesner aus St. Radegund "das heldenhafte Beispiel einer großen Märtyrergesinnung eines braven katholischen Bauern" darstellt.⁶ Fried behauptet, Jägerstätter sei nur ein typisches Beispiel eines Mitglieds des österreichischen Widerstands gewesen, führt aber kein anderes Beispiel eines Widerstandskämpfers aus der österreichischen Bauernschaft an. Außerdem bezieht sich Fried in diesem Fall auf keine weiteren Informationsquellen.⁷

Obwohl dieses Buch weite Verbreitung fand, blieb Jägerstätter bis in die Mitte der fünfziger Jahre relativ unbekannt. Der erste Franz Jägerstätter gewidmete Artikel erschien in Heinrich Kreutzbergs Buch über Pater Franz Reinisch, einen österreichischen Priester, der es abgelehnt hatte, den deutschen Militäreid zu leisten.⁸ Der Anhang zu Kreutzbergs Buch enthält eine vierseitige Abhandlung über Jägerstätters Widerstand gegen Hitlers Kriegstreiben. Dieses Kapitel setzte Gordon C. Zahn auf die Spur Jägerstätters. Kreutzberg war Kaplan in jenem Gefängnis, in dem Jägerstätter ein Jahr nach der Exekution Pater Franz Reinischs festgehalten wurde.

Seit dem Erscheinen von Kreutzbergs Kapitel über Jägerstätter wurden drei Bücher über den österreichischen Landwirt und Mesner veröffentlicht. Zahns Buch erschien in vier Sprachen (Deutsch, Italienisch, Griechisch und Französisch), 1986 legten Templegate Publishers eine Neuauflage von Zahns Originaltext vor. 1980 schrieb der Priester Georg Bergmann das zweite Buch über das Leben Franz Jägerstätters aus einer rein religiösen Perspektive.⁹ Die Dissertation von Erna Putz, einer österreichischen katholischen Journalistin, stellt die jüngste veröffentlichte Arbeit über Jägerstätter

5 Jakob Fried, *Nationalsozialismus und katholische Kirche in Österreich*, Wien 1947.

6 Ebenda.

7 Es gibt in Österreich noch mindestens einen katholischen Bauern, der öffentlich erklärte, er würde nicht in Hitlers Krieg kämpfen, nämlich Vinzenz Schaller aus Kalkstein, Osttirol. Vgl. Andreas Maislinger, *Bauern gegen Hitler*, in: *Österreichische Monatshefte* 7, 1985; Vinzenz Schaller, *Einsamer Weg*, in: *Thurntaler* 11, Dezember 1984.

8 Heinrich Kreutzberg, *Franz Reinisch. Ein Märtyrer unserer Zeit*, Limburg 1953, S. 182-185.

9 Georg Bergmann, *Franz Jägerstätter. Ein Leben vom Gewissen entschieden*, Stein am Rhein 1980.

dar.¹⁰ Diese Dissertation beinhaltet viele zuvor unveröffentlichte Details.

Die Vereinigten Staaten: Frühe Anerkennung

Die Anerkennung Jägerstätters in den Vereinigten Staaten begann in den sechziger Jahren. 1968 gedachte ein Amerikaner aus Missoula, Montana, des 25. Jahrestages von Jägerstätters Hinrichtung, indem er nächst dem Grab in der Dorfkirche von St. Radegund eine bronzene Gedenktafel anbringen ließ. Der Text dieser Tafel lautet: "Thank God for Jägerstätter: he knew that we are all brothers and that the command of Christ is essential for everyone. He has not died in vain."¹¹ Im selben Jahr nahm Thomas Merton ein Jägerstätter-Kapitel in sein Buch "Faith and Violence. Christian Teaching and Christian Practice" auf.¹² In der Einleitung dieser Publikation schrieb Merton:

"In the case of Franz Jägerstätter we have a faith that stood up against an unjust but established power and refused to practice violence in the service of power. On the other side, we have Simone Weil who was a French pacifist before World War II and who later joined the French resistance against the Nazis."¹³

Merton vergleicht Jägerstätter auch mit Pater Alfred Delp, einem bekannten Märtyrer des deutschen Widerstands.

Jägerstätters Vermächtnis beeinflusste deutlich das Denken prominenter Mitglieder der nordamerikanischen Anti-Vietnam-Bewegung. Daniel Ellsberg erklärte mehrere Male, daß seine Entscheidung, die Pentagon-Papiere zu veröffentlichen, von Jägerstätters "moralischem Widerstand" mitbeeinflußt war.¹⁴ Auch Merton war ein Gegner der Beteiligung der Vereinigten Staaten am Vietnamkrieg. Jägerstätter wurde gewissermaßen zu einem christlichen Helden in einem ganz allgemeinen Sinn. Pater Boniface Hanley führte Jägerstätter als eines der acht "Vorbilder im Verhalten und Leitbilder für reifes christliches Leben" an.¹⁵ Die anderen sind für ihn Charles de Foucauld, Thomas Dooley, Edith Stein, Vincent Lebbe, Miguel Pro, Eva Lavallière und Titus Brandsma. Für die meisten seiner Bewunderer in den Vereinigten Staaten ist Jägerstätter ein Symbol des moralischen Gewissens.

10 Erna Putz, *Franz Jägerstätter ... besser die Hände als der Wille gefesselt...*, Linz 1985.

11 Gordon C. Zahn, *Franz Jägerstätter. Martyr for Conscience*, Erie 1986, S. 14.

12 Thomas Merton, *Faith and Violence. Christian Teaching and Christian Practice*, Notre Dame 1968, S. 69-75.

13 Ebenda.

14 Zahn, *Franz Jägerstätter*, a. a. O., S. 2.

15 Boniface Hanley, *O. F. M., Twentieth Century Christian Heroes: No Strangers to Violence - No Strangers to Love*, Notre Dame 1983, S. 120-146.

Hanleys Kapitel über Jägerstätter beispielsweise schließt mit dem folgenden Zitat aus einer Rede von Martin Luther King, Jr.:

"Cowardice asks the question, 'Is it safe?' Expediency asks the question, 'Is it politic?' Vanity asks the question, 'Is it popular?' But conscience asks the question, 'Is it right?'"¹⁶

Hanley hält Jägerstätters Verweigerung für richtig.

Die katholische Kirche: Ein langer Lernprozeß

Am 20. Mai 1987 hielt die Diözese Linz eine Gedenkfeier zu Jägerstätters 80. Geburtstag ab. Niemals zuvor hatte die Diözese Linz ihrem Glaubensbruder Franz Jägerstätter eine solche Ehre gewährt. Mitglieder der Friedensbewegung der Vereinigten Staaten waren anwesend, so auch Bischof Thomas J. Gumbleton aus Detroit. Der Linzer Bischof Maximilian Aichern und Bischof Gumbleton leiteten gemeinsam den Gedenkgottesdienst. In seiner Predigt erklärte Gumbleton, die nordamerikanische Friedensgruppe "Schwerter zu Pflugscharen" habe einen Großteil der Inspiration für ihre gewaltlosen Aktionen gegen die amerikanisch-sowjetische Aufrüstung von Jägerstätter bezogen.

Vor der Feier in Linz waren innerhalb der katholischen Kirche die Meinungen bezüglich Jägerstätter gespalten. Kritiker innerhalb der katholischen Kirche kamen vorrangig aus Österreich selbst. Bis 1963 erlaubte der Linzer Bischof keine Veröffentlichungen von Artikeln über Jägerstätter in der Wochenzeitung der Diözese. 1946 gab Bischof Josephus Calasancius Fließner folgende Erklärung für seine ablehnende Haltung ab:

"Ich halte jene idealen katholischen Jungen und Theologen und Priester und Väter für die größeren Helden, die in heroischer Pflichterfüllung und in der tiefgläubigen Auffassung, den Willen Gottes auf ihrem Platz zu erfüllen, wie einst die christlichen Soldaten im Heere des heidnischen Imperators, gekämpft haben und gefallen sind. Oder sind die Bibelforscher und Adventisten, die 'konsequent' lieber im KZ starben als zur Waffe griffen, die größeren Helden? Alle Achtung vor einem schuldlos irrigen Gewissen; es wird vor Gott seine Würdigung finden. Für die Pädagogik an den Menschen sind die Beispiele der Helden, die aus eindeutig richtigem Gewissen konsequent gehandelt haben, die besseren Vorbilder."¹⁷

Bis heute verhält sich die kirchliche Hierarchie in Österreich Jägerstätter gegenüber zwiespältig. Der Erzbischof von Wien, Hans Hermann Groer, lehnte es ab, die Tat Jägerstätters bedingungslos zu befürworten und verwies darauf, daß seine Abneigung, ein Urteil über diese Sache zu fällen, aus einem

¹⁶ Ebenda, S. 146.

¹⁷ Zahn, Er folgte seinem Gewissen, a. a. O., S. 165 f.

Mangel an Information stamme.¹⁸ Verglichen mit den Stellungnahmen von Kardinal Franz König zu diesem Thema, repräsentiert diese Äußerung einen Schritt weg von der Anerkennung der wahren Natur dieses Falles.

Innerhalb der österreichischen Kirche ist Kardinal König der bekannteste Befürworter Jägerstätters. König vertritt die Meinung, Jägerstätter habe seine Pflicht als Christ erfüllt. König befürwortet selbstredend die verschiedenen Aktionen der Diözese Linz. Natürlich fand diese Identifizierung einiger Mitglieder des österreichischen Klerus mit den Opfern der Nationalsozialisten ihre Kritiker. Einige Einwohner St. Radegunds und der Umgebung drohten ihren Austritt aus der katholischen Kirche an, sollte Jägerstätter heilig gesprochen werden. Alle Priester, die mit Jägerstätter in Kontakt gekommen waren, zählten sich dagegen zu seinen glühendsten Bewunderern. Bei den katholischen Mesnern Oberösterreichs scheint Jägerstätter einen positiven Eindruck hinterlassen zu haben. Im Juli 1984 hielten hundert Mesner der Diözese Linz, größtenteils aus dem Innviertel, einen Gedenkgottesdienst für ihren gemarterten Kollegen ab. Jägerstätters Witwe, die Mesnerin von St. Radegund, nahm an der Veranstaltung teil. Diese Tatsache zeigt offensichtlich, daß die Befürwortung Jägerstätters innerhalb der katholischen Kirche in den niederen Reihen am stärksten ist. Das Schweigen der Österreichischen Bischofskonferenz im Falle Jägerstätters bestärkt die Ansicht, daß die breite Masse der Katholiken mehr an der Propagierung dieses Themas interessiert ist als die kirchliche Hierarchie. Einige ihrer Mitglieder haben allerdings außerhalb Österreichs ein starkes Interesse an Jägerstätter bekundet. Während des Zweiten Vatikanischen Konzils setzte sich Erzbischof Thomas D. Roberts für ihn mit den folgenden Worten ein: "I plead with the Fathers to consider this man and his sacrifice in a spirit of gratitude. May his example inspire our deliberations."¹⁹

Einige Katholiken traten für Jägerstätters Heiligsprechung ein, die ersten Aufrufe dazu gab es nach der Veröffentlichung von Zahns Buch. Aber schon vorher war Jägerstätter mit Sir Thomas More, dem 1535 hingerichteten Kanzler von England, verglichen worden. Heinrich VIII. ordnete Mores Hinrichtung mit der Begründung an, dieser sei ein katholischer Loyalist gewesen. Schon 1952 stellte Heinrich Kreutzberg die Ähnlichkeiten zwischen den Hinrichtungen Mores und Jägerstätters fest. In beiden Fällen wurde das Opfer gezwungen, eine Entscheidung zwischen der Pflicht gegenüber der Familie und der Pflicht gegenüber Gott zu fällen. Die Opfer stellten

¹⁸ Brief vom 11. März 1987.

¹⁹ Mitteilung von Gordon C. Zahn.

des weiteren ihre Beziehung zu Gott über ihre Loyalität zum Staat. In jüngerer Zeit bemerkte der britische Pater Bruce Kent, die Parallelen zu Sir Thomas More lägen auf der Hand bis auf den einen Unterschied,

"daß Thomas als internationale Persönlichkeit im Blickpunkt der Welt seiner Zeit stand, Franz dagegen ein Niemand war, der eindeutig damit rechnete, bald vergessen zu werden."²⁰

Österreich: Konfrontation mit der Wahrheit

Österreichs zwiespältiger Status als nationalsozialistisches Opfer und als Täter macht es Jägerstätters Mitbürgern oft sehr schwer, über den Stellenwert seines Protestes ins reine zu kommen. Das offizielle Österreich vertritt den Standpunkt, Österreich sei das erste Opfer der nationalsozialistischen Aggressionspolitik gewesen. Trotz der Betonung des Opfer-Status glauben die meisten Österreicher noch immer, sie hätten während des Zweiten Weltkriegs für die Verteidigung ihres Vaterlandes gekämpft. Fast jede österreichische Gemeinde errichtete ein Denkmal zu Ehren seiner in beiden Weltkriegen im Kampf gestorbenen Mitbürger. Die Namen der im Ersten Weltkrieg umgekommenen Soldaten scheinen gemeinsam mit den Namen der im Zweiten Weltkrieg Gefallenen auf. Die Denkmäler ignorieren völlig die Rolle Österreichs als ein nach dem "Anschluß" besetztes Land. Mehr als die Hälfte dieser Kriegerdenkmäler bezeichnet die im Zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten als Helden. Auf dem Denkmal von St. Georgen nächst St. Radegund ist zu lesen: "Heimat gedenke: Für dich gaben wir unser Leben." Diese Inschrift fordert die Österreicher auf, ihren während der "Verteidigung" des Heimatlandes gestorbenen Mitbürgern die gebührende Ehre zu erweisen. Das ist bezeichnend für die Botschaften der Kriegerdenkmäler in ganz Österreich.²¹

Das Unvermögen österreichischer Behörden, die Beziehung zwischen Österreich und dem nationalsozialistischen Deutschland klar zu definieren, behinderte auch die durch Franziska Jägerstätter angestrebten Versuche, eine Witwenpension zu bekommen. 1946 erhielt Frau Jägerstätter eine "Amtsbescheinigung", die sie als eine überlebende Angehörige eines Opfers des nationalsozialistischen Terrors auswies. Zwei Jahre später stellten sich jedoch die österreichischen Behörden auf den Standpunkt, daß das Opferfürsorgegesetz auf Franz Jägerstätter nicht zutrefte, und gaben für ihre

Entscheidung zur Aberkennung der Amtsbescheinigung Franziska Jägerstätters folgende Begründung an: Jägerstätter sei zweifellos ein Opfer des Nationalsozialismus, doch er kämpfte nicht im Sinne des § 1 des Opferfürsorgegesetzes 1947 für ein freies und demokratisches Österreich. Gemäß einem Bericht des Gendarmeriepostenkommandos Ostermiething aus dem Jahre 1948 verweigerte Franz Jägerstätter den Dienst im Heer Hitlers wegen seelischer Depression und religiöser Überzeugung. Diese Faktoren hatten in den Augen der österreichischen Behörden nichts mit dem Kampf für Demokratie und für Österreich zu tun. In einem Brief an Pater Kreuzberg behauptete Franziska Jägerstätter, daß die feindselige öffentliche Meinung in Braunau und Umgebung der entscheidende Anlaß zu diesem Bericht war. Normalerweise hatten Kriegerwitwen wenig oder keine Probleme, eine Pension zu bekommen. Jägerstätters Witwe mußte jedoch zwei Jahre bis zum Erhalt ihrer ersten Pensionszahlung warten. Es war offenkundig, daß sich die österreichischen Behörden mit den Pensionszahlungen an Frau Jägerstätter wegen der kontroversiellen Natur der Handlungsweise ihres Ehemannes Zeit ließen.²²

Wie bereits erwähnt, wurde Jägerstätter erst nach der Herausgabe der deutschen Übersetzung von Zahns Buch im Verlag Styria (1967) in ganz Österreich bekannt. Etwa hundert Zeitungen im deutschsprachigen Raum rezensierten dieses Buch; auch solche, die dem Katholizismus nicht unbedingt wohlwollend, ja sogar feindlich gegenüberstanden, priesen Jägerstätter in ihren Artikeln. Der Rezensent der "Arbeiter-Zeitung" hielt Jägerstätter für einen Märtyrer im Kampf gegen den Totalitarismus. Derselbe Autor beschuldigte die katholische Kirche der Kapitulation vor dem NS-Regime, da sie es versäumt hatte, Jägerstätter zu unterstützen. Erstaunlicherweise brachte auch die kommunistische "Volksstimme" eine Buchbesprechung und zollte Jägerstätter große Anerkennung. Wie die "Arbeiter-Zeitung" kritisierte auch die "Volksstimme" die Haltung der katholischen Kirche Österreichs gegenüber Jägerstätter aufs heftigste. Lediglich das "Linzer Kirchenblatt", das offizielle Organ der Diözese Linz, mißbilligte Zahns Darstellung.²³

Die Ausstrahlung des Films "Der Fall Jägerstätter" am Nationalfeiertag 1971 im ORF-Hauptabendprogramm war ein nationales Ereignis, das das öffentliche Bewußtsein für diese Problematik schärfte. Die allgemeine Reaktion auf diesen Film war überwältigend. Das Katholische Bildungswerk organisierte hunderte Diskussionen zum Inhalt dieses Spielfilms.

20 Bruce Kent, Franz Jägerstätter, London 1986, S. 1 f.

21 Das ist das Ergebnis meines Forschungsprojekts "Kriegerdenkmäler in Österreich" (Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank).

22 Putz, a. a. O., S. 276-281.

23 Die Sammlung von Zeitungsartikeln über Jägerstätter wird fortgesetzt.

Nationalsozialismus: Drei Arten von Opfern

Die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung können nach Gordon C. Zahn einer der drei folgenden Kategorien zugeordnet werden: 1) genetische Opfer; 2) politische Opfer; 3) Gewissensopfer. Juden und Zigeuner waren genetische Opfer, mit einem gewissen Abstand auch die Slawen. Zu den politischen Opfern zählen die von den Nationalsozialisten wegen Teilnahme an einer organisierten Widerstandsgruppe verfolgten Menschen, am häufigsten die Aktivisten der Kommunisten, der Sozialdemokraten und konservativen Parteien. Gewissensopfer sind Personen, die wegen ihrer individuellen Verweigerung von den Nationalsozialisten verfolgt wurden. Jägerstätter war ein solches Gewissensopfer. Seine Entscheidung beruhte nicht allein auf seinem Bekenntnis zu den christlichen Idealen. Als österreichischer Patriot verwarf er die Vorstellung, in einer von der nationalsozialistischen Diktatur bestimmten fremden Armee dienen zu müssen. Diese beiden Faktoren muß man in Rechnung stellen, soll Jägerstätters Entscheidung im richtigen Zusammenhang gesehen und dementsprechend gewürdigt werden. Andererseits ist zu betonen, daß Jägerstätter keinerlei Kontakte zum anti-nationalsozialistischen Widerstand unterhielt.

Das seiner Natur nach dem deutschen ähnliche politische Klima Österreichs nach 1938 machte die Herausbildung einer Opposition hier viel schwieriger als in anderen besetzten Ländern, wie beispielsweise in Frankreich oder Polen. Klemens von Klemperer untersuchte die Beweggründe, die Männer wie Julius Leber, Johann Georg Elser, Ludwig Beck, Carl Friedrich Goerdeler, Graf von der Schulenberg, Graf von Moltke, Dietrich Bonhoeffer, Graf von Stauffenberg und Franz Jägerstätter zu ihrer Entscheidung zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus veranlaßten. Hinsichtlich Jägerstätter kam Klemperer zur Überzeugung, daß dieser sowohl politische als auch moralische Elemente für die Rechtfertigung seiner Widerstandshandlung herangezogen habe. Eine rein moralische Entscheidung würde Jägerstätter, so Klemperer, davon abgehalten haben, seine Familie durch politischen Selbstmord aufzugeben.²⁴

Im Gegensatz zu den Gegnern des Nationalsozialismus in Frankreich oder Polen hatte Jägerstätter fast keine Möglichkeit, Gleichgesinnte um sich zu sammeln. Das völlige Fehlen des Wortes Widerstand in seinen persönlichen Aufzeichnungen zeigt am deutlichsten Jägerstätters Isolation. Erst knapp vor seiner Exekution erfuhr er, daß ein anderer Österreicher den

24 Klemens von Klemperer, "Sie gingen ihren Weg...", in: Jürgen Schmädke und Peter Steinbach (Hrsg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, München-Zürich 1985, S. 1097-1106.

Dienst in der Armee Hitlers verweigert hatte. Kurz vor der Hinrichtung erzählte ihm Pater Kreuzberg: "Dieser Priester hieß Franz wie Sie, und er war aus Österreich wie Sie. Und wenn Sie schon in den Tod gehen wollen, dann gehen Sie so tapfer und groß wie er hinüber in die Ewigkeit."²⁵ Pater Kreuzberg bemerkte Jägerstätters moralischen Auftrieb, als dieser von Pater Reinischs Bereitschaft erfuhr, eher sein Leben zu opfern, als den deutschen Militäreid abzulegen. Jägerstätter reagierte auf den Vergleich mit Pater Reinisch mit großer Genugtuung:

"Das habe ich mir doch immer gesagt, daß ich nicht auf einem falschen Weg sein kann. Wenn aber ein Priester sich so entschieden hat und in den Tod gegangen ist, dann darf ich das auch tun."²⁶

Kirche und Kriegsdienstverweigerung: Ein zwiespältiger Standpunkt

Über die Jahre hin hat die katholische Kirche einen zwiespältigen Standpunkt gegenüber der Kriegsdienstverweigerung eingenommen. Es scheint in ihr drei verschiedene Haltungen zu Krieg und Frieden zu geben. Eine christliche Lehrmeinung vertritt einen pazifistischen Zugang zur Konfliktlösung. Zwei der bekanntesten Proponenten von Gewaltlosigkeit in der katholischen Kirche sind Daniel und Phillip Barrigan. Die Doktrin vom gerechten Krieg, ein theoretisches Konzept, das von Augustinus und Thomas von Aquin entwickelt wurde, repräsentiert einen zweiten Zugang, den katholische Theoretiker bei der Beantwortung der Frage, ob Katholiken an Kriegen teilnehmen sollen oder nicht, wählen. 1) Der Krieg muß von einer öffentlichen Autorität zum Wohl der Allgemeinheit geführt werden. 2) ein gerechter Grund muß vorgebracht werden; 3) er muß mit gerechten Absichten ausgetragen werden; und 4) das durch den Krieg verursachte Leid darf nicht über das Gute hinausgehen, das durch ihn in die Welt gesetzt wird. In Anwendung dieser Kriterien wäre ein objektiver Entscheidungsträger gezwungen gewesen, die Aggression des nationalsozialistischen Deutschland als Ursache eines ungerechten Krieges zu erklären. Papst Pius XII. fällt hinsichtlich des Charakters des Zweiten Weltkrieges kein offizielles Urteil.

"In Germany, in 1939, the Roman Catholic hierarchy urged soldiers to support their country and 'to do their duty in obedience to the Führer, ready for sacrifice and with commitment of the whole being.'"

25 Kreuzberg, a. a. O., S. 185.

26 Ebenda.

Eine dritte Position innerhalb der katholischen Kirche in bezug auf den Krieg ist die Kreuzfahrer-Doktrin, deren hauptsächliche Idee es ist, daß der Zweck die Mittel heiligt.²⁷

Durch sein Handeln gab Jägerstätter ein implizites Bekenntnis zur Doktrin des gerechten Krieges ab. Er verneinte nicht alle Kriege. Jägerstätter widersetzte sich vielmehr der Motivation, die hinter dem aggressiven Auftreten Hitler-Deutschlands stand. Die imperialistischen Ambitionen des nationalsozialistischen Deutschland stießen Jägerstätter ab. Weiters protestierte er gegen die von der Deutschen Wehrmacht begangenen Greuelthaten. Vor allem aber hatte er kein Verlangen, einem Staat zu dienen, der der Selbständigkeit Österreichs ein Ende gesetzt hatte. In seinen Kommentaren bekannte er seine Bereitschaft, für sein Heimatland und besonders gegen die Bedrohung durch den Nationalsozialismus zu kämpfen. Obwohl er sich mit dem Akt seines Ungehorsams von den meisten seiner Glaubensbrüder abhob, hatte es vor ihm schon andere katholische Kriegsdienstverweigerer gegeben. Bis zum 4. Jh. leisteten Christen nur selten Kriegsdienst. Formell akzeptiert die Kirche den hl. Martin von Tours als ihren ersten Kriegsdienstverweigerer. Als der hl. Martin aufgefordert wurde, für die Römer zu kämpfen, antwortete er: "Ich bin ein Soldat Christi, ich kann nicht kämpfen." Mit dem zahlenmäßigen Ansteigen der Zwangsrekrutierungen während der Französischen Revolution wurde die Kriegsdienstverweigerung in katholischen Kreisen ein Streitthema. Der hl. Jean Vianney gilt allgemein als der erste katholische Kriegsdienstverweigerer der Neuzeit. Er verweigerte den Wehrdienst in der Armee Napoleons und trat schließlich in den Priesterstand ein. Pater Kreuzberg erwähnte Jägerstätters ausdrücklichen Wunsch, am Festtag des hl. Jean Vianney hingerichtet zu werden, und die Nationalsozialisten kamen diesem Verlangen nach, indem sie Jägerstätter an Vianneys Festtag des Jahres 1943 enthaupteten.²⁸

Die Massenmedien: Bekanntmachung des Falles

In den letzten Jahren haben die Massenmedien in Österreich, Deutschland und Großbritannien den Fall Jägerstätter in Filmen und Radiosendungen bekannt gemacht. Wie bereits erwähnt, beeindruckte Axel Cortis "Der Fall Jägerstätter" die österreichische Öffentlichkeit stark. Fünf Monate nach

²⁷ Vgl. James H. Forest, *Catholics and Conscientious Objection*, New York 1980.

²⁸ Das Buch "Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich" von Albrecht Hartmann und Heidi Hartmann (Frankfurt 1986) erwähnt neben Jägerstätter vier andere Katholiken: Michael Lepscher, Franz Reinisch, Josef Ruf und Ernst Volkmann.

seiner Erstaussstrahlung wurde der Film ein zweites Mal gesendet. Diese unübliche Vorgangsweise war eine Folge des allgemeinen Interesses und der Kontroversen, die durch die Erstsending hervorgerufen wurden.

Die kontroverielle Thematik des Jägerstätterfilmes sowie die professionelle Ausführung verfehlten in breiten Kreisen der österreichischen Bevölkerung offensichtlich nicht ihre Wirkung. Anlässlich der zweiten Sendung brachte der ORF eine Diskussion betreffend Inhalt und Bedeutung des Films. Der Diskussionsgruppe gehörte der österreichische Verteidigungsminister Karl Lütgendorf, ein früherer Wehrmachtsoffizier, an. Zur allgemeinen Überraschung sympathisierte General Lütgendorf mit Jägerstätter und brachte seine Unterstützung zur Einführung eines österreichischen Gesetzes für Wehrdienstverweigerung zum Ausdruck. Abgesehen von seiner unmittelbaren politischen und religiösen Bedeutsamkeit erhielt "Der Fall Jägerstätter" verschiedene Filmpreise, darunter jenen für den besten religiösen Film bei den Filmfestspielen 1971 in Baden-Baden.

Bald nach der Premiere des Axel Corti-Films sendete das westdeutsche Fernsehen eine Dokumentation über die österreichische Reaktion zum Fall Jägerstätter, die Interviews mit einigen Gefährten Jägerstätters, mit dessen Witwe und Pater Karobath enthielt. Zusätzlich zur Dokumentation zeigte das westdeutsche Fernsehen Cortis Film, den auch viele Menschen aus der DDR empfangen konnten. Vier Jahre nach seiner Herstellung feierte "Der Fall Jägerstätter" sein britisches Kinodebüt in London, wobei der Streifen die Aufmerksamkeit der Londoner Filmkritiker auf sich zog. John Coleman vom "New Statesman", Patrick Gibbs vom "Daily Telegraph", Nigel Andrews von der "Financial Times" und andere rezensierten ihn. Im "The Listener" vom 3. April 1975 schrieb Gavin Millar:

"The pitfalls of such a film are obvious. It attempts the most difficult of tasks, to make a great act of sacrifice appear admirable and without priggishness or bigotry. Jägerstätter is played by Kurt Weinzierl, and it is a performance beyond praise, chiefly by virtue of what you might call its absent flaws. Had there been a moment at which the actor showed through, a moment of calculation, technique or "style", a moment at which an eyebrow or the corner of the mouth had registered self-consciousness in any degree - the willingness even to impress would have lost its extraordinary touch. Weinzierl is perfect because it is impossible, having seen the film, not to believe that he has, himself, some of the personal qualities of Jägerstätter. How else could he be sober without joylessness, resolute without complacency, intelligent without conceit? He has a perfect tact towards the near superhuman feelings he is called upon to represent. They never take him by surprise, but neither does he play them like trumps."

Einige Kritik wurde jedoch auch gegen den Film vorgebracht. Sylvia Millar schrieb:

"Corti is not always as dispassionate and judicious as the weight and intelligence of his material demands. A grave seen from the corpse's point of view, the wife and priest in prison divided by the enormous foreground helmet of a guard, the garish underlit glimpse of the commandant

as the sentence of death is read outside the guillotine chamber: the narrative needs no such metaphorical buttressing, which only devalues the simplicity and frankness of the real interviews."

Es soll bemerkt werden, daß praktisch alle britischen Filmkritiker Jägerstätters Mut und moralische Integrität lobten.

In den Vereinigten Staaten erfolgte der Verleih des Films durch das Pax Christi Center on Conscience and War, dessen Leiter Gordon C. Zahn ist. Der Film wurde hauptsächlich bei Meetings von Friedensgruppen und religiösen Organisationen gezeigt. Pax Christi USA räumte der Information seines Publikums über Jägerstätter hohe Priorität ein. Die von The Christophers und Pax Christi verbreitete Broschüre "Peace, War, and the Christian Con-science" zitiert nur zwei Kriegsdienstverweigerer aus dem Zweiten Weltkrieg: Jägerstätter und Dietrich Bonhoeffer. Über 800.000 Kopien dieser Broschüre wurden an Kirchen, Friedensgruppen und andere Organisationen in den Vereinigten Staaten abgegeben.

Die Feiern zum 80. Geburtstag

Österreich beging am 20. Mai 1987 Jägerstätters 80. Geburtstag. Die von den Bischöfen Maximilian Aichern und Thomas Gumbleton zelebrierte Vesper am 20. Mai war selbst für weniger religiöse Menschen aufgrund der Aufrichtigkeit und Ernsthaftigkeit beeindruckend. Sie vermittelte ein Gefühl religiöser Unterstützung seitens der Bischöfe ohne fanatischen Eifer.

Das Beispiel Jägerstätters bestärkt andere in ihren politischen und religiösen Auffassungen. Ein Ergebnis des steigenden Interesses an Franz Jägerstätter ist die Gründung einer Pax Christi-Gruppe in Tirol. Ihre ersten Aktivitäten waren die Übersetzung von Gordon C. Zahns Broschüre "Martyr for Conscience" und die Veranstaltung eines Franz Jägerstätter-Seminars.

Obwohl Jägerstätter seit seinem Tod immer wieder auch kritisiert worden ist und an die Veranstalter der Gedenkfeier viele böse Briefe geschickt wurden, sollte man die Worte des Priesters Johann Bergmann im Gedächtnis behalten:

"Viele wollten es damals nicht sehen; viele haben es nicht gesehen, und von den Sehenden haben nur wenige die Kraft gefunden, dem Druck zu widerstehen."

Franz Jägerstätter hat widerstanden.

ERNA PUTZ

FRANZ JÄGERSTÄTTER STELLT DIE FRAGE NACH DEM KRIEG

Zur Rezeption eines Unbequemen

Der Schwerpunkt der Diskussion um Jägerstätter hat sich in den letzten zwanzig Jahren deutlich verlagert. Nach Erscheinen der ersten Biographie Franz Jägerstätters auf deutsch 1967¹ und verstärkt nach der Ausstrahlung des ORF-Dokumentarspiels "Der Fall Jägerstätter" (Axel Corti, 1971)² war die Richtigkeit seiner Handlungsweise im Gespräch. Die Soldatengeneration tat sich zum Teil schwer, diese zu verstehen, war Jägerstätter nach der Darstellung Zahns und Cortis das Kriegsgericht doch aufs äußerste entgegengekommen. Er sei angeblich gebeten worden, zur Sanität zu gehen.³ Die Frage nach der Möglichkeit des Sanitätsdienstes und damit einer Überlebenschance mußte nach genauerer Analyse der im Besitz der Witwe sich befindenden Dokumente verneint werden.⁴ In dem im Mai 1990 aus dem Prager Militärarchiv erhaltenen Reichskriegsgerichtsurteil ist zweimal die Bitte Jägerstätters vermerkt, zum Sanitätsdienst zugelassen zu werden.⁵ Ehemalige Soldaten und deren Familienangehörige stellen bis in die Gegenwart die Frage: "Warum hat er seine Familie im Stich gelassen? Er hätte doch zur Sanität können!" Vom Unverständnis war es dann nicht mehr weit bis zur Einschätzung als Dickkopf und Sonderling.

1978 war der Aufmacher der "Linzer Kirchenzeitung" auf der Titelseite ein Vorschlag für das bevorstehende Innviertler Jubiläum (1779-1979): "Laßt Franz Jägerstätter nicht in Vergessenheit geraten!" Josef Karobath, der frühere Pfarrer von St. Radegund, versuchte auf sein Pfarrkind aufmerksam zu machen: "Noch wäre es zu früh, Franz Jägerstätters Seligsprechung anzustreben. Aber laßt ihn besonders in Oberösterreich nicht in Vergessenheit geraten!" Karobath hatte Jägerstätter abgeraten, sein Leben zu opfern, "aber Jägerstätter hat uns einfach überzeugt".⁶

Eher zufällig begegnete ich 1979 im Zuge der Recherche für eine "Pfarr-

- 1 Gordon C. Zahn, Er folgte seinem Gewissen. Das einsame Zeugnis des Franz Jägerstätter, Graz 1967, zit. nach der 2. Aufl. 1979.
- 2 Der Fall Jägerstätter. Dokumentarspiel von Hellmut Andics, Regie Axel Corti.
- 3 Vgl. Zahn, a. a. O., S. 103 f.
- 4 Vgl. Erna Putz, Franz Jägerstätter ... besser die Hände als der Wille gefesselt ... , Linz 1985, zit. nach der 2. Aufl. 1987, S. 203 ff. und 230 ff.
- 5 DÖW E 21.460.
- 6 Linzer Kirchenzeitung, 14. 5. 1978.

reportage St. Radegund" Franziska Jägerstätter. Vorher hatte ich mich mit diesem Thema nie beschäftigt und nur den Eindruck gehabt, Franz Jägerstätter sei zwar interessant, aber doch auch eine Art Sonderling gewesen. Im Gespräch mit Franziska und vor allem nachdem sie mir Briefe und Gefängnisaufzeichnungen ihres Mannes gezeigt hatte, war mir klar: Dieser Mann ist alles andere als ein Sonderling. Ich spürte den scharfen Verstand dieses Menschen und auch seine tiefe Frömmigkeit. In den Berichten seiner Frau konnte man auch einen besonders liebenswürdigen Partner erkennen.

"In einem begnadeten Gewissen konnte er die dunklen Zeichen seiner Zeit deuten - Jägerstätter war ein Prophet" war der Titel des Artikels⁷, der im wesentlichen aus Texten Jägerstätters bestand und in der Folge zu einer sehr lebhaften Leserbriefdiskussion in der "Linzer Kirchenzeitung" führte. Wobei schon damals die Jägerstätter hochschätzenden Stimmen in einer gewaltigen Überzahl waren.

Mit Maximilian Aichern OSB war seit Jänner 1981 ein Bischof an der Spitze der Diözese Linz, dem der gläubige Bauer von Kindheit an viel bedeutete. Von Beginn seiner Amtszeit an bekundete er an ihm ein lebhaftes Interesse. Im August 1983, anlässlich des 40. Jahrestages des Todes Franz Jägerstätters, kam Bischof Aichern zu einem Gedenkgottesdienst nach St. Radegund. In der Predigt zeichnete er ihn als Menschen des Glaubens:

"Vom Glauben her war Jägerstätters Gewissen geprägt. Das Gewissen ist eine innere Stimme, die der Schöpfer, die der Herrgott uns Menschen gegeben hat. [...] Und der gläubige Jägerstätter hat aus seinem Gewissen kein Hehl gemacht. Er folgte dem radikalen Friedenswillen des Herrn, und er setzte diesen aus seinen Gewissensgründen höher als den Bauernhof, höher als die Mesnerie, höher sogar als die Familie, der er so sehr und lebendig verbunden war, und er ging im Glauben wie Abraham mutig in eine ungewisse Zukunft, weil er die Stimme Gottes für sich hörte und erkannte. [...] Jägerstätter ist eindeutig ein Mensch des Friedens. Wir erlangen Frieden nur durch persönlichen Einsatz und persönliche Opfer. Er steht uns da vor Augen. Er hat den Frieden höher geschätzt als alle irdischen Werte und ist so ein Zeugnis für den Frieden geworden. [...]"

Viele fragen, war Jägerstätter ein Heiliger? Die alten Christen nannten sich Heilige. Wer Christ war, ist heilig, weil er von Gott berufen ist und die Gnade hat durch die Taufe. So ist auch Jägerstätter gewiß ein Heiliger, weil er ein Christ ist. Und Pfarrer Jochmann, der Jägerstätter auf seinem letzten Weg zum Schafott begleitete, sagte über ihn zu österreichischen Ordensschwwestern: 'Ich kann Euch nur gratulieren zu Eurem Landsmann, der als Heiliger gelebt und als Heiliger gestorben ist. Ich habe die Gewißheit, daß dieser einfache Mensch der einzige Heilige ist, der mir in meinem Leben begegnet ist.' Zu den Taten Jägerstätters und zu den Worten des Priesters, der ihn zuletzt begleitet hat, haben wir wohl nichts mehr hinzuzufügen.⁸

7 Erschienen im gemeinsamen Teil der im Ring der Kirchenzeitungen zusammengeschlossenen Blätter, damals die Diözesen Linz, Salzburg, Gurk-Klagenfurt und Feldkirch umfassend, 1. 4. 1979.

8 Text nach Manuskript des Tonbandmitschnitts der Predigt vom 7. 8. 1983 in St. Radegund.

Es ist doch bemerkenswert, daß die Person, die innerhalb der Kirche für das Eröffnen und Voranbringen eines Kanonisationsprozesses allein zuständig ist, das Thema in die öffentliche Diskussion gebracht hat. Die vorsichtige Formulierung des Bischofs, daß Heiligkeit ohnehin von allen Christen gesagt und gefordert sei, wurde nicht als Abschwächung der Position Jägerstätters verstanden. Jedenfalls brachte die "Kronen-Zeitung" am 10. August 1983 nach dem Übertitel "Jägerstätter als Friedensmartyrer verehrt" die Schlagzeile "Bischof Aichern: 'Ein Heiliger!'"

Friede ist eine entscheidende Kategorie in der christlichen Verkündigung. Friede, Schalom ist Gruß und Gabe des Auferstandenen an die Jünger (Joh 20, 19.26; Lk 24,36), die er gleichzeitig mit einer Aufgabe betraut, die der seinen ähnlich ist: mit der Aufgabe der Versöhnung und des Friedens. Schon seit den alttestamentlichen Propheten ist klar, daß der Einsatz ein hoher ist. Es wurde einer erwartet, der in seiner Person den Preis für den Frieden bezahlt (Jes 53). Bernhard Häring schreibt in seinem Standardwerk der katholischen Moraltheologie⁹ auch, "daß sich die Zukunft der Christenheit und ihre Glaubwürdigkeit daran entscheiden wird, ob die Jünger Christi das Evangelium des Friedens leben und der Welt vermitteln".¹⁰ Der Theologe, der selbst Soldat im Zweiten Weltkrieg und in russischer Kriegsgefangenschaft gewesen war, nennt das atomare Wettrüsten "Terror"¹¹ und fordert eine Verpönung des Waffenhandels in der internationalen öffentlichen Meinung.¹²

Hinsichtlich der Theorie vom "gerechten" Krieg wird angeführt, daß zwar bei allen großen Theologen das Ziel bestand, diesen einzuschränken, aber "unglücklicherweise fehlte es Kirchenmännern und Moralisten oft an Unterscheidungsgabe".¹³ Jedenfalls haben sie jeweils die entsprechenden Kategorien dazu verwendet, um zu beweisen, daß jeweils das eigene Land einen gerechten Krieg führe.¹⁴

Da stellt sich nun die Frage, handelte der junge Familienvater, der sich weigerte, im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite zu kämpfen, im Sinne des Friedensauftrages Christi, und tat er dies in vorbildlicher Weise? Als "echten Märtyrer im christlichen Sinne" bezeichnet 1980 der Theologe Chri-

9 Bernhard Häring, *Frei in Christus. Moraltheologie für die Praxis des christlichen Lebens*, 3 Bde., Freiburg-Basel-Wien 1981, "Friede auf Erden", S. 428-467.

10 Ebenda, S. 433.

11 Ebenda, S. 453.

12 Ebenda, S. 455.

13 Ebenda, S. 441.

14 Ebenda.

stoph von Schönborn Franz Jägerstätter.¹⁵ Dem Zeugnis der Märtyrer komme eine Schlüsselstellung in der Frage nach dem Wesen von Gewalt, Macht und Herrschaft zu:

"An einer so klaren Märtyrergestalt wie der des oberösterreichischen Bauern Franz Jägerstätter kann man die bleibende Aktualität dieses Verständnisses ablesen. Sein Zeugnis, das ihn zur Ablehnung des Waffendienstes in Hitlers Reich führte, offenbart die Mächte, die hier im Kampf sind. Die Schrift, in der er 1943, schon zum Tode verurteilt, seine Überzeugung begründet, ist in ihrer schlichten Wahrhaftigkeit ein Spiegel für jeden, der sich fragen will, wie es im Ernstfall um sein Christsein steht."¹⁶

Nach Schönborn gaben die Märtyrer der Kirche "den rechten Blick, die 'Zeichen der Zeit' zu verstehen, leuchtet doch im Geschehen des Martyriums die Wahrheit über die Zeit deutlich auf".¹⁷ Nicht nur beispielhaftes Christsein im Ernstfall und Aufzeigen der Wahrheit über eine bestimmte Zeit findet der Dominikanertheologe bei Franz Jägerstätter. Für ihn ist er ein vom Geist Gottes inspirierter Mensch.

"Man staunt, mit welcher Sicherheit dieser einfache Mann die geistige und auch politische Situation seiner Zeit erfaßte, Lüge von Wahrheit unterschied und selbst Priestern und seinem Linzer Bischof gegenüber bestimmt und demütig seinen Weg rechtfertigte, ohne je die Hierarchie oder die den Kriegsdienst leistenden Katholiken zu verurteilen."¹⁸

Als Sekretär der Kommission zur Herausgabe eines "Katechismus für die Weltkirche" ist Christoph von Schönborn mittlerweile einer der maßgeblichen Theologen innerhalb der katholischen Kirche.

Für den in Salzburg Dogmatik lehrenden Gottfried Bachl ist Franz Jägerstätter ein Beispiel für einen Heiligen unserer Zeit:

"Ich glaube, daß dieser Bauer aus dem Innviertel in unserem friedlosen, von Kriegen verwüsteten Jahrhundert ein großer Zeuge der entscheidenden Fragen ist, ob man den Mächten dieser Welt unterworfen sein will oder ob man zu Christus halten will. Wir sollten diese große Gestalt nicht jenen überlassen, die ihn beschimpfen oder für einen religiösen Fanatiker oder Verirrten halten. Auch wenn er innerkirchlich umstritten sei, sollten wir uns zu ihm bekennen, als einem Menschen, der ein Ideal, eine Utopie sichtbar gemacht habe, dem sich andere nur in der Form des Kompromisses nähern konnten."¹⁹

In die aktuelle politische Situation stellte der Auxiliarbischof von Detroit

15 Christoph von Schönborn OP, Franz Jägerstätter. Ein Zeugnis, in: Internationale katholische Zeitschrift, Heft 3, 9. Jg., Köln 1980, S. 272, Anm. 5.

16 Ebenda, S. 272.

17 Ebenda, S. 273.

18 Ebenda.

19 Linzer Kirchenzeitung, 31. 7. 1986. Prof. Bachl machte diese Äußerungen im Rahmen eines Referates in Garsten am 25. 7. 1986 zum Thema "Haben wir unsere Heiligen verloren?"

und Präsident der Friedensbewegung Pax Christi USA, Thomas Gumbleton, Franz Jägerstätter in einem Vortrag anlässlich des 80. Geburtstags am 20. Mai 1987 in Linz. Kein Heiliger suche das Martyrium, der Heilige suche vielmehr das Angesicht Gottes und den Frieden seines Volkes. Franz Jägerstätters Geschichte sei neu, weil er nicht als Opfer zusammen mit anderen Opfern starb, etwa weil er Katholik war. Er starb auch nicht, weil er etwa seinen Glauben verleugnen hätte sollen oder weil er seinen Glauben einer anderen Kultur gebracht hätte oder einen anderen Menschen gerettet hätte:

"Lauter gute Taten, welche die Kirche hochhält. Statt dessen gab er sein Leben hin im Widerstand gegen die Sünde der öffentlichen Ordnung. Franz Jägerstätter mußte erfahren, daß es nicht genügt, privat und individuell richtig zu leben angesichts des Bösen in der Struktur des sozialen Systems. Es genügt nicht, ein guter Ehemann, ein guter Vater, ein guter Bürger zu sein. Wenn uns die öffentliche Autorität wegführt von der Wahrheit, hinein in Alpträume menschlicher Zerstörung, und uns dann überzeugen will, daß dies gut ist, dann muß der gläubige Mensch, der ein bißchen etwas verstanden hat von Gott und von menschlicher Liebe, in der öffentlichen Arena aufstehen und sein Nein sagen. [...] Der Glaubende sagt, ich will versuchen, Gottes Namen in diesen Wahnsinn hineinzusprechen und ihn aufzuhalten."²⁰

Bischof Gumbleton nennt in der Folge das Böse beim Namen: Es ist das atomare Wettrüsten, gerade die "chirurgische Präzision" der neuen Generation der Laser-Waffen verleite zu einem Erstschatz. Der Widerstand gegen dieses Böse sei nicht nur Sache des verantwortlichen Bürgers, sondern heilsentscheidend für den Christen. Bischof Gumbleton verwies darauf, daß er zusammen mit mehreren Mitgliedern von Pax Christi im nuklearen Testgebiet in der Wüste von Nevada demonstrierte und zivilen Ungehorsam beging und deswegen verhaftet wurde.

"Wir konnten nicht still sein. Wir mußten mit irgendwelchen Symbolen so deutlich wie möglich, klar und nachdrücklich nein sagen zum Atomkrieg, nein zum Wettrüsten, nein zu den Tests, die das Wettrüsten ermöglichen. [...] Hat es überhaupt jemand bemerkt? Kümmert es irgendjemanden, daß einige hundert Menschen in die Wüste gingen und versuchten, Gott zu sich sprechen zu lassen? Wir wissen es nicht. Aber ich weiß, daß der Geist von Franz Jägerstätter dort war, in der Wüste, in meinem Herzen. Er war präsent. Sein Beispiel hat mir geholfen, dorthin zu gehen, und gab mir Mut."²¹

Bischof Gumbleton ist einer der vielen von Jägerstätter beeinflussten US- Aktivisten. In Linz erinnert er:

"Daniel Ellsberg, dessen Veröffentlichung der Pentagon-Papiere 1971 zur Beendigung des Vietnam-Krieges beitrug, sagte, er sei dabei vom moralischen Widerstand Franz Jägerstätters

20 Deutsche Übersetzung in: KSÖ, Nachrichten und Stellungnahmen der Katholischen Sozialakademie, Nr. 12, Wien, 4. 7. 1987.

21 Ebenda.

beeinflusst worden.²²

Seit der Neuordnung des Kanonisationsverfahrens 1983 ist es Sache des jeweiligen Diözesanbischofs, "Erhebungen anzustellen über das Leben, über die Tugenden oder das Martyrium und den Ruf der Heiligkeit" der Person, deren Kanonisation angeregt wird. Die römische Kongregation für die Heiligsprechung hat den Bischof, der eine Einleitung eines entsprechenden Verfahrens beabsichtigt, zu "beraten" und ihm bei der Durchführung "beizustehen". Zuständig wäre der Bischof, in dessen Diözesangebiet die entsprechende Person den Tod gefunden hat. Die auch im Fall Jägerstätter zuständige Berliner Bischofskonferenz hat im März 1977 die Kompetenz zur Behandlung der Kanonisationsprozesse "österreichischer Glaubensmartyrer der NS-Zeit" an den Bischof der Heimatdiözese bzw. an die Österreichische Bischofskonferenz abgetreten.²³ 1988 war der Linzer Bischof Maximilian Aichern im Gespräch mit der Heiligsprechungskongregation, bekam von dort "grünes Licht", wie er es ausdrückte, und sollte einige Vorfragen beantworten, die ihm leicht zu klären schienen; unter anderem war das Problem eines "außerehelichen" Kindes aufgetaucht (Jägerstätter hatte eine voreheliche, aber keine außereheliche Tochter). Im Frühjahr 1988 kam Jägerstätter ebenfalls ins Gespräch im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Papstbesuches im Herbst desselben Jahres. Die Kathpress vom 15. Februar 1988 gibt die Ankündigung des Pressereferenten des Papstbesuchs, Franz Humer, über die geplante Rundreise, die den Gast auch nach Mauthausen führen würde, wieder. Bei der Gedenkfeier im KZ Mauthausen "[werde] der Papst unter anderem an Franz Jägerstätter erinnern, den vom NS-Regime hingerichteten Kriegsdienstverweigerer aus Oberösterreich". Unmittelbar vor dem Papstbesuch recherchierte die "Wochenpresse" in dieser Hinsicht und fand in der Papstrede in Mauthausen nichts über Jägerstätter. (Dieser war von einem Sprecher erwähnt worden; der Papst sprach allerdings relativ lange mit Franziska Jägerstätter, die Begegnung mit der Witwe war in den Medienberichten so etwas wie ein Schwerpunkt des Mauthausenbesuches, obwohl ihr Mann kein KZ-Opfer gewesen war.) Die "Wochenpresse" erfuhr allerdings vom Leiter des Wiener Diözesanreferates für Heiligsprechung, Alois Diem, daß Jägerstätter in Rom ohnehin "nur sehr geringe Chancen" habe. "Es gebe ernsthafte Hinweise, daß die Tat des Oberösterreichers politisch motiviert gewesen sei und nicht aus seinem Glauben. Diem: 'Es wird ihm viel in den Mund gelegt, was er nie gesagt haben kann - hochintelligente Dinge, die ihm mehr oder minder mißbräuchlich in

22 Ebenda.

23 Vgl. Helmut Tschol, Otto Neururer, Priester und Blutzeuge, Innsbruck-Wien-München 1982, S. 102.

den Mund gelegt werden, um sich selbst zu legitimieren.' Mit Jägerstätters Widerstand gegen seine Kirchen-Oberen habe das nichts zu tun."²⁴

Der "Wochenpresse"-Artikel war offensichtlich Grundlage eines Berichtes der "Times" (London) vom 25. Juni. Am Papstbesuch war insgesamt nur interessant, daß der Papst keinen "Austrian war hero" hervorhob und daß eben aus Rom hinsichtlich Jägerstätter "worried messages" kamen: "Apparently some of the Austrian hero's words had been manufactured after his death. Historical records show the martyr to have been a poorly educated, politically-motivated man."

Diese Meldung führte zu besorgten Erkundigungen vonseiten Pax Christi England und USA. Gordon C. Zahn fühlte sich vom Manipulationsverdacht angegriffen und veranlaßte Anfragen einiger US-Bischöfe in Rom. Er sowie die Pax Christi-Leitungen von England und den USA kontaktierten Pax Christi Österreich. Die österreichische Sektion in der internationalen Friedensbewegung befaßte sich auf der Herbsttagung 1988 in Salzburg u. a. mit Jägerstätter. Die Quellen der Aussagen Diems finden sich im Protokoll der Tagung, nach dem Linzer Kirchenrechtler hätte Rom bereits Einspruch erhoben, da Jägerstätter ja das uneheliche Kind gehabt habe. Aus dem Protokoll geht hervor, daß Jägerstätter für Pax Christi Österreich "immense Bedeutung" habe (Bischof Kuntner), es sei aber nicht die Aufgabe von Pax Christi, die Ämter für Selig- und Heiligsprechung zu ergänzen. Schon vorher hatte der Pax Christi-Bischof seine grundsätzlichen Bedenken ausgesprochen, "daß man nicht alle, die gut sind, selig- oder heiligsprechen solle, weil das abgrenzt".²⁵

1988 erschien in Rom eine Dissertation, die Teile des neu geordneten Heiligsprechungsverfahrens erläutert. Der Autor, ein Amerikaner, weist darauf hin, daß der entsprechende Bischof, der ein Heiligsprechungsverfahren einleiten will, überlegen soll, ob ein solches angebracht sei.

"The broader consequences of initiating the cause of canonization may perhaps suggest the postponement of initiating the cause until such time as particular conditions may permit its advancement. Such a possibility, e. g. is under scrutiny in the possible cause of the Austrian Franz Jägerstätter, who proclaimed himself to be a total pacifist during his service in the military of World War II Germany. The initiation of such a cause of canonization could potentially go beyond a declaration of the sanctity of one individual to imply a preference for pacifism, which would have serious implications for the just war theory."²⁶

24 Wochenpresse, Wien, 24. 6. 1988.

25 Protokoll des Pax Christi Herbsttreffens in Salzburg, 14. 11. 1988.

26 Robert J. Sarno, Diocesan Inquiries Required by the Legislator in the New Legislation for the Causes of the Saints, Pontificia Universitas Gregoriana, Rom 1988 (approbiert Dezember 1987), S. 35.

Damit ist klar ausgedrückt, da Heiligsprechung nicht nur die Anerkennung der Heiligkeit des Individuums ist, sondern diese als Vorbild für alle Christen hinstellt, daß die politischen Konsequenzen zu bedenken seien. Jägerstätters Kanonisation könnte eine Bevorzugung des Pazifismus nach sich ziehen, und dies hätte ernsthaft Folgerungen für die Theorie des gerechten Krieges.

Wenn jedoch 1941, 1942, 1943 jemand auf dem Boden der damals gültigen katholischen Lehre vom "gerechten Krieg" oder gerechtfertigten Grund, einen Krieg zu beginnen, war, dann war dies Franz Jägerstätter.

Im 1943 in Freiburg/Breisgau erschienenen "Lexikon für Theologie und Kirche", das zumindest im Bereich Oberösterreich jedem Geistlichen einsehbar war, sind die Kriege, die Gewaltanwendung zulassen, ganz klar angeführt:

"Schweres Unrecht und formell moralische Schuld auf nur einer Seite, zweifelsfrei nachweisbar; Unvermeidbarkeit trotz ernster Verständigungsversuche; Proportion zwischen Schuld und Strafe; moralische Sicherheit auf Sieg des Rechts. [...] Ungerechter Krieg ist schwere Sünde. Der Untergebene ist zwar nicht verpflichtet, solange nicht ernste Zweifel kommen, selbst zu prüfen; er darf im Falle unlöslichen Zweifels auf die äußere Autorität der rechtmäßigen Regierung hin handeln. Sünde jedoch wäre es, gegen das klare Gewissen den Krieg unmittelbar zu fördern."²⁷

Robert J. Sarno, der Autor der römischen Dissertation, identifizierte sich auf Anfrage hin auch gar nicht mit seiner Aussage über Jägerstätter, sondern gab an, daß er diese Passage auf Wunsch seines Professors eingeschoben habe. Dieser habe im Fall Jägerstätter ausführliche Forschung auf Anordnung "höherer Autoritäten" hin durchgeführt. Von verschiedenen Seiten konnte man die Einwände gegen Jägerstätter erfahren: An der Spitze der Bedenken stand jeweils, Franz Jägerstätter könnte ein Symbol für Pazifismus werden. Was sei mit denen, die in Hitlers Armee gedient hätten? Die Verweigerung sei politisch motiviert gewesen; es gäbe Unklarheiten bezüglich seiner Bereitschaft, zur Sanität zu gehen; es fehlten Dokumente. Mittlerweile dürften Stellungnahmen zu diesen Problemkreisen doch einiges geklärt haben.

Im Frühjahr 1990 wurden keine Einwände gegen Jägerstätters Kanonisation mehr geäußert, sondern festgestellt, daß man auf das Erhebungsmaterial aus Linz warte und dieses genau prüfen werde; die österreichischen Bischöfe (konkret: die bei einem bestimmten gesellschaftlichen Anlaß in Rom anwesenden) seien nicht für Jägerstätter. Ähnlichen Bescheid erhielt der "Newsweek"-Mitarbeiter, der über Heiligsprechungen in Rom recher-

²⁷ Lexikon für Theologie und Kirche, Stichwort: Krieg, Bd. VI, Freiburg/Br. 1934.

chierte: "The Austrian bishops, I was told in Rome, do not want to endorse pacifism, which they feel Jägerstätter's canonization would do."²⁸ Vom Sekretär der Österreichischen Bischofskonferenz, Bischof Alfred Kostelky, erhielt ich einen mit 4. Dezember 1987 datierten Brief:

"Ich kann Ihnen mitteilen, daß Ihr Anliegen sowohl bei der Herbstkonferenz der Österreichischen Bischöfe vom 3. - 5. November 1987 als auch bereits bei der Frühjahrskonferenz vom 7.-9. April behandelt wurde, wo der Diözesanbischof von Linz schon mitgeteilt hat, einen Seligsprechungsprozeß für Franz Jägerstätter einzuleiten."

Bischof Aichern hat in Linz am 27. Februar 1989 eine Vorbereitungsgruppe "Heiligsprechung" eingesetzt und dieser folgende Aufgaben übertragen:

"Neben der Prüfung der Für und Wider, ob ein Seligsprechungsprozeß eingeleitet werden soll, und der Erstellung eines Votums bezüglich Weiterarbeit bzw. Rückstellung des Ansuchens soll die Gruppe Argumente und Gegenargumente sammeln und die vorhandenen Unterlagen sichten. Ausdrücklich gebe ich der Gruppe den Auftrag, im Hinblick auf eine eventuelle später notwendige (aber vielleicht nicht mehr mögliche) Zeugeneinvernahme die Vorbereitung eines Fragenkatalogs sowie die Durchführung von Befragungen und das Sammeln von Zeugenausagen zu übernehmen."

Die Zeugenbefragungen wurden weitgehend durchgeführt. Das Argument, eine Kanonisation Jägerstätters könne die Theorie des gerechten Krieges gefährden, fand im Sommer 1990, zur Zeit des "Noricum"-Prozesses und in Anbetracht eines Theologengutachtens, das als Rechtfertigung ungesetzlicher Waffenexporte verstanden wurde, großes öffentliches Interesse.²⁹

Befürchtungen hinsichtlich der Theorie des gerechten Krieges dürften nicht in erster Linie in Österreich geäußert worden sein; nicht zufällig ist das ein Thema, das offensichtlich US-Autoren interessiert. Mitglieder der römischen Kongregation verweisen allerdings zurecht darauf, daß es an Österreich liege zu handeln. Der zitierte "Newsweek"-Mitarbeiter kam im Zuge seiner Recherchen zu dem Ergebnis, daß seit der Neuordnung des Verfahrens von Rom noch keines zurückgewiesen worden war, es allerdings unergründlich sei, warum ein Bischof oder eine nationale Hierarchie die formelle Einleitung eines Verfahrens verweigerten. Fälle würden nicht ausdrücklich zurückgewiesen, sondern auf unbestimmte Zeit vertagt. In kontroversiellen Fällen seien die Motive der Zurückweisung offensichtlich politischer und ideologischer Art und würden deswegen nie formell zugegeben.

²⁸ Kenneth L. Woodward, Making Saints, New York 1990, S. 146 f.

²⁹ Ausgehend von APA-Meldung, 7. 8. 1990.

"For example, supporters of the Austrian Franz Jägerstätter, who was executed by the Nazis for refusing induction into the army, have failed for years to get a forthright explanation for the lack of a formal process. The reason appears to be that some of the Austrian bishops, and not a few interested parties in Rome, feel that Jägerstätter's canonization would be interpreted as official endorsement of pacifism - a position which conflicts with the church's 'just-war' theory and an attitude with which John Paul II has shown little sympathy."³⁰

Papst Johannes Paul II. hat bei zwei Begegnungen mit Franziska Jägerstätter Sympathie für sie und ihren Mann bekundet. Gefragt, ob er ihren Mann seligsprechen würde, fragte der Papst Bischof Aichern, was in dieser Hinsicht geschehe. Der Bischof antwortete: "Ist in Vorbereitung." In der Tat ist seit dem Amtsantritt Bischof Aicherns in Linz einiges vorbereitet worden. Die schon erwähnte Predigt des Bischofs brachte 1983 "Heiligkeit" in die Diskussion. Diese flammte verstärkt anlässlich der Präsentation meiner Jägerstätter-Biographie³¹ im September 1985 auf. Unmittelbarer Anlaß war eine Äußerung Erika Weinzierls, die die Einstellung Bischof Aicherns begrüßte und anregte, daß "Franz Jägerstätter die kirchlichen Ehren bekommen sollte, die er sich sehr verdiente".³² Von den oberösterreichischen Medien wurde das Thema positiv aufgenommen; Leserbriefdiskussionen folgten.³³ Bei der Vorbereitung der Feiern zum 80. Geburtstag Jägerstätters arbeiteten viele diözesane Gliederungen mit.³⁴

Angesichts des zunehmenden Interesses für Jägerstätter artikulierte sich auch Widerstand. Widerstand gegen die Tatsache, daß sein 80. Geburtstag ausgerechnet im Linzer Dom begangen werden sollte. Bischof und Dompfarrer erhielten entsprechende Anrufe. Dieselben Leute meldeten sich bei Sendungen mit Publikumskontakten im ORF und schrieben mir Briefe, ich solle endlich mit Jägerstätter aufhören, "es ärgerte viele".

Die Kanonisierung Jägerstätters tangiert die, die im Krieg gekämpft haben und in gegenwärtigen sowie zukünftigen Kriegen kämpfen sollen.

"Als ehemaliger Soldat und Kriegsteilnehmer bin ich mit der Glorifizierung des Herrn Jäger-

30 Woodward, a. a. O., S. 389.

31 So lautete die Schlagzeile der "Neuen Warte am Inn", 17. 10. 1985: "Stimmen für Seligsprechung von Franz Jägerstätter mehrten sich".

32 Linzer Kirchenzeitung, 22. 9. 1985.

33 Zum Thema Heiligsprechung vgl. auch die Leserbriefdiskussionen in den "Salzburger Nachrichten" ab Jänner 1987, in der "Linzer Kirchenzeitung" ab 21. 5. 1987 und in den "Oberösterreichischen Nachrichten" am 30. 5. und 13. 6. 1987.

34 Auf der Einladung zu den Feiern scheinen auf: Arge Kath. Jugend und Jungschar, Kath. Frauenbewegung, Kath. Männerbewegung, Kath. Arbeitnehmerbewegung, Kath. Bildungswerk, Betriebsseelsorge der Diözese Linz sowie Dekanatsverband Linz, Dompfarre Linz, Pfarre Ostermiething, Pfarre St. Radegund.

stätter, die von gewissen Kreisen in Österreich und auch im Ausland schon jahrelang betrieben wird, nicht einverstanden. Er hat seinen Tod durch den Henker selbst gewählt und seine Familie einem ungewissen Schicksal überlassen, obwohl man ihm den Dienst ohne Waffe angeboten hat und er als Sanitäter verwundeten Kameraden hätte helfen können. Er hat den Tod gewählt, diese seine persönliche Entscheidung soll man respektieren, aber eine Verherrlichung seiner Handlungsweise entschieden ablehnen. Dadurch werden alle, die mit der Waffe in der Hand ihr Volk und ihre Heimat verteidigt und ihre Pflicht gemäß dem Fahneid bis zur letzten Konsequenz erfüllt haben, diskriminiert. Sein Tod bedeutet den Betreibern eines Seligsprechungsverfahrens offenbar mehr als die Millionenopfer des grausamen Krieges. Wie sollen die Soldaten unseres Bundesheeres zum Schutz des Vaterlandes motiviert werden, wenn durch solche Manipulationen die Wehrdienstverweigerung verherrlicht wird?"³⁵

Kirchenaustritte werden angekündigt.³⁶

Die Diözese Linz hatte mit einer Aussendung im Jänner 1987 und mit einer Pressekonferenz am 15. April desselben Jahres auf die geplanten Feiern anlässlich des 80. Geburtstages Jägerstätters im Mai und auf Erwägungen hinsichtlich einer Kanonisation hingewiesen. Bei der Pressekonferenz formulierte Dompfarrer Bergmann, der vom Konsistorium und Pastoralrat designierte Leiter der Vorbereitungsgruppe, denn auch die Bedenken. Die "Oberösterreichischen Nachrichten" brachten am 16. April die Schlagzeile "Jägerstätter-Heiligsprechung: Kirche hat Angst vor Kritik" und führten weiter aus, man befürchte "nicht so sehr innerkirchliche Widerstände als vielmehr öffentliche Kritik". Mit Ausnahme der "Steyrer Zeitung"³⁷ reagierten die Medien auf eine mögliche Heiligsprechung Jägerstätters positiv. Die Grazer "Neue Zeit"³⁸ urgierte in diesem Zusammenhang die Benennung einer Straße nach Franz Jägerstätter, was die Linzer SPÖ 1988 im zweiten Anlauf auch ohne die ÖVP- und FPÖ-Fraktion durchsetzte. Leserbriefe (siehe oben) lassen erahnen, daß der "Fall" Jägerstätter einen Bereich anspricht, der offensichtlich fast 50 Jahre lang ein Tabu geblieben war: die persönliche Verantwortung eines Soldaten in Hitlers Armee. Aus den Reaktionen wird immer auch deutlich, daß jede Anerkennung eines "Gewissens" innerhalb jener Armee Konsequenzen für die militärische Gehorsamspflicht insgesamt hat.

Unmittelbar nach Kriegsende vermied man in der Diözese Linz eine Diskussion des Für-Hitler-Gekämpft-Habens: Nach Mitteilung des späteren Leiters des Seelsorgeamtes Franz Vieböck fürchtete man, die Heimkehrer könnten die Kirche fragen: "Warum habt ihr uns nicht gleich gesagt, daß

35 Leserbrief von Anton Richter, Altmünster, in: Salzkammergutzeitung, 14. 5. 1987.

36 Ebenda. Leserbrief von Ing. Alois Breiteneder, Ohlsdorf.

37 Vgl. Steyrer Zeitung, 23. 4. 1987.

38 Vgl. Neue Zeit, 18. 4. 1987.

es gescheiter sei, nicht zu kämpfen." Sofort nach Kriegsende hatte Pfarrer Karobath über Franz Jägerstätter geschrieben und die Diözese gebeten, dessen Schicksal bekanntzumachen. Franz Vieböck, damals auch Schriftleiter des "Linzer Kirchenblattes", gab den abschlägigen Bescheid:

"Ich bin überzeugt, daß der Mann persönlich ein Heiliger war, doch hat eine Verbreitung seines Lebens und Sterbens in der Öffentlichkeit manche Bedenken. Seine Exzellenz hat auf dem Akt folgenden Vermerk angebracht: 'Der Antrag wird von mir abgelehnt. Bei aller Achtung vor der subjektiven Haltung des Mannes kann er nicht als objektiv gültiges Vorbild für seine Haltung zur Militärflicht hingestellt werden. Hümmeler [Autor von Hagiographien] und andere werden gewiß eine Reihe von Kriegern und Gefallenen als Helden und Heilige hinstellen, die wegen ihrer Treue bis in den Tod' es verdienen. Übrigens habe ich bei meiner Unterredung mit Jägerstätter ebenso wie seine Seelsorger und Angehörigen seine Haltung gebilligt.'" Vieböck schließt den Brief: "Vorbild ist und bleibt er in der absoluten Treue zu seinem Gewissen."³⁹

Einige Monate später sandte der Kronstorfer Pfarrer Leopold Arthofer, ein Freund Karobaths, einen Artikel über Jägerstätter an das "Kirchenblatt". Der Artikel wurde abgelehnt, nachdem der Bischof konsultiert worden war und sich wie folgt geäußert hatte:

"Jägerstätter ist ein Fall, der einer gründlichen Einbegleitung aus der katholischen Moral bedarf, wenn er nicht Verwirrung und unruhige Gewissen, sondern Erbauung schaffen soll. [...] Ich kenne seine 'Konsequenz' und achte sie, besonders die Motive. [...] Ich halte jene idealen katholischen Jungen und Theologen und Priester und Väter für die größeren Helden, die in heroischer Pflichterfüllung und in der tiefgläubigen Auffassung, den Willen Gottes auf ihrem Platz zu erfüllen, wie einst die christlichen Soldaten im Heere des heidnischen Imperators, gekämpft haben und gefallen sind. Oder sind die Bibelforscher und Adventisten, die 'konsequent' lieber im KZ starben, als zur Waffe griffen, die größeren Helden? Alle Achtung vor einem schuldlos irrigen Gewissen; es wird vor Gott seine Würdigung finden. Für die Pädagogik an den Menschen sind die Beispiele der Helden, die aus eindeutig richtigem Gewissen konsequent gehandelt haben, die besseren Vorbilder."⁴⁰

In der ersten gedruckten Nummer der Zeitschrift der Alumnen des Linzer Priesterseminars⁴¹ nach Kriegsende (1951) wird des Krieges und der Toten gedacht. Unter "Kriegserinnerungen" berichten Heimkehrer allerdings ausschließlich Erlebnisse aus der Kriegsgefangenschaft. Die Frage nach Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit des Krieges wurde nicht berührt, so wenig wie während der Zeit der Diktatur;⁴² sie blieb weiter Sache der Obrigkeit.

39 Franz Vieböck an das Pfarramt St. Radegund, 11. 8. 1945; mit "Exzellenz" ist Bischof Fließer gemeint.

40 Franz Vieböck an Leopold Arthofer, 27. 2. 1946.

41 Unsere Brücke, Linz, Juni 1951.

42 Vgl. bischöfliche Stellungnahmen in: Gordon C. Zahn, Die deutschen Katholiken und Hitlers Kriege, Graz-Wien-Köln 1965.

Im "Linzer Diözesanblatt" hatte man bei Kriegsbeginn eine römische Verordnung aus dem Jahre 1916 hinsichtlich Weihezulassung und -ausübung von Theologen abgedruckt, die nur auf die körperliche Unversehrtheit eingeht; bei Priestern, Diakonen oder Subdiakonen kann bei einer Irregularität ex defectu corporis um Dispens von dieser angesucht werden, diejenigen, die noch keine höheren Weihen empfangen haben und sich im Krieg ein körperliches Gebrechen zugezogen hatten, sollten nicht zur Weihe zugelassen werden.⁴³ Die in den Can. 983 - 991 des Codex 1917 aufgezählten Hindernisse im Zusammenhang mit Tötung von Menschen oder für die Dauer des Militärdienstes wurden nicht berührt. Für den deutschen Priester Hans Steffens führte das zu der Situation, daß ihm vor dem Fronteinsatz ein hoher Vorgesetzter sagte: "Es wird Ihnen nicht schaden, wenn Sie das Leben auch von dieser Seite kennenlernen. Sie werden vielen Nutzen haben für die spätere Seelsorge."⁴⁴ Über seinen Heimatpfarrer im Urlaub vermerkte er: "Pfarrer Schuhmacher wunderte sich, daß ich noch zelebrierte. Ich sei doch jetzt ganz sicher irregulär."⁴⁵

Erika Weinzierl machte zu Beginn der achtziger Jahre eine Umfrage: "Österreichische Priester über den katholischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus".⁴⁶ Auf die Frage "Waren Phänomene wie Jägerstätter wirklich solche Einzelfälle, daß man sie noch nach dem Krieg nicht entsprechend zu würdigen wußte?" kamen ein bejahender Befund und die Erklärung,

"daß 1945 die Sorge um die Heimkehrer und den Wiederaufbau Österreichs im Vordergrund stand. 'Da gab es noch keine Würdigung von Verfolgten.' In eine leider noch immer aktuelle Diskussion führt der Hinweis, daß man Jägerstätter deswegen nicht als 'Helden' gefeiert habe, weil fast alle österreichischen Burschen und Männer auch ohne Begeisterung Soldaten der Deutschen Wehrmacht waren und Jägerstätter als 'Außenseiter' betrachtet wird."⁴⁷

Ferdinand Klostermanns Antwort auf obige Frage nach "Phänomenen" wie Jägerstätter:

"Zweifellos hielten die katholischen Kreise, mit denen ich Kontakt hatte bzw. an die ich mich erinnere, Jägerstätter für einen völlig exzeptionellen Fall, dem man natürlich guten Willen

43 Linzer Diözesanblatt, 85. Jg., 1939, S. 212 f.

44 Hans Steffens, Priester, Soldaten, Uniformen. Kriegstagebuch 1939/1945, Mönchengladbach 1956, S. 143.

45 Ebenda, S. 138.

46 Erika Weinzierl, Österreichische Priester über den katholischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Ergebnisse einer Umfrage, in: Helmut Konrad/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Arbeiterbewegung - Faschismus - Nationalbewußtsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner, Wien-München-Zürich 1983, S. 263-271.

47 Ebenda, S. 269 f.

zubilligte, den man aber in keiner Weise für nachahmenswert hielt; also höchstens 'admirandum, non imitandum'. Viele hielten sein Verhalten auch 'objektiv' für kaum zu rechtfertigen: Wie kann ein Mann seine Frau und seine Kinder einfach zu 'leichtfertig' zurücklassen? Manche hielten ihn wohl überhaupt für einen starsinnigen Querkopf oder für 'nicht ganz normal'.⁴⁸

Der Fachkollege Klostermanns an der Linzer Theologischen Hochschule, vom Innsbrucker Politologen Andreas Maislinger hinsichtlich einer "geplanten Heiligsprechung" Jägerstätters befragt, hält eine solche

"derzeit nicht für angebracht, da sie zu verschiedenen Mißverständnissen und Mißbräuchen führen könnte. Es zeigt sich schon jetzt, daß Jägerstätter geradezu als Patron der Wehrdienstverweigerer verwendet wird, obwohl er gegen den Wehrdienst an sich nichts hatte und ihn ja auch leistete. [...] Schließlich leben auch noch viele unter uns, die ihren Militärdienst bei der Deutschen Wehrmacht geleistet haben. Manche davon haben sehr ernst ihr Gewissen erforscht und sind zu einem anderen Urteil und Verhalten als Jägerstätter gekommen. Sie würden sich durch eine einseitige Unterstreichung seines Standpunktes von der Kirche im Stich gelassen fühlen."⁴⁹

Alfons Riedl, Moraltheologe an der Linzer Hochschule, nimmt in deren Zeitschrift zur "Causa Jägerstätter" Stellung. Einleitend schreibt die Redaktion:

"Bemühungen um seine Seligsprechung haben Jägerstätter erneut zur Causa gemacht. Die Diskussionen in dieser Frage sind oft emotional aufgeladen. Es wird jedenfalls darauf zu achten sein, daß man keinen Patron der Wehrdienstverweigerer aus ihm macht, war er doch kein grundsätzlicher Antimilitarist. Er hat es nur abgelehnt, im Heer eines glaubensfeindlichen Regimes zu dienen. Eine eventuelle Seligsprechung dürfte auch nicht aufgefaßt werden als eine Verurteilung all derer, die sich anders verhalten haben, sowie aller jener, die ihm von seinem Vorhaben abgeraten haben."⁵⁰

Riedl selbst kommt zu einer positiven Beurteilung der Spiritualität und Entschiedenheit Jägerstätters und regt im Zusammenhang mit dem "Zeugnis Jägerstätters" eine Klärung grundlegender Fragen an: 1. der politischen Mitverantwortung, 2. der militärischen Verteidigung und des Soldatendienstes einschließlich der Wehrdienstverweigerung, 3. der Gewissensentscheidung, die stets der objektiven Absicherung bedarf, um der subjektivistischen Verkürzung zu entgehen.⁵¹

Bernhard Häring, selbst Soldat in Hitlers Armee, vertraut in einem Vortrag in Wien am 12. Oktober 1989 dem Gewissen des einzelnen als "dem entscheidenden Hemmnis für totalitäre Systeme aller Art". Totalitäre

48 Klostermann, a. a. O., S. 27 f.

49 Brief vom 3. 1. 1987, dieselben Aussagen vor der Ökumenischen Kommission der Diözese Linz am 22. 11. 1986.

50 Alfons Riedl, Die Causa Jägerstätter, in: Theologisch-praktische Quartalsschrift, Linz 1987, S. 229.

51 Ebenda, S. 234.

Systeme zielten zu allen Zeiten darauf ab, "unkritischen Gehorsam zu erzwingen". Von den Kirchen seien die Menschen nur ungenügend zu persönlicher Verantwortung und eigener Gewissensentscheidung erzogen worden, meinte der Theologe und hob hervor:

"Haben gläubige Christen der verschiedenen Konfessionen den Kriegs- und Mordbefehlen untertänigst gehorcht, so müssen sich die Glaubenslehren eben dieser Kirchen demütig fragen, ob sie alles getan haben, um Christen zu einem mündigen Gewissen heranzubilden, damit man sich auf deren Gewissen bzw. deren Gewissensweigerung in kritischen Zeiten verlassen kann."

Die Bedeutung des eigenständigen Gewissens machte Häring am Beispiel Franz Jägerstätters klar, der sich in der NS-Zeit "trotz allen Zuredens von Priestern und sogar des Bischofs auf die Zuverlässigkeit seines Gewissens" verlassen und den Kriegsdienst verweigert habe. "Als Märtyrer eines zuverlässigen Gewissens und als Gehorsamsverweigerer gegen ein Unrechtsregime" sei Jägerstätter "ein Vorbild und beschämt viele". Auf der "Linie" Jägerstätters müsse nach Häring auch "heute kritisch nachgedacht werden über das angeblich den Frieden sichernde System der gegenseitigen Vernichtungsdrohung mit nuklearen Waffen".⁵²

Ab 1986 wird Franz Jägerstätter mehr und mehr ein Kristallisationspunkt für die Auseinandersetzung von ehemaligen Soldaten mit dem eigenen Tun in der Vergangenheit. Zum dreitägigen Seminar vor dem Todestag Jägerstätters am 9. August 1986 kamen erstmals mehrere Soldaten. Der pensionierte Buchhalter Josef Garnweidner aus Hochburg-Ach, Jahrgang 1923, kam beispielsweise erst durch die Jägerstätter-Lektüre dazu, sich mit der eigenen Vergangenheit zu befassen. Er schreibt:

"Die Jägerstätter-Lektüre wirkte deshalb so unglaublich befreiend auf mich, weil er genau die Fragen stellte und in seiner Existenz auch beantwortete, die damals für uns kleinen Leute mit einem Tabu umgeben waren, richtiger so: Die Fragen, die J. stellte, stellten wir auch, und wir kirchentreuen Katholiken wußten es in der Mehrheit, daß der Nationalsozialismus antichristlich und antikirchlich ist. Auch der Gehorsam gegenüber der Nazi-Obrigkeit war durchaus in Frage gestellt, aber doch halt mehr spielerisch, als Meckern und Schimpferei. Es stand uns nicht zu, darüber selber und konsequent und ernsthaft zu urteilen. Darin lag das Tabu, das Jägerstätter so befreiend gebrochen hat. Er hatte ja keine großen Offenbarungen oder großen Erkenntnisse, die wir nicht auch gehabt hätten. Der Unterschied war halt der, daß er für sich Klarheit schuf und seine Erkenntnis auch lebte. Mir selber ging übrigens bei der Jägerstätter-Lektüre das auf, was man als Kollektivschuld bezeichnet. Hätten wir Katholiken damals wirklich unserer besseren Einsicht nach gelebt, so könnte Jägerstätter im Mai d. Jhr. vielleicht noch seinen Geburtstag im Kreis seiner Familie feiern. Unser aller Feigheit tötete Jägerstätter oder züchtete einen Nationalsozialismus oder einen Hitler heran. Es war natürlich für uns sehr bequem, daß uns kirchliche und weltliche Obrigkeit unsere Verantwortung abnahm und wir dadurch befreit davon waren, nach unserer eigenen besseren Einsicht zu leben. Denn das wäre

52 Kathpress, 13. 10. 1989.

viel unbequemer gewesen. [...] Aber damals war noch ein weiteres Moment bedeutungsvoll, nämlich die hohe Einschätzung des Krieges und des Kriegshandwerks an sich. Der 'Krieg als Vater aller Dinge' hatte in sich schon einen hohen Eigenwert. Und das nicht nur bei den Nazis, sondern bei fast allen konservativen und auch kirchlichen Kreisen. So wurden z. B. bei uns im Religionsunterricht vom Geistlichen Kriegsgeschichten vorgelesen. Und das kaum auf Anordnung der Nazis, sondern aus eigenem Antrieb. Krieg an sich war schon irgendwie etwas Heiliges - also schon bevor nach Recht oder Unrecht gefragt wurde.⁵³

Der Jägerstätter-Gedenktag am 9. August 1988 war geprägt von ehemaligen Soldaten aus München. Unmittelbar nach dem Krieg haben sich unter dem Namen "Katholische Junge Mannschaft" junge Leute zusammengeslossen, die versuchen wollten, aus dem Vergangenen zu lernen und sich sowohl religiös wie politisch zu engagieren.⁵⁴ Viele Initiativen wie das Hilfswerk "Miserior" gingen aus diesem Kreis hervor. Der Priester Manfred Hörhammer war Mitbegründer des Bensberger Kreises, von welchem entscheidende Anstöße zur Verständigung mit Polen und Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausgehen sollten.⁵⁵ Die strikte Bindung der Christen an die christlichen Parteien wurde in Frage gestellt. Innerhalb der Friedensbewegung Pax Christi wurde versucht, Erlebnisse aus Krieg und Besatzung wechselseitig aufzuarbeiten.⁵⁶

Einer dieser Münchner, Sepp Kurz, stellt sein Bekenntnis unter den Titel "Gedanken eines Kriegsteilnehmers (von 1942-1945) für die Wallfahrt nach St. Radegund..."

"Wir - auch wir Christen - waren damals überzeugt, in einem 'gerechten Krieg' zu kämpfen. Wir sprachen vom 'Kreuzzug gegen den Bolschewismus'. Wir waren zwar keine Nazis. Aber wir wollten 'gute Deutsche' sein. Wir lebten in der Auffassung, 'Vorhut gegen die asiatischen Bolschewisten' zu sein. Wir hatten ein klares Feindbild: die Russen.

Wir hielten den, der sich aus dem Krieg heraushielt, für einen Deserteur, für einen Drückeberger, für einen Feigling, für einen Eidbrecher, für einen Verräter. Wir hielten unsere eigenen Sprüche für Wahrheit: 'Dort, wo wir opfern, steht das Reich.' 'Wo du stehst, da stehe ganz und diene ganz'. [...]

Wir erkannten nicht, daß wir mit dem Einsatz unseres eigenen Lebens eine Front hielten, hinter der Hunderttausende in den Konzentrationslagern elend geschunden wurden, sechs Millionen Juden in die Gasöfen getrieben wurden, 'lebensunwertes' Leben ausgelöscht wurde. Auch heute noch brüsten sich Kriegsteilnehmer mit den Strapazen, die sie erduldet haben; mit ihren Orden, mit ihrem Dienstrang, mit ihrer Tapferkeit; sie sehen nicht den Wahnsinn, wofür sie dies alles ertragen und geleistet haben.

Auf unseren Kriegerdenkmälern stehen oft Worte wie: Für sein Vaterland - für seine Heimat -

53 Josef Garnweidner verfaßte die fünfseitige Reflexion im April 1987 zur Vorbereitung des 80. Geburtstags von Franz Jägerstätter.

54 Vgl. Wege einer Gruppe. Katholische Junge Mannschaft, Gruppe München 1945-1985, München 1985; zu beziehen bei Willy Schanz, Guardinistraße 86/II, D-8000 München 70.

55 Ebenda. Manfred Hörhammer, "Die Freundschaft oder der Tod." Rückschau und Bilanz, S. 96 f.

56 Vgl. ebenda Willy Schanz, Stationen eines Weges, S. 79 ff.

für sein Volk - fiel auf dem Feld der Ehre, und nirgendwo steht:
In einem sinnlosen Krieg starb in einsamer Verzweiflung unser zwanzigjähriger Sohn und Bruder."

Franz Jägerstätter findet sowohl bei den eher spirituell als auch bei den eher gesellschaftlich aktiven Christen Interesse. Für Christoph von Schönborn macht Franz Jägerstätter deutlich, "daß unsere Heimat und unser Ziel im Heile ist".⁵⁷ Stephan Mösl, ehemaliger Spiritual des Priesterseminars Innsbruck, im Gespräch über Jägerstätter: "Als Spiritual habe ich mich immer gewehrt, daß Tüchtigkeit als Ideal priesterlichen Lebens gelten sollte. Ich habe gesucht, und bei Jägerstätter habe ich alles gefunden: Nicht Tüchtigkeit, sondern Heiligkeit ist das Ziel des christlichen Lebens." Kardinal Hans Hermann Groer, Wien, hat dem Linzer Bischof gegenüber erklärt, daß er die Briefe und Gefängnisaufzeichnungen Jägerstätters als persönliche Betrachtungslektüre verwende.⁵⁸ Die Monatswallfahrt der Legio Mariae am 6. Oktober 1990 nach Maria Puchheim von den Pfarren St. Radegund, Ostermiething und Tarsdorf gestaltet, stand im Zeichen Jägerstätters. Soweit man Interesse überhaupt bewerten kann, habe ich das tiefste existentielle Interesse an der Gestalt Franz Jägerstätters bei in Lateinamerika tätigen Ordenspriestern gefunden. Das gilt für den Salzburger Herz-Jesu-Missionar Hans Schmid, der in Brasilien auf einer Todesliste steht und dennoch an seinen Platz zurückkehrte. Bei einem Seminar in London waren Missionare aus ähnlichen Situationen die interessiertesten Mitarbeiter im "Workshop Jägerstätter". Einer, der zurück nach Kolumbien ging, schrieb im Anschluß an das Seminar: "I truly hope to have Franz Jägerstätter as companion in my next journey to Latin America. I feel I need help and strength."

Auf die zahlreichen Zeugnisse der Bedeutung ihres Mannes, die Franziska Jägerstätter in den letzten 25 Jahren aus Österreich, Deutschland, der Schweiz, England und vor allem aus den USA bekommen hat, kann hier nicht mehr eingegangen werden; sie wären Thema einer eigenen Abhandlung. Schier unersetzlich ist Franz Jägerstätter für die junge Generation, die den Greueln der Nazis begegnet. Was sollte man noch glauben können, wenn man etwa in Mauthausen unten an der "Todestiege" angekommen ist? Wem darf man noch trauen? Was ist das Christentum wert, wenn das möglich war? Solche Fragen tauchen dann auf. Wenn man in einer solchen Situation von Franz Jägerstätter oder der Familie Langthaler, die zwei fliehende KZ-Häftlinge versteckt hat, erzählt, spürt man, daß gut und böse nicht eine Sache der

57 Vgl. Schönborn, a. a. O., S. 276 f.

58 Erna Putz (Hrsg.), Gefängnisbriefe und Aufzeichnungen. Franz Jägerstätter verweigert 1943 den Wehrdienst, Linz-Passau 1987.

Quantität sind. An Menschen wie Franz Jägerstätter kann sich der Glaube an den Menschen wieder aufrichten; was ihm etwas wert war, muß etwas wert sein. Nach Kriegsende hat man nach neuen Vorbildern gesucht, "nach Fundamenten für eine junge Kirche". Für viele ist Franz Jägerstätter ein solches Vorbild. Er zeigt, wie in der Extremsituation Irdisches und Himmlisches miteinander verbunden werden können und sollen.

An Bischof Maximilian Aichern von Linz liegt es nun, mit der Einleitung des Kanonisationsprozesses das Vorbild Jägerstätter der Weltkirche anzubieten.

WALTER RESCHREITER

ANNA BERTHA KÖNIGSEGG - DIE PROTESTE DER VISITATORIN DER BARMHERZIGEN SCHWESTERN VOM HL. VINZENZ VON PAUL GEGEN DIE NS-"EUTHANASIE"¹

Einleitung

Im Bedenkjahr 1988 beschließt auch der Gemeinderat der Stadt Salzburg, Straßenbenennungen nach NS-Opfern vorzunehmen.² Seither trägt eine im Stadtteil Gnigl von der Versorgungshausstraße abzweigende Zufahrt auf Vorschlag eines Anrainers den Namen "Anna-Berta-Königsegg-Straße". Ihre Länge wird im Amtsvorschlag mit ca. 35 m angegeben. Kurz bleibt auch unsere erste Annäherung an diese doch sehr bemerkenswerte Frau: "Ihr Leben war ein Leben in Verborgenheit. Wohl trat es in sturmbewegter Zeit hervor, um alsdann der Vergessenheit anheimzufallen. Ihre Mitschwester halten ihr Andenken hoch - doch sonst ist ihr Name kaum mehr ein Begriff. Das dürfte nicht sein" - klagt Alja Payer 1968 zurecht im Salzburger "Rupertusblatt".³ Das vorliegende Porträt soll dem Vergessen ein wenig entgegenwirken und zumindest ein paar Aspekte der Persönlichkeit Anna Bertha Königseggs aufzeigen.

Die Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul in Salzburg

Die Barmherzigen Schwestern kommen 1844 auf Wunsch von Erzbischof Friedrich Schwarzenberg nach Schwarzach in den Pongau. Die anfänglich recht kleine Gemeinschaft dehnt ihre Tätigkeit rasch - nicht immer mit Zustimmung der Bevölkerung⁴ - auf die ganze Erzdiözese Salzburg (Salzburg und Teile Tirols) aus. Die Barmherzigen Schwestern leben nicht wie andere Orden in Klausur, sondern folgen dem Grundsatz ihres Begründers Vinzenz von Paul (1581-1660): "Ihr habt als Kloster die Häuser der Kranken, [...] als Kreuzgang die Straßen der Stadt [...]. Behandelt die Armen gut,

1 Hin und wieder auch Berta.

2 Gemeinderatsbeschluß vom 25. 5. 1988.

3 Alja Payer, Anna Berta Königsegg, in: Rupertusblatt, 8. 12. 1968.

4 Die Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul in der Erzdiözese 1882-1982, Festschrift, Salzburg 1982, S. 7.



Anna Bertha Königsegg

denn sie sind eure Herren. Oh, welch große Herren sind das für den Himmel!"⁵ Das Bild von der "Biene im Bienenstock"⁶ mag die Emsigkeit verdeutlichen, mit der die Schwestern ihre Niederlassungen ausdehnen. Um 1900 sind bereits über 500 von ihnen in nahezu 70 öffentlichen und privaten Einrichtungen tätig: im Schuldienst, im Kinderasyl, in Waisenhäusern, im Taubstummenebereich, in Spitälern, in Armenhäusern und vor allem auch in der Irrenfürsorge.

Schon 1846 erwirbt Erzbischof Schwarzenberg das Schloß Schernberg und schenkt es gemeinsam mit dem Spital in Schwarzach den Barmherzigen Schwestern. Fortan werden in Schernberg alle möglichen Dauerpatienten, "Geistessieche, körperlich Sieche, Cretinen, Epileptiker"⁷ und vor allem "hoffnungslose Irre" verwahrt, die in ihren Heimatgemeinden oder in anderen Anstalten nicht versorgt werden können. Zwischen 100 und 240 Pflinglinge finden so in Schernberg ständigen Platz.

Auch in der Beschäftigung mit den Irren folgen die Barmherzigen Schwe-

5 Gisbert Kranz, Politische Heilige und katholische Reformatoren II, Augsburg 1959, S. 335.

6 Festschrift, S. 18.

7 Inghwio aus der Schmitten, Schwachsinnig in Salzburg, Salzburg 1985, S. 107.

stern ihrem Gründer Vinzenz von Paul nach. Er gründet bereits Mitte des 17. Jahrhunderts eine Gemeinschaft, die sich der Irren annimmt. Der Medizinhistoriker Leibbrand nennt ihn den großen Irrenreformer seines Jahrhunderts.⁸ Aufbauend auf seine Erfahrungen mit der arabischen Medizin, nimmt Vinzenz von Paul dem Wahnsinn das Dämonenhafte und gibt ihm seine religiöse Bedeutung zurück: Wenn Krankheit zu Gott gehört, wenn es ein Gut ist, so ist es kein absolutes Böses, sondern vielmehr ein natürliches Ereignis.⁹ Diese "Erhöhung" der Patienten, diese Remystifizierung des Wahns steht in einem Widerspruch zum weltlichen Zugriff auf den Kranken der damaligen Zeit. Der Grundgehalt dieses Widerspruchs scheint sich 300 Jahre später auch in den Protesten von Anna Bertha Königsegg gegen die "Euthanasie" wiederzufinden.

Anna Bertha Königsegg

Die am 9. Mai 1883 in Königseggwald/Württemberg als erste von acht Kindern in einem adeligen Haus geborene Anna Bertha äußert schon in früher Jugend den Wunsch, Vinzentinerin zu werden. Mit 18 Jahren geht sie ins Stammhaus der Vinzenzschwestern nach Paris. Sie wird dort in der Krankenpflege geschult und legt 1906 ihr Gelübde ab. Bei Kriegsbeginn 1914 muß sie als Deutsche Frankreich verlassen und wird nach Siena und Turin geschickt, wo sie die Leitung einer Krankenpflegeschule übernimmt. Der mit ihrem großen Interesse für fremde Länder verbundene Wunsch, in die Mission nach China gehen zu können, bleibt unerfüllt. Zu ihrer eigenen Überraschung wird sie im Herbst 1925 nach Salzburg berufen. Mit ihrer Zeit als Visitatorin ist ein weiterer Aufschwung der Provinz verbunden. Weit über 600 Schwestern machen eine großzügige Erweiterung des Mutterhauses der Kongregation notwendig. Drei Schwestern werden von Salzburg aus sogar in die Mission nach Südamerika entsandt. Als Schwester Anna Bertha im Februar 1938 von einem Besuch dieser Mission in Brasilien heimkehrt, steht der "Anschluß" Österreichs an Hitler-Deutschland unmittelbar bevor. Anna Bertha Königsegg hat schon in Köln, wohin sie 1935 zur Unterstützung der dortigen Provinz gerufen worden war, Erfahrungen mit dem NS-Staat gemacht, so daß sie ungefähr abschätzen kann, was auf die Gemeinschaft zukommen wird. Gegen den bald einsetzenden Kleinkrieg der Salzburger

8 Werner Leibbrand, Vinzenz von Paul, Berlin 1941, S. 165.

9 Vgl. Vianney Wimmer, Bericht über das erbauliche Leben der Ehrw. Sr. Anna Bertha Königsegg, Salzburg, o. J., S. 55.

Nationalsozialisten wehrt sie sich mit zahlreichen Eingaben und Beschwerden und macht sich bald bei den neuen Machthabern unbeliebt.¹⁰

Ein Konflikt im Krankenhaus Kufstein, wo auch Schwestern der Salzburger Provinz arbeiten, bietet den lokalen Nationalsozialisten die Möglichkeit, den Orden und ihre Visitatorin zu diskreditieren. Unter dem Titel "Barmherzige quälen einen Sterbenden" erscheinen kurz hintereinander in mehreren Zeitungen ungefähr gleichlautende Artikel¹¹, in denen es u. a. heißt: "Es ist heute nicht mehr die Zeit für irgendwelche Inquisition, auch wenn sie mit verfeinerten, aber gerade darum grausamen seelischen Folterungen arbeitet. Sinn der Krankenpflege kann es allein sein, Leiden zu lindern und zu heilen, das Sterben aber, wenn es einmal sein muß, nicht durch seelische Erregungen und Torturen zu erschweren."¹²

Uns interessiert hier aber weniger diese Auseinandersetzung, die letztendlich die Entlassung aller Barmherzigen Schwestern aus dem Spital zur Folge hatte, als vielmehr die Reaktion von Anna Bertha Königsegg. Couragiert schreibt sie an die zuständigen Behörden und spricht damit, ebenso wie in ihren späteren Protestschreiben gegen die "Euthanasie", den Sachverhalt, "daß die Entfernung der Schwestern aus dem Krankenhaus [...] ein schon lang gefaßter Plan war und die Vorfälle [...] nur einen willkommenen Vorwand dazu bieten",¹³ ganz unverhüllt an. Als Antwort auf die Zeitungsberichte schreibt sie an den Gaupresseleiter für Tirol: "Ich weiß sehr wohl, daß es heute nicht mehr möglich ist, einen Zeitungsartikel auf dem gleichen Weg zu beantworten und zu widerlegen, lege aber Wert darauf, Sie daran zu erinnern, daß denkende Leser selbst das richtige Urteil fällen und andere nicht viel Berücksichtigung verdienen. Außerdem ist es kein Zeichen von großem Mut, jemanden auf einem Boden anzugreifen, auf dem ihm schon vorher jede Verteidigungsmöglichkeit genommen wurde."¹⁴

Diese scharf formulierten¹⁵ Briefe und die Haltung der Visitatorin zur Sterilisation finden sich zwei Jahre später als Vorwürfe im Dossier der

10 Ebenda.

11 Völkischer Beobachter, 19. 4. 1939; Innsbrucker Nachrichten, 21. 4. 1939; Salzburger Landeszeitung, 22. 4. 1939.

12 Innsbrucker Landeszeitung, 21. 4. 1939.

13 Archiv der Barmherzigen Schwestern, Salzburg (=ABS), S. 27, Schreiben an den Landeshauptmann von Tirol, 12. 4. 1939.

14 ABS, S. 27, Schreiben an den Gaupresseleiter für Tirol, 28. 4. 1939.

15 ABS, S. 7.

Gestapo.¹⁶

Die Haltung von Anna Bertha Königsegg zur (Zwangs-)Sterilisierung

Da das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses mit 1. Jänner 1940 auch in Österreich Geltung bekommt, nehmen im Landeskrankenhaus in Salzburg die Sterilisierungen rapide zu. Anna Bertha Königsegg gibt den ca. 100 dort tätigen Barmherzigen Schwestern die Weisung, bei derartigen Eingriffen nicht zu assistieren.¹⁷ Sie orientiert sich dabei an einem Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz vom Juni 1934, der jegliche Mitwirkung von Schwestern und Ordensleuten bei diesen Operationen ablehnt.¹⁸ Zusätzlich stützt sie sich auf die Richtlinien eines Kongresses in Rom¹⁹ bzw. auf ein Rundschreiben des Erzbistums Köln, in dem es heißt: "Es ist den Schwestern nicht gestattet, bei solchen Operationen mitzuwirken durch Assistieren, Instrumentieren (d. h. Zurechtlegen und Anreichen der Instrumente) und Narkotisieren."²⁰ Um die konsequente Durchführung der Verweigerung ist ihr offensichtlich sehr ernst, wie folgende Schilderung beweist: "Bei einer diesbezüglichen Besprechung mit dem damaligen Hochwürdigsten Herrn Fürsterzbischof [Dr. Sigismund Waitz] bemerkte Schwester Königsegg ein gewisses Zögern und Überlegen - die Weisungen von Rom ließen eine mildere Auslegung zu. Damals war es, daß Schwester Königsegg sich vor dem Kirchenfürsten auf die Knie warf mit den Worten: 'Exzellenz, ich bitte Sie, geben Sie nicht nach, bleiben Sie fest!'"²¹ Die Zwangssterilisierungen sind aber, wie wir wissen, nur die Vorstufe zur Vernichtung "lebensunwerten" Lebens gewesen.

Die Protestaktionen Anna Bertha Königseggs gegen die "Euthanasie"

Mitte August 1940 erhielt die Oberin der Versorgungsanstalt Schernberg ein Schreiben der Reichsstathalterei Salzburg, gezeichnet vom Vorstand

16 ABS, S. 27.

17 Wimmer, a. a. O., S. 59.

18 ABS, S. 27; vgl. Kurt Nowak, "Euthanasie" und Sterilisierung im "Dritten Reich", 3. Aufl., Göttingen 1984, S. 118.

19 Wimmer, a. a. O., S. 59.

20 ABS, S. 27; vgl. Nowak, a. a. O., S. 118.

21 Wimmer, a. a. O., S. 59.

der Abteilung III, Gaufürsorgeamt, Dr. Oskar Hausner: "Zur streng vertraulichen Behandlung wird mitgeteilt, daß laut einem Erlasse des Reichsverteidigungskommissars im Wehrkreis XVIII in Innsbruck [sic!] die gegenwärtige Lage der Verlegung einer größeren Anzahl von in Heil- und Pflegeanstalten untergebrachten Kranken notwendig macht, um für andere Zwecke Betten jederzeit verfügbar zu haben."²² Die Visitatorin reagiert sofort mit einem Schreiben an den Reichsverteidigungskommissar, das sie zuvor mit dem Leiter des Caritasverbandes Salzburg bespricht. "Wenn Sie es sich getrauen, schicken Sie es ab!"²³ soll jener voll Bewunderung zur Schreiberin gesagt haben, die den eigentlichen Tatbestand hinter den geplanten Verlegungen offen anspricht: "Es ist nunmehr ein offenes Geheimnis, welches Los diese abtransportierten Kranken erwartet, denn nur zu oft langt kurz nach ihrer Überführung die Todesnachricht vieler derselben ein."²⁴ Der Duktus des Briefes ist zum Teil, so stellt auch Ernst Hanisch fest, durchaus "systemloyal".²⁵ "Bedenken Sie, Herr Reichsverteidigungskommissar, die Folgen dieses Vorgehens: Unsere siegreich heimkehrenden Krieger, die Blut und Leben fürs Vaterland gewagt haben, werden vielleicht Vater oder Mutter oder sonst einen nahen Verwandten nicht mehr vorfinden. [...] Was wird das Ausland von uns denken, wenn ein so hochstehendes Kulturvolk, das die größten Siege der Weltgeschichte erringt, mitten in seinem Siegeslauf beginnt, sich selbst zu verstümmeln?" Sie appelliert auch eindringlich an das religiöse Gewissen des Adressaten, um dann folgenden Vorschlag zu unterbreiten: "Wenn Sie uns zusagen, uns unsere Pflinglinge in Schernberg zu belassen, so sind wir bereit, bis zum Ende des Krieges und der Rückkehr zu Friedensverhältnissen auf den staatlichen Betrag [...] zu verzichten und einzig auf Kongregations-Kosten die Anstalt im jetzigen Zustand weiter zu erhalten."²⁶

Auch andere namhafte Vertreter der katholischen Kirche schlagen der

22 ABS.

23 Wimmer, a. a. O., S. 61.

24 ABS. Hans Jablonka, Waitz, Bischof unter Kaiser und Hitler, Wien 1971, S. 143, hält dieses Schreiben für ein in der NS-Zeit einzigartiges Dokument. Er kann ihm aber auch eine gewisse Naivität nicht absprechen, führt jedoch nicht näher aus, worin die Naivität im konkreten besteht. Die oben angeführte Textpassage widerspricht diesem Urteil allerdings zur Gänze.

25 Ernst Hanisch, Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich (Schriftenreihe des Landespressebüros, Salzburg Dokumentationen Nr. 71), Salzburg 1983, S. 173.

26 ABS.

Reichskanzlei die Übernahme aller Unkosten auf karitativem Wege vor²⁷, doch ist dieses Angebot, so scheint es, nie ernsthaft geprüft worden. Für Kurt Nowak deutet dieser Sachverhalt darauf hin, "daß es den Nazis letztendlich nicht um Kosteneinsparungen, um die Entlastung der Volksgemeinschaft von den 'unnützen Essern' ging, sondern eher um die physische Vernichtung der 'Gegenbilder' wahren Menschseins, das sie im Idealbild der nordischen Rasse verkörpert glaubten".²⁸ Im Schlußsatz ihres Briefes kündigt Anna Bertha Königsegg an: "Sollte aus irgendeinem Grund der Vorschlag nicht angenommen werden, so bitte ich Sie, nicht auf unsere Mithilfe beim Abholen und Transport der Kranken zu rechnen."²⁹

Damit ergreift sie eine Position, die auch von der zur selben Zeit in Fulda tagenden Bischofskonferenz (20.-22. August 1940) vertreten wird. In einem Bericht nehmen die Bischöfe, unter ihnen Waitz und Innitzer, "Kenntnis von der in gewissem Umfang bereits in Deutschland durchgeführten Euthanasie", verurteilen dieselbe sowohl vom naturrechtlichen als auch vom christlichen Standpunkt und verbieten es den katholischen Pflegeanstalten, "aktiv bei der Verbringung ihrer Insassen mitzuwirken zwecks Verbringung sogen. lebensunwerten Lebens".³⁰

Am 17. September 1940 wird Anna Bertha Königsegg zur Gestapo ins "geräumte" Franziskanerkloster in Salzburg vorgeladen, und da sie nicht preisgeben will, wer sie über die "Euthanasie"-Aktionen informiert hat, wird sie in Haft genommen. Eine Folge, die sie offenkundig vorhergesehen hat, findet sich doch unter den bei einer Hausdurchsuchung durcheinander geworfenen Unterlagen ein Brief mit der Aufschrift "Der lieben Schwester Assistentin zu übergeben, wenn ich einmal hopp genommen werden sollte."³¹ Neben ihrer Familie und der Kongregation sorgt sich - in einer, wie es scheint, etwas zaghafte Form - auch der Erzbischof von Salzburg um die Inhaftierte. Waitz wendet sich am 23. September 1940 an Kardinal Bertram als Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz: "Ich denke mir nun, wenn der Gestapo Mitteilung gemacht wird vom Beschluß der Bischofskonferenz und vom Verbot, das die Bischofskonferenz an katholische Pflegeanstalten richtet, aktiv bei der Verbringung der Insassen mitzuwirken zur Vernichtung sogenannten unwerten Lebens, könnte dies doch die Einstellung des ganzen Verfahrens bewirken. Ich glaube aber, das nicht tun zu sollen ohne die

27 Nowak, a. a. O., S. 158.

28 Ebenda.

29 ABS.

30 Konsistorialarchiv Salzburg, Protokoll der Bischofskonferenz in Fulda.

31 Wimmer, a. a. O., S. 63.

Ermächtigung Eurer Eminenz, und erbitte mir allfälligen Rat, wie in dieser Angelegenheit vorzugehen ist.³² Auf jeden Fall wird Schwester Anna Bertha am 28. September 1940 nach elf Tagen wieder aus der Haft entlassen.

Im Jänner 1941 wird auch die "Verlegung" der Pflinglinge von Mariathal bei Kramsach in Tirol angekündigt. Die Barmherzigen Schwestern betreuen in diesem ehemaligen Waisenhaus nach der Auflösung der Salzburger Landes-Idiotenanstalt in Eugendorf (Konradinum) ca. 70 Kinder. In einem Schreiben an Gauleiter Friedrich Rainer vom 18. Jänner 1941 erklärt sich die Visitation Königssegg bereit, "auch in Mariathal die Pflinglinge bis zur Wiederkehr der Friedensverhältnisse auf unsere Kosten zu erhalten, wenn mir die Zusicherung gegeben wird, daß uns die Pflinglinge belassen bleiben".³³ Doch auch dieser Brief, von dem Abschriften an den Reichsminister des Innern und den Reichsstatthalter in Innsbruck ergehen, wird nicht beantwortet.

Als Anfang April 1941 ein "Irrläufer"³⁴ den Abtransport der Schernberger Pflinglinge für unmittelbar drohend erscheinen läßt, richtet die Visitation erneut ein Schreiben an Gauleiter Rainer, das sie betont freundlich hält: "Also rechne ich damit, daß Ihr Rechtssinn, der Sie bisher in dieser Angelegenheit geleitet hat, auch ferner Ihre Bestimmungen zu Gunsten dieser armen Kranken beseelen wird."³⁵ Abschließend bittet sie erneut, zur Kenntnis zu nehmen, "daß ich den Schwestern verbieten muß, irgendwie dabei mitzuhelfen, wäre es auch nur mit dem Ausfüllen von Listen und Fragebögen, denn unser Gewissen verbietet uns, in dieser Aktion mitzuwirken."³⁶ In diesem Sinne bestärkt sie auf einer Visite noch einmal ihre Schwestern: "Sie handeln in meinem Auftrag, ich übernehme die Verantwortung, und sollte es auch mein Leben kosten, ich gebe es gerne für Gott und unsere lieben Armen."³⁷

Am 16. April 1941 wird Anna Bertha Königssegg in Tirol abermals verhaftet und nach Salzburg überstellt. Am selben Tag werden die ersten Patientinnen aus der Landesheilanstalt in Salzburg-Lehen abtransportiert. Ein Zusammentreffen, das sicherlich nicht zufällig ist, arbeiten doch auch dort

32 Konsistorialarchiv Salzburg, Franz Josef Waitz, Dr. Sigmund Waitz - Fürsterzbischof in schwerster Zeit, unveröff. Manuskript, o. J.

33 ABS.

34 ABS. Rosaria Brunnauer, Bericht an Visitation Anna Bertha Königssegg, 1945.

35 ABS, Schreiben von Anna Bertha Königssegg an Gauleiter Rainer, 13. 4. 1941.

36 Ebenda.

37 Wimmer, a. a. O., S. 69.

50 Barmherzige Schwestern, und fürchten die Betreiber der Aktion "T 4" nichts mehr als allzu großes Aufsehen. Insgesamt werden aus Lehen in vier Transporten 262 Männer und Frauen in die Vernichtungsanstalt Hartheim gebracht. Wenige Tage später, in den frühen Morgenstunden des 21. April 1941, werden auch 115 der ca. 170 Pflinglinge der Versorgungsanstalt Schernberg abgeholt (von Mariathal ist das Datum nicht bekannt). Die Schwestern halten sich so gut es geht an die Anweisungen ihrer Visitation und retten sogar ein paar Pflinglinge. Weitergehenden Widerstand, wie etwa das Tor überhaupt zu verschließen, wagen sie nach der Verhaftung von Anna Bertha Königssegg nicht mehr. Zudem werden sie vom Primar der Frauenabteilung in der Landesheilanstalt, Dr. Hans Gföllner, dessen Rat sie suchten, in falscher Hoffnung gewiegt.³⁸ In einem ein paar Jahre später verfaßten Bericht an ihre Vorgesetzte Königssegg schildert Sr. Rosaria Brunnauer die dramatischen Szenen beim Abtransport: "Die gehfähigen, ruhigen Patienten stellte man im Hausgang auf, stülpte ihnen den Ärmel des linken Armes hoch und schrieb mit Tintenstift auf den angetzten Arm die Ziffer, welche auf sie zutraf, [...] Danach wurden sie wie eine Viehherde den Berg hinuntergetrieben. Die anderen trug oder schleifte man die Stiege hinab und brachte sie in kleine Autos, die vor dem Schloßtor standen."³⁹ Immerhin sorgt diese Aktion in Schwarzach für so großes Aufsehen unter der Bevölkerung, daß an der Gemeindetafel angeschlagen wird: Wer noch von Schernberg spricht, habe eine Strafe von RM 200,- zu erwarten!⁴⁰ Aus demselben Grund übernehmen den zweiten Transport DRK-Schwestern, und es werden "nur" mehr acht Pflinglinge nach Salzburg gebracht und dort dem Transport nach Hartheim angeschlossen.

Anna Bertha Königssegg erfährt von diesen entsetzlichen Geschehnissen im Gestapo-Gefängnis. Fast vier Monate muß sie in Haft bleiben, eine Zeit, in der aber offenbar weder ihre Gesundheit noch ihr Humor Schaden erleiden. "Mir geht es Gott sei Dank so gut als möglich; ich habe mich [...] in das Leben im 'Grand Hotel zur Polizei' ganz gut hineingefunden, würde mich aber wohl noch schneller 'hinausfinden'! Sie können wegen mir ganz ohne Sorge sein, habe guten Appetit, schlafe gut und fühle mich pumperlge-

38 Inghwio aus der Schmitt, Walter Reschreiter, "Euthanasie" und Zwangssterilisierung, in: Widerstand und Verfolgung in Salzburg. Eine Dokumentation, Hrsg. DÖW, Bd. 2, Wien 1991, S. 565-600.

39 ABS. Rosaria Brunnauer, Bericht an Visitation Anna Bertha Königssegg, 1945.

40 Gabriele König, Die Situation der Salzburger Klöster 1938-1945, Hausarbeit in Geschichte, Salzburg 1971.

sund."⁴¹

Wenige Tage vor dem Einstellen der Aktion "T 4" wird die unbequeme Visitatorin aus der Haft entlassen, darf aber nicht zurück ins Mutterhaus. Sie muß Salzburg noch am selben Tag, dem 13. August 1941, den Rücken kehren und sich auf das Gut ihres Bruders in Königseggwald zurückziehen, das sie ohne Erlaubnis der Salzburger Gestapo nicht verlassen darf. Diesen Kontrakt unterzeichnet sie nach langer Überlegung nur, weil in dem Schriftstück kein Eingeständnis eines früheren ungesetzlichen Verhaltens angesprochen wird.⁴² Die Forderung, ihr Amt als Visitatorin niederzulegen und aus der Kongregation auszutreten, weist sie trotz der Drohung, in ein Konzentrationslager überstellt zu werden, zurück.⁴³

Die Anklagepunkte, mit der die Gestapo die Verhaftung und später den Landesverweis begründet, lassen sich aus dem umfangreichen Verteidigungsmaterial rekonstruieren.⁴⁴

1. Sabotage amtlicher Befehle und Unruhestiftung in der Bevölkerung. Bezug genommen wird auf die Schreiben Anna Bertha Königseggs wegen der Verlegung der Pfleglinge von Schernberg und Mariathal. Es wird ihr besonders angekreidet, daß sie den Schwestern verboten habe, bei der Verlegung irgendwie mitzuhelfen. Vorgeworfen wird ihr auch das durch den Abtransport der Schernberger Pfleglinge in Schwarzach erregte Aufsehen. Ebenso wird ihr die Weigerung der Schwestern, bei Sterilisierungen zu assistieren, angelastet.

2. Aufwiegelung der Schwestern gegen die Volksgemeinschaft. Vor allem durch ihre Rundschreiben, die sie als Richtschnur für ihre Schwestern verstand. So wird ihre Haltung zur Volksabstimmung am 10. April 1938 als "innere Ablehnung" interpretiert: "Wir werden alle an der Volksabstimmung teilnehmen und ein aufrichtiges 'Ja' in die Urne legen. Wir stehen ja vor einer vollendeten Tatsache, an der ein 'Nein' nichts ändern würde."⁴⁵

3. Unerwünschte Religionsausübung der Barmherzigen Schwestern in Spitälern. Darin wird im besonderen auf die oben erwähnten Ereignisse in Kufstein Bezug genommen.

Diese Anklagepunkte sind auch Vorwand für die Beschlagnahme des beweglichen und unbeweglichen Vermögens der Kongregation. "Die Gemeinschaft haftet für Verfehlungen der einzelnen Mitglieder und erst recht

41 Wimmer, a. a. O., S. 78.

42 ABS, S. 24.

43 Wimmer, a. a. O., S. 81 f.

44 ABS, S. 1-76.

45 ABS, S. 35 c, Rundbrief der Visitatorin, 1. 4. 1938.

für Verfehlungen der Leitung"⁴⁶, heißt es in der Begründung. Anna Bertha Königsegg drückt es anders aus: "Arme Schwestern, sie müssen nun die Suppe auslöffeln, die ich eingebrockt habe."⁴⁷ Um noch größeres Unheil von den Schwestern abzuwenden, akzeptiert sie die Landesverweisung. Somit tragen ihre Briefe in den folgenden vier Jahren die Aufschrift "Aus der Verbannung". Nur eine Operation in München ermöglicht zwischendurch persönliche Kontakte mit den Salzburger Schwestern. Bald nach ihrer Genesung widmet sie sich auch in Königseggwald wieder der Pflege von Alten und Kranken.

Im Sommer 1945 kehrt sie auf abenteuerliche Weise in das durch Bomben schwer beschädigte Salzburger Mutterhaus zurück. Einen Teil des Wiederaufbaues kann sie noch miterleben. Anna Bertha Königsegg stirbt am 12. Dezember 1948, gerade 65 Jahre alt.

Das mutige Auftreten der Visitatorin Anna Bertha Königsegg war in Salzburg der einzige energische Protest gegen die NS-"Euthanasie" und nach Ernst Hanisch die "couragierteste Protestaktion der Kirche in Salzburg".⁴⁸ Wenn dadurch die Tötung der Pfleglinge und Patienten auch nicht verhindert werden konnte, trugen dieser und andere Proteste zum Abbruch der "T 4"-Aktion im August 1941 bei. Anna Bertha Königsegg ist durchaus in eine Reihe mit Bischof Clemens August von Galen und anderen mutigen Christen zu stellen.⁴⁹

46 ABS, S. 14.

47 Wimmer, a. a. O., S. 76.

48 Ernst Hanisch, a. a. O., S. 173.

49 Daß ihre Protestaktion auch heute noch für Brisanz sorgen kann, bewies der Direktor der Salzburger Landesnervenklinik Dr. Hans-Erich Diemath, indem er als Text für eine Mahntafel einen Auszug aus einem Schreiben Anna Bertha Königseggs verhinderte, weil ihm dieser "zuviel Betroffenheit" erzeuge. Diemath ließ ihn, entgegen dem Wunsch der LNR-Bereichskonferenz, durch einen "harmlosen" Text ersetzen. Vgl. Broschüre des Kulturamts der Stadt Salzburg, Die Vorverlegung des Todes, Salzburg 1990.

HERBERT CRAMMER

ANSPRACHE ANLÄSSLICH DER ENTHÜLLUNG EINER GEDENKTAFEL FÜR ROMAN KARL SCHOLZ IM BG/BRG KLOSTERNEUBURG, 10. MAI 1990

Heute vor 46 Jahren, am 10. Mai 1944 - draußen herrscht strahlender Frühling -, werden im Wiener Landesgericht um 9 Uhr die für diesen Tag zur Hinrichtung bestimmten Häftlinge in die Armensünderzellen gebracht; unter ihnen der Augustiner Chorherr Roman Karl Scholz.

Er war am vorangegangenen 23. Februar 1944 mit einigen seiner Gefährten durch Erkenntnis des Volksgerichtshofes zum Tode verurteilt worden, weil er

"bis Mitte 1940 in leitender Stellung am Aufbau und an der Vorbereitung einer illegalen Organisation mitgewirkt hat, die unter der Bezeichnung 'Österreichische Freiheitsbewegung' den Sturz der nationalsozialistischen Staatsführung und die Losreißung der Donau- und Alpengaue vom Reich zum Ziele hatte. Dabei haben die Angeklagten den Feind begünstigt und offen den Wehrwillen des deutschen Volkes zu zersetzen gesucht."

Der evangelische Gefangenhausseelsorger Pastor Hans Rieger erzählte von diesem Tag unter anderem:

"Scholz fand ich am Nachmittag in der Armensünderzelle so sitzend, daß der Sonnenstrahl, der in die Zelle fiel, gerade sein Gesicht traf. Als ich ihn ansprach, entschuldigte er sich und bat, so sitzen bleiben zu dürfen - der Dichter, er liebte das Schöne bis zum Tod!"

Am Nachmittag notiert der Todgeweihte mit Datum und Zeitangabe 16 Uhr in seinem Breviergebetbuch bei der Schriftstelle aus Matthäus, Kapitel 25, Vers 23: *dictis verbis morior* (mit diesen Worten sterbe ich). Auch die Notiz eines Abschiedsgrüßes und die Worte "Ich sterbe stolz und tapfer" finden sich in diesem Brevier.

Zwei Stunden später beginnen die Hinrichtungen. Es wird berichtet, daß Roman Karl Scholz mit dem Ruf "Für Christus und Österreich!" in den Tod ging. Mit dem dumpfen Aufschlag des niedersausenden Fallbeils endet sein irdisches Leben.

Im Frühjahr 1945, nach Kriegsende, finden wir im Anatomischen Institut der Universität Wien seinen zerstörten Leichnam. Am Heiligenstädter Friedhof endlich wird dieser am 12. Oktober desselben Jahres unter den milden Strahlen der Herbstsonne der Erde übergeben.

Es war im Frühjahr 1938, kurz nach der Okkupation Österreichs durch das nationalsozialistische Deutsche Reich, da ich Roman Karl Scholz kennengelernt habe. Er war als neuer Religionslehrer an dieses Gymnasium



Roman Karl Scholz

gekommen, dessen Sexta ich damals besuchte. Mit dem jungen Kleriker trat seinen Schülern eine Persönlichkeit gegenüber, die uns sogleich faszinierte. Wir fanden und erlebten in ihm einen Priester von ungewöhnlichem Format, gekennzeichnet durch umfassende Bildung und vielseitige Begabung. Der neue Professor verstand es in beeindruckender Weise, christliche Religion nahezubringen und katholischen Glauben zu vermitteln: Religion nicht als schmückendes Beiwerk, sondern als kraftvolle Mitte menschlichen Seins. Nach dem Krieg hat mir einmal ein Schulkollege gesagt: Ja, einen solchen Menschen hätte ich gebraucht, dann hätte ich den Glauben meiner Kindheit bewahrt.

Da unser Chorherr, der Natur und ihren Schönheiten besonders verbunden, begeisterter Wanderer und Bergsteiger, in seinem Wesen und seinem Äußeren, das einem jungenhaft-sportlichen Typus entsprach, einnehmend und sympathisch wirkte, waren ihm unser Vertrauen und unsere Anhänglichkeit sicher. Noch ahnte niemand etwas von dem Schicksal, das dem verehrten Lehrer, dessen Charisma wir instinktiv erfaßt haben, bevorstehen sollte.

Bald war zu erkennen, daß das Interesse des Priesters auch Politischem galt. Dies ging aus seiner kritischen, vorwiegend von christlicher Position aus begründeten Beurteilung des so vehement über uns hereingebrochenen Nationalsozialismus hervor, was eher verwunderte, hieß es doch, er sei ein sogenannter Nazi. Und in der Tat: Scholz stammte aus dem nordmährischen Sudetenland und war dort mit deutschnationalem Gedankengut in Berüh-

rung gekommen; später, nun schon als Ordensmann, hatte er Verbindung mit großdeutschen Kreisen, ja, er stieß zur NSDAP. Was ich damals noch nicht wußte und erst später erfahren habe, war seine eigentlich schon längere Zeit zurückliegende Abwendung vom Nationalsozialismus. Erst in den letzten Tagen ist mir bekannt geworden, daß eine schon frühe kritische Distanz auch aus Papieren seines Nachlasses hervorgeht. Bedeutsam ist, daß der Besuch eines der Reichsparteitage, dieser Monster- und Schauveranstaltungen Hitlers, die nur im Gepränge der Massenauftriebe kommunistischer Potentaten ihre Entsprechung fanden bzw. finden sollten, Scholz 1937 "niedergeschmettert" und mit "zusammengebrochenem Nationalgefühl", wie er sich damals geäußert hat, aus Nürnberg zurückkehren ließ. Dies scheint mir eine höchst bemerkenswerte Parallele zur Geschichte des am 22. Februar 1943 hingerichteten Hans Scholl von der berühmt gewordenen Münchener studentischen Widerstandsgruppe "Weiße Rose", mit der unsere Freiheitsbewegung überaus viel gemeinsam hatte. Im übrigen hatten die Umstände, unter denen der sogenannte Anschluß und die Überwältigung Österreichs erfolgt waren, seine Enttäuschung nur verstärkt. Es bleibt also festzuhalten und zu wiederholen, daß unser Religionsprofessor ziemlich bald erkennen ließ, wie wenig er sich mit dem neuen Regime identifizieren und wie sehr er dessen krude und barbarische, letztlich die höchsten Werte deutschen Wesens und deutscher Kultur verneinende Politik des Nationalsozialismus verabscheute. Insbesondere wendete sich seine Kritik damals gegen das Neuheidentum eines Alfred Rosenberg mit seinem "Mythus des zwanzigsten Jahrhunderts", neben Hitlers "Mein Kampf" eine Art Bibel nationalsozialistischer Weltanschauung.

Wir wissen um die Probleme und Fragen zur Berechtigung von Widerstand; wir sprechen von einem naturrechtlich begründeten Widerstandsrecht. Ich denke da, zumal im Zusammenhang mit Scholz, an die seinerzeit viel beachtete päpstliche Enzyklika Pius XI. "Cura ardente" (Mit brennender Sorge). Diese war eine umfassende Darlegung des Wesens und der Gefahren der von Deutschland ausgehenden Häresie - des Nationalsozialismus. Sie war ebenso Meinung und Warnung, wie sie Verdammung und Klarstellung war. In ihr kann man aber auch schon Motive für einen sittlich berechtigten Widerstand finden und die Maßstäbe, an denen

"jedes positive Recht, von welchen Gesetzgebern es auch kommen mag, auf seinen sittlichen Gehalt, damit aber auf seine Befehlsmacht und Gewissensverpflichtung nachgeprüft werden kann. [...] Mit diesem Maßstab muß auch der Grundsatz 'Recht ist, was dem Volke nützt' gemessen werden."

Daß hier Entscheidungen und die Lösung der Frage hinsichtlich der Art und Weise von Widerstand nicht einfach sind und nur in der Verantwortung des Gewissens getroffen und gefunden werden können, liegt auf der Hand.

Roman Karl Scholz bekennt in einem letzten Brief an die Mitbürger des Stiftes: "Man glaube mir, was ich getan habe, das tat ich aus der Not meines Gewissens heraus." Und weiter: "Ich weiß, wofür ich sterbe: für alles, was groß und gut und edel ist, und zum guten Teil auch für Gottes Wort."

Darum ging es also im letzten, als er bald nach Hitlers Überfall auf unser Vaterland daran dachte, daß dem Übel begegnet werden müsse, und als er dann im Herbst 1938 mit Viktor Reimann die "Deutsche Freiheitsbewegung" ins Leben rief. Dies die ursprüngliche Bezeichnung, aus der hervorgeht, daß man in erster Linie dem Nationalsozialismus die Stirn zu bieten beabsichtigte, seine Gegner zu sammeln und mit der deutschen Opposition zusammenzuwirken, um für den Fall des früher oder später erwarteten Zusammenbruchs des Hitlerismus bereit zu sein. Man war realistisch genug zu wissen, daß damals mangels einer breiteren Basis in der Bevölkerung der Freiheitskampf vorerst lediglich mit dem Aufbau einer Organisation, mit entsprechender Information und Schulung, mit propagandistischen und konspirativen Mitteln und Formen aufgenommen und geführt werden konnte. In diese Richtung liefen die anfänglichen Bemühungen, die nicht an spektakulären Aktionen orientiert waren.

Durch den kaum ein Jahr später durch Hitler vom Zaun gebrochenen Krieg veränderten sich auch die Entwicklung und die Stoßrichtung der im Aufbau fortschreitenden Gruppe. Es erfolgte die Änderung der Bezeichnung in "Österreichische Freiheitsbewegung"; der von Anfang an mitbestimmende Faktor eines historischen österreichischen Selbstverständnisses und angestammten Patriotismus trat in den Vordergrund; die künftige, erneuerte Unabhängigkeit und Selbständigkeit Österreichs, somit die politische Lösung von Deutschland war, wie immer sich die Dinge entwickeln sollten, keine Frage mehr.

Die weitere Entwicklung im einzelnen zu schildern, von den nun einsetzenden Flugzettelaktionen, der Verbindungsaufnahme mit anderen Widerstandsgruppen, für die die Namen der Blutzügel Kastelic und Lederer und anderer stehen, von der Kontaktaufnahme mit ausländischen Stellen, von dem durch einen Verräter namens Otto Hartmann ausgelösten Zuschlagen der Geheimen Staatspolizei, von der sich Wochen und Monate hinziehenden Verhaftungswelle und den langen Kerkerjahren in der Heimat und in Gefängnissen im Rheinland, schließlich von den Prozessen vor dem Volksgerichtshof zu berichten, kurz, die ganze Geschichte unserer Widerstandsgruppe darzulegen, fehlt mir hier die Zeit. Etwas mehr findet sich in meinem Beitrag zur Festschrift des heutigen Tages.¹

Es liegt mir noch daran, darauf hinzuweisen, daß wir - womit ich die etlichen Schüler dieses Gymnasiums meine, die sich der Freiheitsbewegung

1 Herbert Crammer, Erinnerungen an Roman K. Scholz und die "Österreichische

angeschlossen haben - keineswegs, wie oft angenommen worden ist, von Scholz selbst für seine Sache gewonnen wurden. Wie ich weiß, stimmte er angesichts unserer Jugend eher zögernd unserer Teilnahme zu. Was mich und meine engeren Freunde anlangt, kamen wir aus Gemeinschaften der vaterländischen und katholischen Jugendbewegungen; wir befanden uns seit dem Beginn der Naziherrschaft in Opposition, bereit, ja begierig, möglichst aktiv für unsere Ideale und die verlorene Freiheit einzutreten. Was Wunder, daß wir uns bei der ersten Gelegenheit der Freiheitsbewegung, von der wir von anderen erfahren hatten, verpflichteten und dann unsererseits weitere Gefährten gewannen. Natürlich waren wir sehr froh, als wir erkannten, daß auch Scholz, den wir bereits kannten und schätzten, vom gleichen Vorhaben beseelt war.

Vor kurzem konnten wir erleben, wie sich rund um uns Völker erhoben haben, um sich frei zu machen vom, wie er sich nannte, Realen Sozialismus und dem Unterdrückungssystem des Kommunismus, um einen Terror zu überwinden, der dem des Nationalsozialismus in vielem mehr als ebenbürtig war, jedenfalls aber viel länger währte. Nun, da ich diese elementaren Aufbrüche - Vaclav Havel sprach von einem Wunder - brennenden Herzens mitverfolgt habe, meine ich, daß dort, so verschieden die historischen und politischen Voraussetzungen, die sozialen, ökonomischen und nationalen Bedingungen, die einen Vergleich auch nur bedingt zulassen, gewesen sein mögen, letztlich die gleichen Antriebskräfte wirksam wurden, wie sie seinerzeit auch bei uns in Österreich und anderswo Menschen in den Widerstands- und Freiheitskampf führten. Daß geistige Elite, Dichter, Studenten, die Jugend bei allen diesen Erhebungen einen wichtigen und besonderen Platz einnahmen, entspricht historischer Erfahrung; nicht zuletzt haben auch religiöse Kräfte wesentlich mitgespielt.

Die historische Bedeutung, die Roman Karl Scholz, der zurecht als Widerstandskämpfer der ersten Stunde bezeichnet wird und den Radomir Luza in seinem Werk über den österreichischen Widerstand 1938-1945 einen charismatischen und ausdrucksvollen starken Führer der ersten Widerstandsgeneration nennt, liegt, wie ich meine, eben darin, als einer der ersten gegen die menschenverachtende Diktatur angetreten zu sein. Er hat damit, vor allem aber mit seinem alles überstrahlenden Opfer, einen hervorragenden Beitrag für das moralische und rechtliche Fundament des wiedererstehenden Staates geleistet. Dies gilt im Prinzip für alle, die in jenen Jahren widerstanden und den Freiheitskampf wagten, diejenigen, die Verfolgungen

Widerstandsbewegung" 1938-1940, in: Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung, hrsg. anlässlich der Enthüllung einer Gedenktafel für Roman Karl Scholz und die "Österreichische Freiheitsbewegung" im BG/BRG Klosterneuburg von Rudolf Koch, Robert Mader und Erika Müller (1990).



Gedenktafel für Roman Karl Scholz im BG/BRG Klosterneuburg

unterlagen und Opfer wurden. Man könnte auch so sagen: Die moralische Berechtigung des sich nach dem Ende des in Blut und Grauen versunkenen Dritten Reiches neu entwickelnden Selbstverständnisses und der endlich gefundenen Identität Österreichs kann man getrost im wesentlichen denen zugute halten, die mit ihrem Zeugnis, mit ihrem mutigen Einsatz oder gar mit ihrem Opfer die dunklen Jahre hindurch die politische und geschichtliche Kontinuität des von der Landkarte getilgten Vaterlandes aufrechterhalten haben.

Mit diesen anlaßbedingten, grundsätzlichen Feststellungen soll jedoch weder einer Exklusivität der Träger des Widerstandes und der vielen Opfer der Tyrannei das Wort geredet werden, noch sollen die heute ebenfalls schon schwer vorstellbaren Leiden und Opfer aller Menschen, die von den Wirnissen der Zeit, vom Krieg und seinen Folgen grausam betroffen und getroffen waren, geringer geachtet werden; wie doch überhaupt meines Erachtens eine Aufrechnung menschlichen Leidens unzulässig ist. Ich weiß, wovon ich spreche, hat mich doch ein gütiger Gott nach den Jahren im Kerker auch noch aus dem Krieg, dessen Grauen und Not mir nicht unbekannt geblieben, herausgeführt. Geblieben sind mir der Dank für diese Erfahrungen und, wie ich meine, eine bessere Möglichkeit ausgewogenen Urteils, wenn es gilt, jener Zeit und ihren Menschen gerecht zu werden. So - und nur so will ich niemals vergessen!

Dies alles bedenkend freue ich mich, wenn mit dem heutigen Tag gerade hier im Klosterneuburger Gymnasium, einer Bildungsstätte österreichischer

Jugend, wo er vorübergehend gewirkt hat, ein Zeichen des Erinnerns an Roman Karl Scholz sichtbar wird; soll dieses doch über den bloßen Erinnerungscharakter hinaus ein Beitrag sein zur Bewußtmachung und Vergegenwärtigung jüngster Geschichte, der, wie Geschichte überhaupt, zu begegnen nur Gewinn bedeuten kann. Sie werden jetzt auch verstehen, daß mir das Wachhalten der Erinnerung an Scholz stets Anliegen war. Und so habe ich, unterstützt durch hochherzige Spenden, die Errichtung einer Gedenktafel mit Beharrlichkeit betrieben.

Eine letzte Aufgabe sehe ich jetzt nur noch darin, allen zu danken, die durch ihre Beiträge mein Anliegen gefördert und dessen Durchführung möglich gemacht haben. Ihnen, die ja Scholz noch als ihren Lenker und Kampfgefährten kannten, gilt mein herzlichster und kameradschaftlicher Dank! Respektvoller Dank gilt vor allem auch unserem Staatsoberhaupt, dem Herrn Bundespräsidenten, der in höchster Würdigung unseres Roman Karl Scholz gekommen ist und die Enthüllung der Gedenktafel vornehmen wird. Der staatspolitischen Bedeutung dieses Aktes wollen wir uns bewußt sein, wird doch solcherart durch den obersten Repräsentanten der Republik mit Scholz dem österreichischen Widerstands- und Freiheitskampf, das heißt aber auch, allen Österreichern, die in diesen eingetreten sind, angemessene Reverenz erwiesen. Weiters gilt mein höchster Dank dem hochwürdigen Propst des Chorherrenstiftes Klosterneuburg, der mit der bevorstehenden Segnung der Gedenktafel dieser eine besondere Weihe verleiht und damit der hervorragenden Stellung seines Mitbruders Roman gerecht wird. Ich danke an dieser Stelle auch jenen, die - vor allem in den Schulbehörden - meinem Anliegen verständnisvoll beigetreten sind. Besonderen und herzlichen Dank will ich der Direktorin dieses Hauses sagen, die sich, kaum mit der Leitung des Gymnasiums betraut, in den Dienst der Sache gestellt und um die Organisation dieser Feierstunde verdient gemacht hat. Dieser Dank gilt ebenso den Mitgliedern des Lehrkörpers, die meinem Betreiben Verständnis entgegengebracht und mit Interesse und Eifer an der Festschrift und an der Durchführung dieses Festaktes mitgewirkt haben, wie er für die Mitwirkung aller daran beteiligten Schüler gilt; auch die Elternvertretung soll dankend erwähnt werden.

Ihnen allen, die gekommen sind, und vor allem den jungen Menschen, die mit Aufmerksamkeit die Sache verfolgen und in sich aufnehmen, möchte ich ebenfalls danken. An Ihnen, an uns liegt es nun, den Beweis zu erbringen, daß Roman Karl Scholz nicht vergessen, sein Leben und Sterben, sein Werk und sein Wirken in der ihnen zukommenden Bedeutung erkannt und anerkannt werden.

Noch ein letztes: Die Gedenktafel, zu deren Enthüllung wir jetzt schreiten, geht damit in die Obhut dieser Schule über. Möge sie immer der Würde des Zeichens und des mit ihm Gemeinten gerecht werden!

GER VAN ROON

DER KREISAUER KREIS - SEINE BEDEUTUNG UND SEINE BEZIEHUNGEN ZU ÖSTERREICH

Referat zur Eröffnung der Ausstellung "Der Kreisauer Kreis - Porträt einer Widerstandsgruppe" in der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 15. Jänner 1991

I. Zur Einführung

Bei der Eröffnung dieser Ausstellung am 21. Juli 1985 in Berlin sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker: "Wann je sonst in unserer Geschichte hat es eine solche Konzentration von sittlich-politischer Substanz gegeben wie in Kreisau ...? Das Leben und Denken und Empfinden der Menschen, die in Kreisau versammelt waren, ist und bleibt Maßstab für uns."

Dem Kreisauer Kreis des deutschen Widerstandes eine Ausstellung zu widmen, ist Ehrung und Aufgabe zugleich. Kreisau bedeutet einen Brückenschlag zu einer gesamteuropäischen Friedenspolitik. Einer der Mitglieder dieses Kreises, Theodor Steltzer, der nach dem Zweiten Weltkrieg von Berlin aus eine Annäherung zwischen Ost und West befürwortet hat, aktualisierte diesen Aspekt 1967 wie folgt: "Es bleibt uns kein anderer Weg, als durch eine Entspannungspolitik Vorarbeiten für eine gesamt-europäische West-Ost-Politik zu leisten." In der heutigen Zeit des tiefgreifenden Wandels und der Annäherung in Europa sollten wir uns der Vorarbeiten der Widerstandsbewegungen in den einzelnen europäischen Ländern während des Zweiten Weltkrieges für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit nach dem Kriege bewußt sein.

II. Die Kreisauer

Vermutlich ist der Name "Kreisauer Kreis" nicht von der Gestapo erdacht, sondern von Theo Haubach in einer Vernehmung verwendet und dann von der Gestapo übernommen worden. Das hat Steltzer berichtet, der vor einer Vernehmung die Akte Haubachs einsehen konnte. Der Kreisauer Kreis könnte als eine Gruppe von "Jungdemokraten" bezeichnet werden. Von den zwanzig Personen des inneren Kreises waren im Sommer 1940 neun noch keine 35 Jahre alt und acht weitere noch nicht 50. Die meisten Kreisauer hatten die demokratische Republik von Weimar unterstützt, mehrere in staatlichen Funktionen, wie Lukaschek, Steltzer, Gablentz, Peters, Husen

und Reichwein. Anlässlich des zehnten Jahrestages der Gründung der Weimarer Republik hatte Moltke für eine amerikanische Zeitschrift einen würdigen Beitrag geschrieben. Nach dem Staatsstreich Papens in Preußen im Juli 1932 hatte Peters vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig die Sache Preußens als Bevollmächtigter der Zentrumsfraktion des preußischen Landtages vertreten, während Moltke dort die Verhandlungen als Berichterstatter für eine amerikanische Zeitung verfolgte. Drei der Kreisauer, die Sozialdemokraten Mierendorff, Leber und Haubach - Mierendorff und Leber waren Reichstagsabgeordnete gewesen -, hatten mehrere Jahre in Gefängnissen und Konzentrationslagern verbracht, bevor sie Ende der dreißiger Jahre freigelassen wurden. Weitere wie Reichwein, Einsiedel, Lukaschek, Steltzer und nachher auch Gablentz und Husen hatten in der NS-Zeit ihre Ämter verloren. Neben zwei evangelischen Theologen, Poelchau und Gerstenmaier, gehörten auch vier Jesuiten zum Kreis: Rösch, Delp, König und von Galli. Die zahlreichen Übergriffe des Staates im kirchlichen Bereich sowie die Attacken auf Priester und Ordensleute hatten sie zu Widerständlern gemacht. Einer von ihnen, der Provinzial der süddeutschen Ordensprovinz Augustin Rösch, schrieb in einem Bericht nach Rom: "Ebenso eindeutig klar ist, daß der eigentliche und in allem entscheidende Urheber die allerhöchste Spitze selber ist. Er inspiriert alles..."

III. Phasen des Kreisauer Widerstandes

Die Entwicklung des Kreisauer Kreises und seiner Widerstandstätigkeit läßt sich in folgende Phasen unterteilen:

1. Vorphase (1938 bis 1940)
2. Gründungsphase (1940)
3. Bezugsgruppenphase (1941 bis 1942)
4. Programmphase (Mitte 1941 bis Mitte 1943)
5. Personalphase (2. Hälfte 1943)
6. Stockungsphase (ab Januar 1944)

Ab 1938 bildeten sich um Moltke und um Yorck zwei Gruppen, aus denen später der Kreisauer Kreis entstanden ist. Im Winter 1938/39 hat Moltke in verstärktem Maße die Verbindung mit alten Freunden gesucht. Von dieser Zeit an sprechen Trotha, von Einsiedel und Lukaschek von einer Gruppe um Moltke. Seit 1939 existierte nach Franz Josef Furtwängler, der damals an mehreren Treffen teilgenommen hat, ein "Moltke-Kreis". Weitere Beziehungen zu Moltke sollen besonders Adolf Reichwein und Arnold von Borsig

vermittelt haben. Eine andere Gruppe, zu der Fritz Dietloff von der Schulenburg, von Uexküll, Cäsar von Hofacker, von Kessel, Ehrensberger, Schwerin von Schwanefeld und Berthold Stauffenberg gehörten, sammelte sich seit Ende 1938 um Yorck. Von dieser letzten Gruppe hat sich Schulenburg - früher als Yorck - bereits im September und Oktober 1939 mehrfach mit Moltke getroffen.

Inmitten des Siegesrausches der Deutschen über die Erfolge der Hitlerischen Kriegspolitik im Sommer 1940 wurden zwischen Moltke, Einsiedel, von der Gablentz und Yorck die Grundlagen einer gemeinsamen Planungsarbeit erörtert. Eine von Moltke formulierte Denkschrift über den Staat und eine Vortagung auf Kreisau dienten diesem Zweck. Diese Arbeit ging davon aus, daß das Hitler-Regime durch den Krieg seinen eigenen Untergang erleben würde.

Aus der Perspektive dieser Gruppe waren es die Kirchen und die Arbeiterschaft, die nach dem erfolgten Zusammenbruch den Wiederaufbau auf sich nehmen mußten. Deswegen wurde es als wichtig empfunden, Personen aus diesen Bereichen an der Planungsarbeit zu beteiligen und sie so an ein gemeinsames Aufbauprogramm zu binden. Diese Leitlinie spielte bereits in der Gruppe um Moltke 1939 eine Rolle.

Ab Mitte 1941 bis Mitte 1943 wurde die Formulierung des Kreisauer Programmes vorbereitet, diskutiert und verabschiedet. Die vorbereitenden Diskussionen und Beratungen wurden zum größten Teil in sehr kleinem Kreis und bei vielen Gesprächen in Berlin, gelegentlich auch auf kleineren Tagungen auf Landgütern wie Klein-Öls und Groß-Behnitz, geführt.

Auf drei größeren Zusammenkünften, im Mai und Oktober 1942 und im Juni 1943 in Kreisau, wurden die wichtigsten Teilbereiche wie "Kirche und Staat", "Erziehung", "Staats- und Wirtschaftsaufbau", "Außenpolitik" und "Bestrafung von Kriegsverbrechern" durchdiskutiert und formuliert und schließlich in den "Grundsätzen für die Neuordnung" zusammengefaßt. Die Kreisauer Papiere wurden auch Kontaktgruppen und -personen in besetzten und neutralen Ländern zugeleitet.

Die zweite Hälfte des Jahres 1943 war dem "Personalplan", den praktisch-organisatorischen Vorbereitungen, gewidmet. Es wurde eine Gruppe von "Landesverwesern" gebildet, die die Verantwortung für einzelne Landesteile übernehmen und für ihre Tätigkeit Weisungen erhalten sollte. Auch wurden Pläne für ein Übergangsgremium unter der Leitung des Wehrmachtbefehlshabers in Belgien und Nordfrankreich konkretisiert. Über Schweden, die Schweiz und die Türkei trat man an die Alliierten mit der Bitte um politische und militärische Zusammenarbeit heran.

Nach der Verhaftung Moltkes Mitte Januar 1944, die nicht im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit im Kreisauer Kreis stand und die zunächst nur zeitweiligen Charakter zu haben schien, geriet die Kreisauer Arbeit ins

Stocken, und der Kreis fiel auseinander. Unter Führung Yorcks stellte sich der Berliner Teil der Mitglieder der Staatsstreichvorbereitung Stauffenbergs zur Verfügung. Der Kontakt zu anderen Mitgliedern und Mitarbeitern war seitdem abgebrochen.

IV. Stufen der politischen Arbeit

So wie man von einem "Kreisauer Kreis" sprechen kann, so lassen sich auch mehrere "Stufen" des politischen Denkens und Handelns dieses Kreises benennen, auch wenn die Briefe und Dokumente Momentaufnahmen sind und nicht für die Veröffentlichung geschrieben wurden. Sechs von diesen Stufen will ich nennen und kurz erläutern. Dabei werde ich aus Dokumenten zitieren, die in den letzten zwanzig Jahren entdeckt wurden, und auf diese Weise indirekt auch einen Einblick in den jetzigen Stand der Forschung über diesen Widerstandskreis vermitteln.

1. Antinationalsozialismus als Voraussetzung

Obwohl der Kreisauer Kreis zum sogenannten bürgerlichen Widerstand gehörte, setzte bei vielen von ihnen der Antinationalsozialismus viel früher ein, als dies in bürgerlichen Kreisen sonst der Fall war. Von der Mehrzahl der späteren Kreisauer war das Anwachsen des Nationalsozialismus vor 1933 mit großer Sorge verfolgt worden. Mehr als die Hälfte der späteren Mitglieder hat bereits damals gegen die Nazis gearbeitet und gekämpft.

Es waren besonders die Maßnahmen der neuen Regierung gegen die Vereine und Orden, die die katholische Kirche herausforderten. In dem Kirchenkampf gegen das Regime spielte Rösch als Provinzial der süddeutschen Provinz des Jesuitenordens eine führende Rolle. Er organisierte Kurierdienste für die Bischöfe, die er zu einer entschiedeneren Abwehrhaltung gegen den Nationalsozialismus drängte. Wie daraus bei ihm und anderen dann schließlich ein politischer Widerstand wuchs, kann man anhand einiger Zitate von Rösch genau verfolgen:

"Man dürfte nicht übersehen, daß der Kampf gegen die Orden immer nur als Teil des Kampfes gegen die Kirche und das Christentum überhaupt angesehen und gewertet werden müsse. [...] Dieser Kampf wird schrittweise, aber konsequent durchgeführt. [...] Die Verantwortung vor Gott und dem katholischen Volk, den andersgläubigen Menschen und der Weltöffentlichkeit."

2. Politischer Widerstand als Aufgabenbereich

In der älteren Literatur findet man mehrfach die irriige Auffassung, die Kreisauer seien vor der letzten Konsequenz - dem gewaltsamen Umsturz - zurückgeschreckt und fast so etwas wie eine Debattiergesellschaft gewesen.

Diese Vorstellung ist seit langem widerlegt. Die Kreisauer "Weisungen an die Landesverweser" waren Bestandteile einer systematischen Planung zur Vorbereitung eines aktiven Eingreifens. Auch wenn die Aussprache zwischen den Honoratioren der Goerdeler-Gruppe und dem Kreisauer Kreis vom 8. Januar 1943 kein positives Ergebnis brachte, liegt die Vermutung nahe, daß im Laufe des Jahres 1943 mehrfach eine breitere Zusammenarbeit bestanden hat. Der Fund einiger Briefe Yorcks und Moltkes in München hat die politische Bedeutung des Kreisauer Kreises zusätzlich bestätigt. Aus einem dieser Briefe, die trotz der gebotenen Vorsicht nicht vernichtet wurden, ein kurzes Zitat:

"Pater König [...] läßt sich von dem Anwalt begleiten, der die Einweisung des Landesverwesers, soweit sie von dort vorgenommen wird, durchführen soll. [...] Für das Saarland fehlt ein Kandidat. Um Namensnennung wird gebeten. Für Franken kann ein Arbeiter nicht benannt werden. [...] Der Vorschlag Adenauer für Mittelrhein wurde angenommen. Kann ein geeigneter Landeshauptmann aus dem Ermland benannt werden?"

Weil keiner der Kreisauer direkten Einfluß auf die Truppe hatte, waren sie für das Gelingen eines Staatsstreiches abhängig von den Generälen. Das Verhalten Großbritanniens in der Sudetenkrise 1938 und die Unentschlossenheit Halders in den Jahren 1939 und 1941 hatten Staatsstreichpläne verhindert. Moltke stand neuen Umsturzversuchen während des Krieges, obwohl von der Ostfront - insbesondere von der Heeresgruppe Mitte - immer stärker darauf gedrängt wurde, zunehmend skeptischer gegenüber. Durch seine Arbeit im OKW hatte er einen genauen Einblick in die Grausamkeiten, die in den besetzten Gebieten verübt wurden, und er wußte, daß fast sämtliche Generäle die verbrecherischen Führerbefehle ausführten. Er, der früher durchaus bestimmte Erwartungen ans Militär knüpfte, traute es deshalb keinem deutschen General mehr zu, einen Staatsstreich gegen Hitler auszuführen. Er setzte vielmehr darauf, die Amerikaner für eine militärische Zusammenarbeit zu gewinnen, und bat sie um den Einsatz von Luftlandtruppen.

3. Integration als Arbeitsrahmen

Der Kreisauer Kreis war das Ergebnis einer Integration der Generationen. Er setzte sich aus einer Initiativgruppe von "Jungerwachsenen" zusammen, die sich bei der Ausarbeitung und Konkretisierung ihrer Zielsetzungen von älteren Sachverständigen beraten ließ - eine Verfahrensweise, die starke Ähnlichkeit mit der der Löwenberger Arbeitsgemeinschaft der späten zwanziger Jahre aufweist, an der ein Teil der späteren Kreisauer mehr oder weniger beteiligt gewesen war und auf die in Kreisauer Gesprächen gelegentlich zurückgegriffen wurde.

Weiter war für die Kreisauer mit der starken Betonung auf Dezentralisierung und Selbstverwaltung eine Integration der Gesellschaft eines der Hauptziele in ihrer Planungsarbeit. Diesem Zweck sollte in erster Linie eine Integration zwischen der Bevölkerung und dem Behördenapparat dienen. Moltke hat diese Zielsetzung mit dem Vorschlag der Bildung einer Zahl von "kleinen Gemeinschaften" näher konkretisiert und wie folgt erläutert:

"Gegenüber der großen Gemeinschaft, dem Staat, oder etwaigen noch größeren Gemeinschaften wird nur der das rechte Verantwortungsgefühl haben, der in kleineren Gemeinschaften in irgendeiner Form an der Verantwortung mitträgt, andernfalls entwickelt sich bei denen, die nur regiert werden, das Gefühl, daß sie am Geschehen unbeteiligt und nicht dafür verantwortlich sind. Und bei denen, die nur regieren, das Gefühl, daß sie niemandem Verantwortung schuldig sind als der Klasse der Regierenden."

Auch in den Bildungs- und Erziehungsvorschlägen des Kreisauer Kreises nimmt der Integrationsprozeß als Erziehungsziel einen wichtigen Platz ein. In diesem Bereich hat besonders Adolf Reichwein mit seinen bildungspolitischen Konzeptionen die Formulierungen entscheidend beeinflusst. Dabei befürwortet er die Einbeziehung der Bildungsarbeit in einer Gemeinschaftsgesinnung mit individuellen und sozialen Zielsetzungen, die lebendige Tradition mit notwendiger Erneuerung zu vereinen suchte.

4. Kampf für Menschenrechte als Sofortziel

Die Menschenrechte sind nicht erst eine Erfindung der letzten Jahre. Der verstorbene Bundespräsident Heinemann hat einmal gesagt, daß der deutsche Widerstand eine Phase in der Geschichte der Menschenrechte sei. Das Wort "Menschenrechte" findet man in mehreren Kreisauer Briefen und Dokumenten. Besonders in den Grundsatzklärungen des Kreises haben die Menschen- oder Grundrechte einen herausragenden Platz. Gewissensfreiheit, Rechtssicherheit, Existenzminimum - "eine krisenfeste wirtschaftliche Sicherung der Familie", schrieb Delp -, Recht auf Arbeit und Eigentum werden dort namentlich erwähnt. Nach der ersten größeren Zusammenkunft in Kreisau schrieb Delp:

"Aus diesen göttlichen Herrenrechten ergeben sich die unverlierbaren Menschenrechte, die Gott der Herr der Natur mitgegeben hat, die von jeder staatlichen und politischen Ordnung unabhängig sind und deren Beschneidung und Vergewaltigung den Menschen zerstört und jedem gemeinschaftlichen Leben Sinn und Berechtigung nimmt."

Die Kreisauer haben sich auch des Schicksals von Juden und anderen Verfolgten angenommen. Im OKW hat Moltke sich außerdem im hohen Maße für ausländische Opfer des Nazi-Regimes - Seeleute, Kriegsgefangene, Geiseln - eingesetzt. Nach einer ersten Begegnung mit Moltke schrieb Rösch:

"Dabei die furchtbare Not so vieler Menschen, das grausige Elend der Juden, die jetzt zu Tausenden in die polnischen Ghettos verladen werden, der russischen Gefangenen, die massenhaft zugrunde gehen, vor Hunger Mitgefangene umbringen und roh auffressen."

Die Kontakte des Kreisauer Kreises mit den Bischöfen hatten auch zum Ziel, in ihnen eine kritischere Haltung gegenüber der Inhumanität des Regimes zu wecken. Spuren davon sind in mehreren Hirtenbriefen Preysings, in mehreren Protestbriefen Wurms und, wenn auch in abgeschwächter Form, in der Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz von 1943 zu finden.

Weiter lag dem Kreisauer Kreis sehr daran, einen Weg zu finden, die Bevölkerung der besetzten Gebiete rechtzeitig vor geplanten Racheakten der Gestapo, den sogenannten Strafexpeditionen, zu warnen. Mit der Zunahme der Aktivitäten der Widerstandsbewegungen als Reaktion auf Übergriffe der Besatzer wurden die Gestapoaktionen zahlreicher und grausamer. Moltke fragte daher mehrere Personen, ob sie den Warndienst in einem bestimmten Gebiet übernehmen könnten.

5. Neuordnung der Gesellschaft als Dauerziel

Die Kreisauer waren bemüht, sich auf die Forderungen der Zukunft einzustellen. Eine bloße Rückkehr zum Rechtsstaat genügte nicht, und eine Restauration wurde abgelehnt. Die Lehren aus der Weltwirtschaftskrise sollten besonders beachtet werden. Absichtlich wurde die Zusammenfassung des Kreisauer Programms "Grundsätze für die Neuordnung" genannt. Auch Delp hat in seinen Entwürfen und Notizen das Wort "Neuordnung" mehrfach verwendet. So fing er einen Text über die Arbeiterfrage mit den Worten an:

"Das Schicksal jeder kommenden Neuordnung ist abhängig davon, ob es endlich gelingt, den Arbeiter (nicht als Genossen und nicht als Volksgenossen) in die Gemeinschaft einzugliedern. Dies bedeutet eine wirtschaftliche, eine kulturelle und eine politische Aufgabe."

6. Europa als internationaler Bezugsrahmen

Außenpolitik bedeutete für die Kreisauer eine Begrenzung der nationalen Souveränität und eine Europapolitik auf föderalistischer Basis. Sie stellten die geplante Neuordnung von Anfang an in einen europäischen Rahmen. Aus dieser europäischen Perspektive heraus sollten ihre Vorschläge verstanden werden. Deswegen suchten sie konsequent auch die Zusammenarbeit mit Gruppen in anderen europäischen Ländern. Adam von Trott, der im Kreisauer Kreis für außenpolitische Fragen zuständig war, erklärte dem Chefredakteur des "Svenska Dagbladet", Ivar Anderson, im September 1942, der Kreis bezwecke eine europäische Zusammenarbeit, bei der nicht eine Macht die Führung hätte und die übrigen Vasallen wären, sondern eine

Zusammenarbeit auf gleicher Ebene und mit gemeinsamen Aufgaben.

V. Österreich

Für die Kreisauer gehörte Österreich zu den deutschen Staaten. Sie hofften daher, daß die Bevölkerung Österreichs sich nach dem Kriege für eine staatliche Gemeinsamkeit mit Deutschland aussprechen würde. Den Schlesiern unter den Kreisauern war die Miteinbeziehung Österreichs in die Arbeit des Kreisauer Kreises eine geschichtliche Selbstverständlichkeit - wegen der jahrhundertalten Verbindungen zwischen Schlesien und Österreich. Der Motor des Kreisauer Kreises, Helmuth James von Moltke, hatte zwei Semester in Wien studiert und dort im "Schwarzwaldkreis" viele Menschen auch aus anderen Ländern kennengelernt. Wie wichtig Moltke Wien in dieser Zeit geworden war, geht aus einem Brief aus dem Jahre 1928 an seine Großeltern in Südafrika hervor, in dem es heißt:

"I believe, that Silesia and Vienna are the two centres from which, Germany and Europe, can really take a serious interest in the East and the Balkans, and I believe the whole European crisis between West and East, and the agrarian crisis in the whole of Europe's East spring from the same root, and that it is our duty to work on this problem."

Auch die Verbindung zwischen Bayern und Österreich war immer besonders eng gewesen. Das bayerische Mitglied des Kreisauer Kreises, der Provinzial der süddeutschen Jesuiten Augustin Rösch, hatte Jahre in Rosenheim gewohnt. Auch für ihn war eine Fahrt nach Wien eine Selbstverständlichkeit.

Wie andere Kreise des deutschen Widerstandes stand auch der Kreisauer Kreis mit Personen und Gruppen in Österreich in Verbindung. Lukaschek hat in einem nach dem Kriege abgehaltenen Vortrag erwähnt, daß der Kreis "in ganz Deutschland und Österreich verbreitet" war, und spricht an anderer Stelle von "kleinen Aussprachekreisen, verstreut über Deutschland und Österreich". In einem wohl 1942 verfaßten Memorandum "Das deutsche Verfassungsproblem" ist die Rede von einem Land Oberösterreich (Kärnten - Steiermark) mit Hauptstadt Graz und einem Land Niederösterreich (Ober- und Niederdonau) mit Hauptstadt Linz sowie einer Reichsstadt Wien. Über Rösch wird der Kreisauer Kreis durch Vermittlung des Kardinals Faulhaber mit Erzbischof Rohracher aus Salzburg in Verbindung gekommen sein. Moltke hat selbst mit Rohracher gesprochen und dabei von diesem wohl weitere Namen von zuverlässigen Personen für das Amt eines Landesverwesers erhalten, wie z. B. den Namen Rehrls, des früheren Landeshauptmanns von Salzburg, mit dem auch Lukaschek Verbindung hatte.

Weiters standen Alfred Delp und andere im Rahmen der Kreisauer Arbeit mit dem Prälaten Karl Rudolf in Wien in Verbindung. Eine weitere Kontaktperson des Kreisauer Kreises war der frühere Handelsminister Wilhelm Taucher aus Graz. Möglicherweise hatte der Kreisauer Kreis auch mit dem früheren Landeshauptmann Reither Kontakt. Auf Wunsch von Moltke und Yorck hat Van Husen öfters mit katholischen Gesprächspartnern aus Österreich gesprochen.

In Berlin war der Kreisauer Kreis über Mierendorff mit dem früheren Landeshauptmann Gleißner in Verbindung gekommen, der - wie Mierendorff - nach seiner Konzentrationslagerzeit von der Gestapo bei der Braunkohlen-Benzin AG "untergebracht" war und in Berlin lebte. Über Gleißner lernten die Kreisauer auch andere Österreicher, die in Berlin lebten, wie Karl Gruber und Erich Mair, kennen. Mit mehreren Kreisauern hat Gleißner Gespräche geführt. Zeitweise, als Wilhelm Leuschner noch in die Kreisauer Arbeit miteinbezogen war, gab es auch über ihn eine Kontaktmöglichkeit mit gewissen Sozialdemokraten in Österreich. Damals schien es noch, als ob die Alliierten eine Wiederherstellung eines freien Österreich nicht anstrebten. Erst am 1. November 1943 wurde die Moskauer Erklärung über Österreich veröffentlicht. Dennoch verhielten sich manche Österreicher bereits früher, vor allem nach dem Sturz Mussolinis im Juli 1943, gegenüber Gesprächspartnern aus Kreisen des deutschen Widerstandes ziemlich zurückhaltend. Daher schrieb Yorck am 9. August 1943 in einem durch Kurier nach München übermittelten Brief:

"Eine Kombination Stepan-Seitz scheint nach der Lage der Dinge die einzig-mögliche. Es muß versucht werden, sie für das Verbleiben Österreichs beim Reich zu gewinnen. Es wird gebeten, daß Pater Rösch dieserhalb auch mit dem Erzbischof von Salzburg spricht und ihn um eine entsprechende Einflußnahme auf Stepan bittet. Nach soeben erhaltener Information kommt der Einflußnahme auf Stepan von dieser Seite allergrößte Bedeutung zu."

Einige Wochen später schrieb Moltke nach München:

"Wenn Sie aber nichts hören, so bin ich Mittwoch früh, hoffentlich mit Schlafwagen, in München, wo ich mit Ihnen und dem Augsburger sprechen will, möglichst auch mit dem Kardinal. Donnerstag würde ich gerne mit Rohracher sprechen, sei es in Salzburg, sei es in Klagenfurt. Ferner bitte ich um eine Rücksprache mit Rehrl, wenn es möglich ist; anschließend fahre ich nach Österreich."

Aus gesundheitlichen und anderen Gründen konnte Moltke erst eine Woche später nach Graz und Salzburg fahren. Nach seinem Gespräch mit Taucher schrieb er seiner Frau: "Die Unterhaltung gestern Abend war im Diagnostischen schlecht, im Willensmäßigen befriedigend." Haubach, der nach einer Ausbombung in der Wohnung Gleißners Aufnahme fand, nahm dort an mehreren Gesprächen mit Österreichern teil. Über die Verhältnisse

in Österreich und die dortige Stimmung war er gut informiert. Auf seine Bitte hin suchte Fritz Säger in Wien Heinz Paller auf, in dessen Keller Goerdeler die vorbereitenden Gespräche mit dem früheren Bürgermeister Wiens, Seitz, geführt hat. Einige Monate zuvor hatte Moltke seiner Frau geschrieben:

"Haubach [...] hat unsere Nachrichten über Österreich sehr bereichert. Es sieht da so schlimm aus wie nur eben möglich. Der einzige Trost ist, daß wir anscheinend den best-möglichen Mann dort haben, und das wird sich ja im Laufe der nächsten Wochen herausstellen."

VI. Aktualisierung

Auf dem Höhepunkt des "Triumphs des Bösen" sahen die Kreisauer bereits die Wende voraus und arbeiteten in Verbindung mit Widerstandsgruppen in besetzten Ländern und Aussprachekreisen in neutralen Ländern mit eindrucksvoller Hingabe an der Vorbereitung einer gesamteuropäischen Ordnung, in der Nationalismus und Rassengedanke überwunden waren. Mit ihrem kühnen Idealismus haben die Kreisauer die Talperiode des übersteigenden Nationalismus zu überbrücken und eine gesamteuropäische Nachkriegszusammenarbeit vorzubereiten versucht. Diesen Gedanken hat die Bipolarität des Kalten Krieges zersetzt und reduziert. Erst unter dem Alpdruck von Wirtschafts-, Umwelt- und Sicherheitsproblemen der siebziger und achtziger Jahre nähern sich West-, Mittel- und Osteuropa einander wieder. Was wir daher in Europa im Jahr 1991 vor allem brauchen, ist nicht ein wiederauflebender Nationalismus, sondern ein stärkeres gesamteuropäisches Bewußtsein. Das lehrt uns die Geschichte des Kreisauer Kreises.

Diese Geschichte gehört aber nicht ganz zu der Vergangenheit. Seit Mitte 1990 existiert in Polen eine internationale "Stiftung Krzyzowa-Kreisau für Europäische Verständigung", deren Vizepräsident ich bin. Sie hat zum Ziel: Den Aufbau einer Lebens- und Arbeitsgemeinschaft auf dem ehemaligen Landgut der Moltkes, einer europäischen Jugendbegegnungsstätte, verbunden mit einem Museum über den Europäischen Widerstand und einem landwirtschaftlichen Modellbetrieb. Dieses Vorhaben wird unterstützt von den Regierungen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland, die nach der Versöhnungsmesse im November 1989 in Anwesenheit von Mazowiecki und Kohl in einem Abkommen die Restaurierung der Gebäude des Landgutes versprochen haben. Zur Zeit sind die Vorbereitungen im Gange und ist Krzyzowa ein polnisches staatliches Monument. Im vergangenen Sommer wurde mit Hilfe der UNESCO dort das erste Jugendlager abgehalten. Für dieses Jahr sind drei solche Lager geplant. Zweimal pro Jahr werden dort größere Tagungen abgehalten. Die letzte war im November

1990. Während dieser Tagung wurde auf meinen Vorschlag hin wegen der wachsenden Spannungen nach der deutschen Wiedervereinigung im früheren Schlesien eine neue Initiative ergriffen. Das Präsidium der Stiftung wendete sich daraufhin an die Regierungen der Tschechoslowakei, Polens und Deutschlands sowie an die Europäische Kommission, mit der Bitte, im Herbst dieses Jahres nach dem Beispiel der Euregios in den Mitgliedsstaaten der EWG eine Euregio-Konferenz für Mitteleuropa zu ermöglichen. Auf diese Weise sollten die internationale Zusammenarbeit zwischen Grenzbezirken zu fördern und Spannungen abzubauen sein. Es würde mich freuen, wenn auch von österreichischer Seite für die Arbeit der Stiftung Krzyzowa-Kreisau Interesse gezeigt würde und österreichische Jugendliche sich an Jugendlagern beteiligen wollten. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

HEINZ ARNBERGER

DOKUMENTATION

VERORDNUNG ZUR NEUORDNUNG DES ÖSTERREICHISCHEN BERUFSBEAMTENTUMS VOM 31. MAI 1938. AM BEISPIEL EINES VERFAHRENS

Mit der "Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums" vom 31. Mai 1938, RGBl. I., S. 607, beseitigte das NS-Regime mißliebige Beamte vor allem aus der Landes- bzw. Magistrats- und Bundesverwaltung, aus dem Sicherheitswesen (Gendarmerie, Polizei), dem Schul- und Erziehungssystem (Lehrer), dem Sanitätswesen (Gemeindeärzte, Krankenanstalten-Personal) sowie aus der Rechtssprechung.

Die Angehörigen dieser Bereiche wurden mittels eines Fragebogens über ihre politische Vergangenheit befragt und hinsichtlich der Bestimmungen der Nürnberger (Rasse-) Gesetze überprüft. Ausschlaggebend für Außerdienststellung, Entlassung, Zwangspensionierung mit gekürzter oder völlig gestrichener Pension und ähnliche Maßnahmen waren vor allem die Tätigkeit in der Vaterländischen Front, die Mitgliedschaft in einem Wehrverband, die Zugehörigkeit zu anderen nicht-nationalsozialistischen Verbänden und Vereinen, die Teilnahme am Kampf gegen die Nationalsozialisten im Juli 1934, die "klerikale Einstellung" etc.

Oft war auch die Tatsache maßgebend, daß jemand, der sich für die illegale NSDAP Verdienste erworben hatte, den jeweiligen Posten übernehmen sollte bzw. wollte. Bei leitenden Stellen war nicht selten die Tendenz sichtbar, Beamte aus dem "Altreich" einzusetzen, die ihrerseits Deutsche um sich scharten und nach Kriegsbeginn mit Zunahme der Einberufung für diese Deutschen die UK-Stellung (unabkömmlich) durchsetzten.

Gegen die auf der Berufsbeamtenverordnung basierenden Entscheidungen gab es für die Betroffenen keine Rechtsmittel. In manchen Fällen kamen sogar noch gerichtliche Verfolgung und Inhaftierung dazu.

AUS: VERORDNUNG ZUR NEUORDNUNG DES ÖSTERREICHISCHEN BERUFSBEAMTENTUMS, 31. MAI 1938

RGBl. I, S. 607; Gesetzblatt für das Land Österreich, Jg. 1938, 56. Stück, Nr. 160 (S. 445)

§ 1. (1) Diese Verordnung findet auf alle Personen Anwendung, die am 13. März 1938 öffentliche Bedienstete im Land Österreich waren.

(2) Öffentlicher Bediensteter im Sinne dieser Verordnung ist jede Person, die in einem öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Dienstverhältnis

zum ehemaligen Bundesstaat Österreich, zu einem seiner ehemaligen Länder (zur Stadt Wien), zu einem Bezirke, zu einer Ortsgemeinde oder einem Ortsgemeindeverbande, zu einer sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaft, zu einem öffentlichen, von einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft verwalteten Fonds (Stiftung, Anstalt), zum ehemaligen Wirtschaftskörper "Österreichische Bundesforste", zum Dorotheum, zum ehemaligen Bundesverlage für Unterricht, Wissenschaft und Kunst, zur ehemaligen Nationalbank oder zum ehemaligen Unternehmen "Österreichische Bundesbahnen" stand. [...]

(4) Für Soldaten (Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaftspersonen) der ehemaligen bewaffneten Macht bleibt eine besondere Regelung vorbehalten; Beamte, Angestellte und Arbeiter der Heeresverwaltung fallen unter Abs. 1.

(5) Auf Bedienstete von Religionsgesellschaften findet die Verordnung keine Anwendung.

§ 2. Die Verordnung ist auch anzuwenden auf ehrenamtlich bestellte oder nicht hauptberuflich tätige Träger eines öffentlichen Amtes, auf die Bediensteten der österreichischen Radio-Verkehrs-AG. (Ravag) sowie auf Notare und Notariatskandidaten.

§ 3. (1) Jüdische Beamte, Beamte, die jüdische Mischlinge sind, und Beamte, die mit einer Jüdin (einem Juden) oder mit einem Mischling ersten Grades verheiratet sind, sind in den Ruhestand zu versetzen. Sie erhalten Ruhegeuß (Abfertigung) nach den für die Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit geltenden Vorschriften; einen fortlaufenden Ruhegeuß erhalten sie nur dann, wenn sie eine für die Ruhegeußbemessung anrechenbare Dienstzeit von mindestens 10 Jahren haben. [...]

(3) Ausnahmsweise können mit Zustimmung des Stellvertreters des Führers oder der von ihm bestimmten Stelle Beamte im Dienste belassen werden, die mit einer Jüdin (einem Juden) oder mit einem Mischling ersten Grades verheiratet sind.

(4) Weitere Ausnahmen kann der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers zulassen. [...]

§ 4. (1) Beamte, die nach ihrem bisherigen politischen Verhalten nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintreten, können in den Ruhestand versetzt werden; dies gilt vor allem für Beamte, die gegen die nationalsozialistische Bewegung und ihre Anhänger gehässig aufgetreten sind oder ihre dienstliche Stellung dazu mißbraucht haben, um völkisch gesinnte Volksgenossen zu verfolgen, zurückzusetzen oder sonst zu schädigen. Auf die Dauer von drei Monaten nach der Versetzung in den Ruhestand werden ihnen ihre bisherigen Dienstbezüge mit Ausschluß der Nebengebühren belassen. Nach Ablauf der drei Monate erhalten sie drei Viertel des Ruhegenusses (Abfertigung); § 3 Abs.

1 Satz 2 gilt auch hier. In schweren Fällen kann der Ruhegenuß (Abfertigung) bis auf die Hälfte herabgesetzt oder statt der Versetzung in den Ruhestand die Entlassung des Beamten verfügt werden. [...]

[§ 5] (4) In der Zeit vom 1. März 1933 bis zum 13. März 1938 vollzogene Ernennungen, bei denen die politische Einstellung des Beamten wesentlich mitgewirkt hat, können rückgängig oder erst von einem späteren Zeitpunkt an wirksam gemacht werden. [...]

§ 7. (1) Auf Angestellte und Arbeiter, bei denen eine der Voraussetzungen der §§ 3 bis 6 zutrifft, sind die für die Beamten geltenden Vorschriften sinngemäß nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen anzuwenden:

1. Die Dienstverhältnisse sind in den Fällen des § 4 fristlos durch Entlassung aufzulösen. In den Fällen der §§ 3 und 6 sind die Dienstverhältnisse zu kündigen, und zwar, sofern nach Gesetz oder Vertrag nicht eine frühere Kündigung möglich ist, in den Fällen des § 3 mit Monatsfrist zum Ende eines Kalendermonats und in den Fällen des § 6 mit einer Frist von sechs Wochen zum Ende eines Kalendervierteljahres. Mit dieser Frist ist auch das Dienstverhältnis des Dienstnehmers zu kündigen, der eine nach § 5 Abs. 1 [Versetzung] oder 4 ergangene Verfügung nicht befolgen will. Satz 1 und 2 gelten auch in Fällen, in denen die Kündigung bereits vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung ausgesprochen worden ist. [...]

4. Eine Abfertigung nach Nr. 2 oder ein Ruhegenuß (Rente) oder eine Abfindung nach Nr. 3 wird nicht gewährt, wenn der Dienstnehmer aus einem besonders schweren Grunde nach § 4 entlassen oder wenn sein Dienstverhältnis nach Nr. 1 Satz 3 gekündigt worden ist. [...]

§ 12. (1) Die Maßnahmen nach dieser Verordnung werden durch den Reichsstatthalter oder die von ihm mit Zustimmung des Reichsministers des Innern bestimmten Stellen und, soweit es sich um Bewilligungen nach § 10 handelt, mit Zustimmung des Reichsministers des Innern und des Reichsministers der Finanzen getroffen. Für Maßnahmen nach § 7 ist der Dienstherr zuständig; er hat hierbei Weisungen des Reichsstatthalters zu befolgen.

(2) Ob die Voraussetzungen für die Anwendbarkeit der § 4 und § 5 Abs. 4 vorliegen, ist an Hand der Personalakten und der Beantwortung der gestellten Fragen zu prüfen. In Zweifelsfällen ist ein Ermittlungsverfahren durchzuführen, in dem Zeugen und Sachverständige eidlich vernommen werden können und der Betroffene gehört werden soll; wenn der Betroffene gehört wird, so ist auch der vom Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich zu bestimmenden Parteidienststelle Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(3) Von mehreren nach dieser Verordnung zulässigen Maßnahmen ist jeweils die schärfere anzuwenden; die Tatsache der Abstammung allein rechtfertigt die Anwendung des § 4 nicht.

(4) Übermäßig hohe Bezüge, die der Berechnung von Abfertigungen oder

von Ruhegenüssen zugrunde zu legen sind, können auf eine angemessene Höhe vermindert werden. Als übermäßig hoch gelten Bezüge, die über die Sätze der für den Dienstnehmer geltenden Besoldungsvorschriften oder tariflichen Normalentlohnung oder, wenn es an solchen Regelungen fehlt, über eine angemessene Höhe hinausgehen.

(5) Die von den zuständigen Stellen getroffenen Verfügungen und Entscheidungen sind endgültig; der Bundesgerichtshof oder die ordentlichen Gerichte können nicht angerufen werden.

AUS: VERTRAULICHE RICHTLINIEN ZUR DURCHFÜHRUNG DER BEAMTENVERORDNUNG, o. D.

AVA, Bürckel-Akten, 1960
DÖW E 20.530

Die Berufsbeamtenverordnung hat den Zweck, die österreichische Beamtenschaft erstens judenrein zu machen, zweitens von politisch unzuverlässigen und gehässigen Gegnern zu säubern, drittens ungerechtfertigte Vorrückungen und Beförderungen rückgängig zu machen und viertens die notwendige Vereinfachung der Verwaltung zu ermöglichen.

Zur Durchführung der Berufsbeamtenverordnung werden Untersuchungsausschüsse eingesetzt.

II. Ausscheidung der Juden. [...]

Bei der Behandlung der Fälle nach § 3 der Berufsbeamtenverordnung ist vor dem Untersuchungsausschuß ein verkürztes Verfahren anzuwenden. Liegt eine zweifelsfreie Abstammungserklärung vor, daß der Beamte Jude oder jüdischer Mischling ist oder daß sein Ehegatte Jude oder jüdischer Mischling 1. Grades ist, dann erübrigt sich jede weitere Untersuchung des Falles, sofern nicht Anhaltspunkte für eine Verfügung nach § 4 der Verordnung gegeben sind. [...]

III. Entfernung der politisch unzuverlässigen Beamten. [...]

Nach § 4 sollen nur solche Beamte entfernt werden, die politisch untragbar sind. Es genügt daher nicht, daß von einem Beamten behauptet wird, er wäre politisch unverläßlich, sondern es ist streng darauf zu achten, daß hierfür tatsächlich Beweise erbracht werden. Anonyme Anzeigen und Beschuldigungen sind unbeachtet zu lassen. Anzeigen gegen Beamte dürfen nur dann beachtet werden, wenn der Anzeigende nicht als Nachfolger des zu Entfernenden in Betracht kommt. Grundsätzlich ist von dem Standpunkt auszugehen, den Beamten nur das anzulasten, was sie über die zwingenden Weisungen hinaus aus Liebedienerei oder Gehässigkeit getan haben.

**VERFAHREN AM BEISPIEL EINES ANGESTELLTEN DER STADTGE-
MEINDE ST. PÖLTEN.**

NÖLA, Bestand NS, I/1-1939, 1058, Konvolut, Bde. III, IV

Mandat der Landesgemeinschaft der Stadt St. Pölten-Amtleitung.

Bere. Akt./Ha.

St. Pölten, am 25. August 1938.

Lob Gottfried,
Angestellter der
Stadt St. Pölten,
Verfahren nach dem
Berufsbeamtenein-
ordnung.

An den

Untersuchungsausschuss aufgrund der Berufsbeamtenein-
ordnung beim Landeshauptmann von Niederösterreich
in Wien.

Lob Gottfried ist derzeit bei den Unternehmungen der
Stadtgemeinde St. Pölten als Vertragsbediensteter angestellt. Das
Dienstverhältnis mit ihm würde bisher nicht gekündigt. Lob Gott-
fried ist am 22. Oktober 1904 geboren, zuständig nach St. Pölten,
verheiratet, kinderlos. Er war aktiver Kämpfer des Wehrgesetz
chr. d. Turner und ist streng klerikal. Im Juli 1934 stand er mit
der Waffe in der Hand im Kampf gegen deutsche Volksgenossen. Lob
Gottfried wurde am 5. April 1934 bei den Unternehmungen der Stadt-
gemeinde St. Pölten angestellt.

Die vorstehende politische Beschreibung stammt von dem Be-
triebszellenobmannern, die sie nach bestem Wissen und Gewissen
durchgeführt haben.

Die Stadtgemeinde St. Pölten beauftragt, Herrn Lob Gott-
fried das Verfahren nach § 12 der Verordnung zur Neuordnung des
österreichischen Berufsbeamtentums und § 2, Abs(4) der Durchführungs-
anweisung einzuleiten, um auf Grund der §§ 4 und 7 der Verordnung
das Dienstverhältnis durch freiwillige Entlassung aufzulösen zu können.

Der Bürgermeister:

Herrmann Franz

PRÄSIDIUM

Landeshauptmannschaft Niederösterreich

30. AUG. 1938 eingelegt



Pr. 440-0/1 Beil.:
Stempel.

Formblatt 2

Fragebogen.

Name *Lob* *Lob*
Vornamen *Gottfried*
Wohnort und Wohnung *St. Pölten, Grotzen, A. Hackwast. 7*
Geburtsort, -tag, -monat und -jahr *Wien, 22. Oktober 1904*
Konfession (auch frühere Konfession) *röm. kath.*
Amtsbezeichnung *Büchhalter/beamter*

- 2. a) Haben Sie der Kommunistischen Partei oder kommunistischen Hilfs- oder Erfahrgeneration (einschl. der sogenannten „Roten Hilfe“ und „Schwarzen Front“ —) angehört, falls ja, von wann bis wann? In welcher Eigenschaft? *Nein*
- b) Haben Sie der Sozialdemokratischen Partei, dem Republikanischen Schutzbund oder sonstigen sozialdemokratischen oder republikanischen Hilfs-, Fach- und Nebenorganisationen angehört, falls ja, von wann bis wann? In welcher Eigenschaft? Waren Sie gewerkschaftlich organisiert? Wo, von wann bis wann? *Nein*
Mitgliedschaft der Gewerkschaften
- c) Welchen Vereinen und Verbänden des politischen Katholizismus haben Sie angehört? Falls ja, von wann bis wann, in welcher Eigenschaft? (insbesondere sind anzugeben der Werke Lurin, Friedensbund St. Katholiken, St. Lucas-Gilde, CB, AB, Unitas-Verband, Kath. Burschenbund, SR, österr. Sturmscharen, Heimwehr).
- d) Waren Sie Mitglied der Vaterländischen Front? Von wann bis wann? In welcher Eigenschaft?
- e) Welchen pazifistischen oder legitimistischen Verbänden und Vereinen haben Sie sonst bisher angehört? In welcher Eigenschaft?
- f) Welchen sonstigen politischen Vereinigungen sowie Logen, Orden u. ä. haben Sie sonst bisher angehört oder gehören Sie an, falls ja, von wann bis wann? In welcher Eigenschaft?

Nein
Nein
Heimatschutz 1936-1938
Bündl. deutscher Fr. Ldb 1919
Ja, Lit. 1. Mai 1933 - 13.3.1938
Kein
Reichsbund St. Österreich 1934/35
angeworben, wegen jüdischer Herkunft (Nichtmitgliedgewinnung)
Nein

3. Sind oder waren Sie Mitglied der NSDAP, der SA, der SS, SD, NSKK, NSK, oder sonstiger Gliederungen der nationalsozialistischen Bewegung? (durch Vorlegung geeigneter Bescheinigungen glaubhaft zu machen)

Nein

4. a) Stammen Sie von nichtarischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern ab?

Nein

Nähere Angaben über die Abstammung:

Eltern:
Name des Vaters
Vornamen
Stand und Beruf
Geburtsort, -tag, -monat und -jahr
Sterbeort, -tag, -monat und -jahr
Konfession (auch frühere Konfession)
verheiratet { in
am

Mr. Lob Josef
Josef
Kofrat u. T. Haalsamall & P
Bozen, 17. 7. 1868
römisch kath.
Nein
am 11. 8. 1890

Zur Beachtung! Die Verneinung einer Frage ist durch „Nein“, nicht durch einen Strich ausgedrückt.

Verzeichnis der Verbände und Vereine.

Freimaurerlogen:

Symbolische Großloge von Deutschland nebst Tochterlogen.
Freimaurerband zur aufgehenden Sonne, Hamburg, nebst Tochterlogen.
Großloge zur Sonne in Barchuz nebst Tochterlogen.
Große Freimaurerloge zur Eintracht in Darmstadt nebst Tochterlogen.
Große Mutterloge des Eklektischen Freimaurerbundes nebst Tochterlogen.
Großloge von Hamburg nebst Tochterlogen.
Deutsch-Christlicher Orden Sachsen, Dresden, nebst Tochterlogen.
Deutsch-Christlicher Orden Deutscher Dom, Leipzig, nebst Tochterlogen.
Große National-Mutterloge zu den drei Weltkugeln, Berlin, nebst Tochterlogen.
Große Landesloge der Freimaurer von Deutschland, Berlin, nebst Tochterlogen.
Großloge von Preußen, genannt zur Freundschaft, nebst Tochterlogen.
Großloge von Wien in Wien mit 21 Tochterlogen.
Oberster Rat von Österreich in Wien mit seinen Unterorganisationen.

Freimaurerlogenähnliche Organisationen:

Oibyellow-Orden.
Druden-Orden.
Rechtsritter-Orden.
Großloge „Le droit humain“ (CO-Freimaurerei), Harmonie, Vertrauen.
Internationale Arbeiter-Freimaurerloge.
Arbeiter-Freimaurerband.
„Die Pioniere am offenen Tempel“, Winkelloge in Leipzig.
Loge der Schaffenden „Colonia“, z. B.
„Orden der Ritter vom heiligen Grat“, Berlin, Frankfurt a. M.
Anthroposophische Gesellschaft.
Theosophische Gesellschaften.
Madhavan-Bewegung.
Schar (Ermächtigte Bruderloge der alten Riten), Orden vom heiligen Grad im Orient von Patmos-Organisation Bo Yin Ra's.
Orientalischer Tempel-Orden (O. I. D.).
Fraternitas Saturni (einschl. Goethe'sche Studienstiftung).
Klammern-Orden (gegründet 1898).
Orion-Bund (Masonen-Sekte Dr. Kaschlam-Sittler).
Kolonkreuzer-Gesellschaft in Deutschland.
Gralsorden (Wdruschin-Sekte).
Großloge „Wahrer Weg“, Hannover, und „Weg zum Licht“, Magdeburg, spiritistische Logen.
Summum Supremum Sanktuarium des alten Schottl. Ritus der Freimaurer von Deutschland.
Ewedenburg Ritus der Freimaurerei.
Orientalischer Tempelorden.
Hermetischer Orden der goldenen Dämmerung.
Mitraim Ritus 90.
Orientalischer Memphis Ritus 97.
Alter und angenommener Ritus von Heredom.
Hermetische Bruderschaft des Lichts.
Fraternitas Rosae Crucis.
Neue Weisheitliche Kirche.
Neuer Illuminat.
Allgemeine Panopthische Schule.
Panopthische Societät.
Verein Deutscher Freimaurer in Leipzig.
Freimaurerliche Vereinigung „Kat und Tai“ in Frankfurt a. M.
Freimaurerliche Jugendvereinigung „Gesellschaft der GeorgsKnappen“ in Dresden.
Schlaraffen.
Kommunistische Partei
oder kommunistische Hilfs- bzw. Hilfsorganisationen (einschl. „Rote Hilfe“ und „Schwarze Front“).
Sozialdemokratische Partei:
Republikanischer Schutzbund oder sonstige sozialdemokratische oder republikanische Hilfs-, Fach- und Nebenorganisationen.

Ich erkläre an Eidesstatt, sämtliche Angaben nach bestem Wissen gemacht und wesentlich nichts verschwiegen zu haben. Ich nehme zur Kenntnis, daß ich bei falschen Angaben wider besseres Wissen oder bei Unberücksichtigung der erforderlichen Sorgfalt, abgesehen von strafrechtlichen und dienstrechtlichen Folgen, nach den Bestimmungen des Berufsbeamten-Neuordnung auch dann bestraft werden kann, wenn die Frist des § 15 bereits verstrichen ist.

Wien, 12. September 1938

Lothar Gröppner
(Unterschrift)

Vereine und Verbände des politischen Katholizismus:

Der Weiße Turm.
Der Friedensbund österreichischer Katholiken.
Die St. Lucas-Gilde.
C. S. Carleus-Verband der katholischen Studentenverbindungen.
K. V. Carleus-Verband der katholisch-deutschen Studentenvereine.
Unitas-Verband.
Katholische Burschenschaften.
Vereinigung katholischer Exulanten.
Freiheitsbund.
Österreichische Studentenvereine.
G. K.
Heimwehr.
Vaterländische Front.

Magistrische Organisationen:

Friedensbund österreichischer Katholiken.
Arbeitsgemeinschaft österreichischer Friedensvereine.
Epiranto-Papstfiken.
Internationales Friedensbüro.
Interparlamentarische Union.
Liga für Menschenrechte.
Österreichische Wälderbundliga.
Wälderbundliga.
Bund österreichischer Frauenvereine (National Council of Women).
Roneuropa-Union.
Österreichische Friedensgesellschaft.
Pen-Klub.
Internationale Freundschaftszentrale.
Gesellschaft für Friedenserbauung.
Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit.
Verband für Frauenbündnisse der Kirchen.
Weltfrauenbewegung (World Union of Women).
Bund der Kriegsdienstgegnen.

Legitimistische Verbände und Vereine:

Eisener Ring.
Arbeitsgemeinschaft österreichischer Vereine.
Adamsbacher Bund katholischer österreichischer Landmannschaften.
Schwarzgoldenes Karlell.
Altherrenbund Roetho-Leontina.
Vaterländische Wehrschaft „Ökmar“.
Niederleitenrunde.
Vereinigung ehemaliger Oberleutnanten.
Militärschaft Wiener Frauen und Mädchen.
Union bürgerlicher Kaufleute.
Hilfs-Kaiserjägerklub.
Kameradschaftsverband ehemaliger 7er (Franz Ferdinand-Helden).
Verband ehemaliger Berufsunteroffiziere Österreichs.
Vaterländischer Ring österreichischer Soldaten.
Österreichische legitimistische Arbeitsgemeinschaft.
Reichsbund der Österreicher.
Österreichische Front.
Schwarzgelbe Volkspartei.
Österreichisches Donauarbeitskorps.
Österreichische Jugendbewegung „Dionos“.
Jungsturm „Ökmar“.
Jung-Österreich-Bund.
Vaterländischer Jugendverband Österreichs.
Österreichischer Jungsturm, Mädchengruppe.
Österreichischer Jungsturm.
Bund der deutschen katholischen Jugend.
Christlicher Frauenbund Österreichs.
Verband legitimistischer Studenten.
Kaiserliche Volksbewegung.
Legitimistischer Volksbund Österreichs.
Legitimistische Arbeitsgemeinschaft Österreichs.
Verband Altherrenreich.
Kaiserlicher Volksverband (Wolff-Verband).



Der Reichsstatthalter
Der Staatskommissar

Beifrage

Niederschrift

aufgenommen in der Sitzung vom 22. November 1938.

über: Lothar Gröppner, Akt. der Stadtgde. St. Pölten;

Anwesend:

Vorsitzender: Pg. Dr. Leopold Gawanda, Bezirkshauptmann von Krems/Donau

Vertreter der NSDAP.: Pg. Anton Kirchner

Vertreter der zuständigen Dienststelle: Pg. Josef Eischer

Berichterstatter: Pg. Heinz Stockmayer

Schriftführer: Pg. Irma Traut Grasser

Der Berichterstatter trägt vor wie in den vorliegenden Akten — Feststellung des Tatbestandes:
(Angabe der Wehrungsmittel)

Bericht der Kreisleitung St. Pölten: Aktiver Kämpfer des Wehrzuges der christlich-deutschen Turner, streng klerikal. Im Juli 1934 mit der Waffe in der Hand gegen Nationalsozialisten teilgenommen.

Bericht des Magistrat St. Pölten: Im Juli 1934 Dienst mit der Waffe in der Hand gegen deutsche Volksgenossen. Streng klerikal eingestellt. Aktiver Kämpfer.

ERIKA THURNER

"EIN KIND IN BIRKENAU"

Einführende Worte anlässlich der Eröffnung der Sonderausstellung über Sinti und Roma mit Gemälden von Karl Stojka im DÖW, 3. Dezember 1990

Sehr geehrte Damen und Herren!
Sehr geehrte Frau Minister!

Wir haben uns heute hier versammelt, um der nationalsozialistischen Verbrechen an den Sinti und Roma zu gedenken. Dies wollen wir mit der Präsentation einer Doppelausstellung tun. Im Ausstellungsteil "Sinti und Roma. Verfolgt, ermordet, vergessen" finden Sie auf 13 Tafeln die nationalsozialistische Verfolgung und Ermordung der österreichischen Zigeuner dokumentiert. Ein Hauptanliegen dabei war, die Ausgrenzungs- und Ausrottungsmaßnahmen nicht ausschließlich als nazi-deutschen Import zu skizzieren, sondern den österreichischen Anteil, die österreichische Eigenleistung und Mitarbeit sichtbar zu machen. Deshalb nehmen auch unsere Verfolgungsstätten - Salzburg-Maxglan, Weyer/Oberösterreich und Lackenbach - viel Raum ein. Ebenso wichtig ist es, die "Zigeunerverfolgung" in ihrer Kontinuität, in ihrer jahrhundertelangen Tradition zu sehen. Diskriminierung und Verfolgung beginnen in Österreich nicht mit 1938 und enden auch nicht mit 1945. Die Durchsetzung der Verfolgungsmaßnahmen "von oben" wurde möglich, weil das NS-Regime an tief verwurzelte Vorurteile in der Bevölkerung anknüpfen konnte.

Den zweiten und größeren Teil der Ausstellungsfläche füllen die Bilder von Karl Stojka. Die künstlerischen Dokumente des Auschwitz-Überlebenden ergänzen und erweitern die historische Aussage. Ich werde den Künstler noch genauer vorstellen und am Beispiel seiner Familie den Verfolgungsablauf aufzeigen.

Zunächst möchte ich all jenen danken, die zum Zustandekommen der Veranstaltung beigetragen haben, besonders dem Unterrichtsministerium und dem Dokumentationsarchiv. Ohne die Beharrlichkeit von Frau Ministerialrätin Mag. Elisabeth Morawek gäbe es keine zeitgeschichtlichen Tafeln, ohne den Einsatz und das Geschick von Herrn Dr. Heinz Arnberger wäre es vermutlich nicht möglich geworden, zwei so unterschiedliche Ausstellungen zu einer Einheit zu verschmelzen!

Vertreibung, Außerlandschaffung, Sterilisierung und biologische Ausrottung der Zigeuner - das waren Vorstellungen und Pläne, die schon lange vor der NS-Ära kursierten. Ab Anfang der dreißiger Jahre wurde in Österreich ein Gesetz gegen die Zigeuner vorbereitet, 1936 eine "Internationale Zen-

tralstelle zur Bekämpfung der Zigeunerplage" in Wien eröffnet. Damals lebten in Österreich etwa 3.000 reisende Sinti, Lovara und Kalderash und 8.000 Burgenland-Roma.

Erst der "Anschluß" ermöglichte die brutale Verwirklichung dieser Pläne. Wo zuvor noch gesetzliche Möglichkeiten fehlten oder aber auch Gesetze die Verfolgung behinderten, wo mitunter Skrupel oder humanitäre Gründe Barrieren bildeten und Gewalt und Grausamkeiten beschränkten, da eröffnete der Nationalsozialismus neue ungeahnte Möglichkeiten. Verfolgungs- und Vernichtungsphantasien konnten in die grausige Tat umgesetzt werden.

Als "Asoziale", "Gemeinschaftsunfähige" oder als "Träger artfremden Blutes" wurden Sinti und Roma an einem Ort "festgesetzt", in Zwangsarbeitslager gesteckt, in Konzentrations- und Vernichtungslager verschleppt und dort ermordet - für medizinische Experimente mißbraucht, mißhandelt, verstümmelt.

Sinti und Roma wurden ebenso grausam verfolgt wie die Juden. Schritt für Schritt wurden die Maßnahmen radikaler. Am Ende stand die "Endlösung" in Auschwitz.

Die ersten Etappen der Verfolgung vollzogen sich auch auf österreichischem Boden in KZ-ähnlichen Zwangsarbeitslagern. Die Eröffnung des größten Lagers erfolgte am 23. November 1940 in der mittelburgenländischen Gemeinde Lackenbach. Die 50. Wiederkehr dieses Gründungsdatums bildet den Anlaß zu unserer heutigen Veranstaltung. Denn Lackenbach, das Burgenland und die nationalsozialistische Zigeunerverfolgung gehören aufs engste zusammen. Nicht nur weil in Lackenbach das größte Lager mit der höchsten Todesrate war. Noch wesentlicher ist die Tatsache, daß durch den hohen Roma-Bevölkerungsanteil im Burgenland und durch das besonders aggressive Vorgehen von einheimischen Nationalsozialisten die zentrale Verfolgungspolitik angetrieben und radikalisiert wurde. So hat sich beispielsweise Tobias Portschy, illegaler Nationalsozialist und dann stellvertretender Gauleiter der Steiermark, als Scharfmacher und Impulsgeber sogar im "Altreich" einen Namen gemacht.

Im Lackenbacher Lager herrschten Terror und Typhus. Für den Großteil der über 4.000 Sinti und Roma, die nach Lackenbach eingewiesen wurden, war das Lager ohnehin nur Durchgangsstation vor ihrem Weitertransport in die Vernichtungslager im Osten.

Zum Zeitpunkt der Eröffnung war in Lackenbach jenes System angedeutet, das auch die anderen Greuelstätten kennzeichnete: die gegenseitige Ergänzung von Arbeit und beschleunigtem Tod. Erst gegen Kriegsende kam es zur Verbesserung der Verhältnisse in Lackenbach. Der Grund: Die Häftlinge waren für die regionale Wirtschaft unentbehrlich geworden. Diese wirtschaftliche Zwangslage hat einige Sinti und Roma sogar vor den Todestransporten verschont, die ab Frühjahr 1943 - nach Herausgabe von

Himmlers "Auschwitz-Erlass" - nach Birkenau rollten: aus Deutschland, Österreich, aber auch aus allen anderen besetzten oder vergewaltigten europäischen Ländern. Insgesamt mehr als 20.000 Menschen. 2.760 davon kamen aus Österreich.

Am 31. März 1943 trifft der erste dieser Zigeuner-Großtransporte aus Österreich in Auschwitz ein. Unter den Häftlingen ist auch Karl Stojkas Mutter mit fünf ihrer sechs Kinder. Der Jüngste, Ossi, ist damals 7, die Älteste, Mitzi, 16, Hansi 14, Ceija 10 und Karl ist knapp 12 Jahre alt. Zu diesem Zeitpunkt hat die Familie schon Jahre der Verfolgung hinter sich. Vor dem Krieg lebten die Stojkas vom Pferdehandel. Mit Pferd und Wagen wurden die Bundesländer Niederösterreich, Burgenland und die Steiermark bereist. Als mit Himmlers Festsetzungserlass vom Oktober 1939 den Zigeunern das Reisen verboten, jeder Ortswechsel strengstens untersagt wurde, baute der Vater den Wohnwagen in eine Holzhütte um. Vom neuen Standort aus, der Paletzgasse im 16. Wiener Bezirk, gingen der Vater und die älteren Schwestern in die Fabrik arbeiten.

Doch auch dieser Versuch der "sozialen Anpassung", mit fester Wohnung und geregelter Arbeit, ermöglicht es der Lovara-Familie nicht, der nationalsozialistischen Zigeunerjagd zu entkommen. Mit Unterstützung von Freunden und Nachbarn gelingt es aber, die Verhaftung hinauszuzögern, zumal die Stojkas in Wien noch nicht als "Zigeuner" registriert waren.

Als erster ist dann der Vater an der Reihe. Zur Jahreswende 1941/42 wird er von der Gestapo abgeholt. Noch 1942 langt seine Todesmeldung aus dem KZ Dachau ein. Die zweitälteste Tochter Kathi wird zur Zwangsarbeit nach Lackenbach verschleppt.

Für die restliche Familie ist es im März 1943 mit der ohnehin stark eingeschränkten Freiheit zu Ende. Karl, der zu diesem Zeitpunkt noch die Schule besuchen konnte, wird dort verhaftet. SS- oder Gestapo-Männer holen ihn direkt aus der Klasse zur Sammelstelle im Polizeigefängnis Roßauer Lände. Von dort geht's im streng bewachten Transport ins Zigeunerfamilienlager Auschwitz-Birkenau. Die Bezeichnung "Familienlager" war in diesem Fall kein propagandistischer Trick der Nazis. Die Familien konnten tatsächlich, sofern sie nicht ohnehin schon längst auseinandergerissen waren, zunächst zusammenbleiben - und dort gemeinsam zugrundegehen. Denn in diesen 30 Baracken des Abschnittes B IIe herrschten Bedingungen, die selbst für "abgehärtete Auschwitzer" jenseits aller Vorstellungen lagen. So berichtete Hermann Langbein, politischer Häftling und Lagerschreiber in Auschwitz, noch Jahre später erschüttert vom Dahinvegetieren und Sterben im Krankenbau des Zigeunerlagers. Der totale Überbelag und die mangelhaften hygienischen Einrichtungen trugen dazu bei, daß dort der Häftlingsstand noch rascher als anderswo reduziert wurde.

Überlebenschancen bestanden nur für leistungsfähige Arbeitskräfte. Das haben die Stojka-Kinder rasch begriffen. Karl versucht sich in der Rolle des zu klein gewachsenen Siebzehnjährigen nützlich zu machen. Es gelingt ihm. Dies bedeutete aber auch, daß er alle Belastungen und Zumutungen eines Erwachsenen zu tragen hat. Einmal wird er von der SS halbtot geprügelt. Mutter und Schwestern bringen ihn wieder auf die Beine. Trotz der grauenvollen Zustände wird durch den Familienzusammenhalt einiges möglich. Beim kleinen Bruder sind die Anstrengungen vergeblich. Er erliegt wie 11.000 andere Häftlinge des Familienlagers dem Seuchen- und Hungertod.

Anfang August 1944 wird das Zigeunerlager geräumt. Die Baracken werden für die nächsten Opfer, ungarische Juden, gebraucht. Es erfolgt eine letzte Selektion nach Arbeitsfähigen, denn Arbeitskräfte werden angesichts des Kriegsverlaufs und der totalen Rüstungsanstrengungen immer unentbehrlicher - auch Sinti und Roma. In der Nacht vom 2. zum 3. August werden die letzten Insassen des Lagers vergast - 2.897 Alte, Kranke, Kinder.

Alle Stojkas haben zuvor die Selektion zu den Arbeitskommandos bestanden. Die weiteren Stationen auf der unfreiwilligen "Reise" sind für die Frauen die Konzentrationslager Ravensbrück und Bergen-Belsen. Karl und sein Bruder Hans kommen nach ihrem Einsatz im Stammlager Auschwitz in die Konzentrationslager Buchenwald und Flossenbürg.

Nach der Befreiung findet die Familie in Wien zusammen - Mutter, drei Töchter und zwei Söhne. In wenigen Sinti- und Roma-Familien war die Überlebensrate so hoch wie bei den Stojkas - bei den meisten hat maximal ein Zehntel überlebt.

Bis heute haben wir keine genaue Opferbilanz. Fest steht, daß mehr als die Hälfte der österreichischen und etwa eine halbe Million europäischer Sinti und Roma den Nationalsozialismus nicht überlebt haben.

In der Freiheit begannen dann die Probleme, mit denen alle KZ-Häftlinge und Verfolgten zu kämpfen hatten. Der österreichische Staat versuchte sich in der Rolle als Hitler-Opfer der Verantwortung für die Verbrechen weitgehend zu entziehen. Zögernd, kleinlich und mit wenig Sensibilität wurde mit der materiellen Entschädigung begonnen. Die Sinti und Roma blieben bis in die heutigen Tage herauf benachteiligt. Für sie ging nach Öffnung der Lagertore die Diskriminierung ungebrochen weiter. Mehr als beschämend waren die Versuche, ihre Verfolgung im nachhinein zu rechtfertigen. Und gleichzeitig wurde österreichweit vor den Zigeunern gewarnt. Sie könnten sich als KZler ausgeben, um sich Vorteile zu erschwindeln. Ein entsprechendes Schanddokument des Innenministeriums aus dem Jahre 1948 ist auf Tafel 13 zu sehen (siehe nächste Seite). Dagegen blieben ihre Verfolger nahezu unbehelligt.

Die Berichte und Zeugenaussagen von Sinti und Roma wurden stark angezweifelt, ihre Leiden ignoriert, gesundheitliche Schäden bagatellisiert.



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
GENERALDIREKTION
FÜR DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

84.426-4/48

Betr.: Zigeunerunwesen.

An alle
Sicherheitsdirektionen und
alle
Bundespolizeibehörden.

Dem ho. Amte ist zur Kenntnis gelangt, dass das Zigeunerunwesen in einigen Gegenden des Bundesgebietes wieder im Zunehmen begriffen ist und sich bereits unangenehm bemerkbar macht. Um auf die Bevölkerung Eindruck zu machen, sollen sich Zigeuner oftmals als KZ-ler ausgeben.

Soweit die Voraussetzungen nach der Ausländerpolizeiverordnung gegeben erscheinen und die Möglichkeit einer Ausserlandschaffung besteht, wäre gegen lästige Zigeuner mit der Erlassung eines Aufenthaltsverbotes vorzugehen und ihre Ausserlandschaffung durchzuführen.

Im Übrigen ist nachdrücklich zu versuchen, die Zigeuner im Wege des Arbeitsamtes zu einer Arbeit zu vermitteln.

Da die erfolg-reiche Durchführung dieser Massnahmen naturgemäss auf Schwierigkeiten stösst, wäre den Zigeunern und ihren Reisebewegungen ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden. Die Abwanderung einzelner Personen oder einer grösseren Anzahl aus einer Gegend in eine andere ist wahrzunehmen und die Behörde, in deren Amtsberreich sie vermutlich zuziehen, hiervon zu verständigen.

Über die im Gegenstande gemachten Wahrnehmungen, sowie über die Anzahl der im do. Amtsbereiche befindlichen Zigeuner wolle fallweise anher berichtet werden.

20. September 1948

Für den Bundesminister:
K r e c h l e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Thurner

Und nach den seelischen Schäden hat ohnehin keiner gefragt. Das gilt für alle Verfolgtengruppen. Ob die Überlebenden Nacht für Nacht die Todesängste von Auschwitz oder anderswo nochmals durchmachen mußten, welche Belastungen Partner und Kinder zu tragen hatten, das sind Fragen, über die man sich in Österreich keine Gedanken gemacht hat. Erst in den letzten Jahren wird im kleinen Kreis über diese Probleme nachgedacht.

Auch Karl Stojka war gesundheitlich schwer geschädigt. Es bedurfte dreier Operationen und viel eigener Energie, um seine früh gegründete Familie durchzubringen. In späteren Jahren schaffte er den Aufstieg zum angesehenen Geschäftsmann. Bis vor ein paar Jahren hat er es aber nicht gewagt, sich offen als Roma zu bekennen. Wie bei vielen anderen Sinti und Roma wurden Sprache und Traditionen im verborgenen gehalten, sind die Zigeuner in Österreich doch noch immer nicht als ethnische Minderheit anerkannt.

Eine Ausbildung konnte Karl Stojka nie absolvieren. Als Autodidakt erlernt er die Malerei. In den letzten 10, 15 Jahren nimmt dieses Hobby immer mehr Raum in seinem Leben ein - und auf Drängen von Freunden und Verwandten beginnt er schließlich mit jenen Bildern, die heute in der Ausstellung "Ein Kind in Birkenau" zu sehen sind. In großformatigen Bildern, in Ölmischtechnik, in Erd- und Naturfarben malt er die verdrängten, aber unvergessenen Eindrücke seiner Kindheit. Einer Kindheit und Jugend, die jäh mit der Verschleppung nach Auschwitz endete. Er zeichnet das Morden in Auschwitz und in anderen Greuelstätten, den nationalsozialistischen Terror, personifiziert in den KZ-Schergen. Zum Teil malt er aus dem Gedächtnis, teilweise verwendet er Vorlagen. Aber auch diese bereits bekannten Motive gehören zur kollektiven Erinnerung der Verfolgten. Nicht freiwillig, sondern von anderen dazu gedrängt, hat er sich auf diese ständige schmerzhaft Wiedererinnerung eingelassen. Nun fühlt er sich verpflichtet als Zigeuner, Zeitzeuge und Maler, sein Wissen und sein Erleben als Botschaft weiterzutragen.

In seiner Botschaft will er nicht nur an den viel zu wenig bekannten Holocaust an den Sinti und Roma erinnern, sondern an alle Grausamkeiten und Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft. Er will mit seinen aussagekräftigen Bildern die Erinnerung daran wachhalten, um zu verhindern, daß es jemals wieder eine Zeit gibt, in der Menschen, "nur weil sie anders sind", leiden und sterben müssen.

Karl Stojka hat mich gebeten, abschließend folgenden Gedanken von ihm vorzutragen:

"Ich bin auf dieser Welt nur auf einer kurzen Erdenreise. Ich habe nichts mitgebracht und werde nichts mitnehmen. Gott hat mich zu einem Zigeuner auf dieser Welt gemacht, und ich danke Gott dafür und werde ewig stolz sein, ein Zigeuner zu sein."

HANS LANDAUER

DIE ÖSTERREICHISCHEN SPANIENKÄMPFER - DIE GENESIS EINER ARCHIVSAMMLUNG

Vor dem 50. Jahrestag des Armeeputsches in Spanien (1986) beschloß das DÖW, eine Publikation über den Spanischen Bürgerkrieg und die Rolle der Österreicher auf Seite der Republikaner herauszugeben.¹ Es war selbstverständlich, für diese Dokumentation das im DÖW bereits vorhandene Quellenmaterial zu verwenden. Hierbei stellte sich heraus, daß dieses Material - Interviews mit ehemaligen Spanienkämpfern, Dokumente derselben, Bilder etc. - keineswegs für eine umfassende, dem Anlaß gerecht werdende Publikation reichte. Es galt also, Quellen im In- und Ausland zu erschließen.

Als Grundlage für das der Dokumentation angeschlossene Namensregister, welches das Rückgrat des Werkes darstellen sollte, wurde das vom Spanienkämpfer Josef Gradl angelegte Namensverzeichnis verwendet. Da dieses einer streng wissenschaftlichen Prüfung nicht standhielt, mußte es in größerem Umfang überarbeitet werden. Die Gradl-Liste umfaßte am 20. Oktober 1974 1.715 und am 28. Mai 1981 bereits 1.824 Namen von Österreichern, von denen Gradl annahm, daß sie auf Seite der Spanischen Republik gestanden hatten. Die Durchforstung der Liste allein wäre eine Aufgabe für Jahre gewesen. Sie konnte also in der für die Erstellung zur Verfügung stehenden kurzen Zeit nur Teilerfolge bringen.

Eine wichtige ausländische Quelle zur Erforschung österreichischer Spanienkämpfer stellt das der Gedenkstätte Dachau angeschlossene Archiv dar. Aus den dort im Zuge der Abwicklung der Entschädigungsverfahren von der Bayerischen Staatskanzlei angelegten Häftlingslisten konnten die in diesem Konzentrationslager eingewiesenen österreichischen Spanienkämpfer festgestellt werden. Aufgrund des Erlasses des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 25. September 1940 betreffend Behandlung reichsdeutscher und ausländischer ehemaliger "Rotspanienkämpfer" waren diese unter Einweisungsgrund "RSp" ("Rotspanienkämpfer") für die Dauer des Krieges in Schutzhaft genommen worden. Seite für Seite wurden diese 206.206 Häftlinge umfassenden Listen nach "RSp" abgesucht.

Bei der Aufklärung von Todesort und Todeszeit österreichischer Spanienkämpfer waren das "Buch für Todeserklärungen beim Standesamt Wien-Innere Stadt", die Abteilung 48 T des Landesgerichts für Zivilrechts-

1 Für Spaniens Freiheit. Österreicher an der Seite der Spanischen Republik 1936-1939. Eine Dokumentation, Hrsg. DÖW, Wien 1986.

sachen Wien sowie die diversen analogen Abteilungen bei den verschiedenen Gerichten für Zivilrechtssachen in Österreich wichtige Stationen, die über Todesort und Todeszeit von 44 österreichischen Spanienkämpfern Auskunft gaben. Als eine weitere wertvolle Quelle erwies sich das Wiener Stadt- und Landesarchiv, in dem sich die abgelegten Meldeunterlagen des Zentralmeldeamtes der Bundespolizeidirektion Wien befinden. Hier wurden schon bei Vorliegen geringer Anhaltspunkte - eines halbwegs richtigen Namens und ungefähren Geburtsjahrgangs - Erfolge bei der Ausforschung und Dokumentierung von Spanienkämpfern erzielt und Fakten wie Abmeldedaten aus Österreich zwischen 1934 und 1938, Einlieferung in ein Polizei- oder Gerichtsgefängnis, in ein Anhalte- oder Konzentrationslager eruiert. Dabei bewährte sich die Eigenheit des österreichischen Meldesystems der "phonetischen" Einordnung der Namen (z.B. Kortschak, Korcak, Korczak). Die Erfolgsaussichten waren umso größer, je ausgefallener der Name war. Eine Suche nach Personen wie Müller, Maier, Bauer und Berger mußte hier, wenn keine Geburts- oder Meldedaten vorlagen, scheitern.

Bei der Bearbeitung des Kapitels "Österreicher im Sanitätsdienst der Spanischen Volksarmee" half das Archiv der Promotionskanzlei der Universität Wien, den Hintergrund einer nicht unwesentlichen Anzahl von in Spanien tätig gewesenem Ärzten bzw. "Practicantes de Guerra" (Feldschere) aufzuhellen. In einer Mitte 1937 erstellten Statistik des Personals des Internationalen Sanitätsdienstes rangieren die sechzehn österreichischen Medizinerinnen und Mediziner als fünftstärkste Gruppe hinter Polen, den USA, Deutschland und Jugoslawien.² Auch die Auswertung der im DÖW aufliegenden Kopien von Opferfürsorgeakten verwandelte manche dürftige Karteikarteneintragung in einen richtigen Lebenslauf.

Die ohne Zweifel wichtigste und ergiebigste Quelle in Österreich war jedoch das Archiv der Republik (AdR) mit den Beständen des Bundeskanzleramtes/Inneres - Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, jenen der Sektionen NPA (Neues Politisches Archiv) und 15 Rs (Reisepässe). Letztere registrierte alle bei österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gestellten Paßanträge, und somit findet man hier auch jene Österreicher, die aus welchen Gründen auch immer - das von der Spanischen Republik kontrollierte Gebiet verlassen wollten. Nicht zuletzt muß noch auf die sogenannte ZEST-Kartei (Zentrale Evidenzstelle) im Archiv der Republik verwiesen werden.

Einen wichtigen Bestand stellten die umfangreichen AdR-Unterlagen über die Februarereignisse 1934 und die nach den Kämpfen über die CSR in die Sowjetunion emigrierten Schutzbündler dar, kamen doch 163 von

2 DÖW 19.724.

diesen in den Jahren 1936 und 1937 von dort nach Spanien. Andere Österreicher wieder, welche die Sowjetunion 1936 und 1937 in Richtung Heimat verließen, berichteten den damaligen Behörden bereits über den Einsatz von Schutzbündlern in Spanien. Alle Erhebungsergebnisse wurden nach dem "Anschluß" 1938 von der Gestapo ausgewertet und fanden Eingang in eine sogenannte Blaue Kartei. Die Auswertung dieser Kartei, welche sich im Archiv der KPÖ befindet, lieferte einiges Material für die Sammlung im DÖW. Fest steht, daß es sich hierbei nicht um die Original-Kartei handelt, sondern um eine nach 1957 angelegte, 360 Seiten starke Abschrift. Es ist dokumentarisch belegt, daß unmittelbar nach dem "Anschluß" eine Kriminalbeamtengruppe der Gestapo damit beschäftigt war, Akten, die sich in irgendeiner Weise mit dem Spanischen Bürgerkrieg befaßten, aus den verschiedenen Dienststellen auszuheben, um sie dem für dieses Sachgebiet zuständigen Gestapo-Referat zuzuführen. Man findet daher heute im Archiv der Republik an Stelle dieser Akten Einlageblätter "durch die Gestapo ausgehoben". Daß es sich hierbei um Akten handelt, die sich auf den Spanischen Bürgerkrieg beziehen, geht aus der ZEST-Kartei hervor. Angemerkt muß aber auch werden, daß die Blaue Kartei auf keinen Fall Anspruch auf Genauigkeit erheben kann.

Aufschlußreiche Hinweise auf österreichische Freiwillige ergab die Auswertung der reichhaltigen Publikationen, speziell jener, die sich mit den ersten Tagen und Wochen des Bürgerkrieges befaßten.³

Über in Spanien gefallene Österreicher berichteten auch diverse Frontzeitungen; deren Meldungen fanden manchmal ihre Bestätigung in den schon erwähnten österreichischen Gerichten für Zivilrechtssachen (Todeserklärungen). Statistisches Material wurde weiters im Archiv des ehemaligen Völkerbundes in Genf geortet, der Einblick in die dort archivierten Namenslisten jedoch ebensowenig gewährt wie in die französischen Departement-Archive von Perpignan, Pau und Foix, in denen sich die Bestände aus den Internierungslagern Saint Cyprien, Argelès, Gurs, Le Vernet und Mont Louis befinden.

Bei der Feststellung der genauen Zahl von österreichischen Freiwilligen in Francos Gefängnissen halfen das Buch des Hilfskomitees für Gefangene des Spanischen Bürgerkrieges aus dem Schweizerischen Sozialarchiv, eine Liste des Politischen Archivs des Außenamtes in Bonn und eine Liste von 653 Franco-Gefangenen, welche sich am 10. September 1938 im Lager von San Pedro de Cardena befanden.⁴ Das bereits erwähnte Archiv des Außen-

3 Olao Conforti, Guadalajara, Barcelona 1977; Heiner Siess, "daß Friede und Glück Europas vom Sieg der spanischen Republik abhängt", Zürich 1986.

4 DÖW 19.721.

amtes in Bonn lieferte auch Hinweise über diejenigen österreichischen Freiwilligen, die unter dem Eindruck der demoralisierenden Bedingungen der Niederlage im Frühjahr 1939 bei verschiedenen deutschen Vertretungsbehörden in Südfrankreich einen Antrag auf "Rückführung" nach Deutschland stellten. Die Behandlung aller Flüchtlinge, sowohl der Spanier als auch der ehemaligen Angehörigen der Internationalen Brigaden, durch die französischen Behörden war derart skandalös, menschenunwürdig und völkerrechtswidrig, daß diese Leute keinen anderen Ausweg sahen. Fast alle "ersten freiwilligen Heimfahrer" wurden auch freigelassen und erlitten seitens des Dritten Reiches keine politische Verfolgung. Einer dieser österreichischen Heimkehrer wurde 1944 zur Waffen-SS eingezogen.

Eine weitere Primärquelle stellten die im DÖW aufliegenden Tagesberichte der Gestapo Wien dar. In ihnen scheinen einerseits die in Frankreich beim Vormarsch der deutschen Truppen im Mai und Juni 1940 von der hinter der Front agierenden Sicherheitspolizei festgenommenen österreichischen Spanienkämpfer auf, die entlang der französisch-deutschen Grenze auf verschiedene Arbeitskompanien verteilt waren, andererseits die zum Jahreswechsel 1940/41 von Spanien bei Hendaye ausgelieferten und nach Wien verschafften Franco-Gefangenen.

Bei mehreren Arbeitsbesuchen konnten im Archivo-Histórico-Nacional-Salamanca, Sección Guerra Civil, die dort archivierten österreichischen Freiwilligen festgestellt werden. Dieses Archiv verwahrt die Unterlagen des Servicio Social, der Franco-Staatpolizei. Als Franco feststellen mußte, daß die Erhebung nicht in kurzer Zeit zum Erfolg führen würde, wurde diese Polizeitruppe mit der Aufgabe ins Leben gerufen, alle Dokumente von Regierungsstellen, republikanischen Parteien, Gewerkschaften etc. sicherzustellen. Diese Unterlagen dienten nach dem Sieg Francos in Prozessen gegen gefangene Republikaner als Beweisstücke. In diesem Archiv sind auch die Namen von 11.709 ehemaligen Angehörigen der Internationalen Brigaden registriert, von denen 540 als Österreicher identifiziert werden konnten. Die Eintragungen, von einem Personal vorgenommen, das der deutschen Sprache nicht mächtig war, sind fallweise derart mangelhaft, daß nur ein mit der Materie bestens Vertrauter Erfolg haben kann. Wegen Mehrfacheintragungen in den verschiedensten Schreibweisen mußte die oben angeführte Zahl von 540 um 101 reduziert werden, so daß die effektive Zahl von 439 Österreichern in Salamanca gegeben ist.

Wichtige Dokumente konnten in Madrid, und zwar in der Zeitschriftensammlung Duque Conde, im Filmarchiv der Universität und vor allem im Servicio-Histórico-Militar-Espana, photokopiert und ausgewertet werden. So unter anderem die teilweise in deutscher Sprache abgefaßten Tagesbefehle des 3. Bataillons der 11. Internationalen Brigade, vor und bei den Kämpfen um Teruel in der Zeit vom 23. November 1937 bis 30. Jänner

1938, und anderer Internationaler Brigaden aus der Zeit der Ebro-Offensive vom 25. Juli bis 23. September 1938. Alle Erkenntnisse aus diesem Aktenmaterial fanden Eingang in die jeweiligen Personendossiers des DÖW. Heute - Herbst 1990 - umfaßt die Spanienkämpferkartei im DÖW 1374 Namen. Von 1336 Personen gibt es Dossiers, das heißt, ihre Aktivität in Spanien ist verbrieft. Bei der Erstellung der Dokumentation "Für Spaniens Freiheit" vor fünf Jahren gab es 829 Dossiers.

Eine für die Feststellung der genauen Anzahl österreichischer Freiwilliger wertvolle Quelle wurde kürzlich durch Willi Weinert vom Archiv der KPÖ im Zuge der Aufarbeitung der Parteigeschichte in Moskau erschlossen. Es handelt sich hierbei sowohl um numerische als auch Namenslisten österreichischer Freiwilliger, die in den Jahren 1937 und 1938 in Spanien vom Kaderbüro der KPÖ erstellt wurden und heute im Institut für Marxismus-Leninismus aufliegen.⁵ Unter dem Titel "Statistische Angaben über die österreichischen Freiwilligen in Spanien", zusammengestellt von der österreichischen Sektion des erwähnten Kaderbüros in Albacete, wurden am 22. Dezember 1937 1063 Österreicher numerisch erfaßt. Zu diesen kamen noch 106 inzwischen Gefallene und 41 andere Personen (4 im Auslandsurlaub, 10 repatriert, 17 Deserteure und 10 gleich bei ihrer Ankunft Zurückgeschickte), so daß bis zu diesem Zeitpunkt 1210 Österreicher nach Spanien gekommen waren, um der Republik beizustehen. Die erwähnten 1063 Interbrigadisten waren nach militärischen und zivilen Dienststellen, in denen sie tätig waren, aufgegliedert und nach ihrer Parteizugehörigkeit erfaßt: 859 gehörten der KPÖ an, 50 den Revolutionären Sozialisten, 146 waren Schutzbündler, Parteilose und unbekannt. In einer weiteren "Liste bei der Kaderkommission des ZK der Kommunistischen Partei Spaniens (Abteilung Ausländer)", die nach der Rückziehung der ausländischen Freiwilligen im September 1938 angefertigt worden war, wurden 1133 österreichische Freiwillige angegeben und ebenfalls nach verschiedenen Gesichtspunkten aufgegliedert. Die erste Gliederung befaßt sich mit der parteimäßigen Bindung und ist nach 740 Kommunisten, 47 Jungkommunisten, 82 Sozialisten, 3 Jungsozialisten, 252 Parteilosen und 9 Trotzisten aufgeschlüsselt. Von den 1133 Freiwilligen sollen 764 Schutzbündler gewesen sein - eine Zahl, die viel zu hoch angesetzt ist. Weitere numerische Aufschlüsselungen befassen sich mit der sozialen und politischen Herkunft sowie den Funktionen der österreichischen Interbrigadisten in Spanien, mit der Zugehörigkeit zu militärischen Einheiten oder zivilen Dienststellen, mit Berufsstruktur, früherer gewerkschaftlicher Tätigkeit und mit eventuellen Haftzeiten aufgrund dieser Tätigkeit. In diesen Aufstellungen, die zusammengerechnet 1133 Freiwillige

5 Institut für Marxismus-Leninismus Moskau, Zentrales Parteiarchiv, 545-6-71, 545-6-76.

ergeben, ist von 448 Kadern (Obere, Mittlere, Untere und Junge Kader) sowie von "schlechten Elementen" (ehemalige Deserteure, Provokateure, vollständig Demoralisierte, Spione und Spionageverdächtige) die Rede. Bei den nicht der KPÖ zugehörigen Parteimitgliedern fällt auf, daß "schlecht" meist im Zusammenhang mit dem Hinweis auf Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei steht. Aus einer dieser Aufstellungen ist auch das Beitrittsjahr zur KPÖ ersichtlich. Von 391 erfaßten Parteimitgliedern waren 91 schon vor 1930 beigetreten, 71 folgten zwischen 1931 und 1933, während der Rest von 229 erst in den Jahren 1934 (161), 1935 (26), 1936 (15) und 1937 (27) diesen Schritt setzte. Hier spiegelt sich der Vertrauensverlust des Austromarxismus wider. Aufschlußreich ist auch eine Aufstellung nach Ländern, aus denen die österreichischen Freiwilligen nach Spanien gekommen waren. Danach kamen 840, also mehr als zwei Drittel, direkt aus Österreich, obwohl die damaligen Machthaber des "Ständestaates" alles daransetzten, den Freiwilligenstrom aus und durch Österreich zu unterbinden. Führt doch der Weg aller Freiwilligen aus Ost- und Südosteuropa durch das geographische Nadelöhr, welches Österreich und die Schweiz zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien bildeten. Die Tätigkeit der austrofaschistischen Behörden fand ihren Niederschlag in den Verhaftungen an der österreichisch-schweizerischen Grenze als auch an den Grenzen zur damaligen CSR, zu Ungarn, Jugoslawien, Italien und Deutschland. Besonders eng und dokumentarisch belegt ist die Zusammenarbeit mit Schweizer Polizeibehörden.

Unterzeichnet sind alle diese in Spanien angefertigten und heute im Moskauer Institut für Marxismus-Leninismus liegenden Aufstellungen mit "für die österreichische Sektion, e.h. K. Sommer" (d. i. Karl Zwiefelhofer, Kaderchef), der jedoch für die Angaben "keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit" erhebt. Neben diesen numerischen Aufzeichnungen gibt es aber auch zwei Listen, in denen 386 Österreicher namentlich angeführt sind, sowie Ablichtungen von 269 Originalbriefen von Österreichern, welche diese in den letzten Monaten des Jahres 1938 an die Einwanderungsbehörden in Argentinien, Australien, Belgien, Chile, Dänemark, England, Frankreich und in anderen Ländern adressiert hatten, die aber aufgrund des im Jänner 1939 erfolgten militärischen Zusammenbruchs der Volksarmee in Katalonien nicht mehr abgeschickt werden konnten. Unter diesen Briefschreibern befanden sich sechs bis dato nicht in unserer Kartei erfaßte österreichische Freiwillige. Anhand dieser Briefe konnten auch einige Dossiers ergänzt werden.

Das vielleicht interessanteste Material in Moskau sind die 269 von der Kaderabteilung (Sommer) angefertigten "Characteristics" - wir würden Dienstbeschreibungen sagen - von Parteimitgliedern (208) und Nichtparteimitgliedern (61). Wie bei allen Dienstbeschreibungen zu allen Zeiten und in

allen Ländern und Organisationen sind in diese sicherlich Sympathie und Antipathie für den zu Beschreibenden eingeflossen. Es soll daher nur auf die Skala der Qualifikation hingewiesen werden, die von "mittelmäßig", "entwicklungsfähig", "gut", "sehr gut" und "Kader" bis "schlecht", "sehr schlecht", "deklassiert", "politisch unklar", "demoralisiert", "arrogant" und "intrigant" reicht; die wohl kurioseste Qualifikation gipfelt in der Feststellung "Un petit peu Trotzlist". Wären Qualifikationen dieser Art in den Staaten des Realen Sozialismus nicht so manchem Spanienkämpfer zum Verhängnis geworden, hätten sie ihn nicht in das Gefängnis oder direkt zum Galgen geführt, könnte man darüber lachen; so mancher, der 1939 die höchste Stufe "Kader" erreicht hatte, entpuppte sich bis 1945, beim bitteren Weg durch französische und deutsche KZ und Gefängnisse, menschlich und politisch als kleines Licht, und so mancher "politische Unklare" und "Deklassierte" gab Weggefährten und Leidensgenossen in dieser dunklen Zeit moralische Kraft zum Überleben.

Abschließend muß auf Andreu Castells hingewiesen werden. In seinem Buch über die internationalen Brigaden⁶ gibt es eine Statistik, in der von 1507 österreichischen Freiwilligen die Rede ist. Die Herkunft dieser Liste konnte leider auch anlässlich eines Besuches beim Autor in Spanien nicht geklärt werden; ihre Authentizität steht jedoch für mich außer Zweifel. Von diesen 1507 wären nach Castells 230 gefallen, 72 vermißt (Franco-Gefangene, Deserteure etc.) und 104 so schwer verwundet worden, daß sie für einen neuerlichen militärischen Einsatz nicht mehr in Frage kamen. 784 wurden nach dieser Statistik im Verlaufe des Krieges verwundet, waren jedoch wieder kriegstauglich. Überlebt oder in Spanien aufhältig waren zum Zeitpunkt der Statistikerstellung, also nach der Demobilisierung der Internationalen im September 1938, 1101 Österreicher.

Bemerkenswert sind hier die der Realität sehr nahekommenen Angaben über die Österreicher in Spanien insgesamt sowie über die Toten. Die Historische Kommission der 11. Internationalen Brigade, die im Spätherbst 1938 unter Leitung von Zalel Schwager und Josef Schneeweiss in Bisaura de Ter ins Leben gerufen worden war, ermittelte eine ähnliche Gesamtzahl wie Castells und verbannte die immer wieder behauptete Angabe von 2000 österreichischen Spanienkämpfern ins Reich der Spekulation. Ebenso unhaltbar ist die Zahl von 700 gefallenen Österreichern.

6 Andreu Castells, *Las Brigadas Internacionales de la Guerra de Espana*, Barcelona 1974, S. 381.

ANTONIA BRUHA

CHRONIK DES KONZENTRATIONSLAGERS RAVENSBRÜCK ANHAND DER IM DÖW BEFINDLICHEN AKTENSAMMLUNG

Das Frauen-KZ Ravensbrück liegt 80 Kilometer nordöstlich von Berlin und wurde nach dem Krieg zu einer Gedenkstätte ausgebaut. Da die Baracken des Lagers als Heizmaterial Verwendung fanden, verblieben nur die Umfassungsmauern, das Krematorium, der Erschießungsgang, die Kommandantur und der Bunker. Im Bunker, wo Häftlinge strafweise eingekerkert wurden, gibt es für jede Nation, von der Widerstandskämpferinnen in Ravensbrück inhaftiert waren, zwei Zellen als Museum. Auch die Österreichische Lagergemeinschaft hat dort einen Gedenkraum für die inhaftierten Österreicherinnen eingerichtet. Die nachfolgende Chronik des Konzentrationslagers Ravensbrück wurde anhand der umfangreichen Materialien erstellt, die sich im DÖW befinden.

Im Sommer 1938 erhalten die SS-Führer Pohl und Eicke vom Reichsführer SS den Befehl, ein KZ für Frauen zu errichten;¹ sie entscheiden sich für den Standort Ravensbrück. Im Herbst 1938 kommen in mehreren Transporten männliche Häftlinge aus dem KZ Sachsenhausen nach Ravensbrück und beginnen mit dem Aufbau eines Frauen- sowie eines angeschlossenen Männerlagers, in dem die zum Aufbau verpflichteten Häftlinge untergebracht werden. Im November 1938 trifft der erste Transport von 40 weiblichen Häftlingen ein. Weitere Transporte folgen, und im Mai 1939 langen aus dem KZ Lichtenburg die ersten Österreicherinnen, darunter sieben "politische" Häftlinge, und 860 deutsche Frauen in Ravensbrück ein. Zu den Insassinnen des KZ Ravensbrück zählen "rassisch" verfolgte (Jüdinnen und Zigeunerinnen mit ihren Kindern), Widerstandskämpferinnen aus allen politischen Lagern, Nonnen, Bibelforscherinnen ("Zeugen Jehovas"), Frauen von Partisanen, Partisaninnen, wegen "Rassenschande" inhaftierte Mädchen, aber auch sog. "Asoziale" und "Berufsverbrecherinnen". Es sind Frauen aus allen von den Nationalsozialisten besetzten Ländern, auch viele Österreicherinnen, die als Deutsche geführt werden. Die Frauen und auch ganz junge Mädchen werden in Arbeitskommandos eingeteilt und müssen genau so schwer arbeiten wie die Insassen der Männer-KZ.

1 Als Hauptinformationsquelle für die gesamte hier vorliegende Chronik diente DÖW, Sammlung Ravensbrück, Akt 32.

Innerhalb des Lagers gibt es 64 Arbeitskommandos, 13 bei der Bauleitung und vier in der Wirtschaftsverwaltung. Die Gesellschaft für Textil- und Lederverwaltung beispielsweise verfügt innerhalb des Lagers über 20 Arbeitskommandos; im Jahre 1944 wird neben dem eigentlichen Lager der Industriehof errichtet, wo die Häftlinge, welche in der Textil- und Lederverwaltung arbeiten, Wohnbaracken bekommen. Anfang 1945 sind dort 4.500 Frauen beschäftigt. In der Landwirtschaft gibt es 42 Arbeitskommandos. 77 Außenkommandos mit 3.732 Frauen arbeiten bei privaten Unternehmern in der Industrie, im Gewerbe und in den Gemeinden. Die größte Anzahl von Frauen, insgesamt 58.130, steht jedoch in der Rüstungsindustrie im Einsatz und ist in verschiedenen Nebenlagern untergebracht. Die Siemens AG baut unweit von Ravensbrück eigene Werkstätten, in denen 3.000 Frauen arbeiten müssen.²

Das Lager ist überfüllt, die Ansammlung von so vielen Menschen - in Baracken unter mangelhaften Hygienebedingungen zusammengedrängt - bringt viele Erkrankungen (Typhus, Ruhr, Gelbsucht etc.) mit sich. Die Frauen leiden an Erfrierungen vom langen Appellstehen in mangelhafter Bekleidung, an Phlegmonen und Vitaminmangel, sie sind geschwächt, unterernährt, und die Sterbefälle häufen sich. Ab und zu werden Transporte von Arbeitsunfähigen und jüdischen Frauen mit Kindern, die zur Vernichtung bestimmt sind, zusammengestellt; man transportiert sie hauptsächlich nach Auschwitz - zur Vergasung. Während des Bestehens des Lagers exekutiert die SS 258 Frauen (unvollständige Liste) im Erschießungsgang zwischen Bunker und Krematorium.

Pseudowissenschaftliche Versuche wie Infizierungen, antiseptische Operationen, Knochentransplantationen, Muskel- und Nervenexperimente werden an 74 polnischen Frauen durchgeführt. Laut Zeugenaussage der polnischen Ärztin Zoffia Maczka, einem ehemaligen Häftling, und laut unvollständiger, von Überlebenden zusammengestellter Listen sterben sechs Frauen an den Folgen der Operationen, fünf erschießt die SS, viele erliegen noch nach der Befreiung den Nachwirkungen der Operationen.³

Es kommen viele schwangere Frauen nach Ravensbrück. Anfangs nimmt man an manchen von ihnen Abtreibungen vor oder läßt die Frauen gebären, um die Säuglinge nachher mittels Injektion zu töten (SS-Ärztin Dr. Oberhauser, SS-Arzt Dr. Rosenthal). Bei seinem Dienstantritt läßt der Lagerarzt Dr. Percival Treite einen eigenen Geburtsblock einrichten, in dem als Verantwortliche eine inhaftierte Ärztin, Dr. Ilse Reibmayr, tätig ist. Sie führt

2 Vgl. DÖW, Sammlung Ravensbrück, Akt 33.

3 Vgl. DÖW, Sammlung Ravensbrück, Akt 66 und 103; die Akten 63-120 dieser Sammlung entstammen größtenteils dem Prozeß gegen die Wachmannschaft des KZ Ravensbrück, der 1946/47 in Hamburg stattgefunden hat.

heimlich ein Geburtenverzeichnis, von dem eine unvollständige Liste vorhanden ist. Laut dieser werden zwischen 19. September 1944 und 2. Mai 1945 271 Kinder geboren. Laut der Niederschrift von Dr. Reibmayr sind es von Mitte Dezember 1944 bis Ende März 1945 insgesamt 365. Es sind hauptsächlich Kinder von polnischen Frauen, die meisten sterben kurz nach der Geburt an Unterernährung, nur wenige überleben, vor allem die erst kurz vor Auflösung des Lagers geborenen, die unter Mithilfe der internationalen Widerstandsgruppe mit aus der SS-Kantine organisiertem Brei ernährt werden. Unter den Geretteten befinden sich auch zwei österreichische Kinder, ein Bub und ein Mädle, die heute noch leben.⁴

Im Sommer 1944 finden Sterilisierungsexperimente an Zigeunerkindern und Frauen statt, von denen die meisten zur Vernichtung abtransportiert werden. Im Herbst 1944 kommen aus allen Konzentrationslagern des Ostens weibliche Häftlinge nach Ravensbrück. Die Blocks sind überfüllt, folglich errichtet die SS im September 1944 ein riesiges Zelt auf einem freien Platz zwischen den Blocks; es gibt dort keine Schlafstellen, kein Wasser und keine Toiletten, die Frauen liegen auf bloßer Erde. Die ersten Zeltbewohner sind 200 ungarische Jüdinnen mit ihren Kindern. Nach und nach füllt sich das Zelt mit anderen "Zugängen". Anfang November treffen 4.000 Frauen aus Auschwitz ein, und auch diese werden hauptsächlich im Zelt untergebracht. Im November 1944 wird das Krematorium erweitert und mit der Errichtung einer Gaskammer begonnen; Ende November 1944 werden 1.700 Frauen zur Vergasung abtransportiert.

Außerhalb der Mauer existiert seit dem Aufbau Ravensbrücks ein kleines Männerlager, außerdem in unmittelbarer Nähe das "Jugendschutzlager" Uckermark. In diesem Lager, das wie ein KZ geführt wurde, werden "asoziale", aber auch viele aus politischen Gründen verhaftete Mädchen - als Einlieferungsgrund gelten auch Arbeitsverweigerung oder andere kleine Vergehen ("Swingjugend") - unter schweren Bedingungen gefangengehalten. Im Dezember 1944 löst man dieses "Jugendschutzlager" auf. Die Mädchen werden dienstverpflichtet, entlassen oder ins KZ Ravensbrück überstellt. Uckermark dient von da an als Auffanglager für die zur Vergasung bestimmten Frauen; die Vergasungen finden ab Jänner 1945 in Ravensbrück statt.⁵

Am 10. Jänner 1945 liefert man 210 arbeitsunfähige Frauen in das Lager Uckermark ein. Am 27. Jänner 1945 liegen auf Block 10 sechzig gemeldete Tuberkulosefälle vor. Im Februar 1945 sind die Krankenblocks überfüllt, zu allen anderen Krankheiten kommt noch Typhus, an dem 3.000 Frauen

4 Vgl. DÖW, Sammlung Ravensbrück, Akt 47a, 63, 90 und 115.

5 Vgl. DÖW, Sammlung Ravensbrück, Akt 63 und 92.

erkranken. Der SS-Arzt Dr. Winkelmann selektiert in den Krankenblocks, daraufhin werden 3.672 Frauen nach Uckermark überstellt. Dort leben sie unter unvorstellbar harten Bedingungen (Hunger, stundenlanges Stehen, keine warme Kleidung, keine Decken usw.) in Erwartung des Todes. Vergasung und Sterben gehen der SS dennoch zu langsam, so werden Frauen mit Giftpulver getötet. Dazu bedient sich die SS des Häftlings Vera Salvequart, die als williges Werkzeug den Kranken das Gift verabreicht.⁶

Noch im Februar 1945 werden Zigeunerkinder und Frauen sterilisiert. Am 2. März 1945 kommt es während des Appells auf der Lagerstraße zu Selektionen und zum Abtransport von Frauen (darunter 152 Tuberkulosekranke) nach Uckermark. Im März 1945 erhängt die SS eine Russin und eine Polin wegen Sabotage, drei englische Fallschirmspringerinnen werden gleichfalls hingerichtet. Das Schwedische Rote Kreuz verteilt im selben Monat Lebensmittelpakete unter den Häftlingen; Französinen, Belgierinnen, Norwegerinnen und Däninnen werden abgeholt und nach Schweden gebracht. Später holen auch das Schweizer und das Dänische Rote Kreuz Häftlinge.

Am 2. April 1945 trifft noch ein Transport von Auschwitz-Häftlingen in Ravensbrück ein, es sind dies 1.489 Frauen und Kinder. Zwischen dem 3. und dem 6. April werden überlebende Frauen aus Uckermark nach Ravensbrück rücktransportiert. Am 4. April 1945 wird die Gaskammer von der SS zerstört, zwei Tage später das Lager Uckermark aufgelöst. Am 21. April werden 60 politische Häftlinge - vor allem Deutsche - entlassen, am selben Tag 47 Frauen exekutiert. Am 27. April 1945 befinden sich noch 18.000 registrierte Häftlinge in Ravensbrück. Die SS beginnt mit der Evakuierung des Lagers. Bis 29. April werden täglich Gruppen von gefähigen Frauen aus dem Lager getrieben, sie marschieren unter Aufsicht der SS in verschiedene Richtungen. Am 29. April sind in Ravensbrück 3.000 Kranke und einige Häftlingsärztinnen sowie Pflegerinnen verblieben. Einen Tag später trifft die erste Vorausabteilung der 49. Abteilung der Weißrussischen Front ein - das KZ Ravensbrück ist befreit.

In den Jahren des Bestehens des größten Frauenkonzentrationslagers des Hitlerregimes verstarben 92.000 Frauen, Mädchen und Kinder. Sie sind an den durch die Haft bedingten Krankheiten gestorben, sind entweder verhungert und erfroren, oder sie wurden von der SS erschlagen, erschossen und vergast.

Das Überleben hing von vielen Umständen ab, vom glücklichen Zufall,

⁶ Vgl. DÖW, Sammlung Ravensbrück, Akt 63 und 90.

vom Alter, von der geistigen und körperlichen Widerstandskraft; ob man aus "rassischen" Gründen im KZ war, spielte ebenso eine Rolle wie der Arbeitsplatz, welcher einem von der SS zugewiesen wurde.⁷ Die "politischen" Frauen waren überzeugt, daß die Nationalsozialisten den Krieg niemals gewinnen würden; sie schöpften daraus sehr viel Widerstandskraft und gaben diese an ihre Mithäftlinge weiter. So gelang es der Sozialdemokratin Rosa Jochmann⁸ (ab 1945 Abgeordnete zum Nationalrat) als Blockälteste in dem ihr zugewiesenen Block ausschließlich aus politischen Gründen inhaftierte Frauen verschiedener Nationalität unterzubringen. Sie bemühte sich, den Frauen in selbstloser und bewundernswerter Weise zu helfen. Von ihr lernte so manche, daß man nur dann überleben konnte, wenn man nicht an das "Ich", sondern an das "Wir" dachte. Von diesem politischen Block ausgehend, bildeten sich im Jahre 1942 nationale Widerstandsgruppen, welche sich um die Besetzung geeigneter Arbeitsplätze mit verantwortlichen Häftlingen bemühten. Das waren Tätigkeiten in den Verwaltungsstellen, im Arbeitseinsatz, im Revier und als Lagerpolizei; an diesen Stellen bestand die Möglichkeit, anderen Frauen zu helfen. Rosa Jochmann wurde strafweise als Blockälteste abgesetzt und nach langer Haft im Bunker in den Industriehof verlegt. Später schlossen sich die nationalen Gruppen zu einer internationalen Widerstandsorganisation zusammen, die Leitung übernahm mit Mella Ernst eine Kommunistin, die bei den Internationalen Brigaden in Spanien Sanitätsdienst geleistet hatte.

Nach dem Krieg, als viele der überlebenden Frauen so manche Haft-Nachfolgekrankheit, ob geistig oder körperlich, durchlitten, wurde ihnen bewußt, daß ihr Einsatz im Widerstand und in der Haft mit der Befreiung nicht aufhören durfte; daß es notwendig war, sich gemeinsam gegen die noch vorhandenen Reste des Nationalsozialismus, für den Frieden einzusetzen und, soweit dies möglich war, beim Aufbau ihrer Heimat mitzuhelfen. Im Jahre 1947 gründeten die österreichischen Ravensbrück-Häftlinge den von jeder Partei unabhängigen Verein "Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück". Wie einst im Lager sind in dieser Gemeinschaft Rassenverfolgte und Frauen aller politischen Richtungen vereinigt, denn sie sind sich bewußt, wofür sie sich einsetzen: Nie wieder Nationalsozialismus, nie wieder Krieg, nie wieder dürfen Menschen wegen ihrer Rasse, Religion oder politischen Überzeugung verfolgt werden.

In diesem Sinne bemühten sich die Frauen weiterzuwirken; sie waren

⁷ Vgl. Ravensbrück, was geht das mich an, Hrsg. Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück, Wien 1976.

⁸ Vgl. DÖW, Sammlung Ravensbrück, Akt 66, 111, 162 und 198.

überzeugt, daß die wichtigste Aufgabe die Aufklärung der Jugend sei, denn mit dem Wissen um die Vergangenheit können junge Menschen den Wert der Demokratie erkennen und darauf vorbereitet werden, sich dafür einzusetzen.

Die Lagergemeinschaft hatte schon in den sechziger Jahren eine Wanderausstellung über Ravensbrück zusammengestellt und in allen Schulen Wiens gezeigt. Später ging diese Ausstellung auch nach Innsbruck, Klagenfurt, Salzburg und an viele Schulen in allen österreichischen Bundesländern. Ehemalige Häftlinge aus Ravensbrück führten durch die Ausstellung und diskutierten mit den Jugendlichen; sie lernten dabei, wie man den Schülern am besten die Greuelthaten des Krieges und das unmenschliche, brutale und mörderische System des Nationalsozialismus erklären kann. Aus dieser Erfahrung resultierte die Broschüre "Ravensbrück, was geht das mich an?", die in vielen Schulen für den Unterricht benutzt wurde und teilweise noch wird.

Die Lagergemeinschaft entwickelte auch in den folgenden Jahren eine rege Tätigkeit. Nicht nur das Sammeln von Unterlagen über den Widerstand und die Haft der Frauen, nicht nur die Herausgabe von Mitteilungsblättern, sondern auch die Verwirklichung eines Traumes (wie ihn unsere Kameradin Rosa Jochmann so schön formulierte, nämlich ein Zusammensein ohne Zählappell, ohne Strafblock, ohne SS, ohne Angst, in Frieden mit dem Gefühl einer tiefen Freundschaft, die uns noch immer verbindet) brachten die Mitglieder der Lagergemeinschaft gemeinsam zustande. Zwei Jahre lang, jede Woche an zwei Abenden, wurden von den Frauen Briefe an Organisationen, Gewerkschaften, Persönlichkeiten, Unternehmer etc. mit dem Ersuchen geschrieben, durch eine Spende ein internationales Treffen der ehemaligen Häftlinge zu ermöglichen. Nach mühevollen Vorbereitungen und dank dem Entgegenkommen des GPA-Vorsitzenden Alfred Dalinger wurde dieses im Herbst 1974 Wirklichkeit.

Vom 17. bis 30. November fand das Internationale Treffen der ehemaligen Insassinnen des KZ Ravensbrück im Heim der Angestellten in Steinhaus am Semmering statt. 178 Vertreterinnen aus 17 Nationen nahmen an diesem Treffen teil, zusammen hatten sie 555 Jahre in den Kerkern und im KZ Ravensbrück verbracht.

In den Jahren 1946/47 fand in Hamburg vor dem englischen Militärgericht ein Prozeß gegen die Wachmannschaft von Ravensbrück statt; auch einige Österreicherinnen waren als Zeuginnen vorgeladen. Im Herbst 1980 fuhr die Sekretärin der Lagergemeinschaft, Bertl Lauscher, nach London, um aus dem Public Record Office Kopien der wichtigsten Akten anzufertigen. Sie brachte umfangreiches Aktenmaterial mit, aus dem nach gründlicher Durchsicht ein Teil zur Übersetzung ausgewählt wurde. Die Übersetzungen und andere Unterlagen sammelte Bertl Lauscher im DÖW, wo sie und auch die

Verfasserin dieses Artikels schon lange Jahre als Mitarbeiterinnen tätig waren. Nach dem Tod unserer langjährigen Sekretärin Lauscher im März 1984 schlug ich der Lagergemeinschaft vor, das Aktenmaterial nach Durchsicht und Aufarbeitung dem DÖW zu übergeben. Die Kameradinnen waren einverstanden und fanden, daß dies der richtige Ort sei. Bei der Durchsicht und Aufarbeitung des Materials war mir die Kameradin Käthe Anders behilflich.

In den Schachteln waren Schutzhaftbefehle, Anklagen, Urteile, Briefe aus und nach Ravensbrück, Fragebogen, welche die überlebenden Frauen 1946/47 ausgefüllt hatten, und auch Erlebnisberichte über Widerstandsarbeit und Haft. Diese Berichte, so kurz nach der Befreiung geschrieben, sind deshalb so wertvoll, weil sie aufzeigen, daß jede Frau Ravensbrück aus einem anderen Blickwinkel erlebte, je nachdem in welchem Block sie untergebracht war und wo sie arbeitete. Die aufschlußreichsten Akten sind das übersetzte Material von dem Prozeß in Hamburg; da bei jedem Akt die Nummer des englischen Originals verzeichnet ist, besteht leichterding die Möglichkeit, den ganzen Akt in englischer Sprache einzusehen. Über die Gaskammer und das Vernichtungslager Uckermark gibt es einen eigenen Akt, in dem alle Aussagen und Belege zusammengefaßt sind. Nach und nach habe ich auch Akten über Ravensbrück, welche vor Beginn meiner Arbeit dem DÖW übergeben wurden, xerokopiert und eingereiht. Viele Kameradinnen steuerten noch in den letzten Jahren Unterlagen bei; um die Vervollständigung der Aktensammlung bemühe ich mich weiterhin. Das Frauen-KZ Ravensbrück stellt somit das einzige Konzentrationslager dar, das im Rahmen des DÖW mit einer eigenen, über 500 Akten und 100 Fotos umfassenden Sammlung dokumentiert ist.

HERBERT EXENBERGER

THEKLA MERWIN - EINE ÖSTERREICHISCHE
SCHRIFTSTELLERIN

"Ich war ein Mensch, ein Gott, ein Tier, ein Tor
Ein Wesen, das der Erde angehörte"

Diese Offenlegung einer Lebensphilosophie formulierte Thekla Merwin in den letzten Zeilen ihres im Februar 1933 veröffentlichten Gedichtes "Mensch, Gott, Tier, Tor".¹ Heute ist die Autorin, von der eine Reihe von Prosatexten, Lyrik, kulturpolitischen und literaturhistorischen Abhandlungen vorliegt, in Vergessenheit geraten. Dieser kurze Beitrag will ihr Leben, das in der Gaskammer von Auschwitz-Birkenau endete, und ihr literarisches Engagement in Erinnerung rufen.²

Die Schriftstellerin, Tochter von Chaje Sarah und Iwo Blech, kam am 13. April 1887 in Riga auf die Welt. Ihre erste Begegnung mit den "Fußangeln der Sprache", wie sie Thekla Merwin in einem gleichnamigen Feuilleton beschrieb, erfolgte schon im frühen Kindesalter.

"Nimm Rücksicht, sagte meine Tante, der Onkel schläft. Ohne zu verstehen, blickte ich sie erstaunt an. Ich meine, du sollst aufhören zu trommeln, setzte die gute Frau hinzu. Darauf unterbrach ich gehorsam mein Trommelspiel. Zum erstenmal hatte ich das Wort Rücksicht vernommen in dem noch jugendlichen Alter von vier Jahren, und von da an sollte es mich mein ganzes Leben nicht verlassen. Ich sah mich suchend um, wo das zu finden sei, was ich nehmen sollte, damit der Onkel schlafe, konnte aber nichts entdecken. [...] Seit dieser Zeit ist das Wort neben mir aufgewachsen und hat mich als dunkler Schatten durch mein Dasein begleitet. [...] Wohl kein Wort der deutschen Sprache habe ich mehr gehört und mehr gehaßt als Rücksicht. Das Ausdehnungsgebiet dieses teuflischen Hauptwortes erstreckte sich auf immer weitere Gebiete. Verwandte, öffentliche Redner, Moralisten und Zeitschriften wetteiferten darin, mir diese ethische Forderung vor Augen zu halten."³

Am 27. Dezember 1908 verehelichte sich die Autorin mit dem am 29. März 1881 in Lemberg geborenen Dr. jur. et phil. Emil Merwin, Sohn von Eduard

1 Thekla Merwin, Mensch, Gott, Tier, Tor, in: Arbeiter-Zeitung, 25. 2. 1933.

2 Wertvolle Hilfe und Informationen für diesen Beitrag erhielt ich von Eckart Früh, Heidrun Weiss, Herbert Koch, Franz Jerabek, Stefan Riesenfellner, Torsten Seela, Dora Wasmuht-Pichler, Eva Wasmuht und folgenden Institutionen: Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien-Dokumentation, Israelitische Kultusgemeinde Wien, Wiener Stadt- und Landesarchiv, Österreichische Nationalbibliothek-Handschriftensammlung, Schiller Nationalmuseum, Deutsches Literaturarchiv, 1. Bundesgymnasium Wien XIX, Archiv der Universität Wien, Rechtsanwaltskammer Wien, Beit Theresienstadt Givat Chaim-Ichud, Museum Auschwitz-Birkenau, Gedenkstätte Theresienstadt.

3 Merwin, Fußangeln der Sprache, in: Arbeiter-Zeitung, 6. 10. 1933.

und Roza, geborene Fränkel. Die Hochzeit fand in der "polnischen Schule" im 2. Bezirk, Leopoldsgasse 29, statt. Die Trauung vollzog der über Jahrzehnte in dieser Synagoge wirkende Rabbiner Meier Mayersohn. Als Trauzeugen waren die Rechtsanwälte Dr. Leopold Blech und Dr. Carl Lifczis anwesend. Bei beiden Anwälten absolvierte Emil Merwin seine Praxisjahre, ehe er am 18. Juli 1913 in die Verteidigerliste eingetragen wurde. Das Ehepaar Merwin wohnte zur Zeit der Geburt ihrer Tochter Magda am 7. April 1911 im 9. Wiener Bezirk, Glasergasse 5. Thekla Merwin sandte im August dieses Jahres ihre Skizze "Der Causeur" der Monatsschrift zur Pflege schöngestiger und künstlerischer Bestrebungen "Wir leben" zum Abdruck ein.⁴ Veröffentlichungen können nach dem gegenwärtigen Forschungsstand jedoch erst ab dem Jahre 1913 nachgewiesen werden.

Thekla Merwin, die mit ihrer Familie im 1. Stock des Hauses Reithlegasse 5 im 19. Bezirk eine Wohnung gefunden hatte, litt seit dem Ersten Weltkrieg an Diabetes und mußte wegen ihrer Krankheit immer wieder Kuraufenthalte einplanen. Um wieder eine notwendige Kur in Karlsbad durchführen zu können, schrieb sie am 4. Mai 1922 an den Kulturredakteur der "Arbeiter-Zeitung", Otto Koenig:

"Infolge der wahnsinnigen Entwertung unserer Krone habe ich zwei Jahre mit der Kur ausgesetzt. Der Befehl meines Arztes zwingt mich jedoch, heuer wieder hinzufahren. Wenn es Ihnen, Herr Doktor, nicht unangenehm ist, bitte ich Sie um eine Bestätigung, daß ich Mitarbeiterin der 'AZ' bin. Diese Bestätigung sichert mir Befreiung von Kurtaxe und Bäderzahlung, was für heutige Verhältnisse eine so namhafte Summe ausmacht, daß ich mich gegen meine Gewohnheit mit einer Privatangelegenheit an Sie wende."⁵

Otto Koenig entsprach ihrem Wunsche und sandte Thekla Merwin die gewünschte Legitimation.⁶

Die Tochter Magda besuchte das Bundesgymnasium im 19. Bezirk, Gymnasiumstraße 83, an dem sie 1929 maturierte.⁷ In der Wohnung Merwins waren Mitschülerinnen von Magda, wie etwa Ruth Safier oder Dora Pichler, oft zu Gast.⁸ Magda Merwin inskribierte 1929 als ordentliche Hörerin an der

4 ÖNB-Handschriftensammlung 1183/47-1, 30. 8. 1911.

5 ÖNB-Handschriftensammlung 1029/28-1, 4. 5. 1922.

6 ÖNB-Handschriftensammlung 1029/28-2, 8. 5. 1922.

7 Jahresbericht des Bundesgymnasiums im 19. Gemeindebezirk in Wien für das Schuljahr 1928/29, Wien 1929, S. 20.

8 Dora Wasmuht-Pichler, Bericht über Magda Merwin, 5. 7. 1990.

rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien und schloß ihr Studium mit dem Doktorat ab.⁹ Am 12. August 1934 starb Rechtsanwalt Dr. Emil Merwin. Neben seiner Anwaltspraxis war Emil Merwin noch als Rechtskonsulent der holländischen Gesandtschaft tätig¹⁰ und verfaßte auch einschlägige Abhandlungen, wie etwa im Juli 1925 Gedanken "Zur Frage der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft".¹¹ Im Dezember 1936 zog Thekla Merwin in eine Wohnung im 1. Bezirk, Ebendorferstraße 3, Tür 14. Nach dem März 1938 wurden Thekla und Magda Merwin Opfer des NS-Rassismus. An eine Begegnung mit Magda während der NS-Zeit erinnert sich ihre Mitschülerin Dora Wasmuht-Pichler:

"Als ich sie in der Stadt traf, dachte ich, es sei schon reichlich spät und riskant für Magda, noch nicht ausgereist zu sein. Ich hatte den Eindruck, als ob Magda zu stolz sei, um vor den Nazis davonzulaufen. Ob das nur gut geht?" - meinte abschließend die Mitschülerin.¹²

Von ihrer letzten Wohnadresse (Thekla: Marc Aurelstraße 3/Tür 14, Magda: Marc Aurelstraße 5/Tür 9 im 1. Bezirk), wo sie einen knappen Monat Unterkunft fanden, wurden Dr. Magda Merwin und ihre Mutter Thekla am 24. September 1942 mit dem 11. Transport vom Wiener Aspangbahnhof nach Theresienstadt deportiert.¹³ Nach zwei entsetzlichen Jahren in Theresienstadt mußten sie am 19. Oktober 1944 ihren letzten Weg nach Auschwitz antreten.¹⁴ Danuta Czech notierte am 20. Oktober 1944 in dem "Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945":

"Mit einem Transport des RSHA werden 1.500 jüdische Männer, Frauen und Kinder aus dem Ghetto in Theresienstadt eingeliefert. Nach der Selektion werden 169 Frauen in das Durchgangslager und 173 Männer als Häftlinge in das Lager eingewiesen. Die Männer erhalten die Nummern B-13307 bis B-13479. Die übrigen 1.158 Menschen werden in der Gaskammer des Krematoriums III getötet."¹⁵

Unter ihnen Magda und Thekla Merwin. Soweit die eher spärlichen biographischen Unterlagen über Thekla Merwin und ihre Familie.

9 Archiv der Universität Wien, Juristische Fakultät, Magda Merwin, W.S. 1929-30 bis S.S. 1933 Rigorosenprotokolle J 13.41 (3097).

10 Wiener Zeitung, 14. 8. 1934.

11 Emil Merwin, Zur Frage der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft, in: Neues Wiener Abendblatt, 28. 7. 1925.

12 Dora Wasmuht-Pichler, Bericht über Magda Merwin, 5. 7. 1990.

13 Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien, Tagesbericht Nr. 8 vom 25.-28. September 1942, S. 6.

14 Totenbuch Theresienstadt, Wien 1987, S. 92.

15 Danuta Czech, Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945, Reinbek 1989, S. 912.

Vom literarischen Werk der Schriftstellerin, zerstreut über mehrere Zeitungen und Zeitschriften, soll im folgenden auf die Lyrik Thekla Merwins eingegangen werden. Eine eigenartige melancholische Stimmung schwebt in vielen ihrer Gedichte, etwa in dem Gedicht "Ich liebe dich, Traurigkeit":

Als ich ein Kind war, trugen mich sorgende Hände,
Dann sucht' ich der lauten Straße lärmend Geleit,
Auch fand ich Liebe - doch an des Weges Ende
Nur dich, Gefährtin der Müden, Traurigkeit.¹⁶

In den mit innigem sozialen Engagement geschriebenen Gedichten begegnen uns diese schwermütigen Grundakkorde wieder. Der Weg aus dem Dunkel, aus der Armut, aus der Ausbeutung, wie wir sie auch in Liedern und Gedichten anderer sozialistischer Schriftsteller finden, hat in der Lyrik Thekla Merwins einen besonderen Stellenwert. Folgende Zeilen aus dem im Juni 1930 veröffentlichten Gedicht "Aus der Tiefe" mögen das vorhin Angeführte belegen.

Und Kinder mehren sich wie Sand im Meer,
Und Mütter welken früh, die Brüste leer,
Und Kinder fallen wie im Herbst die Fliegen,
Die Kirche spricht: 'Das Weib muß Kinder kriegen!'
Doch für die Dame läßt das Wort sich biegen.

oder

Du, der du unerreichbar oben thronst,
Gott oder Dämon, Geist, Idee, Natur,
Der du die Armut strafst, den Reichtum lohnst,
Fühlst du die Weltangst deiner Kreatur?
Es ist, als ob ein einziger Schrei dich rief,
So schwillt der Chor zu einer Stimme nur,
Und diese ruft dich aus der Tiefe ... aus der Tiefe.¹⁷

Die an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen sind es, die in den vor allem in der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten Gedichten konkrete Gestalt und auch konkrete Forderungen für ihre Zukunft fanden. Als Beispiele seien hier "Aus der Tiefe", "Der Morgen", "Weg der Armut", "Erster Mai" oder "Der Zug im Dunkeln" angeführt. Das Gedicht "Laßt die roten Fahnen wehn", vertont von Justinus Mulle, fand Eingang in

16 Merwin, Ich liebe dich, Traurigkeit, in: Arbeiter-Zeitung, 10. 7. 1931.

17 Merwin, Aus der Tiefe, in: Arbeiter-Zeitung, 22. 6. 1930.

das Liedgut der Sozialistischen Arbeiterjugend.¹⁸

Auch in ihren Prosatexten klammert Thekla Merwin die soziale Frage nicht aus. Erwähnt seien hier ihre Beiträge im Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie "Arbeiter-Zeitung", wie "Totenklage um eine jung-verstorbene Arbeiterin" oder "Armut schändet nicht". Darüber hinaus wählt sie Themen aus den gesellschaftlichen Problemen ihrer Zeit. Mit geradezu sentimentaler Zärtlichkeit schildert die Autorin die Atmosphäre eines alten, verrauchten, gemütlichen Kaffeehauses:

"Es war ein Vorstadtkaffee, Heim des Jungesellen, den abends vier traurige Wände erwarten - Zuflucht des geplagten Familienerhalters, der sich zwischen Geschäft und Wohnung, zwischen Verdrießlichkeit und Langeweile eine Stunde der rätselhaften Erholung, gemischt aus Tabakdunst, Kaffeearoma und Zeitungsdruck, hingibt. Hüben und drüben des Äquators mag es ungeheuer Schönes, ungeheuer Vielfältiges geben - aber in allen fünf Erdteilen der Welt gibt es nur ein richtiges Wiener Kaffeehaus, und das steht in Wien."¹⁹

Nicht unerwähnt sollen auch die kulturpolitischen und literaturhistorischen Beiträge von Thekla Merwin bleiben. Gerade mit solchen Beiträgen begann sie ihre schriftstellerische Tätigkeit. Sie schrieb etwa Abhandlungen über die Schriftsteller Oscar Wilde, Georg Herwegh, Heinrich Jung oder über die österreichische Dichterin Betti Paoli, die eigentlich Elisabeth Glück hieß. Hierher gehören auch die fundierten Rezensionen von Thekla Merwin. Auf sicher großes Interesse stieß der 1915 in der Zeitschrift "Der Merker" veröffentlichte Aufsatz der Schriftstellerin über das jüdische Theater.

Zum Abschluß dieses gerafften Überblicks über Leben und Werk der österreichischen Schriftstellerin Thekla Merwin will ich auf ihren Beitrag "Bankrott der Kultur" über die Kulturbarbarei der Nazis, der in der deutschen sozialdemokratischen Exilzeitung "Neuer Vorwärts" am 23. Juli 1933 abgedruckt wurde, hinweisen. Mit kräftigen Zügen analysiert Thekla Merwin zunächst die Situation in NS-Deutschland, wo "mitten im Herzen Europas entmenschte Horden ihre sadistischen Triebe ungehindert austoben dürfen, daß der Blutrausch im Lande eines Kant und eines Goethe seine Orgien feiert, daß die Phantasien krankhaft veranlagter Führer, die reif für die Zwangsjacke sind, als 'nationale Erhebung' zu einer Wirklichkeit werden konnten, die alle Bilder dantescher Hölle verblassen läßt..." Die Schlußbemerkungen Thekla Merwins in diesem Beitrag könnte man fast als Vermächtnis ihres kulturpolitischen und literarischen Anliegens ansehen.

18 Merwin, Laßt die roten Fahnen wehn, in: Der jugendliche Arbeiter, Nr. 1, Jänner 1933.

19 Merwin, Altes Kaffeehaus, in: Arbeiter-Zeitung, 18. 7. 1931.

"In diesem Chaos ringend, das die blutige Phrase aufs neue entfesselt hat, würde die weltanschauliche Gesinnung des einzelnen mit dem Bankrott der Kultur unweigerlich Schiffbruch erleiden, wüßte er nicht sein Streben und die Zukunft der Menschheit an ein höheres Ziel zu knüpfen, als die Gesamtbilanz unseres gesellschaftlichen Lebens es aufzuweisen hat: Das ist die über allen Formen der menschlichen Entwicklung stehende Idee der Gerechtigkeit, der der Sozialismus dient, die Idee der Freiheit und Gleichheit, die der Seele des gesunden Menschen als ein von der Natur mitgegebenes Bewußtseinsgut eingeboren ist, für die wir leben und sterben wollen als für die reine Religion des Geistes, die unverrückbar, ein Axiom des menschlichen Willens, über alle Schwächen und Krämpfe der Zeit hinweg ihren Weg der Vollendung geht."²⁰

Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften (G = Gedicht, Rez. = Rezension)

Dialog über die Lüge. In: Der Merker. 1913. 4. Jg. S. 388-393.

Alfons Paquet: Erzählungen an Bord. (Rez.) In: Der Merker. 1914. 5. Jg. S. 665 f.

Terzinen an eine Schauspielerin. (G) In: Neue Freie Presse. 12. April 1914.

Betti Paoli. (Zu ihrem hundertsten Geburtstag.) 30. Dezember 1915. In: Der Merker. 1915. 6. Jg. S. 34 f.

Jüdisches Theater. In: Der Merker. 1915. 6. Jg. S. 401 ff.

Ein pietistischer Dichter. In: März 1917. 11. Jg. S. 289-292.

Georg Herwegh. In: März 1917. 11. Jg. S. 486-489.

Dämmerung. (G) In: Neues Wiener Tagblatt. 15. Mai 1921.

Der verlassene Garten. (G) In: Neues Wiener Tagblatt. 15. Mai 1921.

Erinnerung. (G) In: Neues Wiener Tagblatt. 25. Dezember 1921.

Lied am Abend. (G) In: Neues Wiener Tagblatt. 16. April 1922.

Bruderherz. In: Arbeiter-Zeitung. 31. Jänner 1924.

Die große Reise. In: Arbeiterwille. 15. Juli 1925.

Mainacht. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 16. Mai 1926.

Eduard Ritter: Und wieder die Liebe. (Rez.) In: Neues Wiener Abendblatt. 1. Juni 1926.

Die Straße. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 6. Juni 1926.

Die Stadt. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 18. Juli 1926.

Mutter Erde. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 19. September 1926.

Der neue Roman Sudermanns. Hermann Sudermann: Der tolle Professor. (Rez.) In: Neues Wiener Abendblatt. 22. Oktober 1926.

Wilhelm Schmidtbonn: Die Geschichten von den unberührten Frauen. (Rez.) In: Neues Wiener Abendblatt. 29. Oktober 1926.

Keinen gib't, der jeden Berg bestiegen. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 19. Dezember 1926.

Der neue Benoit. "Alberte" von Pierre Benoit. (Rez.) In: Neues Wiener Abendblatt. 22. Dezember 1926.

Erster Mai. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 1. Mai 1927.

20 Merwin, Bankrott der Kultur, in: Neuer Vorwärts, Nr. 6, 23. 7. 1933.

- Stromers Nachtlid. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 13. Juni 1927.
 Weg der Armut. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 1. Jänner 1928.
 Der Morgen. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 12. Februar 1928.
 Arbeiterkonzert. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 1. Mai 1928.
 Land der Jugend. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 3. Juni 1928.
 Gang der Arbeitslosen. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 5. Jänner 1930.
 Aus der Tiefe. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 22. Juni 1930.
 Grabschrift des unbekanntenen Vagabunden. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 28. September 1930.
 Wer leben bleibt, ist Sieger. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 7. Dezember 1930.
 Abrechnung. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 6. Jänner 1931.
 Totenklage um eine jungverstorbene Arbeiterin. In: Arbeiter-Zeitung. 1. März 1931.
 Armut schändet nicht. In: Arbeiter-Zeitung. 29. März 1931.
 Sonntagsbetrachtungen eines Unjugendlichen. In: Arbeiter-Zeitung. 22. Mai 1931.
 Ruf der Toten. (G) In: Der Sozialdemokrat. Juni 1931. 13. Jg.
 Der Zug im Dunkeln. (G) In: Die Frau. Nr. 6. Juli 1931.
 Morgen am Felde. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 1. Juli 1931.
 Ich liebe dich, Traurigkeit. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 10. Juli 1931.
 Altes Kaffeehaus. In: Arbeiter-Zeitung. 18. Juli 1931.
 Herz voll von Liebe. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 17. Oktober 1931.
 Marschlied. (G) In: Der Sozialdemokrat. November 1931. 13. Jg.
 Erwachender Morgen. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 3. Juli 1932.
 Wir bringen Ihnen das Interessanteste. Blendende Zahnreihen. Der gutsitzende Frack. In: Arbeiter-Zeitung. 7. Juli 1932.
 Und alle Jahre geht's dem Winter zu. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 29. Oktober 1932.
 Laßt die roten Fahnen wehn. Text: Thekla Merwin. Musik: Justinus Mülle. In: Der jugendliche Arbeiter. Nr. 1. Jänner 1933.
 Mensch, Gott, Tier, Tor. (G) In: Arbeiter-Zeitung. 25. Februar 1933.
 Vergessene Kleinstadt. In: Arbeiter-Zeitung. 29. Juni 1933.
 Bankrott der Kultur. In: Neuer Vorwärts. Nr. 6. 23. Juli 1933.
 Fußangeln der Sprache. In: Arbeiter-Zeitung. 6. Oktober 1933.
 Spaziergang eines Kindes. In: Unser Kalender 1934. Wien 1933. S. 101 f.
 Der Brief. In: Arbeiter-Zeitung. 19. Jänner 1934.
 Pferdegetrappel. In: Neues Wiener Abendblatt. 15. Juli 1936.
 Gestern - heute. In: Neue Freie Presse. 6. August 1937.

JONNY MOSER

DIE GILDEMEESTER-AUSWANDERUNGSHILFSAKTION

Kurz nach dem "Anschluß" wurden alle jüdischen Vertretungskörperschaften über Auftrag Eichmanns vom Sicherheitsdienst der SS stillgelegt, deren Leiter festgenommen, so daß die Wiener und die österreichische Judenschaft führungs- und vertretungslos war.¹ In dieser Situation versuchten mehrere jüdische Persönlichkeiten, zu führenden österreichischen Nationalsozialisten Kontakt aufzunehmen, um für die Juden geregelte Verhältnisse zu schaffen. Einige dieser Personen scharten sich um den Holländer Frank van Gheel Gildemeester, der schon nach dem Ersten Weltkrieg verfolgten Deutschen im oberschlesischen Abstimmungsgebiet beigestanden war und im besetzten Saarland wie im Rheinland inhaftierte Deutsche betreut hatte. In der Zeit des "Ständestaates" besuchte er konfinierte Nationalsozialisten und nahm deren Interessen vor österreichischen Stellen wahr.² Diese Gruppe um Gildemeester, von dem Banker Arthur Kuffler (geb. 1. 8. 1869) angeführt, legte dem Minister für Arbeit und Wirtschaft, Hans Fischböck, einen leicht zu realisierenden Plan vor, der mit der von den Nationalsozialisten angestrebten "Arisierung" jüdischer Betriebe und Vermögenswerte einherging und wovon auch Staatssekretär Keppler, Görings Stellvertreter als Beauftragter für die Durchführung des Vierjahresplans in Österreich, ferner Adolf Eichmann vom SD-Hauptamt und Gauleiter Joseph Bürckel Kenntnis erhielten. Diesem Plan nach sollte die Auswanderung von mittellosen Juden über eine Organisation im Umfeld Gildemeesters betrieben werden; die Gelder dafür hatten begüterte Juden aufzubringen. Bei dieser Transaktion wollte sich die Gildemeester-Auswanderungshilfsaktion um die Ausreise wohlhabender ausreisewilliger Juden bemühen, ihnen Reisepässe und steuerliche Unbedenklichkeitszeugnisse besorgen und fallweise auch Einwanderungsmöglichkeiten in überseeische Gebiete vermitteln.³ Dafür verzichteten die Auswanderer auf ihr Vermögen, das "arisiert" oder zugunsten des Deutschen Reichs eingezogen werden sollte. Zehn Prozent dieses jüdischen Vermögens sollten einem Auswanderungsfonds zugeführt werden, um die Kosten der Emigration

- 1 Jonny Moser. Die Katastrophe der Juden in Österreich 1938-1945, in: Studia Judaica Austriaca V, Eisenstadt 1977, S. 112.
- 2 DÖW E 21.481. Brief A. Rintelens an Gildemeester, 2. 3. 1938; Brief Gildemeesters an Reg. Rat Berndorf, Gestapo Berlin, 5. 12. 1938.
- 3 DÖW E 21.481. Liste wohlhabender Juden mit Vermögensaufstellung, die sich bei Gildemeester zur Auswanderung gemeldet hatten; Zusammenstellung November 1938 für Dr. Erich Rajakowitsch.

mittelloser Juden zu bestreiten. Dieser Auswanderungsfonds wurde in dem NS-Kreisen nahestehenden Bankhaus Krentschker & Co. eingerichtet und von Dkfm. Fritz Kraus (geb. 1898)⁴ verwaltet, der den Titel Fondsführer trug. Die Vermögenstransaktionen führte Rechtsanwalt Dr. Erich Rajakowitsch⁵ durch. Diesen Modus der Finanzierung der Auswanderung von mittellosen Juden nützte Eichmann dann bei der Errichtung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien⁶, die er aus diesen Fondsmitteln budgetierte.

Die Gildemeester-Auswanderungshilfsaktion nahm wie alle jüdischen Vertretungskörperschaften Anfang Mai 1938 ihre Tätigkeit auf. Sie hatte ihre Büroräumlichkeiten in Wien I., Kohlmarkt 8, und verlegte diese im September 1938 in die Wollzeile 7. Die Gildemeesteraktion hatte gute Kontakte zur Caritas, zur Christian Society of Friends, wie die Quäker in Österreich offiziell hießen, und zur Schwedischen Mission. Ihre Beziehungen zur Israelitischen Kultusgemeinde, der offiziellen Vertretung der österreichischen Juden, blieben immer etwas kühl und distanziert, wiewohl die Mehrheit der Mitarbeiter der Gildemeesteraktion der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörte. Die Leitung der Israelitischen Kultusgemeinde betrachtete die Gildemeesteraktion als eine Konkurrenz, sie traute Gildemeester nicht ganz wegen seiner früheren Hilfeleistung für die österreichischen Nationalsozialisten und fühlte ihm gegenüber ein gewisses Unbehagen wegen seiner guten Kontakte zu offiziellen NS-Stellen. Die Gildemeesteraktion stand unter der persönlichen Leitung Frank van Gheel Gildemeesters, stellvertretend für ihn fungierte Arthur Kuffler, das Sekretariat leitete Joseph Galvagni⁷, ein gebürtiger Südtiroler, der von dem vorerwähnten Fritz Kraus für diesen Posten vorgeschlagen worden war. Nichtjuden waren noch Galvagnis Sekretärin Herma Prenner und der Kanzleiangestellte J. Schimanek.

Alle anderen Mitarbeiter der Gildemeesteraktion waren "Nichtarier"; sie arbeiteten ehrenamtlich oder gegen einen sehr geringen Spesenersatz. Selbst

4 Fritz Kraus, Dkfm., NSDAP-Nr. 784.019, SS-Nr. 281.087, 1938 bei der Vermögensverkehrsstelle tätig, 1939-1945 Direktor des Kaufhauses der Wiener (vormals Gemgroß), 1944 SS-Sturmbannführer, nach 1945 vom Volksgericht zu 18 Monaten Haft verurteilt, später Direktor im Kaufhaus Steffl.

5 Erich Rajakowitsch, Dr. jur., Rechtsanwalt, geb. 23. 10. 1905 in Triest, November 1939 SS-Felddienstleistung über Vermittlung Eichmanns im Lager Zarzecze bei Nisko, ab 1940 in Holland bei der "Arisierung" tätig.

6 Jonny Moser, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung, in: Der Pogrom 1938, Hrsg. Kurt Schmid und Robert Streibel, Wien 1990, S. 96.

7 Joseph Galvagni, 30. 8. 1889 bis 9. 2. 1957, Kaufmann, wurde im März 1938 Mitglied der NSDAP.

Gildemeester, der zeit seines Lebens immer in äußerst bescheidenen Verhältnissen gelebt hatte, erhielt erst ab dem Frühjahr 1939 eine Aufwandsentschädigung von 600 Reichsmark. Führend in der Gildemeesteraktion waren noch Hermann Fürnberg (geb. 5. 12. 1897) und Erich Fasal (geb. 10. 11. 1909)⁸; letzterer leitete nach der Auflösung der Gildemeester-Organisation die Auswanderungshilfsaktion für Nichtglaubensjuden bis 1942, behördlicherseits unterstand er der Israelitischen Kultusgemeinde Wien. Bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung wirkten für die Gildemeesteraktion Emil Gottesmann (geb. 21. 1. 1903), Hermann Kohaut (geb. 18. 2. 1894) und Dr. Franz Berger (geb. 19. 5. 1902); Verbindungsmann zur Gestapo war Rudolf König (geb. 12. 2. 1903), der sich um die Freilassung Inhaftierter aus der Gestapohaft und den Konzentrationslagern große Meriten erworben hatte.

Sogleich nach der Aufnahme ihrer Tätigkeit bemühte sich die Gildemeesteraktion, Vertreter zur bevorstehenden internationalen Flüchtlingskonferenz nach Evian (Juli 1938) zu entsenden. Von dieser Konferenz erhoffte sich alle Welt eine Lösung des deutsch-österreichisch-jüdischen Flüchtlingsproblems. Die Konferenz erwies sich als Flop, zumal die traditionellen Einwanderungsländer USA, Britanniens Commonwealth of Nations und Frankreich nicht gewillt waren, mehr Flüchtlinge aufzunehmen.⁹ Die Flüchtlinge sollten vielmehr in südamerikanische Länder ausweichen. Diese begannen jedoch auch, ihre Grenzen gegenüber einer deutsch-jüdischen Immigration zu schließen. Die Gildemeesteraktion war in Evian durch Arthur Kuffler vertreten, der einen Platz in der Beobachterdelegation der Society of Friends einnahm. Kuffler baute die Beziehungen zu englischen und französischen Hilfsstellen aus. Mit den Organisatoren illegaler Palästinatransporte, beispielsweise Dr. Perl und den Revisionisten, stand er in Verbindung, wie Kuffler auch Kontakte zu lateinamerikanischen Konsuln pflegte, um nur jede mögliche Chance für eine Einwanderung zu erkunden. Natürlich ging auch die Gildemeesteraktion, wie so viele andere, Gauklern, Schwindlern und Geschäftemachern auf den Leim, die aus der Not der jüdischen Menschen ihren guten Lebensunterhalt bestritten.

Das Augenmerk der Gildemeesteraktion richtete sich jedoch sehr bald auf die Vorgänge in Österreich. Aus dem Burgenland hatte die Gestapo innerhalb weniger Wochen die Juden vertrieben und in Wien bei einer

8 Erich Fasal war 1940-1942 Leiter der Auswanderungshilfsstelle für Nichtglaubensjuden, wurde am 9. 10. 1942 nach Theresienstadt deportiert und am 23. 1. 1943 von Theresienstadt nach Auschwitz verschickt.

9 Arthur D. Morse, While Six Million Died, New York-Toronto 1967/68, S. 202 ff.

großen Verhaftungsaktion Hunderte von Juden festgenommen¹⁰ und in Konzentrationslager eingewiesen. In ihrer großen Not wandten sich viele burgenländische Juden an die Gildemeesteraktion um Hilfe; sie benötigten eine Verlängerung ihrer kurzfristeten Ausweisungsbefehle, andere wieder suchten für die Entlassung inhaftierter Angehöriger aus den Konzentrationslagern zu intervenieren, damit sie gemeinsam auswandern könnten. Anfang Juni 1938 schickte Gildemeester Galvagni auf eine Fact-finding Mission in das Burgenland, um die ihm zu Ohren gekommenen Berichte an Ort und Stelle überprüfen zu können. Was Galvagni berichtete, alarmierte auch die Vermögensverkehrsstelle in Wien, zumal sich herausstellte, daß der Judenreferent der Gestapo in Eisenstadt, Otto Kurt Koch (geb. 29. 9. 1908)¹¹, gemeinsam mit örtlichen NS-Funktionären bei der Beschlagnahme jüdischen Vermögens für die eigene Tasche gearbeitet hatte.¹² Galvagni überzeugte sich auch von der brutalen Vertreibung der Rechnitzer Juden, die im April 1938 einfach über die Grenze nach Jugoslawien gejagt worden waren. Von den Jugoslawen nicht in ihr Land gelassen, lagerten sie hilflos im Niemandsland zwischen den Grenzen, lediglich von Zagreber jüdischen Organisationen verpflegt.¹³ Wochenlang blieben sie hier, bis sie auf Intervention Galvagnis Reisepässe erhielten und aufgrund von Unterhaltsgarantien jüdischer Stellen vorläufig in Jugoslawien Aufenthalt fanden. Derweil hatten die Interventionen zugunsten der KZ-Häftlinge bei der Gestapo Ausmaße angenommen, die selbst die Gestapo erschreckten. Sie kontaktierte Rajakowitsch, der für die Einstellung dieser Interventionsflut sorgen sollte. In einem Schreiben erteilte Rajakowitsch der Gildemeesteraktion einen geharnischten Verweis und meinte, sie solle nicht zu einer "Durchlaufstelle für Gesuche auf Entlassung aus der Schutzhaft" werden, vielmehr "stets die größere Aufgabe, die Abwanderung der großen Massen vermögensloser Juden", im Auge behalten.¹⁴

Die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich nach der Konferenz von Evian für die Erlangung von Einreisepässen in die klassischen Einwanderungsländer ergaben, bewogen viele Stellen, so auch die Gildemeesteraktion, nach anderen Ländern Ausschau zu halten. Das Augenmerk der Gildemeester-

10 Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation, Hrsg. DÖW, Wien 1975, Bd. III, Dok. 122, S. 263.

11 Otto Kurt Koch war von März bis Oktober 1938 Leiter des Judenreferats bei der Gestapo in Eisenstadt, später bei der Gestapo Wien tätig.

12 Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934-1945. Eine Dokumentation, Hrsg. DÖW, Wien 1979, Dok. 33, S. 315 f.

13 Ebenda, Dok. 35 und 36, S. 315.

14 DÖW E 21.481. Schreiben Dr. Rajakowitsch an die Gildemeesteraktion, 20. 7. 1938.

aktion konzentrierte sich immer mehr auf Abessinien, das zu dieser Zeit auch von anderen Ländern und Organisationen in Erwägung gezogen wurde. In ihrem der Zentralstelle für jüdische Auswanderung übermittelten Entwurf über die "Umsiedlung nichtarischer Deutscher"¹⁵ strebte die Gildemeesteraktion eine Monopolstellung bei der Auswanderung der österreichischen Juden an. Sie wollte die alleinige Verantwortung dafür tragen, alle anderen Hilfsstellen sollten ihr untergeordnet sein. In diesem Entwurf finden sich aber auch Gedanken, die Hans Fischböck gelegen kamen und die von Hjalmar Schacht bei den inoffiziellen Kontaktgesprächen mit den Verantwortlichen der interstaatlichen Kommission für die Regelung des deutsch-jüdischen Flüchtlingsproblems vorgelegt wurden.¹⁶

Bis Anfang Dezember 1938 gelang es keiner Auswanderungshilfsstelle, Einreisemöglichkeiten in größerem Umfang für die bedrängten österreichischen Juden aufzufinden. Die Gildemeesteraktion konnte daher auch nicht das zu Beginn ihrer Tätigkeit den offiziellen Stellen gegenüber gemachte Versprechen einlösen, neue und vermehrte Einreisemöglichkeiten zu erschließen. Sie hielt sich auch nicht an den Hinweis Rajakowitschs, für Inhaftierte nicht zu intervenieren. Die Gestapo, der diese Haltung mißfiel, wollte sich daher von der Tätigkeit der Gildemeesteraktion überzeugen und führte eine überraschende Überprüfung derselben in ihren Räumlichkeiten durch. Es wurde ab nun von der Gestapo festgelegt, wen sie zu betreuen habe und welche Gruppe sie zur Finanzierung ihrer Tätigkeit heranziehen dürfe. Die Gildemeesteraktion wurde als feste und fixe Auswanderungshilfsorganisation für die Emigration österreichischer Juden nichtmosaischen Glaubens unter die Fittiche der Zentralstelle für jüdische Auswanderung genommen. Sie durfte in Hinkunft lediglich wohlhabende Juden mit einem Vermögen bis zu 100.000 Reichsmark, Besitzer größerer Vermögenswerte nur in Ausnahmefällen betreuen. Als sich der Rechtswahrer der Familie Strakosch an die Gildemeesteraktion wandte, weil diese Familie ihr Vermögen der Hilfsorganisation überantworten wollte, schrieb sogleich der Generalsekretär Galvagni an Kraus, er möge doch dieses Ansuchen wohlwollend behandeln, da es sich um eine sehr große Summe für die Gildemeesteraktion handle.¹⁷ Alle Eingaben, Interventionen, Meldungen über Auslandsreisen hatte die Gildemeesteraktion von nun an zweifach auszufertigen und an die Gestapo sowie an die Zentralstelle zu richten. Sie mußte wöchentlich eine Standes-

15 Ebenda. Entwurf der Gildemeesteraktion für eine Ansiedlung deutscher "Nichtarier", August 1938.

16 Hjalmar Schacht, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953. S. 481 ff; Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP), Bd. V, S. 767, Anm. 2.

17 DÖW E 21.481. Schreiben Galvagni an Fritz Kraus, 12. 12. 1938.

meldung aller bei ihr gemeldeten Personen der Zentralstelle übermitteln. Und es wurde ihr von der Gestapo unmißverständlich zur Kenntnis gebracht, daß die Einreichung von Entlassungsgesuchen für in Schutzhaft befindliche Personen bei der Staatspolizeileitstelle oder die unentgeltliche, aber auch bezahlte Weiterleitung derartiger Gesuche nicht toleriert werde.¹⁸

Bei dieser Besichtigung der Arbeitsräume der Gildemeesteraktion fiel den amtshandelnden Beamten auch auf, daß alle dortigen Mitarbeiter als Abzeichen eine dreieckige, blau-weiße Anstecknadel mit dem Aufdruck Gildemeester trugen. Diese Abzeichen mußten sofort entfernt werden. Es blieb dem Sekretär Galvagni jedoch anheimgestellt, die Mitarbeiter während der Geschäftszeit durch blaue Armbinden kenntlich zu machen. Die in den bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung vorgeschalteten Büros der Israelitischen Kultusgemeinde tätigen Juden würden in Hinkunft eine gelbe Armbinde tragen.¹⁹ Das ist die erste angeordnete Kennzeichnung der Juden.

Dem Gestapo-Tagesrapport vom 3. - 4. Dezember 1938 ist zu entnehmen, daß die Gildemeesteraktion vom Beginn ihrer Tätigkeit an bis zum 21. Oktober 1938 2.675 Personen jüdischer Abkunft zur Auswanderung verholten hat.²⁰ In dieser Zeitperiode waren mehr als 50.000 österreichische Juden geflüchtet oder ausgewandert. Ab Dezember 1938 machte die Auswanderung österreichischer Juden einen großen Sprung vorwärts. Die nach der "Kristallnacht" ausgebrochenen Querelen zwischen den USA und Großbritannien über eine vermehrte Einwanderung deutsch-jüdischer Flüchtlinge veranlaßten den großen alten Mann Englands, Stanley Baldwin, in einer Radiosendung an die Ehre der Engländer zu appellieren und sie an ihre traditionelle Generosität Asylsuchenden gegenüber zu erinnern. Innerhalb von Tagen waren ohne bürokratische Schikanen für flüchtende deutsche und österreichische Juden die Grenzen offen. Noch im Dezember 1938 wurden rund 1.200 jüdische Kinder aus Österreich im Alter von 10 bis 17 Jahren nach England gebracht.²¹ Diese Kinderaktion ging dann bis September 1939, wenn auch in vermindertem Ausmaß, weiter. Einreiseerleichterungen gab es für Frauen, die als Hausgehilfinnen Permits erlangen konnten, und für Männer im arbeitsfähigen Alter, die später in andere Länder weiterwandern wollten.

18 DÖW E 21.481. Tagesrapport, Gestapo Wien, 20.-21. 12. 1938.

19 Ebenda.

20 DÖW E 21.481. Unter den von der Gildemeesteraktion zur Auswanderung gebrachten Personen gab es so manche, die auch von anderen Stellen Reisekostenzuschüsse bekamen.

21 Ebenda. Brief Galvagnis an Kraus, 5. 12. 1938, über die geplanten Kindertransporte nach England.

Der Gestapo-Tagesrapport vom 10. - 11. Jänner 1939 vermerkt, daß mit Hilfe der Gildemeesteraktion von Mai 1938 bis Ende Dezember 1938 11.203 österreichische Juden auswanderten, für die Reisezuschüsse aus den Mitteln des Auswanderungsfonds in der Höhe von 534.647 Reichsmark ausgegeben wurden.²²

Was die Zentralstelle für jüdische Auswanderung brennend interessierte, war die exakte Zahl der im Sinne der Nürnberger Gesetze in Österreich wohnenden Juden. Bis zum 14. Mai 1939, dem Tag einer Volkszählung, ging Eichmann von der fiktiven Zahl von 300.000 Juden aus, die seiner Meinung nach zur Zeit des "Anschlusses" in Österreich lebten: rund 180.000 davon nachweislich jüdischer Konfession und 120.000 nichtmosaischer Religion.²³ Die Zahl 300.000, wie sie seit Jahren von allen antisemitischen Gruppen fixiert wurde, war gewiß zu hoch; im März 1938 lebten vielmehr rund 201.000 Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze in Österreich. Eichmann beharrte auf der Zahl 300.000 selbst dann noch, als die ersten Ergebnisse der Volkszählung 1939 durchsickerten, die auch zeigten, daß er sich geirrt hatte. Als von seiten der Gildemeesteraktion die Anregung kam, alle arbeitsfähigen Personen zur Eingliederung in den Arbeitsprozeß zu erfassen, genehmigte er eine Zählung der Juden im September 1939, die ihm, so glaubte Eichmann, Gewißheit über die Zahl der Nichtglaubensjuden bringen werde.²⁴ Aber sie erbrachte ihm auch die Möglichkeit, die Juden karteimäßig zu erfassen, was sich für die Verfolgten bei den Deportierungsaktionen verhängnisvoll auswirkte, insbesondere als diese Kartei, die bei der Zentralstelle auflag, evident gehalten werden mußte. Bei der angeordneten Registrierung aller in Österreich lebenden Juden erfaßte die Gildemeesteraktion mit Stichtag 11. Oktober 1939 8.359 Nichtglaubensjuden; davon waren 4.165 römisch-katholischer, 1.746 evangelischer, 153 altkatholischer, 43 anglikanischer Religion, 2.213 waren konfessionslos und 29 Angehörige von Sekten.²⁵ Die Zahl der Glaubensjuden am 15. September 1939 betrug 66.050.²⁶ Per September 1939 gab es in Österreich insgesamt 74.409 Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze.

22 Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945, Bd. III., Dok. 137, S. 272. Auffallend ist die rapide Steigerung der zur Auswanderung gebrachten Personen aufgrund der erleichterten Einreisebestimmungen Großbritanniens.

23 Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945, Bd. III, Dok. 138, S. 272.

24 Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien, 15. 9. 1939. Ähnliche Aufrufe zur Registrierung der Nichtglaubensjuden erfolgten durch die Gildemeesteraktion.

25 Aus einer unveröffentlichten Arbeit des Autors über die Demographie der österreichischen Juden zwischen 1934 und 1945.

26 Ebenda.

Die Auswanderung in andere Länder außer Großbritannien blieb auch das Jahr 1939 hindurch limitiert. Die Gildemeesteraktion, ganz besonders jedoch Hermann Fürnberg konzentrierten sich daher immer mehr auf eine von Präsident Roosevelt bereits im Dezember 1938 - allerdings vergeblich - vorgeschlagene jüdische Kolonisation in Abessinien.²⁷ Unzählige Gespräche wurden geführt, viele Kontakte zu italienischen Stellen aufgenommen und Persönlichkeiten konsultiert, die sich für eine Ansiedlung für Juden rund um den Tana-See interessierten. Von einer Ablehnung durch Mussolini scheinen sie nie Kenntnis bekommen zu haben. Und gerade diese Uninformiertheit über Mussolinis Ablehnung jeder jüdischen Ansiedlung in Abessinien gab der Gildemeesteraktion weiterhin eine gewisse Existenzberechtigung. Mehrmals reisten Galvagni und Fürnberg nach Rom, es gab einen umfangreichen Schriftwechsel mit allen erdenklichen italienischen Regierungsstellen, eine Erkundungsfahrt nach Abessinien war für Oktober 1939 geplant. Im August 1939 fuhr Fürnberg nach Rom, um eine Dependance der Gildemeesterhilfsaktion einzurichten, doch der Ausbruch des Krieges verhinderte alles. Gildemeester selbst kam im September nach Rom, erreicht hatte er nichts. Fürnberg wollte nicht mehr nach Wien zurück, er schlug sich nach Barcelona durch und gelangte später nach Amerika. Gildemeester erhielt kein deutsches Einreisevisum mehr, er soll verlässlichen Quellen nach in Lissabon den Krieg überlebt haben.

Die Gildemeesteraktion hatte ihre Existenzberechtigung verloren, sie wurde Ende 1939 aufgelöst. Ihre sozialen Aufgaben übernahm die Auswanderungshilfsstelle für nichtmosaische Juden. Vorwand für die Auflösung waren die kriegsbedingt erschwerte Auswanderung, jedoch auch die verhältnismäßig kleine Zahl von Nichtglaubensjuden, für deren Betreuung die Gildemeesteraktion einen zu großen Verwaltungsapparat besaß, die fortgesetzte Interventionstätigkeit für inhaftierte Juden als auch für die Mitarbeiter der Gildemeesteraktion, um diese vor der Verschickung nach Nisko im September 1939 zu schützen.²⁸

Ein letztes Mal hörte man von Gildemeester im März 1946. In einer kleinen Notiz berichtete das "Neue Österreich", daß der bekannte Philanthrop Frank van Gheel Gildemeester in Wien eingetroffen sei, um Österreicher für eine Kolonisation in Kenia zu interessieren.²⁹ Und damit verschwindet Gildemeester aus dem Blickfeld der Geschichte.

27 Galeazzo Ciano, Tagebücher 1939-1943, Bern 1946, S. 18, FRUS (Foreign Relations of the United States), vol. I. (1938), S. 858 ff.; ebenda, S. 24; Documents on British Foreign Policy, Third Series, vol. III, Dok. 500, S. 517 ff.

28 Verschiedene Eingaben der Gildemeesteraktion an die Gestapo. Aus einem bisher unveröffentlichten Manuskript des Autors über das geplante Judenreservat Nisko, Polen.

29 Neues Österreich, 26. 3. 1946 ("Kenia als Auswanderungsziel österreichischer Juden").

SIEGFRIED BEER, EDUARD G. STAUDINGER

DER "MORGENTHAU-PLAN" - EPISODE ODER KONZEPT DER ALLIIERTEN DEUTSCHLANDPLANUNG?

Die Auseinandersetzungen und Schwankungen der westalliierten Planungs- und Exekutivstellen in der Frage der Nachkriegsbehandlung Deutschlands sind in der wissenschaftlichen Literatur der letzten dreißig Jahre quellenmäßig und analytisch längst ausführlich belegt und verarbeitet worden. Dennoch ist das Resultat dieser Forschungen und Einsichten kaum in das öffentliche Bewußtsein eingedrungen. In nicht wenigen Fällen hat dies die Ausbildung beharrlicher Mythen und offensichtlich nur schwer ausmerzbarer Fehleinschätzungen begünstigt. Der vorliegende Aufsatz versteht sich als bescheidener Versuch, in Darstellung, Analyse und auszugsweiser Dokumentation eine nun schon jahrzehntelang festgefügte Meinung bzw. in durchaus geschichtsfälschender Absicht verdrehte Interpretation einer wichtigen Episode und Planungsposition im mehrjährigen Diskussionsprozeß der Alliierten über die Nachkriegsgestaltung Deutschlands wenigstens in Frage zu stellen.

Wann immer innerhalb der alliierten Kriegsallianz wichtige internationale Entscheidungen zu treffen waren, erwies sich das Denken der Beratungsgremien sowie der Entscheidungsträger als in Alternativen angelegt. Es gehört nicht nur zu den Aufgaben des Historikers, solche allenthalben konstaterbaren alternativen Denk-, Planungs- und Handlungsweisen von Einzelpersonen, Gruppen oder Regierungen aufzuzeigen, auch wenn sie in der Folge nicht in Politik und historische Wirklichkeit umgesetzt wurden, sondern auch das Weiterwirken oder Wiederaufflackern historisch verworfener Alternativen in die Analyse einzubinden. Der sog. "Morgenthau-Plan" des amerikanischen Finanzministers der Jahre 1934 bis 1945 zur Pastoralisierung und radikalen sozio-ökonomischen Neuordnung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg war in Wirklichkeit nur der Extrempunkt einer intensiven und weit ausholenden inneramerikanischen Debatte, die zunächst auf US-Regierungsebene, bald jedoch innerhalb des westlichen Kriegsverbündnisses über die nach der Niederwerfung Hitlerdeutschlands vorzunehmende Rekonstruktion der deutschen Gesellschaft geführt wurde.¹

Wer sich über die Ideen, Ängste und Aktionspläne Henry Morgenthaus

1 Auf die reichhaltigen Quellenbestände, die der wissenschaftlichen Forschung zur alliierten Deutschlandplanung seit Jahren zugänglich sind, kann hier nicht näher eingegangen werden. Als die wichtigsten Darstellungen zur Thematik des "Morgenthau-Plans" seien erwähnt: Henry Morgenthau Jr., Germany is Our Problem, New York 1945; John

in bezug auf die Neugestaltung Deutschlands und die zukünftige Rolle der Deutschen in Europa ein historisch verlässliches Bild machen will, muß sich der Mühe unterziehen, den "Morgenthau-Plan" vom September 1944 in die alliierte Diplomatie und Politik von 1941 bis 1947 und insbesondere in die komplexen Debatten und vielfältigen Planungen der diversen amerikanischen Regierungsstellen einzuordnen.² Wenngleich dies in dem hier vorgegebenen Rahmen nur überblicksmäßig erfolgen kann, sind Intention, Rolle und Bedeutung des Morgenthau-Konzeptes für Deutschland letztlich nur in diesem Gesamtkontext zu beurteilen.

Die auf Deutschland bezogene amerikanische Nachkriegsplanung war aus verschiedenen Gründen von Gegensätzlichkeiten gekennzeichnet. Die besondere Rolle von Präsident Roosevelt, konzeptionelle Auffassungsunterschiede innerhalb der Regierung hinsichtlich jener mittel- und langfristigen Planungen, wie das besiegte Deutschland zur Vermeidung neuerlich von ihm ausgehender Aggressionen künftig behandelt werden sollte, das Nebeneinander verschiedener Planungskommissionen sowie die Verschränkung von politischen, militärisch-strategischen und ökonomischen Faktoren führten dazu, daß eine einheitliche, kohärente und kontinuierliche amerikanische Deutschlandplanung im Grunde nicht existierte. Hinzu kam, daß in diesem Zusammenhang so wesentliche Fragen wie jene nach der Einheit oder Aufteilung Deutschlands, den neuen Grenzen des Landes, den Reparationen oder der konkreten Besatzungspolitik in einem von erbitterter Kriegsführung geprägten Klima beraten werden mußten, wobei das fortschreitende Bekanntwerden des Ausmaßes der NS-Ausrottungspolitik zusätzlich verschärfend wirkte.

Es war Joseph Stalin, der als erster der "Großen Drei" schon Ende 1941 gegenüber dem britischen Außenminister Anthony Eden pointierte Vorstellungen über eine Nachkriegsordnung in Europa vorbrachte. Er griff dabei auf eine frühere Aussage Churchills zurück und stellte eine Zerstückelung Deutschlands zur Diskussion, die zugleich die erneute Unabhängigkeit

Blum, *From the Morgenthau Diaries. Years of War 1941-1945*, Boston 1967; Günther Moltmann, *Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg. Kriegs- und Friedensziele 1941-1945*, Heidelberg 1958; Anthony Kubek, *The Evolution of the "Treasury Plan" for Postwar Germany. An Introduction to the Morgenthau Diary on Germany*, in: *The Morgenthau Diary (Germany)*, 2 Bde., Washington DC 1967; H. G. Gelber, *Der Morgenthau-Plan*, in: *Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte* 13 (1965), S. 372-402; Bruce Kuklick, *American Policy and the Division of Germany: The Clash with Russia over Reparations*, Ithaca 1972, und Warren F. Kimball, *Swords or Ploughshares? The Morgenthau Plan for Defeated Nazi Germany, 1943-1946*, Philadelphia 1976.

² Dies ist z.B. in vorzüglicher Weise geschehen bei Paul Y. Hammond, *Directives for the Occupation of Germany: The Washington Controversy*, in: *American Civil-Military Decisions. A Book of Case Studies*, Hrsg. H. Stein, Birmingham 1963, S. 311-464.

Österreichs mit einschloß. Bei der ersten direkten Begegnung der drei Staats- und Regierungschefs auf der Ende 1943 abgehaltenen Konferenz von Teheran stellten dann auch Franklin D. Roosevelt und Winston S. Churchill ihre konkreten Vorstellungen von einer sinnvollen "dismemberment" Deutschlands vor. Roosevelt sprach damals von fünf separaten deutschen Kleinstaaten und von deutschen Territorien, die unter internationale Kontrolle gestellt werden sollten, während Churchill dafür plädierte, die süddeutschen Länder vom Reich zu lösen und einem neuen Donaustaat unter Einbeziehung Österreichs und Ungarns anzugliedern. Allen diesen Ideen und Vorschlägen haftete allerdings nur der unverbindliche Charakter eines Meinungsaustausches auf allerdings höchster alliierter Ebene an. Die Vorstellungen, die in den westdemokratischen Außenministerien, also dem State Department in Washington und dem Foreign Office in London, entwickelt wurden, entsprachen jedoch nicht diesen Zerstückelungsplänen der "Großen Drei". Im letzteren neigte man eher dazu, in Deutschland den Weg der Dezentralisierung, also der Schaffung eines föderalistisch strukturierten Landes anzustreben. Die britischen Stabschefs allerdings empfahlen die Zerstückelung Deutschlands, um so eine zukünftige Wiederaufrüstung und eine neuerliche Aggression Deutschlands zu verhindern. Im State Department hatte man schon 1942 begonnen, politische Pläne für ein neues Deutschland zu schmieden, die gemäßigt und auf langfristige Ziele angelegt waren.³ Im US-Kriegsministerium indessen wurden erste Konzepte für eine militärische Besetzung erarbeitet, die eher kurzfristig und auf wenige Aufgaben beschränkt sein sollte. Lediglich in der seit Frühjahr 1943 eingerichteten Civil Affairs Division (CAD) wurde dem War Department eine größere Rolle zugesprochen und für eine strenge Behandlung der Deutschen plädiert. Was die öffentliche Meinung innerhalb der westlichen Demokratien anbelangte, so hatte sie sich mit zunehmender Dauer des Krieges naturgemäß verhärtet. In England wie in den USA war offenbar die Mehrheit der Bürger dafür, die Deutschen für die Anzettelung des Krieges zu bestrafen und eine neuerliche deutsche Aggression in aller Zukunft zu verhindern. So stand im wesentlichen außer Zweifel, daß die totale militärische Niederlage Deutschlands, die Zerstörung seines Kriegspotentials und die Ausmerzung des Nationalsozialismus notwendig waren.

Im amerikanischen Regierungssystem obliegt es in Kriegs- wie in Friedenszeiten dem Präsidenten der Republik, die Interessen der Außen- und Sicherheitspolitik mit den Bedürfnissen der Innenpolitik in Einklang zu bringen. So gesehen war Roosevelt sich immer der beste und eigentliche

³ Vgl. dazu Günther Moltmann, *Die frühe amerikanische Deutschlandplanung im Zweiten Weltkrieg*, in: *VjhZ* 5 (1957), S. 241-264.

Außenminister der USA zwischen 1933 und 1945. Gerade er war es, der sich 1943/44 mehrfach für einen "harten Frieden" gegenüber Deutschland ausgesprochen hatte. Nazi-Deutschland zu bestrafen und klein zu halten, erschien ihm allerdings in erster Linie eine Angelegenheit der europäischen Länder und weniger der Vereinigten Staaten, die sich nach dem Krieg wieder aus Europa zurückziehen und eine globale Friedensregelung im Rahmen der Vereinten Nationen anstreben sollten. Roosevelt wurde in dieser Sicht besonders von seinem Finanzberater Bernard Baruch unterstützt, der Deutschland für wesentlich gefährlicher hielt als die UdSSR. Ebenso entschieden bekannte sich Sumner Welles, Undersecretary of State, zu einem "harten" Kurs. Er trat für eine Aufteilung Deutschlands, eine Entmachtung der Schwerindustrie, eine Liquidierung des preußischen Generalstabes und eine teilweise Abtretung deutscher Ostgebiete an Polen ein. Wirklich bekannt und öffentlich wahrgenommen wurden diese Konzepte allerdings erst durch den "Morgenthau-Plan". Wie Baruch erblickte Morgenthau in Deutschland und nicht in der Sowjetunion den Hauptgegner der USA. Hierin unterschied sich Roosevelts Finanzminister und seit Jahren einer seiner engsten Vertrauten sehr deutlich von den führenden Vertretern in State und War Department, deren jüngste Stellungnahmen zur Deutschlandfrage, ein Papier des Committee on Post-War Programs (PWC) und ein Entwurf aus General Eisenhowers Hauptquartier über ein "Basic Handbook for Military Government of Germany", Morgenthau im Frühsommer 1944 zu seiner außenpolitischen Initiative veranlaßten.

Den unmittelbaren Anlaß, sich aktiv in die Diskussion über die "deutsche Frage" einzuschalten, bildete für Morgenthau hierbei ein Memorandum des State Departments, das ihm Anfang August 1944 auf einem Flug nach London zu Gesprächen mit Eisenhower, Churchill, Eden und mit seinem britischen Ressortkollegen Sir John Anderson zur Kenntnis kam. Dieses Memorandum stammte von Leo Pasvolsky und Dean Acheson und beinhaltete hinsichtlich der Behandlung Deutschlands nach Kriegsende folgende Passage:

"The best guarantee for security and the least expensive would be the German people's repudiation of militaristic ambitions and their assimilation, as an equal partner, into a cooperative world society. These considerations dictate the search for a policy which will prevent a renewal of German aggression and, at the same time, pave the way for the German people in the course of time to join willingly in the common enterprise of peace."⁴

In London wurde Morgenthau gewahr, daß die von Pasvolsky und

4 Zit. in Lothar Kettenacker, Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 1989, S. 423.

Acheson formulierten Ziele den britisch-amerikanischen Vorstellungen in der European Advisory Commission (EAC) entsprachen.⁵

Nach Washington zurückgekehrt, unterbreitete Morgenthau dem Präsidenten seine Sorgen wegen einer zu milden alliierten Haltung gegenüber den Deutschen. Wenige Tage später erklärte Roosevelt vor seinem versammelten Kabinett, die bisher für Deutschland vorgesehenen Maßnahmen seien viel zu milde angelegt. "Man muß den Deutschen klarmachen, daß die ganze Nation in gesetzwidriger Verschwörung gegen die Grundlagen moderner Zivilisation verstoßen hat."⁶ Roosevelts deutliche Neigung zu einer strengen Politik vis-à-vis Deutschland mag nicht zuletzt in der Tatsache begründet gewesen sein, daß im Spätherbst Präsidentenwahlen bevorstanden, angesichts derer dem potentiellen Vorwurf der Nachsicht und Schwäche gegenüber den Deutschen entgegenzutreten wäre.

Das Gesamtkonzept dessen, was bald als "Morgenthau-Plan" apostrophiert wurde, findet sich in einem Memorandum des Finanzministers an Präsident Roosevelt vom 5. September 1944 mit dem Titel "Suggested Post-Surrender Program for Germany" (Dokument I des Anhangs) und in einem Memorandum des amerikanischen Finanzministeriums vom 9. September 1944, das den provokanten Titel trug: "Program to Prevent Germany from Starting a World War III" (Dokument II des Anhangs).

In so mancher Hinsicht wurden darin bereits längst angestellte Überlegungen aufgegriffen und teilweise verschärft (wie z. B. die Frage der Entmilitarisierung und Zerstückelung Deutschlands, der Bereiche Umerziehung, Kriegsverbrechen und Naziorganisationen), aber auch neue, radikale Aspekte eingeführt, die insgesamt darauf angelegt waren, Deutschland in einen primär agrarisch orientierten Staat zu verwandeln. Insbesondere das Ruhr- und Saargebiet als industrielle Machtgrundlagen für Deutschlands Kriege sollten durch Demontage entindustrialisiert werden. Bergwerke sollten gründlich zerstört werden.⁷ Wirtschaftliche Kontrollen sollten für wenigstens zwanzig Jahre auferlegt werden; weiters wäre der Großgrundbesitz aufzulösen und der Flugverkehr zu verbieten. Von Reparations-

5 Es waren vor allem zwei amerikanische Vertreter in der EAC, Philip E. Mosely und E. F. Penrose, die Zweifel anmeldeten, daß ein agrikulturell orientiertes Deutschland seine Bevölkerung auf Dauer selbst ernähren könne. Morgenthau soll gekontert haben, daß dem durch den Abtransport des deutschen Bevölkerungsüberschusses nach Nordafrika beizukommen wäre. Vgl. E. F. Penrose, Economic Planning for the Peace, Princeton 1953, S. 248.

6 Cordell Hull, Memoirs, Bd. 2, New York 1948, S. 1603. Zit. in Gelber, Der Morgenthau-Plan, S. 381.

7 Gerade in diesen Fragen der Deindustrialisierung und Vernichtung der Bergwerke trat Morgenthau den Zweifeln seiner Mitarbeiter sehr vehement entgegen. Siehe Dokument III des Anhangs.

zahlungen wurde bewußt abgesehen. Wiedergutmachungsleistungen wären in Form von Waren, Übergabe von Eigentumsrechten und durch Bereitstellung von deutschen Zwangsarbeitern im Ausland zu erwirken. Jedenfalls wäre es ein Irrtum, an die wirtschaftliche und handelspolitische Notwendigkeit eines starken, industrialisierten Deutschlands zu glauben, vielmehr würde Großbritannien von dem vorgeschlagenen Programm direkt profitieren. Die Sicherung der deutschen Versorgung wäre alleinige Angelegenheit der Deutschen selbst und nicht die Verantwortung der alliierten Militärverwaltung. Im übrigen sah Morgenthau im Nationalsozialismus in erster Linie den bisherigen Höhepunkt des unabänderlichen deutschen Dranges zu Aggression und Machtstreben. Die ersten Diskussionen über die Morgenthauschen Vorstellungen auf Kabinettschene waren noch im Gange, als Roosevelt am 11. September 1944 zu einem zweiten Treffen mit Churchill nach Quebec aufbrach, wohin er bald auch seinen Finanzminister nachholen ließ. Als Morgenthau dem britischen Premier am 13. September seine Ansichten unterbreitete, fiel dessen erste Reaktion scharf ablehnend aus. Churchill wies entschieden zurück, daß "England an eine Leiche gefesselt würde".⁸ Wie Churchill selbst in seinen Memoiren berichtet, hätten Roosevelt und Morgenthau, "von dem wir viel zu verlangen hatten", so darauf beharrt, "daß wir uns endlich darauf einließen, die Pläne zu prüfen".⁹ Churchill akzeptierte schließlich eine abgeschwächte, von ihm selbst vorgeschlagene Zusammenfassung der zentralen Punkte Morgenthaus. Diese Erklärung wurde dann von den beiden Staatsmännern paraphiert (Dokument IV des Anhangs). In dieser verkürzten Version fehlten allerdings wesentliche Elemente des Morgenthauschen Aktionsprogrammes. So waren weder die Aufteilung Deutschlands noch die Bestrafung der Kriegsverbrecher und auch nicht die Reparationsfrage erwähnt. Wenn auch der zentrale Punkt über die Verwandlung Deutschlands in einen Staat mit agrarisch-ländlichem Charakter blieb, war auch hier die Quebecer Formulierung weit schwächer als das Original. Auch die geforderte Deindustrialisierung an Ruhr und Saar blieb auf einige wichtige Industrien beschränkt. Das Dokument von Quebec hatte überdies nur den Charakter einer Vorsatzerklärung, ohne jede bilaterale oder gar alliierte Verbindlichkeit.

Morgenthaus Programm fand Anhänger in Politik und öffentlicher Meinung, stieß in gleicher Weise aber auch auf Gegnerschaft. Zu den Gegnern innerhalb der amerikanischen Regierung zählten neben Henry

8 Vgl. Hull, *Memoirs* 2, S. 1615; Jörg Friedrich, *Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik*, Frankfurt 1984, S. 12 f.

9 Winston S. Churchill, *The Second World War*, Bd. 6, London 1954, S. 138.

Stimson, dem Secretary of War, und seinem Unterstaatssekretär John J. McCloy vor allem Vertreter des State Department. Von der Kritik an einem Memorandum aus dem Außenministerium hatte Morgenthaus Initiative, wie gesagt, ihren Ausgang genommen. Ähnliche Positionen wie Pasvolsky und Acheson vertrat aber auch Edward R. Stettinius als Vorsitzender des Post-War Programs Committee. Er legte im August 1944 eine Erklärung vor, in der er sich gegen eine Aufteilung Deutschlands aussprach, nur eine begrenzte Kontrolle der deutschen Wirtschaft befürwortete und nach einer kurzen Periode von Reparationsleistungen für eine "Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft" eintrat.¹⁰ Die Beamten im State Department gingen in ihrer Argumentation von der Voraussetzung aus, daß Deutschland durch konsequente Entnazifizierung und Entmilitarisierung, durch Auswahl neuer politischer Führungspersönlichkeiten sowie durch entsprechende Kontroll- und Reformmaßnahmen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft als demokratischer Staat etabliert und letztlich auch in das internationale Staaten- und Wirtschaftssystem integriert werden könne. Diese Konzeption diente hierbei einem zweifachen Ziel. Zum einen sahen die Planer im State Department darin ein wirksames Mittel dafür, künftig den Frieden zu sichern. Zum zweiten spielten in diesem Zusammenhang vor allem auch wirtschaftliche Überlegungen eine zentrale Rolle. Die deutschen Wirtschafts- und besonders Industriekapazitäten wurden nämlich als ein wichtiges Element für ein funktionierendes internationales Wirtschafts- und Handelssystem angesehen. Darüber hinaus hatte das amerikanische "Big Business" konkrete Interessen an der Rekonstruktion der deutschen Wirtschaft und besonders an einem aufnahmefähigen deutschen Markt. Diese Beurteilung der Bedeutung der deutschen Wirtschaft im allgemeinen und der Industrieproduktion im besonderen für konkrete Wirtschaftsinteressen und das internationale Wirtschafts- und Handelssystem bildete einen der zentralen Gegensätze zwischen den Konzeptionen des State Department und dem Programm Morgenthaus. Die Planer im State Department sahen eine Interdependenz zwischen der Rekonstruktion des internationalen Wirtschafts- und Handelssystems in Europa und den deutschen Industrie- und Marktkapazitäten. Darüber hinaus schrieben sie dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft eine wichtige Funktion hinsichtlich der Stärkung der Demokratie auf gesellschaftlicher Ebene zu. Diese Zielsetzung schloß hierbei allerdings durchaus auch Reformen der Industriestruktur, insbeson-

10 Vgl. Jost Hermand, *Vom Nazismus zum NATOismus. Das westdeutsche Wandlungswunder im Spiegel der Luce-Presse*, in: *Amerika und die Deutschen. Bestandsaufnahme einer 300jährigen Geschichte*, ed. F. Trommler, Opladen 1986, S. 423.

dere der großen privatwirtschaftlichen Machtkonzentrationen in den Bereichen der Kohle-, Stahl-, Elektro- und Chemieindustrie, ein, die in einer Reihe von Analysen als eine der Machtgrundlagen des NS-Regimes angesehen wurde.¹¹ Morgenthau hingegen forderte die vollständige Deindustrialisierung dieser Industriezweige. Er beurteilte die deutsche Industrie nach ihrer Funktion in der deutschen Militär- und Kriegsmaschinerie und sah in der Beseitigung ihrer tragenden Sparten eine notwendige Maßnahme zur Verhinderung neuerlich von Deutschland ihren Ausgang nehmender Aggressionsakte. Zudem widersprach Morgenthau jenen Ansichten, die der deutschen Industrie Bedeutung im Zusammenhang mit der Rekonstruktion der europäischen Wirtschaft zuschrieben, und wies demnach unter diesem Gesichtspunkt vorgetragene Kritik an seinem Programm zurück (Dokument II des Anhangs).

Dennoch bildeten die Forderung nach der weitgehenden Deindustrialisierung Deutschlands und deren Zweckmäßigkeit im Herbst 1944 nicht nur in den USA einen Hauptpunkt in den Diskussionen über Morgenthau-Programm, sondern sie bestimmten auch in hohem Maße die Reaktionen der britischen Regierung.

In Großbritannien wurde bis in den Sommer 1944 durchaus auch mit der Möglichkeit gerechnet, daß die amerikanische Deutschlandpolitik letztlich von den Wirtschaftsinteressen des "Big Business" bestimmt werden und damit Deutschland gegenüber äußerst kompromißbereit ausfallen könnte. Bei den in diesem Zusammenhang auf britischer Seite auftretenden Befürchtungen spielten die eigenen schlechten Erfahrungen mit der Appeasement-Politik der dreißiger Jahre eine wichtige Rolle. Aus diesem Grund sah die britische Regierung im Programm Morgenthau, als sie davon erstmals informell erfuhr, vorerst ein willkommenes Gegengewicht zu möglichen Appeasement-Tendenzen in den USA. Hinzu kam, daß Morgenthau als Finanzminister und einflußreicher Berater Roosevelts eine zentrale Rolle in den Verhandlungen um die britischen Kreditaufnahmen in den USA spielte und auch auf die Allianz mit der Sowjetunion Bedacht zu nehmen war. Premierminister Churchill und Außenminister Eden äußerten sich daher allgemein zustimmend, daß Deutschland einen harten Frieden zu erwarten habe. Allein Finanzminister Anderson drückte Skepsis aus in der Weise, als für ihn die finanziellen und ökonomischen Konsequenzen einer Deindustrialisierung Deutschlands nicht abzuschätzen waren.¹² Die vorerst primär von

11 Vgl. Charles S. Maier, Produktion und Rehabilitation. Die wirtschaftlichen Grundlagen der amerikanischen Förderung Westdeutschlands in der atlantischen Gemeinschaft der Nachkriegszeit, in: Amerika und die Deutschen, S. 411 f.

12 Kettner, Krieg als Friedenssicherung, S. 424.

taktischen und situationsbedingten Erwägungen bestimmte Haltung Londons änderte sich, als Präsident Roosevelt sich hinter das Programm seines Finanzministers stellte und diese Frage als Thema der zweiten Konferenz von Quebec zu erwarten war. Nunmehr drückte das britische War Cabinet seine Skepsis bezüglich der Effizienz von Morgenthau-Programm aus und befürchtete, daß dessen Verwirklichung zu einem Chaos in der Mitte Europas führen könnte.¹³ Auch Churchill reagierte in Quebec, als er offiziell und im Detail mit Morgenthau-Vorschlägen konfrontiert wurde, ablehnend. Im weiteren Verlauf der Konferenz stimmte er dann allerdings, wie bereits erwähnt, zu. Ausschlaggebend für diesen Gesinnungswandel war wohl, daß in Quebec auch über die Verlängerung des amerikanisch-britischen Leih- und Pachtabkommens verhandelt wurde, wobei die Amerikaner vor allem hinsichtlich der Erhöhung der britischen Exportquote in die USA sich großzügig zeigten. Die Erlöse aus dem Export waren für Großbritannien zur Deckung seiner Investitionen von geradezu lebenswichtiger Bedeutung, und Morgenthau sprach Churchill auch direkt auf die Folgen an, wenn die britischen Exporte die notwendigen Importe nicht mehr decken könnten und Hunger das Land bedrohte.¹⁴ So stand Churchill in Quebec einerseits unter Entscheidungszwang, andererseits gewann die Vorstellung einer deutschen Deindustrialisierung nach dem Krieg insofern eine gewisse Attraktivität, als damit Deutschland als wirtschaftlicher Konkurrent zum Vorteil Großbritanniens ausgeschaltet wäre. Dieser Logik konnte sich das britische Finanzministerium allerdings nicht anschließen. Sir David Waley, einer seiner leitenden Beamten, hielt fest, daß von einem weitgehend deindustrialisierten Deutschland auch keine Exporte zu erwarten wären, woraus auch der britischen Exportwirtschaft Nachteile erwachsen würden. Darüber hinaus äußerte er Befürchtungen hinsichtlich der psychologischen Auswirkungen des Morgenthau-Programmes bei der deutschen Bevölkerung.

Das Foreign Office wiederum kritisierte, daß Morgenthau-Vorschläge nicht innerhalb der Kriegsallianz beraten wurden. Zudem fühlte sich Anthony Eden im Entscheidungsprozeß von Churchill übergangen. Trotz aller Bedenken herrschte im War Cabinet jedoch keine Bestürzung. Der Entschluß, die deutschen Industriekonzentrationen an der Ruhr und Saar zu zerschlagen, ließ sich letztlich in der konkreten Situation auch so verstehen, die deutsche Industrie in Übereinstimmung mit den bisherigen Intentionen zwar zu entmilitarisieren, aber nicht völlig zu zerstören. Dies galt insbesondere dann, wenn die Ausführung des Programmes in den Händen der Briten liegen sollte. In Quebec hatte Roosevelt nämlich nach langem

13 Ebenda, S. 425.

14 Ebenda, S. 426.

Widerstand zugestimmt, den Briten die Nordwest-Zone Deutschlands mit dem Ruhrgebiet zu überlassen. Hinzu kam, daß ein Teil des Ruhrgebietes bei Kriegsende ohnedies ein Trümmerfeld sein und ein weiterer Teil zu Reparationszwecken herangezogen werden würde. Außerdem konnten gegebenenfalls die französischen Pläne René Massigli's stärker ins Spiel gebracht werden, die eine unter internationaler Aufsicht vorgenommene Nutzung des industriellen Potentials im Ruhrgebiet im Dienste der von Hitlers Armeen heimgesuchten Länder vorsahen. So beschränkten sich Großbritanniens Beziehungen zu Morgenthau's Vorstellungen im Herbst 1944 auf eine im Grunde unter den besonderen Verhandlungsbedingungen von Quebec zustande gekommene Zustimmung Churchills und eine Bejahung durch jene Unterhändler, die auf britischer Seite die Verhandlungen um die Leih-Pacht-Verträge führten. Im Kabinett insgesamt und in der hohen Beamenschaft herrschte überwiegend Ablehnung vor, und auch der Wirtschaftsplanungsstab, der Morgenthau's Programm auf seine Folgen hin überprüfte, kam zu einem negativen Ergebnis, indem er in einer Realisierung von Morgenthau's Vorschlägen keine Vorteile für Großbritanniens Wirtschaft und Handel zu sehen vermochte. Eden griff diese Kritik auf und fügte noch dazu, daß eine drastische Entindustrialisierungspolitik, von der die geplante britische Zone besonders betroffen sein würde, die zu erwartenden vielfältigen Probleme nicht lösen, sondern verschärfen würde.¹⁵ Hier ging die britische Deutschlandplanung von rein unmittelbaren Zweckmäßigkeitserwägungen aus und legte Morgenthau's Programm zu den Akten.

Roosevelt selbst sah sich im Wahlkampfherbst 1944 einer schwierigen Situation gegenüber. Er hatte 1943/44 mehrfach einen harten Frieden für Deutschland befürwortet. Den Friedensschluß von Versailles aus dem Jahre 1919 beurteilte er hierbei nachträglich als zu milde und betonte die Notwendigkeit, daß diesmal wirksamere Sicherungsmaßnahmen etwa gegen ein Wiedererstarken des preußisch-deutschen Militarismus getroffen werden müßten. Roosevelts im September 1944 ausgedrückte Billigung der Vorstellungen seines Finanzministers entsprach daher durchaus auch seiner Grundüberzeugung. Allerdings stellte die amerikanische Deutschlandpolitik als solche für Roosevelt ein Problem von eher untergeordneter Bedeutung dar bzw. bildete sie eine abhängige Variable seiner Politik gegenüber Stalin und der Sowjetunion. Es ging dem Präsidenten nämlich vorrangig darum, die Allianz mit der Sowjetunion nicht zu gefährden. Dies hatte seinen Grund darin, daß Roosevelt der Sowjetunion hinsichtlich seiner beiden Hauptinteressen, dem Gewinn des Krieges und der anschließenden globalen Friedenssicherung, zentrale Bedeutung zuerkannte. Diese Einschätzung

¹⁵ Ebenda, S. 431.

Roosevelts der Sowjetunion, deren Status als eurasische Weltmacht am Ende des Krieges für den amerikanischen Präsidenten außer Frage stand, führte dazu, daß die Deutschlandplanung in erheblichem Ausmaß zu einer Funktion der Politik gegenüber der Sowjetunion wurde. Mögliche Streitpunkte erfuhren daher bezüglich ihrer Lösung einen Aufschub. Darüber hinaus erfolgten Zugeständnisse an das sowjetische Sicherheitsbedürfnis in Ostmitteleuropa. Unter diesem Gesichtspunkt entsprachen Roosevelts harte Haltung in der Deutschlandfrage und seine vorerst völlige Zustimmung zu den Vorstellungen Morgenthau's den Grundlinien seiner Politik gegenüber der Sowjetunion und sollten sein Verständnis für deren Sicherheitsbedürfnis signalisieren.¹⁶

Roosevelt begann allerdings noch im Herbst 1944, sich von Morgenthau's Programm zu distanzieren. Ausschlaggebend hierfür waren einmal scharfe innenpolitische Gegenreaktionen, die der Präsident umso weniger ignorieren konnte, als er sich gerade in der Wahlkampagne für seine Wiederwahl im November 1944 befand. Diese Gegenreaktionen zeigten, daß auch entschieden antisowjetisch eingestellte und an der Rekonstruktion einer liberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung in Deutschland interessierte Kreise über eine bedeutende Anhängerschaft verfügten. Hinzu trat, daß das NS-Regime Morgenthau's Programm propagandistisch zur Verhärtung der deutschen Gegenwehr ausnützte. Dies konnte den Krieg verlängern und damit die Zahl der Opfer auch auf amerikanischer Seite erhöhen. In der Phase des Wahlkampfes versuchte Roosevelt demnach, den unterschiedlichen Grundpositionen in der "deutschen Frage" Rechnung zu tragen. Diese Haltung behielt er auch nach seiner Wiederwahl bei, ohne sich allerdings festzulegen. Für Roosevelt standen nach wie vor die Gewinnung des Krieges und hinsichtlich der Nachkriegsplanung die globale neue Friedensordnung im Vordergrund.

Von der Quebecker Erklärung hatten sich beide Unterzeichner praktisch spätestens Anfang Oktober deutlich distanziert. So gesehen blieb der als Planungsvorschlag nur kurzfristig wirksame "Morgenthau-Plan" lediglich eine Episode in der langjährigen Diskussion um eine effiziente und friedensichernde Deutschlandpolitik nach dem Kriege. Natürlich hinterließen die Ideen Morgenthau's, deren Bedeutung nicht zuletzt darin zu sehen ist, daß sie einem Teil der öffentlichen Meinung in den westlichen Demokratien zu entsprechen schienen, mittel- bis sogar langfristige Wirkung. Vorerst jedoch wurde innegehalten. Roosevelt machte dies in einem Schreiben vom 20.

¹⁶ Vgl. Detlef Junker, Kampf um die Weltmacht. Die USA und das Dritte Reich 1933-1945, Düsseldorf 1988, S. 47.

Oktober an Außenminister Hull mit dem Hinweis deutlich, daß es nun in der weiteren alliierten Deutschlandplanung keine Eile gäbe, solange das Land nicht besetzt wäre.¹⁷ Die alten Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Planungsstellen in Washington blieben auch in der Folge beharrlich bestehen und prägten auch die Diskussionen um die als Dokument JCS 1067 bekanntgewordenen Richtlinien für den amerikanischen Oberbefehlshaber in der zukünftigen US-Militärverwaltungszone in Deutschland.¹⁸

In der Vorbereitung der Konferenz von Jalta wuchs der Einfluß des State Department, das in seiner Deutschlandplanung stark von wirtschaftlichen Kategorien ausging. Dies zeigte sich besonders in der Frage der Reparationen, die nur in Sachlieferungen, zeitlich begrenzt und in wirtschaftlich vernünftigem Rahmen erfolgen sollten. Vor allem sollten die Amerikaner nicht neuerlich wie in den zwanziger Jahren in die Lage gebracht werden, die Reparationen direkt oder indirekt über Anleihen zu finanzieren. Eine Neuauflage des verhängnisvollen Schulden-Reparationskarussells galt es daher unbedingt zu vermeiden. Die deutsche Wirtschaft und speziell die Industrie sollten einerseits zwar entmilitarisiert und auf Friedensproduktion beschränkt werden, darüber hinaus jedoch in der Lage sein, Devisen zu erwirtschaften, um notwendige Importe bezahlen zu können. Diese gemäßigten amerikanischen Vorstellungen führten in Jalta und Potsdam hinsichtlich des Reparationsproblems zu heftigen Kontroversen mit Stalin und den sowjetischen Delegierten. Auch entsprachen sie in keiner Weise den Vorstellungen Morgenthaus. Anders verhielt es sich in der Frage der Besatzungspolitik. Sie wurde auf amerikanischer Seite durch die Direktive 1067 der Joint Chiefs of Staff geregelt. Roosevelt billigte am 20. März 1945 die vorletzte, Harry S. Truman am 11. Mai die letzte Fassung dieser Direktive, in die einige Elemente von Morgenthaus Grundideen als "negative objectives" Eingang fanden: Entmilitarisierung, industrielle Abrüstung, Reparationen, Entnazifizierung.¹⁹ Schon auf der Konferenz in Jalta hatten sich die Alliierten geeinigt, den Teil der deutschen Industrie zu vernichten oder wenigstens zu kontrollieren, der der Waffenproduktion gedient hatte, und daß die Reparationsdemontagen in der Hauptsache dazu dienen sollten,

17 Vgl. Hull, Memoirs 2, S. 1621.

18 Vgl. dazu vor allem Walter C. Dorn, Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland (1944-45), in: VjhFZ 6 (1958), S. 60-70, und John Gimbel, The American Occupation of Germany: Politics and the Military, 1945-1949, Stanford 1968.

19 Wogegen vor allem das State Department immer noch beharrlich ankämpfte. Vgl. John L. Gaddis, The United States and the Origins of the Cold War 1941-1947, New York 1972, S. 124.

deutsches Kriegspotential zu beseitigen.²⁰ Dennoch ist darauf hinzuweisen, daß angesichts der schon ab 1941 einsetzenden alliierten Deutschlanddiskussionen bzw. der vielen Vorentscheidungen, wie sie auf diversen Kriegskonferenzen der Alliierten im Laufe der Kriegsjahre gefällt wurden, den Deutschen unter alliierter Militärherrschaft schwerwiegende Pönal-, Kontroll- und Beschränkungsmaßnahmen mit allergrößter Wahrscheinlichkeit auch dann auferlegt worden wären, wenn es die Vorschläge Henry Morgenthaus nie gegeben hätte.

Wenngleich der "Morgenthau-Plan" für die Behandlung Nachkriegsdeutschlands schwerwiegende Bestrafungselemente enthielt, die in der Weigerung gipfelten, sich für das Wohl der deutschen Bevölkerung mitverantwortlich zu fühlen²¹, dürfen Ziel und Zweck des Programmes nicht in Rache und Sühne für die Greuel und Aggressionen Hitlerdeutschlands gesehen werden, sondern in einer dauerhaften und wirkungsvollen Umgestaltung des deutschen Nationalcharakters und der deutschen Gesellschaft insgesamt. Selbstverständlich war Morgenthau als einer der führenden Juden Amerikas über die von den Nazis betriebene "Endlösung der Judenfrage" bestens informiert. Auf seine Initiative hin war im Frühjahr 1944 in Washington ein Kriegsflüchtlingskomitee zur Rettung der europäischen Juden gebildet worden, das dem weiteren Morden in Hitlers Konzentrationslagern jedoch auch nicht beikommen konnte.²² Dennoch darf die primäre Motivation des amerikanischen Finanzministers nicht im Bereich der irrationalen Vergeltung angesiedelt werden. Dafür hätte es keiner großangelegten Analyse der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert bedurft.

Es ist auch ernsthaft zu hinterfragen, ob die Morgenthau-Vorschläge die deutsche Bevölkerung wirklich zu einer letzten verzweifelten Verteidigungsanstrengung gereizt haben könnten, wie dies vielfach behauptet wurde. Zutreffend ist, daß Joseph Goebbels seinen Propagandaapparat in Druck und Ton massiv zu einer Anti-Morgenthau-Kampagne in Bewegung setzte.²³ Auch im Oktober 1944 wurde intensiv auf die Deutschen eingeredet, daß die Kapitulation einer Verwirklichung des rachsüchtigen Morgenthau-Planes gleichkommen würde. Jedenfalls erscheint die Behauptung, der "Morgenthau-Plan" hätte für die Nazi-Führung "den Wert von dreißig Divisionen"

20 Vgl. Hammond, Directives, S. 389-443, und Yalta Communique, in: Foreign Relations of the United States (FRUS), The Conferences at Malta and Yalta 1945, Washington DC 1955, S. 968 f.

21 So meinte Morgenthau in einer Diskussion mit seinen Beratern im Finanzministerium am 4. 9. 1944: "Why the hell should I worry about what happens to their people? [...] We didn't ask for this war; we didn't put millions of people through gas chambers, we didn't do any of those things. They have asked for it." Blum, Morgenthau Diaries, S. 345-355. Siehe Dokument III des Anhangs.

22 Vgl. dazu Martin Gilbert, Auschwitz und die Alliierten, München 1982, S. 203 f.

23 So war im Berliner Rundfunk z.B. zu hören: "Der Jude Morgenthau singt das gleiche Lied

gehabt, völlig übertrieben und absurd.²⁴ Die Ende 1944 deutlich verbesserte Kampfmoral der deutschen Truppen erklärt sich viel eher aus der erfolgreichen Ardennenoffensive, denn aus der Angst vor alliierter Härte als Folge einer militärischen Niederlage. Nicht weniger bedenklich erscheint die Tatsache, daß der Begriff "Morgenthau" gerade auch innerhalb der westlichen Kriegsallianz zunehmend als polemische Waffe gegen alle rigorosen Maßnahmen in bezug auf Deutschland verwendet wurde, und dies nicht nur auf seiten der Planer vor dem V-E-Day, sondern schon früh vom amerikanischen Militärverwalter in Deutschland. Die Ideen Morgenthaus wurden schon bald nach Kriegsende als der konkreten Lage im besiegten Deutschland nicht adäquat eingestuft.

Mit der Ablehnung des "Morgenthau-Planes" für Deutschland wurde zugleich ein Konzept für ein wirklich neutrales, machtpolitisch ungebundenes Deutschland verworfen, das im unaufhaltsam aufziehenden Kalten Krieg ein Faktor der Entspannung in Europa hätte werden können. Diese Alternative blieb jedenfalls ungenützt.

Henry Morgenthau ist in der deutschen Historiographie, erst recht in der deutschen Öffentlichkeit seit Herbst 1944, persona non grata geblieben. Kaum jemand hat sich der Mühe unterzogen, sich der gesamten Argumentation und Betrachtungsweise Morgenthaus und seines Spezialistenstabes im US-Finanzministerium während der letzten beiden Kriegsjahre zuzuwenden. Angesichts der bis heute nicht endgültig abgewendeten Gefahr eines potentiell wiederaufflackernden deutschen Militarismus sowie der periodisch immer wieder ernsthaft debattierten Vision der "nuklearen Teilhabe" der BRD erscheinen die Morgenthauschen Analysen aus dem Herbst 1944 keineswegs widerlegt. Im Gegenteil. Die wirtschaftlich so erfolgreiche Geschichte der westdeutschen Republik bis heute erföhre eine völlig andere Einschätzung. "Sorgsam Verborgenes" würde sichtbar.²⁵ Die zentrale Frage, wie es dem zwischenkriegszeitlichen Deutschland gelingen konnte, die militärische Niederlage von 1918 in einen ökonomischen Sieg umzukehren, stellte sich bald auch für die Zeit nach 1945.²⁶ Morgenthau reduzierte seine Analyse im Kern auf eine durchaus finanzpolitische Formel: durch Stützung

wie die Juden im Kreml." Zit. bei Alan Bullock, *A Study in Tyranny*, London 1952, S. 693 f., und in der Nazi-Presse war schon Ende September 1944 zu lesen: "Roosevelt und Churchill stimmen in Quebec mit dem jüdischen Mordplan überein." *Völkischer Beobachter*, Wiener Ausgabe, 28. 9. 1944.

24 Vgl. John Wheeler-Bennett, Anthony Nichols. *The Semblance of Peace*, London 1972, S. 185

25 Bernd Greiner, *Germany is Our Problem*, in: *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 4 (1989), S. 6.

26 Schon Anfang der fünfziger Jahre hieß es in einer seriösen Studie über die Rolle der I. G.

auf hauptsächlich amerikanische Kredite und durch Forcierung der wichtigsten Industriezweige, voran der Stahl-, aber auch der Elektro- und Chemieindustrie, sowie durch eine systematisch betriebene Marktexpansionspolitik in Mitteleuropa wurden Überkapazitäten erwirtschaftet, die förmlich zu Krieg und Eroberung drängen mußten. Aus dieser Erkenntnis folgerte man im Umkreis Morgenthaus konsequent: Hitlers Armeen zu besiegen und zu beseitigen wäre nur der Anfang; die schwierigere Aufgabe wartete noch: wie seien akkumuliertes Kapital zu beseitigen und jede kriegsfähige Industrie für die Zukunft auszuschalten. Eine Entflechtung der deutschen Konzerne (z. B. Krupp, I. G. Farben oder Vereinigte Stahl) und Großbanken (wie Deutsche Bank und Dresdner Bank), mit denen die angloamerikanischen Giganten wie IBM, General Motors, Standard Oil, Bendix, Procter & Gamble etc. seit den zwanziger Jahren eng zusammenarbeiteten, würde schwer genug werden. Eine dauerhaft wirksame Entmilitarisierung konnte konsequenterweise nur durch eine vollständige Verbannung derjenigen Industriezweige bewerkstelligt werden, die auch die zukünftige Kriegsfähigkeit Deutschlands sichern konnten, eben die Stahl-, Chemie- und Elektroindustrie. Es ist im übrigen viel weniger bekannt, daß auch der amerikanische Justizminister Francis Biddle im Sommer 1944 vor einem amerikanischen Senatskomitee, beinahe auf den Tag zur selben Zeit wie Morgenthau beim Präsidenten, jedoch völlig unabhängig von seinem Kabinettskollegen, zu einer mindestens ebenso radikalen Industriepolitik im besetzten Deutschland aufrief:

"I propose that we break the power of the German monopolistic firms. The purpose of such a program would not be to destroy German economic life in its entirety, but to put its industries into a form where they will no longer constitute a menace to the civilized world."²⁷

Biddles und Morgenthaus Analyse und Aktionsansatz waren historisch richtig. Die Umsetzungsmöglichkeiten eines derartigen Konzeptes mußten

Farben im Zusammenhang mit Aufstieg und Herrschaft Hitlers in Deutschland: "Today (1952) Germany is the most powerful industrial nation in Western Europe. All limitations on the production of its industries have been removed, and Germany is now far outstripping its neighbours in the production of steel, synthetic rubber, synthetic gasoline and other war-potential goods. This good industrial power has been used by Western Germany as the big stick in its drive to get full independence before offering the slightest real evidence of regeneration. The revival of German industrial strength has come about in large measure through United States investments and outright American subsidies." Josiah E. Dubois, Jr., *Generals in Grey Suits. The Directors of the International I. G. Farben Cartel. Their Conspiracy and Trial at Nuremberg*, London 1953, S. 357 f.; vgl. auch Joseph Borkin, *Die unheilige Allianz der I. G. Farben. Eine Interessensgemeinschaft im Dritten Reich*, Frankfurt 1979.

27 Zit. in James Stewart Martin, *All Honorable Men*, Boston 1950, S. 16.

einerseits von der Überzeugungskraft der Argumentation und andererseits von dem Verhandlungsgeschick seiner Proponenten abhängen. Ansatzpunkte für strategischen Zweifel, politischen Widerstand und humanitär begründete Ablehnung gab es natürlich zuhauf. Die Reformer um Morgenthau scheiterten aus vielfältigen, hier nur skizzierten Gründen, nicht zuletzt auch am eigenen Unvermögen, die von den Kritikern vorgeschobene, vereinfachende Formel von der anvisierten totalen Agrarisierung und Pastoralisierung Deutschlands zu entlarven.²⁸ Die Denunziation des angeblich "haßerfüllten Juden" Morgenthau folgte auf dem Fuß. Sie ist von gewissen Kreisen bis heute nicht aufgegeben worden.

Das Nachwirken des "Morgenthau-Planes" im Bewußtsein der Zeitgenossen und zum Teil bis in die Gegenwart darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Plan selbst für kurze Zeit aufgrund der Zustimmung von Präsident Roosevelt zwar gleichsam den Charakter der offiziellen Deutschlandplanung der USA besaß, im Gesamtkontext dieses sehr vielschichtigen und gegensätzlichen Prozesses jedoch nur einen Teilaspekt darstellte.

QUELLENANHANG

DOKUMENT I

AUS: MEMORANDUM MORGENTHAUS AN ROOSEVELT, 5. SEPTEMBER 1944

Foreign Relations of the United States (FRUS), Conference at Quebec, 1944, Washington DC 1972, S. 101-106

Suggested Post-Surrender Program for Germany

1. Demilitarization of Germany

It should be the aim of the Allied Forces to accomplish the complete demilitarization of Germany in the shortest possible period of time after surrender. This means completely disarming the German Army and people (including the removal or destruction of all war material), the total destruction of the whole German armament industry, and the removal or destruction of other key industries which are basic to military strength.

2. Partitioning of Germany

- (a) Poland should get that part of East Prussia which doesn't go to the U.S.S.R. and the southern portion of Silesia as indicated on the attached map.
- (b) France should get the Saar and the adjacent territories bounded by the Rhine and the Moselle Rivers.

²⁸ Obgleich sich Morgenthau heftig gegen diese Verkürzung aufbäumte und seine Anliegen bald an der Kritik an seinen Vorschlägen präzisierete. Vgl. dazu Dokument V des Anhangs.

(c) As indicated in part 3 an International Zone should be created containing the Ruhr and the surrounding industrial areas.

(d) The remaining portion of Germany should be divided into two autonomous, independent states, 1) a South German state comprising Bavaria, Wuerttemberg, Baden and some smaller areas and 2) a North German state comprising a large part of the old state of Prussia, Saxony, Thuringia and several smaller states.

There shall be a custom union between the new South German state and Austria, which will be restored to her pre-1938 political borders.

3. The Ruhr Area

(The Ruhr, surrounding industrial areas, as shown on the attached map, including the Rhineland, the Kiel Canal, and all German territory north of the Kiel Canal.)

Here lies the heart of German industrial power, the caldron of wars. This area should not only be stripped of all presently existing industries but so weakened and controlled that it can not in the foreseeable future become an industrial area. The following steps will accomplish this:

(a) Within a short period, if possible not longer than 6 months after the cessation of hostilities, all industrial plants and equipment not destroyed by military action shall either be completely dismantled and removed from the area or completely destroyed. All equipment shall be removed from the mines and the mines shall be thoroughly wrecked.

It is anticipated that the stripping of this area would be accomplished in three stages:

(I) The military forces immediately upon entry into the area shall destroy all plants and equipment which cannot be re-moved.

(II) Removal of plants and equipment by members of the United Nations as restitution and reparation (Paragraph 4).

(III) All plants and equipment not removed within a stated period of time, say 6 months, will be completely destroyed or reduced to scrap and allocated to the United Nations.

(b) All people within the area should be made to understand that this area will not again be allowed to become an industrial area. Accordingly, all people and their families within the area having special skills or technical training should be encouraged to migrate permanently from the area and should be as widely dispersed as possible.

(c) The area should be made an international zone to be governed by an international security organization to be established by the United Nations. In governing the area the international organization should be guided by policies designed to further the above stated objectives.

4. Restitution and Reparation [...]

5. Education and Propaganda

(a) All schools and universities will be closed until an Allied Commission of Education has formulated an effective reorganization program. It is contemplated that it may require a considerable period of time before any institutions of higher education are reopened. Meanwhile the education of German students in foreign universities will not be prohibited. Elementary schools will be reopened as quickly as appropriate teachers and textbooks are available.

(b) All German radio stations and newspapers, magazines, weeklies, etc. shall be discontinued until adequate controls are established and an appropriate program formulated.

6. Political Decentralization

The military administration in Germany in the initial period should be carried out with a view toward the eventual partitioning of Germany into three states. To facilitate partitioning and to assure its permanence the military authorities should be guided by the following principles:

(a) Dismiss all policy-making officials of the Reich governments and deal primarily with local governments.

(b) Encourage the reestablishment of state governments in each of the states (Länder)

corresponding to 18 states into which Germany is presently divided and in addition make the Prussian provinces separate states.

(c) Upon the partition of Germany, the various state governments should be encouraged to organize a federal government for each of the newly partitioned areas. Such new governments should be in the form of a confederation of states, with emphasis on states' rights and a large degree of local autonomy.

7. Responsibility of Military for Local German Economy [...]

8. Controls Over Development of German Economy [...]

9. Punishment of war Crimes and Treatment of Special Groups [...]

10. Wearing of Insignia and Uniforms [...]

11. Prohibition on Parades [...]

12. Aircraft [...]

13. United States Responsibility [...]

DOKUMENT II

AUS: MEMORANDUM DES U.S. TREASURY DEPARTMENT, 9. SEPTEMBER 1944

FRUS, Conference at Quebec, 1944, S. 131-140

PROGRAM TO PREVENT GERMANY FROM STARTING WAR III [...]

Reparations Mean a Powerful Germany

If we were to expect Germany to pay reparations, whether in the form of money or goods, we would be forced at the very beginning to start a rehabilitation and reconstruction program for the German economy. For instance, we would have to supply her with transportation equipment, public utility repairs, food for her working population, machinery for heavy industry damaged by bombing, reconstruction of housing and industrial raw materials. No matter how the program would be dressed up, we would, in effect be doing for Germany what we expect to do for the liberated areas of Europe but perhaps on an even greater scale, because of Germany's more advanced industrialization.

When reparation deliveries cease Germany will be left with a more powerful economy and a larger share of foreign markets than she had in the Thirties. [...]

It is a Fallacy That Europe Needs a Strong Industrial Germany

1. The assumption sometimes made that Germany is an indispensable source of industrial supplies for the rest of Europe is not valid.

U.S., U.K. and the French-Luxembourg-Belgian industrial group could easily have supplied out of unused industrial capacity practically all that Germany supplied to Europe during the pre-war period. In the post-war period the expanded industrial capacity of the United Nations, particularly the U.S., can easily provide the reconstruction and industrial needs of Europe

without German assistance. [...]

5. In short, the statement that a healthy European economy is dependent upon German industry was never true, nor will it be true in the future. Therefore the treatment to be accorded to Germany should be decided upon without reference to the economic consequences upon the rest of Europe. At the worst, these economic consequences will involve relatively minor economic disadvantages in certain sections of Europe. At best, they will speed up the industrial development of Europe outside of Germany. But any disadvantages will be more than offset by real gains to the political objectives and the economic interests of the United Nations as a whole. [...]

How British Industry Would Benefit by Proposed Program

[...]

The Well-Being of the German Economy is the Responsibility of the Germans and Not of the Allied Military Authorities

The economic rehabilitation of Germany is the problem of the German people and not of the Allied Military authorities. The German people must bear the consequences of their own acts. [...]

What To Do About German Education

The militaristic spirit which pervades the German people has been deliberately fostered by all educational institutions in Germany for many decades. Schools, Colleges and Universities were used with great effectiveness to instill into the children and the youth of the nation the seeds of aggressive nationalism and the desire for world domination. Re-education of the German people must hence be part of the program to render Germany ineffective as an aggressive power.

Re-education cannot be effectively undertaken from outside the country and by teachers from abroad. It must be done by the Germans themselves. The hard facts of defeat and of the need for political, economic and social reorientation must be the teachers of the German people. The existing educational system which is utterly nazified must be completely reorganized and reformed. The chief task will be to locate politically reliable teachers and to educate, as soon as possible, new teachers who are animated by a new spirit. [...]

German Militarism Cannot be Destroyed by Destroying Nazism Alone

(1) The Nazi regime is essentially the culmination of the unchanging German drive toward aggression.

(a) German society has been dominated for at least three generations by powerful forces fashioning the German state and nation into a machine for military conquest and self-aggrandizement. Since 1864 Germany has launched five wars of aggression against other powers, each war involving more destruction over larger areas than the previous one.

(b) As in the case of Japan, the rapid evolution of a modern industrial system in Germany immeasurably strengthened the economic base of German militarism without weakening the Prussian feudal or its hold on German society. [...]

(c) The Nazi regime is not an excrescence on an otherwise healthy society but an organic growth out of German body politic. Even before the Nazi regime seized power, the German nation had demonstrated an unequalled capacity to be seduced by a militarist clique offering the promise of economic security and political domination in exchange for disciplined acceptance of its leadership. What the Nazi regime has done has been to systematically debauch the passive German nation on an unprecedented scale and shape it into an organized and dehumanized military machine integrated by all the forces of modern technique and science.

DOKUMENT III

AUS: DISKUSSION MORGENTHAUS MIT SEINEN ENGSTEN BERATERN (WHIITE, PEHLE, GASTON, MCCONNELL) IM FINANZMINISTERIUM, 4. SEPTEMBER 1944

John Morton Blum, *From the Morgenthau Diaries. Years of War 1941-1945*, Boston 1967, S. 345-355

Again at the Treasury on September 4. Morgenthau instructed White to include in the memorandum on Germany the President's wishes forbidding the Germans aircraft, uniforms and marching. The Secretary also said that Roosevelt was in accord with his idea for the Ruhr. "I think that somebody is going to be confronted," White protested, "with what to do with fifteen million people." The President, Morgenthau replied, would feed them from the Army's soup kitchens. Pehle asked how long that would last, and Morgenthau said Roosevelt would not worry about that, but Pehle predicted that "he is not going to be able to sell that kind of program." White then, as he had before, proposed an alternative "of making the Ruhr an industrial area under international control which will produce reparations for twenty years."

"Harry", Morgenthau said, "you can't sell it to me at all. ... You just can't sell it to me, because you have it there only so many years and you have an Anschluss and the Germans go in and take it. The only thing you can sell me, or I will have any part of, is the complete shut-down of the Ruhr. ... Just strip it. I don't care what happens to the population. ... I would take every mine, every mill and factory and wreck it. ... Steel, coal, everything. Just close it down. ... I am for destroying it first and we will worry about the population second."

White, Gaston, and McConnell continued to enter objections, but Morgenthau persisted. "That is the place where war can spring from," the Secretary said, "and that is the place that closed down the steel mills in Birmingham, the coal mines in England, that caused the misery and the low standards of living in England. ... It is the competition. ... I would close down those things tight. There is nothing left. ... I want to see as good a job done as I can on the war criminals, but over and above that, my interest is the future. ... Looking to the future peace of the world ... and the only way I know is to shut that thing down."

"I don't know how much the Saar has or how much their production is; if necessary, shut that down or give it to France. But certainly if that area /the Ruhr/ is ... stripped of its machinery, the mines flooded - dynamited - wrecked - it would make them impotent to wage future wars."

"Now, as soon as you start arguing with me, and I begin to give way, let this in or that in, or let that area or that population continue their skills, they will do just what they do in the hills of Pennsylvania - they will mine bootleg coal. ... A fellow will have a coal mine in his basement, and those fellows are so clever and such devils that before you know it they have got a marching army. ...

"I am not going to budge an inch. ... Sure it is a terrific problem. Let the Germans solve it. Why the hell should I worry about what happens to their people? ...

"It seems a terrific task; it seems inhuman; it seems cruel. We didn't ask for this war; we didn't put millions of people through gas chambers, we didn't do any of these things. They have asked for it."

"Now, what I say is, for the future of my children and grandchildren I don't want these beasts to wage war. I don't know any other way than to go to the heart of the thing, which is the Ruhr, and I am not going to be budged. I can be overruled by the President, but nobody else is going to overrule me."

The destruction of the Ruhr, Morgenthau admitted, would impose some sacrifices on Great Britain and the United States, at the least reduce export markets, but that seemed to him a small price. He had already told the President, he went on, that the preliminary memorandum had not gone far enough. He wanted army engineers to go "into every steel mill, in every coal

mine, every chemical plant, every synthetic gas business, ... and put dynamite in and open the water valves and flood and dynamite." And as Morgenthau interpreted the President, "he is willing to go as far as I am, or he is willing to go farther than I am. ... The man is hungry, crazy to get some stuff to work with. When he saw what we were talking about he said. ... 'It will be tough sledding with Churchill.'"

DOKUMENT IV

MEMORANDUM, SIGNIERT VON ROOSEVELT UND CHURCHILL, 15. SEPTEMBER 1944

FRUS, *Conference at Quebec, 1944*, S. 466 f.

At a conference between the President and the Prime Minister upon the best measures to prevent renewed rearmament by Germany, it was felt that an essential feature was the future disposition of the Ruhr and the Saar.

The ease with which the metallurgical, chemical and electric industries in Germany can be converted from peace to war has already been impressed upon us by bitter experience. It must also be remembered that the Germans have devastated a large portion of the industries of Russia and of other neighbouring Allies, and it is only in accordance with justice that these injured countries should be entitled to losses they have suffered. The industries referred to in the Ruhr and in the Saar would therefore be necessarily put out of action and closed down. It was felt that the two districts should be put under some body under the world organization which would supervise the dismantling of these industries and make sure that they were not started up again by some subterfuge.

This programme for eliminating the war-making industries in the Ruhr and in the Saar is looking forward to converting Germany into a country primarily agricultural and pastoral in its character.

The Prime Minister and the President were in agreement upon this programme.

(Intd.) O.K.

F.D.R.

(Intd.) W.S.C.

DOKUMENT V

MEMORANDUM MORGENTHAUS AN ROOSEVELT (NICHT ABGESCHICKT), 19. JÄNNER 1945

FRUS, *Yalta, 1945*, S. 175 f.

[Washington], January 19, 1945.

MEMORANDUM

Re: Long Range Program for Germany

1. The single objective of any long range program towards Germany is that of doing all that we can now to prevent Germany from starting a third World War in the next generation. To accomplish this objective, the following principles are clear:

(a) Germany must be rendered weak politically, militarily and economically and must be kept

weak for many years to come.

(b) Any program which has as its purpose the building up of Germany as a bulwark against Russia and communism will inevitably lead to a third World War.

(c) It is impossible to devise a program for Germany today which will guarantee peace in the years to come. We can not expect to find a panacea. There are certain minimum steps which we must take now. Developments in the next five or ten years may require that we take additional steps at that time. So long as the German people retain the will to wage war, we must be ever vigilant to see to it that they do not obtain the means to exercise this will.

(d) Since the stakes are so high, our goal must be that of seeing how far we can go in making certain that Germany is unable to embark upon another war rather than trying to find a minimum program which would convince most people that we had solved the problem.

2. There are many essential facts to a long range program for Germany. Without intending at all to exclude from consideration the other essential elements of the program, it is desired at this time to emphasize the importance of dealing effectively with German heavy industry because industry represents an indispensable means by which Germany can exercise her will to wage war again. Although political, military and economic controls over Germany in the post-war period are essential, they afford no reasonable assurance that a strong industrial Germany could not within twenty to thirty years again plunge the world into war. In order to make reasonably sure that we have deprived Germany of the ability to make war again within the next generation, it is absolutely essential that she be deprived of her chemical, metallurgical and electrical industries. Although this does not mean that other measures are unnecessary, the elimination of heavy industry is one of the essential steps we must take now.

At the same time that German heavy industry is eliminated in Germany every effort should be made to build up heavy industry in the liberated countries surrounding Germany. The industrial equipment moved from Germany as well as the resources in the Rhine and Ruhr areas could make a real contribution toward such a program. In this way the whole balance of industrial power in Europe will be shifted so that Germany will no longer be the dominating power in Europe.

3. After careful study, we completely reject the following propositions:

(a) The fallacy that Europe needs a strong industrial Germany.

(b) The contention that recurring reparations (which would require immediate reconstruction of the German economy) are necessary so that Germany may be made to pay for the destruction she has caused.

(c) The belief that the removal or destruction of all German war materials and the German armament industry would in itself prevent Germany from waging another war.

(d) The illogical assumption that a "soft" peace would facilitate the growth of democracy in Germany.

(e) The fallacy that making Germany a predominantly agricultural country, with light industries but no heavy industries, would mean starving Germans.

DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES

TÄTIGKEITSBERICHT 1990

Die traditionelle **Jahresversammlung** des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes fand am 13. März 1990 im Gemeinderatssitzungssaal des Alten Rathauses statt. Seine Exzellenz Bischof Dr. Alfred Kostecky stellte seinen Vortrag unter ein Motto, das der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Paul Grosz im Gedenkjahr 1988 geprägt hatte: "Die Bewältigung der Gegenwart und Zukunft erfordert das unverzichtbare Wissen um die Vergangenheit." Bischof Kostecky würdigte den Beitrag des Dokumentationsarchivs zur Aufarbeitung der Vergangenheit. Im weiteren Verlauf der Gedenkrede widmete er sich dem Thema der völkerrechtlichen Beurteilung des Geschehens vom 13. März 1938. Kammerchauspieler Prof. Fritz Lehmann las Gedichte von Roman Karl Scholz; beide waren Zellennachbarn im Gefängnis Duisburg-Hamborn, und Scholz diktierte Lehmann, einem Mitglied der Widerstandsgruppe "Österreichische Freiheitsbewegung", so manches seiner Gedichte.

Die musikalische Umrahmung der Gedenkstunde besorgte das Bläserquintett des Konservatoriums der Stadt Wien mit Werken von Darius Milhaud und Pavel Haas; letzterer, ein Janacek-Schüler in Brünn, wurde nach Theresienstadt deportiert und 1944 in Auschwitz ermordet.

Bei der Generalversammlung 1990 fand statutengemäß keine Neuwahl des **Vorstandes** statt. Anstelle des verstorbenen Mitglieds der Kontrolle Ing. Kurt Pordes wurde Polizeirat i. R. Ferdinand Berger als Mitglied der Kontrolle gewählt. Im Juni 1990 wurde Rechtsanwalt Dr. Heinrich Keller als Vorstandsmitglied kooptiert.

Auf Beschluß des Vorstandes wurden folgende Persönlichkeiten neu in das **Kuratorium** aufgenommen:

Generalsekretär Dr. Wilhelm Filla, Prof. Adolf Frohner, Prokurist Franz Kager, Geschäftsf. Mag. Dr. Ilan Knapp, Institutsdir. Dr. Klaus Lohrmann, Hofrat Dr. Hubert Mascher, Archiv-Dir. Univ. Doz. Dr. Ferdinand Oppl, Geschäftsf. Dr. Robert Sedlaczek, Maria Sporrer, Dr. Erika Thurner.

Bei der Generalversammlung wurde folgende Erklärung beschlossen:

"Die Generalversammlung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes verurteilt die grundsätzliche Weigerung von Landeshauptmann Dr. Haider, das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung

Österreichs zu überreichen. Diese Haltung ist ein Affront gegen alle Österreicher und Österreicherinnen, die ihr Leben im Kampf gegen die NS-Diktatur aufs Spiel gesetzt haben. Landeshauptmann Haider bringt damit zum Ausdruck, daß er den österreichischen Widerstand, den eigenen Beitrag zur Befreiung Österreichs, nicht der Würdigung wert findet. Ein solcher Politiker ist für Österreich untragbar. Das Dokumentationsarchiv appelliert an die verantwortlichen Bundespolitiker, für die ordnungsgemäße Vollziehung des Ehrenzeichengesetzes und für eine würdige Überreichung an die Auszuzeichnenden zu sorgen.¹

Im Jahre 1990 betrauerte das DÖW das Ableben der Kuratoriumsmitglieder der Univ. Prof. Dr. Walter Goldinger, Karl Prochazka, Ehrenbundesfeldmeister des Österreichischen Pfadfinderbundes, und Prof. Josef Hindels. Prof. Hindels hinterließ dem Dokumentationsarchiv seine gesamte Bibliothek, die Rechte an seinen zahlreichen Publikationen sowie einen Geldbetrag zur Erforschung und Bekämpfung rechtsextremer und rassistischer Tendenzen in Österreich.

Im Berichtszeitraum betrauerte das DÖW auch den Tod von vier langjährigen ehrenamtlichen Mitarbeitern, die durch Katalogarbeiten, Hilfe bei der Archivierung und in der Bibliothek einen wertvollen Beitrag zur täglichen Arbeit des DÖW geleistet haben. Es verstarben Franz Burda, Max Hoffenberg, Walter Neuhaus und Ester Tencer. Sie alle waren 1934-1945 im Widerstand aktiv und Verfolgungen ausgesetzt.

TÄTIGKEIT 1990

Wie in den letzten Jahren erfolgte die Tätigkeit des Vereins Dokumentationsarchiv in engster Zusammenarbeit und in bestem Einvernehmen mit der Stiftung Dokumentationsarchiv. Deren Leitungsgremium, dem Stiftungsrat, gehören Vertreter der drei Stifter Republik Österreich, Stadt Wien und Verein Dokumentationsarchiv an.

Wissenschaftliche Vorhaben und Publikationen

Im Berichtszeitraum konnte eine Reihe großer Publikationsvorhaben weitergeführt oder fertiggestellt werden.

¹ Die Ehrung der Auszuzeichnenden erfolgte wenig später in Wien.

Die wissenschaftlichen Arbeiten an den Dokumentationen über **Widerstand und Verfolgung in österreichischen Bundesländern** konnten erfolgreich fortgesetzt werden. Die zweibändige Arbeit über das Bundesland Salzburg ist beendet und wird im März 1991 in Salzburg präsentiert. Anschließend wird mit den Arbeiten für die Dokumentation **Widerstand und Verfolgung in der Steiermark** begonnen.

Im Rahmen des Forschungsprojektes über **Österreicher im Exil** befindet sich die zweibändige Dokumentation über das Exil in den USA bereits in Satz, ein Band über Großbritannien ist in Vorbereitung. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte München wird im DÖW der **Österreicher-Band des "Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration"** bearbeitet. Aufgrund eines Forschungsauftrages des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung wird die computergestützte Aufarbeitung von bibliographischen und biographischen Daten österreichischer SchriftstellerInnen im Exil durchgeführt.

Im Rahmen der Reihe "Erzählte Geschichte" wurde Anfang Oktober 1990 unter dem Titel "Spurensuche" der Band 4 über das Schicksal der Kärntner Slowenen präsentiert; er fand positives Echo in den Medien. Die Bände 2 (Das christlich-konservative Lager) und 3 (Die österreichischen Juden) sind in Vorbereitung und werden voraussichtlich 1991 erscheinen.

1990 erschien das fünfte Jahrbuch des Dokumentationsarchivs, das neben dem Referat von Bundeskanzler Dr. Vranitzky kurze wissenschaftliche Beiträge, vor allem über Frauen im Widerstand und über die Verfolgung der Zigeuner enthält.

Gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Quellenkunde wurde eine Publikation über **Biographien von Mandataren des Ständestaates** vorbereitet, zu der DÖW-Vizepräsident Vizekanzler a. D. Dr. Bock ein Vorwort verfaßte und die Anfang 1991 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Neonazistische Zeitschriften leugnen seit Jahren die Existenz von Gaskammern in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Um diesen Geschichtslügen zu begegnen, wurde eine Broschüre "Amoklauf gegen die Wirklichkeit. NS-Verbrechen und 'revisionistische' Geschichtsfälschungen" herausgegeben, die sich mit Argumenten und Methoden der Holocaust-Leugner auseinandersetzt.

Österreichische Neonazis benutzen seit Ende 1987 für die Leugnung der Giftgasmorde im Konzentrationslager Mauthausen ein gefälschtes "Dokument", in dem behauptet wird, eine alliierte Stelle hätte festgestellt, es habe keine Massenmorde durch Giftgas im KZ Mauthausen und in anderen Konzentrationslagern gegeben. In der Auseinandersetzung damit erarbeitete das DÖW im Mai 1989 die Broschüre "Das Lachout-'Dokument'. Anatomie einer Fälschung", die im Herbst 1989 bereits in zweiter Auflage erschienen ist und seit 1990 auch in einer englischen Übersetzung vorliegt.

Eine Broschüre zur Geschichte des KZ Ebensee wurde in deutscher und englischer Sprache aufgelegt.

Das Dokumentationsarchiv verstärkte 1990 seine Bemühungen um eine Intensivierung des Buchvertriebes und ist bestrebt, neue Interessentenkreise für die Publikationen zu erschließen.

Archiv, Bibliothek, Sammlungen

Im Zuge der wissenschaftlichen Projekte des DÖW konnten die Sammlungen um wertvolle Materialien erweitert werden. Im Berichtszeitraum erhielt das DÖW einige hundert Akten aus privater Hand bzw. aus Nachlässen, wobei besonders der umfangreiche Nachlaß von Prof. Josef Hindels zu erwähnen ist. Die Archivierung und katalogmäßige Erfassung des Aktenbestandes mittels EDV machte große Fortschritte. Die neue Form der Einarbeitung, die noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird, bringt eine deutliche Verbesserung des Zuganges zu den DÖW-Materialien mit sich. In Zukunft wird nach Personennamen, aber auch anhand eines ausführlichen Schlagwortverzeichnisses abgefragt werden können, was die Effizienz der Benutzerberatung bedeutend steigern und die Arbeit der MitarbeiterInnen deutlich erleichtern wird.

Im Bereich der Bibliothek konnten im Berichtsjahr bedeutende Zuwächse verzeichnet werden. Aus dem Nachlaß von Prof. Hindels erhielt das DÖW rund 4.000 Bände. Weiters stellte die Fédération Internationale de Résistance (FIR) dem DÖW seine Bibliothek und Zeitschriftensammlung zur Verfügung, insgesamt rund 5.000 Titel. Die Bibliothek der FIR ist durch einen eigenen, im Benützerraum aufgestellten Katalog erschlossen und umfaßt zahlreiche Werke über internationalen Widerstand, zum Teil auch wertvolle, bisher wenig beachtete Publikationen aus der frühen Nachkriegszeit. Neben diesen beträchtlichen Neuzugängen wuchs die Bibliothek auf 23.900 Titel an.

Im Zuge der Bearbeitung der Reihe "Erzählte Geschichte" stellten zahlreiche Privatpersonen dem DÖW historisch wertvolle Fotos zur Verfügung. Oft wird übersehen, daß auch Privataufnahmen oder persönliche Dokumente für die zeitgeschichtliche Forschung von großem Wert sind. Die Fotosammlung wuchs auf rund 19.000 archivierte Bilder an, eine große Zahl von Fotos ist noch nicht aufgearbeitet; insbesondere die umfangreiche Fotosammlung, die die FIR dem DÖW zur Verfügung gestellt hat, muß noch katalogmäßig erfaßt werden, was gleichfalls mittels EDV erfolgt.

Auch die Plakatsammlung erfuhr durch die Bestände der FIR eine beträchtliche Erweiterung und umfaßt derzeit ungefähr 2.500 Exemplare.

Die im Laufe des Projektes "Erzählte Geschichte" ausgeübte Interviewtätigkeit führt zu einer ständigen Ergänzung des Bestandes an Tonbandauf-

zeichnungen und Abschriften biographischer Interviews mit Widerstandskämpfern, Verfolgten und Vertriebenen. Das Schwergewicht liegt derzeit auf der Befragung von Angehörigen christlicher, bürgerlicher und konservativer Widerstandsgruppen und von sogenannten "rassisch" Verfolgten. Diese Sammlung bewahrt die historisch wertvollen Erfahrungen und Informationen hunderter Zeitzeugen auf, die ansonsten dem Vergessen anheimfallen würden. Derzeit liegen Interviewprotokolle mit rund 750 Einzelpersonen vor, das sind 2.300 Tonbandkassetten.

Die Mikrofilsammlung wird ebenfalls laufend um Bestände ausländischer Archive erweitert. Die Dokumentarfilmsammlung des DÖW wird vor allem vom ORF häufig benützt. Gleichfalls ständig erweitert wird die Videosammlung.

Die Zeitungsausschnittsammlung wird durch Artikel aus in- und ausländischen Blättern ergänzt. Thematisch werden hauptsächlich Beiträge zu Widerstand, Verfolgung, Exil, Kriegsverbrechen und Rechtsextremismus gesammelt.

Auf großes Interesse seitens der Benutzer stößt die Sammlung zum Thema Rechtsextremismus, die neben Zeitungsausschnitten auch einen umfangreichen Bestand rechtsextremer Publizistik umfaßt. Mit Hilfe dieser Materialien können immer wieder die Öffentlichkeit sowie Behörden auf Aktivitäten dieser Gruppen aufmerksam gemacht werden.

Die Sammlung von Materialien sowie deren Aufarbeitung und Betreuung zählen zu den wichtigsten, aber auch aufwendigsten Arbeiten für die MitarbeiterInnen des DÖW. Alle Neuzugänge müssen geordnet, archiviert und in Katalogen verzeichnet werden, damit sie für Benutzer zugänglich sind.

Im Berichtszeitraum wurden rund 700 Benutzer beraten und betreut. Da erfreulicherweise StudentInnen in stärkerem Ausmaß als bisher die Sammlungen des DÖW für Seminar- und Diplomarbeiten sowie Dissertationen benützen, mußte auch die Beratungs- und Betreuungstätigkeit intensiviert werden. Zur Schonung der wertvollen Originale erwies es sich als notwendig, Kopien der Dokumente an die Benutzer auszugeben und eine komplette Durchkopierung der Originalakte vorzunehmen. Neben der Beratungstätigkeit mußten zahlreiche schriftliche Anfragen beantwortet werden.

Insgesamt wurden 1990 auf zwei Geräten rund 200.000 Kopien angefertigt. Daneben kopieren zahlreiche Benutzer auf dem seit 1986 zur Verfügung stehenden Münzkopiergerät selbst.

Ausstellungen

Zahlreiche Gruppen, Schulklassen und Einzelpersonen besuchten 1990 die ständige Ausstellung des Dokumentationsarchivs "Der österreichische

Freiheitskampf in der Bürgerstube des Alten Rathauses. Lehrer nützen in zunehmendem Maße die kostenlosen Führungen als wertvolle Ergänzung des zeitgeschichtlichen Unterrichtes. Doch auch Gendarmerie- und Polizeischüler, Bundesheerangehörige, Zivildienstler im Grundlehrgang, Jugendgruppen aus dem In- und Ausland sowie Botschafter und ausländische Delegationen zählen zu den Besuchern der Ausstellung. Alle diese Gruppen werden von Zeitzeugen oder jüngeren Historikern betreut. Im Anschluß an die Führungen wurden in stärkerem Ausmaß als bisher Diskussionen, vor allem über die Frage rechtsextremer und rassistischer Tendenzen in Österreich, gewünscht.

Im Ausstellungsraum des DÖW wurde am 3. Dezember 1990 von Frau Bundesminister Dr. Hilde Hawlicek eine Sonderausstellung eröffnet, die dem 50. Jahrestag der Errichtung des Lagers Lackenbach im Burgenland gewidmet war. Eine von Dr. Erika Thurner für das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport gestaltete Wanderausstellung und eindrucksvolle Bilder des Malers Karl Stojka, der selbst als Kind im KZ Auschwitz war, geben Auskunft über die Verfolgung der österreichischen Sinti und Roma in der NS-Zeit - ein nach 1945 nur allzuoft verdrängtes Kapitel der nationalsozialistischen Rassenideologie.

Die Wanderausstellung **"Der österreichische Freiheitskampf"** wurde auch 1990 in einigen Schulen sowie in den Gemeinden Mitterberg (Steiermark) und Natternbach (Oberösterreich) präsentiert. In Mitterberg, Raum Gröbming, fand die Ausstellung breites Echo auch in den lokalen Medien. Diese Ausstellung sowie jene über **"Österreicher im Exil"** können kostenlos im DÖW entlehnt werden, nur für den Transport muß der Veranstalter selbst sorgen.

Am Morzinplatz in Wien befand sich 1938-1945 im ehemaligen "Hotel Metropol" das Hauptquartier der Gestapo. In dem an dieser Stelle neu errichteten Haus, benannt nach dem Widerstandskämpfer und späteren Bundeskanzler Ing. Leopold Figl, erinnert eine Gedenkstätte an die Opfer des Nationalsozialismus, die vom DÖW betreut wird und im Jahr 1990 von mehreren tausend Personen, darunter zahlreiche Schulklassen und ausländische Gäste, besucht wurde. Der Gedenkraum ist Montag 14-17 Uhr, Donnerstag und Freitag 9-12 Uhr und 14-17 Uhr sowie anlässlich besonderer Gedenk- und Feiertage geöffnet.

Aktivitäten für die Schuljugend

Wie schon in den vergangenen Jahren setzte sich das DÖW in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport auch für das Schuljahr 1989/90 das Ziel, die Schuljugend in Form von

Schülerprojektarbeiten zu einer Auseinandersetzung mit dem Zeitraum 1938-1945 anzuregen und die Jugendlichen dabei zu unterstützen. Das Projektthema **"Österreicher und der Zweite Weltkrieg"** sollte die jungen Menschen zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Beziehung zwischen Nationalsozialismus und Weltkrieg bzw. mit der Bedeutung des Krieges für die Bevölkerung anregen. Die SchülerInnen sollen sich mit den Ursachen und Auswirkungen des Krieges, der Rolle der ÖsterreicherInnen (in der Wehrmacht, an der "inneren Front", im Widerstand etc.) während des Krieges befassen. Als Unterlage für die Projektarbeiten wurde das Werk **"Österreicher und der Zweite Weltkrieg"** erarbeitet. Weiters wurde eine Servicestelle zur Betreuung der Projekte, die bis zum Sommer 1990 durchgeführt wurden, im DÖW eingerichtet. Neben Informationen (Literaturhinweise, audio-visuelle Medien, Ausstellungen, Vorträge etc.) und Arbeitsmaterialien wurden im Rahmen der Servicestelle, den Referentenvermittlungsdienst des Bundesministeriums fortführend, auch **Zeitzeug/inn/en** und die **Autor/inn/en** des Buches **"Österreicher und der Zweite Weltkrieg"** als Vortragende an die Schulen vermittelt, um über die damalige Zeit zu berichten. Hier sind ältere MitarbeiterInnen des DÖW maßgeblich beteiligt.

Mitarbeiter des DÖW wirkten auch bei Seminaren für Geschichtslehrer und an Lehrerfortbildungsveranstaltungen mit.

Sonstige Aktivitäten

1990 erschienen fünf Folgen der **"Mitteilungen"**, deren Auflage mittlerweile auf 3.900 Stück erhöht werden konnte. Die Zeitung informiert neben interessierten Einzelpersonen auch wissenschaftliche Institute und Organisationen in Europa und Übersee sowie die österreichischen Auslandsvertretungen über die Aktivitäten des DÖW, zeitgeschichtliche Veranstaltungen und Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt.

Am 15. Mai 1990 fand im Gemeinderatssitzungssaal des Alten Rathauses in Wien eine **Tagung zum Thema "Justiz und nationalsozialistische Wiederbetätigung"** statt, die vom DÖW gemeinsam mit der Israelitischen Kultusgemeinde und der Gesellschaft für politische Aufklärung durchgeführt wurde. Bei dieser Tagung präsentierten Abgeordneter Dr. Heinrich Neisser und Rechtsanwalt Dr. Heinrich Keller Vorschläge zur Verbesserung der rechtlichen Situation, die an die Klubs der im Nationalrat vertretenen Parteien weitergeleitet wurden. Ein Protokollband erscheint Anfang 1991.

Gleichfalls im Mai 1990 fand in Linz ein **Symposium anlässlich des 50. Jahrestages der "Euthanasie"-Aktion in Österreich** statt, das das DÖW gemeinsam mit dem Institut für Zeitgeschichte der Universität Linz veranstaltete. Der Protokollband wird vom Institut für Zeitgeschichte der Univer-

sität Linz herausgegeben.

Weitere Veranstaltungen wurden mit den Exilschriftstellern Heinz Carwin und Frederic Brainin sowie mit Gerda Hoffer, der Tochter des Schriftstellers Stefan Pollatschek, durchgeführt. Vorträge hielten Prof. Drabkin (Moskau) und Prof. Pierczala (Krakau). Dr. Mostowicz, der als Arzt im Getto Lodz wirkte, sprach im Rahmen einer vom DÖW und der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik organisierten Veranstaltung im Künstlerhaus, an der auch der polnische Botschafter Prof. Dr. Wladislaw Bartoszewski teilnahm.

Aufgrund eines Forschungsauftrages des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung übernahm das DÖW die wissenschaftliche Betreuung des Buches von Herrn Albert Sternfeld, **Betrifft: Österreich. Von Österreich betroffen**, das von BM Dr. Erhard Busek im Alten Rathaus präsentiert wurde.

An den genannten Tagungen wirkten MitarbeiterInnen, Kuratoriums- und Vorstandsmitglieder des DÖW mit. Weiters hielt dieser Personenkreis zahlreiche Vorträge bei wissenschaftlichen Tagungen und Konferenzen im In- und Ausland. Mehr als 100 Studenten nahmen an den Vorlesungen von DÖW-Vizepräsident Univ. Doz. Dr. Herbert Steiner an der Wiener Universität zum Thema "Die Bedeutung des Widerstandes im Zweiten Weltkrieg" teil und beteiligten sich an den schriftlichen Abschlußprüfungen. Univ. Doz. Dr. Steiner leistet mit diesen Vorlesungen einen wichtigen Beitrag zur zeitgeschichtlichen Aufklärungsarbeit des DÖW.

Das DÖW arbeitet eng mit der Jura-Soyfer-Gesellschaft zusammen, als deren Präsident Univ. Doz. Dr. Herbert Steiner fungiert. Eine einzigartige Sammlung handschriftlicher Manuskripte des Dichters befindet sich in den Aktenbeständen des DÖW. Vertreter des DÖW arbeiten in der vom DÖW-Kuratoriumsmitglied Univ. Prof. Dr. Anton Pelinka und DÖW-Vorstandsmitglied Univ. Prof. Dr. Erika Weinzierl geleiteten **Gesellschaft für politische Aufklärung** mit und unterstützen deren Aktivitäten. Ebenso wirkt das DÖW in der **Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (ITH)** mit, die alljährlich eine internationale Konferenz in Linz durchführt; 1990 fand die 26. Konferenz statt.

Der Vorstand dankt allen Kuratoriumsmitgliedern, MitarbeiterInnen des DÖW für die geleistete Arbeit und den Freunden und Förderern des DÖW für die finanziellen Spenden und Legate.

DIE AUTOREN

HEINZ ARNBERGER, Dr. phil., Mitarbeiter des DÖW, Himberg

SIEGFRIED BEER, Mag., Dr. phil., Univ. Ass. am Institut für Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz

ANTONIA BRUHA, Mitarbeiterin des DÖW, Wien

HERBERT CRAMMER, Dr. jur., Wirkl. Hofrat der Bundespolizeidirektion Wien

ALOIS DIEM, Prof., Mag., Dr., Anwalt an den Erzbischöflichen Metropolitan- und Diözesangerichten Wien und Salzburg; Diözesanreferent für Selig- und Heiligsprechung der Erzdiözese Wien

HERBERT EXENBERGER, AR, Bibliothekar des DÖW, Wien

SIEGWALD GANGLMAIR, Dr. phil., Mitarbeiter des DÖW, Wien

ALFRED KOSTELECKY, Dr. jur. can., Mag. theol., Militärbischof von Österreich, Sekretär der Österreichischen Bischofskonferenz

HANS LANDAUER, Mitarbeiter des DÖW, Oberwaltersdorf

MAXIMILIAN LIEBMANN, Univ. Prof. und Vorstand des Instituts für Kirchengeschichte, Leiter der Abteilung des Instituts für Theologiegeschichte und kirchliche Zeitgeschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz

ANDREAS MAISLINGER, Dr. phil., Univ. Ass. am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck

JONNY MOSER, Dr. phil., Prof., Historiker und Publizist, Vorstandsmitglied des DÖW, Wien

ERNA PUTZ, Mag. theol., Dr. phil. rer. pol., Ostermiething

WALTER RESCHREITER, Sozialarbeiter beim Verein "Treffpunkt" (Arbeit mit Wohnungslosen), Salzburg

GER VAN ROON, Prof. für Politikwissenschaften an der Universität Amsterdam

EDUARD G. STAUDINGER, Dr. phil., Univ. Ass. am Institut für Geschichte, Abteilung Zeitgeschichte, der Karl-Franzens-Universität Graz

ERIKA THURNER, Dr. phil., Institut für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte, Universität Linz

GERHARD UNGAR, Dr. phil., Mitarbeiter des DÖW, Wien

INHALT

DÖW-Vizepräsident Dr. FRITZ BOCK - 80 Jahre	4
ALFRED KOSTELECKY Festvortrag anlässlich der DÖW-Jahresversammlung 1990	8
ALOIS DIEM Selig- und Heiligsprechungsprozesse der Katholischen Kirche	11
MAXIMILIAN LIEBMANN Schlußvortrag im Seligsprechungsprozeß Maria Restituta (Helene Kafka)	13
ANDREAS MAISLINGER Der Fall Franz Jägerstätter	20
ERNA PUTZ Franz Jägerstätter stellt die Frage nach dem Krieg Zur Rezeption eines Unbequemen	33
WALTER RESCHREITER Anna Bertha Königsegg - Die Proteste der Visitorin der Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul gegen die NS-"Euthanasie"	51
HERBERT CRAMMER Ansprache anlässlich der Enthüllung einer Gedenktafel für Roman Karl Scholz im BG/BRG Klosterneuburg	62
GER VAN ROON Der Kreisauer Kreis - Seine Bedeutung und seine Beziehungen zu Österreich	69
HEINZ ARNBERGER Dokumentation: Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums vom 31. Mai 1938	80
ERIKA THURNER "Ein Kind in Birkenau"	88

HANS LANDAUER Die österreichischen Spanienkämpfer - Die Genesis einer Archivalsammlung	94
ANTONIA BRUHA Chronik des Konzentrationslagers Ravensbrück anhand der im DÖW befindlichen Aktensammlung	101
HERBERT EXENBERGER Thekla Merwin - Eine österreichische Schriftstellerin	108
JONNY MOSER Die Gildemeester-Auswanderungshilfsaktion	115
SIEGFRIED BEER, EDUARD G. STAUDINGER Der "Morgenthau-Plan" - Episode oder Konzept der alliierten Deutschlandplanung?	123
DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES Tätigkeitsbericht 1990	145
Die Autoren	